

SARRAZIN

Die Spannung zwischen Freiheit und Zuwanderung
J. Bellers (Hg.)

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort

Die nackten Zahlen zu Sarrazins Thesen
J. Bellers

Werden wir dümmer und ärmer?
Zu Sarrazins These des deutschen Niedergangs
J. Bellers

Freiheit und/oder Sozialmatte
Zu Sarrazins These der Ausbeutung des Sozialstaates und des wirtschaftlichen Niedergangs
Deutschlands

M. Porsche-Ludwig

Abendland versus Morgenland

Zum Gegensatz zwischen arabischer und europäischer Kultur

Zur These der mangelnden Integrationswilligkeit von Muslimen in Deutschland

J. Bellers

Der Islam will die Welteroberung

E. Flaig

Der Islam als religiös-ideologische Grundlage einer vormodernen Herrschaftskultur¹
Hartmut Krauss

Überlegenes Christentum, aggressiver Islam? Die Menschenrechte als Stachel jeder Religion

¹ Der vorliegende Text ist die leicht überarbeitete Fassung meines Vortrags auf der Kritischen Islamkonferenz vom 31.5./1.6.2008 in Köln.

Zu Sarrazins These des Dennoch: Kooperations- und Integrationsversuche beider Seiten sind notwendig

Daniel Bogner

Gewidmet dem Deutschmeisterorden der Legastheniker

*Neu Lesenlernen mit gutwillig Ideologisierten im Land der Geisteswissenschaften?
Pädagogische und geisteswissenschaftliche Anmerkungen zu Sarrazin*

W. Hinrichs

Wer will, der kann

Zu Sarrazins These der Selbstverantwortlichkeit des Menschen – auch ohne staatliche Integrationskurse

Ü. Yağmur

Die Republik Türkei: „Minderheitenpolitik“ am Beispiel der Kurden

Ü. Yağmur

Vom Gen zum Genie

Zu Sarrazins These der biologischen und sozialen Vererbbarkeit der Intelligenz

K. Garnetzke

Die Sarrazin-Debatte – ein „Geschichtszeichen“?

Lazaros Miliopoulos

Deutsche Migrationspolitik – Hintergründe und Perspektiven

Zu Sarrazins These einer mangelhaften deutschen Integrationspolitik

W. Gieler

Dürfen Völker sterben?

Zu Sarrazins These des Niedergangs Deutschlands durch Vergreisung immer weniger Deutscher

J. Bellers

Autorenverzeichnis

Vorwort

Der Titel des Sammelbandes provoziert und spitzt zu. Was ist gemeint? Durch Massenzuwanderung kann es in einer Gesellschaft passieren, dass die Normalitäten des Alltags ggf. nicht mehr voll funktionieren. Was, wenn man plötzlich gesonderte Badeveranstaltungen für Schülerinnen anbieten muß? Was, wenn man sich nicht mehr auf wechselseitige Pünktlichkeiten verlassen kann? Was, wenn plötzlich zu mir als Vater jemand kommt, der eine Heirat zwischen unseren Kindern aushandeln will? Was, wenn es keinen Alkohol mehr in meinem Viertel zu kaufen gibt? Wenn ein zum Christentum konvertierter Muslim in Deutschland um sein Leben fürchten muß?

Das kann auch meine gewohnte Freiheit beeinträchtigen. Freiheit ist nicht nur individualistisch und nur rein vernunftbezogen, sondern auch sozial, abhängig vom Verhalten und Handeln der anderen. (Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch betonen, dass alle Autoren dieses Bandes kollektivgenetische Annahmen ablehnen. Menschen und Völker können sich ändern.)

Vor dem Hintergrund dieser Fragen sind die Beiträge dieses Bandes zu sehen.

Der Herausgeber

Die nackten Zahlen zu Sarrazins Thesen Jürgen Bellers

Der Ausländeranteil in Deutschland bei 8% liegt, der der Kriminalität bei rd. 25%.. Das Argument, Ausländer seien vor allem durch Paßprobleme kriminell geworden – bedingt durch den Ausländerstatus, der bei Deutschen nicht gegeben sei – wird widerlegt durch den überdurchschnittlichen Anteil von Ausländern bei Gewalt- und Diebstahlsfällen (und anderem.) Das Argumentieren mit dem Ausländerstatus ist ohnehin eigentümlich, würde man auch eine höhere Vermögenskriminalität bei den Reichen rechtfertigen, weil die Reichen ja höheren Verführungen ausgesetzt sind, z.B. hinsichtlich der Steuerhinterziehung?

Unbestritten ist vor allem auch die höhere Jugendkriminalität und die höhere Gewaltbereitschaft bei islamischen Ausländern. Z.T. kann der höheren Kriminalitätsanteil bei Ausländern auf deren überdurchschnittliche Zahl an Kindern (im Vergleich zu den Deutschen) zurückgeführt werden – und erscheint damit in ihrer Bedeutung entschärft. Aber dass die Gewalttaten zuweilen auch Ehrenmorde und z.T. auch gewerbliche Bandenkriminalität sind, wiegt schwer als eine andere Qualität von Normdivergenz, die nicht zu vergleichen z.B. mit Tötung aus Eifersucht z.B. Der Ehrenmord wird von manchen ja noch nicht einmal als kriminell betrachtet, sondern als sittliche Pflicht. Hier tut sich ein Abgrund auf, auch wenn es nur von wenigen so gesehen wird. Aber Wenige machen meist Geschichte – positiv und negativ. Die Mehrheiten warten ab, wer wohl die mediale oder faktische Dominanz gewinnen wird, und schließen sich dem dann an.

Kriminalität mit mangelnder Armut oder schlechter Bildung zu rechtfertigen, ist eigentümlich. In Deutschland hungert gegenwärtig keiner (jeder kriegt Sozialhilfe oder Tagesgeld bei Nichtsesshaften oder wird entschuldete), und die Bettler auf unseren Straßen sind Folge psychischer Probleme, wenn sie nicht Teil organisierter und gewerbemäßig betriebener und damit betrügerischer Bettelei sind.

Und schlechte Ausbildung entlastet nicht davon, dass man moralisch zu handeln hat: Dumme sind nicht unbedingt unmoralisch, das angeblich ungebildete, seine Kinder liebevoll erziehende, katholische Arbeitermädels vom Lande (wie es die deutsche Bildungsdiskussion der 60er Jahre diskriminatorisch als wirtschaftliches Entwicklungshemmnis an die Wand malte) sicherlich nicht, im Gegenteil: Vielleicht macht manche Bildung an unseren betriebs- und sozialwirtschaftlichen Lehrstühlen eher unmoralisch.

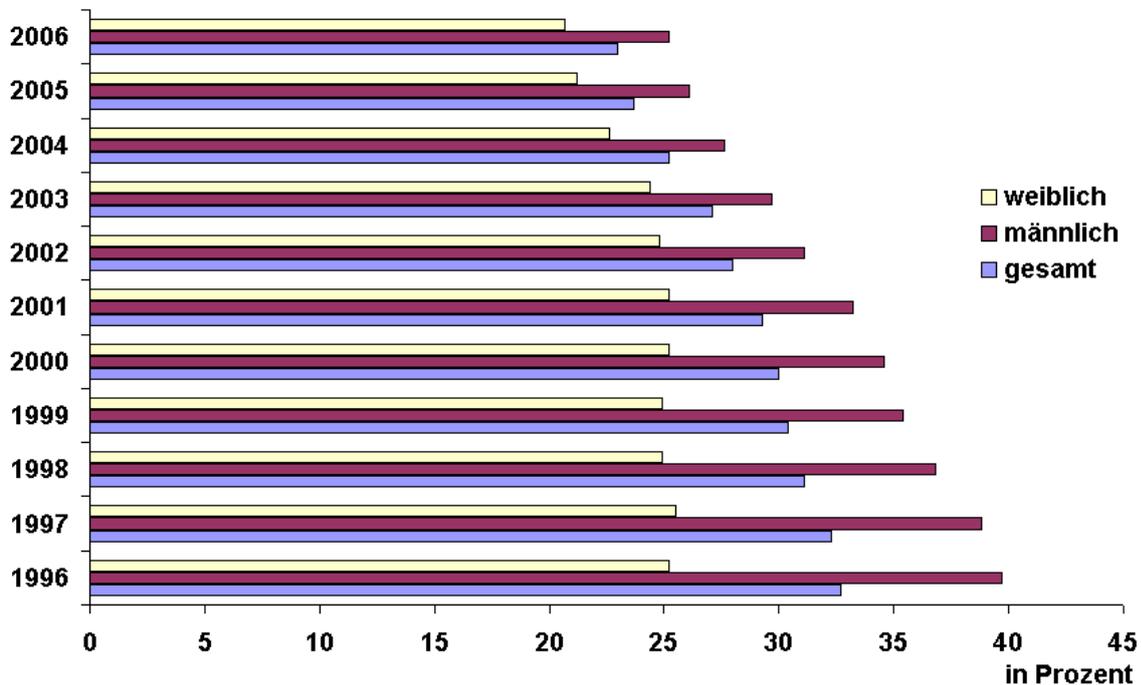
Jeder Jugendliche weiß, dass man keinen tritt oder gar umbringt. Das sagt einem schon das natürliche Mitleid. Wenn jemand es trotzdem tut, ist er eben böse, weil er sich dazu entscheidet, wie selbst der Aufklärer Kant sagte. Wenn jemand aus Zorn oder Hass Täter wird, ist er undiszipliniert, aber von einem teilmündigen Jugendlichen und erst Recht von

Erwachsenen ist das zu erwarten, denn sie haben offensichtlich die Fähigkeit zur Selbstreflexion (was man im Gespräch mit ihm auf jeden Fall feststellen kann, sonst gäbe es kein Gespräch), er ist sich seiner bewusst und daher verantwortlich und lernfähig, es sei denn, er ist psychisch krank.

Hier schließt sich auch der Kreis zu einem logischen Zirkelschluss: Die mangelnde Disziplin ist wohl möglich eine Ursache der Armut und mangelnden Bildung ..., wo will man da den letzten Grund finden, es sei denn, als im Menschen, da er das einzige ist, was wir (neben der natürlichen Umwelt und Gottes gütiges Wirken in der Welt) konkret haben? Böse Menschen sind böse, weil sie böse sind. Usw.

Ausbildungsbeteiligungsquoten von Ausländern (18-21 Jahre)

Quelle: Lagebericht (Bundesinstitut für Berufsbildung/Statistisches Bundesamt)



Gelb: weibliche Ausländer

Lila: männliche Ausländer

Blau: beide

Deutsche Nicht-Ausbildungsquoten: 15%

Erläuterung: Die Prozentzahl gibt die Anzahl der Ausländer an, die *keinen* Bildungsabschluss haben (zum Vergleich: rd. 15% der Deutschen haben keinen Bildungsabschluss, bei Ausländern: 35%).

Geburtenhäufigkeit

alle Geburten ausländischer Mütter

1991	830.000	13%	
1996	796000	17 %	
2003	700000	17%	(Ausländeranteil an der Bevölkerung:8%)

Statistisches Bundesamt

Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes

Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland bis 2060

Jahr	Variante Untergrenze	"mittlere" Bevölkerung,	Variante Obergrenze	"mittlere" Bevölkerung,
	1 000	2008=100	1 000	2008=100
2008	82 002	100	82 002	100
2010	81 545	99,4	81 545	99,4
2020	79 914	97,5	80 437	98,1
2030	77 350	94,3	79 025	96,4
2040	73 829	90,0	76 757	93,6
2050	69 412	84,6	73 608	89,8
2060	64 651	78,8	70 120	85,

Quelle: Statistisches Bundesamt

Die Daten dieser Statistiken fasst nun Sarrazin einfach, aber nicht falsch, höchstens polemisch zusammen: Wenn die Zahl der Deutschen abnimmt und die der Ausländer infolge hoher Geburtenhäufigkeit auch bei einem Zuwanderungsstopp steigt, so sinkt das Qualifikationsniveau, da diese Mehr an Ausländern weniger ausgebildet ist. So sieht es heute aus und auch morgen, wenn es sich so weiterentwickelt. Davon muss kluge Politik ausgehen. Um so besser, wenn esich ins Gute wendet. Das Prognos-Institut weist sogar seit längerem

darauf hin, dass die Bevölkerungsabnahme wegen der Marktgrößenreduktion zu einem geringeren Wirtschaftswachstum (nur um 1%) führen wird.

Die Lage wird dadurch verschärft, dass die Arbeitslosenquote der Ausländer um 10% höher als die der Deutschen liegt, nämlich bei rd. 20%: Gerade hier droht sich ein Milieu von subventionierter Langzeitarbeitslosigkeit zu entwickeln, aus der moralische Verwahrlosung und Kriminalität entsteht, zumal oft der Vergleichsmaßstab die ärmliche, anatolische Heimat ist. Der Sozialetat wird weiter steigen, ohne dass die 20% arbeitslosen Ausländer in die Sozialkassen einzahlen. H. Birg geht so von einem Nettoverlust (Einzahlung versus Auszahlung) in dieser Klientel aus. Die schrumpfende Bevölkerung wird wegen des schrumpfenden Binnenmarktes ohnehin das Wirtschaftswachstum um rd. 1% jährlich verringern – so Prognos, Basel, seit langem.

Schließlich kommt dazu die geringe Integrationswilligkeit der (muslimischen) Ausländer (Innenminister de Mezière: 15% integrationsunwillig), die die westliche Gesellschaft in Teilen als dekadent ablehnen.

Werden wir dümmer und ärmer? Zu Sarrazins These des deutschen Niedergangs

Jürgen Bellers

Das ist natürlich übertrieben und provokant. Richtig ist, dass die meisten Lehrer und Professoren (auch die jüngeren) heutzutage in der Tradition der 68er stehen und linksliberal sind, auch die vielen Journalisten insbesondere der ARD, die die Unis ausbilden. Die, die nicht so denken, werden belächelt und ignoriert. Man bekämpft sie sogar nicht mehr. Man kann sich in deren Denken gar nicht mehr hineinversetzen. (Damit will ich nicht behaupten, dass meine Position die einzig wahre ist. Ich behaupte vielmehr, dass die Frage, was der Mensch ist – denn darum geht es - wissenschaftlich nicht zu beantworten ist, erst Recht nicht zu beweisen. Das wird noch aufzuzeigen sein. Die 68er beanspruchen für sich allerdings unbedingte Gültigkeit, denn davon hängt ab, dass der Staat große Sozialsysteme unterhält, die die armen Armen unterstützt und betreut - durch die vielen Akademiker, die an Unis ausgebildet werden.)

Was ist der Kern diese 68er- Ideologie? Er kann in dem Marxschen Diktum zusammengefasst werden: Der Mensch ist das Ensemble und Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse. Und weiter Marx: Diese Verhältnisse werden von Herrschenden und Ausbeutern auch heute noch konstruiert, um den Menschen an der Emanzipation zu hindern. Aufgabe der Intellektuellen ist es nun, die Gesellschaft aufzuklären und die ungerechte Gesellschaft zu überwinden, damit die Armen reich und die Reichen ärmer werden. (Merke: Die „Reichen“ darf man als Gruppe pauschal diffamieren, in Russland wurden sie einfach umgebracht.)

Wenn der Mensch daher schlecht oder böse oder kriminell oder unausgebildet oder arm ist, dann ist das Folge der ungerechten Verhältnisse, und wie gesagt – er muss dann von oben her betreut und zu seiner Befreiung geführt werden: das Sozialarbeiter- und Pädagogensyndrom.

Ich gehe demgegenüber davon aus, dass der Erwachsene im Grundsatz weitgehend frei ist. Man kann den Geist des Menschen weder nur auf die Biologie (Neuronen) noch auf die soziale Umwelt noch auf psychische Deformationen noch auf Medienmanipulationen noch auf Gruppen und Lobbies zurückführen. Das hat schon Dubois-Reymond im sog. Materialismus-Streit des 19. Jahrhunderts deutlich gemacht. Dass das so ist, macht auch immer wieder die Migrationsdebatte deutlich, wenn darauf hingewiesen wird, dass bestimmte Ausländergruppen (z.B. die Griechen bei uns oder die Chinesen in den USA) sehr erfolgreich in der neuen Heimat sind, andere aber nicht. Im Senegal gibt es die islamische Bruderschaft der Mouriden, deren Gründer und religiöse Führer Bamba Arbeit als Gottesdienst predigte, mit der Folge, dass sie heute die senegalesische Wirtschaft dominieren. Mentalität und Denken scheinen also eine große Rolle zu spielen, egal, wie die Umwelt ist. Menschen können sich zwischen Alternativen entscheiden und sich entweder auf die Socken machen oder nicht.

Die Ensemble-These von Marx bringt auch wissenschaftlich-methodische Probleme mit sich (sieht man mal von der Banalität ab, dass die Verhältnisse immer schlecht sind: man höre nur das Dauer-Gejammer in unserer Überflussgesellschaft). Z.B. werden oft statistische Beziehungen zwischen Einkommen der Eltern und dem Bildungserfolg gezogen, wobei dann ein hoher Zusammenhang zu Tage tritt. So argumentierten ja auch diverse Pisa-Studien. Aber was ist hier die Ursache, was die Wirkung? Vielleicht ist man arm, weil ungebildet? Oder man ist arm und ungebildet, weil man faul ist. Das kriegt die Wissenschaft nicht raus. Der Faktoren sind zu viele. Hier muß man sich viel mehr den Einzelfall anschauen – und an die Alltags- und Selbsterfahrungen halten, die uns sagen, dass wir doch oft zur Trägheit neigen, wenn wir uns nicht immer wieder einen Schub geben.

Und historische, familiale und internationale Vergleiche zeigen auch, dass sich z.B. Geschwister ganz unterschiedlich entwickeln können und dass die protestantisch-familienzentrierten Einwanderer in den USA ganz anders handelten als die katholischen Haudegen und Machos, die mit und nach Kolumbus in Lateinamerika landeten – mit Konsequenzen bis heute. Die ersten waren erfolgreich, die zweiten schwadronieren bis heute.

Mit den semi-marxistischen Tendenzen ist ein generelles Problem unseres Bildungssystems verbunden, das zu dem führen kann, was Sarrazin mit Verlust der wirtschaftlichen Vitalität bezeichnet. Wer immer den Schülern und den Studenten erzählt, dass immer die anderen schuld sind (die Verhältnisse: Eltern, die Reiche, das Finanzkapital, die Gene), soll sich nicht wundern, dass das Gefühl, die Welt aktiv anpacken und bewältigen zu können, schwindet. Passivität ist dann die Stimmung, Mut geht verloren, aber Innovation ist Voraussetzung für wirtschaftlichen und politischen Erfolg und Fortschritt. Der international einmalige Umwelt- und Technologiepessimismus der Deutschen ist allseits bekannt und präsent und nur mit den Schocks der deutschen Geschichte zu erklären, wenn auch nicht zu rechtfertigen und auch eher nur typisch für die Zeit ab 1970/73. Denn die Deutschen der Wiederaufbauzeit nach 1945 waren ganz anders gestrickt. Die Trümmerfrauen haben nicht diskutiert, ehe sie zu arbeiten anfangen. Der Lohn war ohnehin gering. Aber um Zuversicht zu vermitteln, fehlen heutzutage die Lehrerpersönlichkeiten, denn unsere Didaktik ist technisch geworden: Man meint, dass man durch Lehrpläne und didaktische Methoden (meist Gruppenarbeit) überzeugen kann, was nicht geht, da Überzeugung von Mensch zu Mensch erfolgt und nicht durch Technik oder Noten oder Strafen bewirkt werden kann.

Weitere Folge des linksliberalen Denkens ist es, dass man möglichst alle durch das Bildungssystem nach oben führen, emanzipieren, in bessere Gehälter schleusen, also eine Vermögens- und Einkommensverteilung über das Bildungssystem erreichen wollen, was natürlich eine Illusion ist: Wenn alle oben sind (30% eines Altersjahrgangs machen gegenwärtig schon Abitur), ist das das neue Unten. (Man nennt das auch die negativen Effekte von Inflation.) Im Stillen steckt hinter diesem Bestreben das akademische Selbstbild, dass nur ein Akademiker mit Goethe-Kenntnissen Mensch im Vollsinn ist. Das Ganze führt aber dazu, dass auch solche mitgeschleift werden (auch bei den Mittelschichten), die vielleicht für eine akademische Bildung gar nicht geeignet sind und andere, praktische und wichtigere Begabungen haben, wo sie ja mittlerweile auch als Handwerker durchaus mehr als mit universitärem Abschluss verdienen könnten. Nach Begabungen wird jedoch nicht mehr gefragt, der Begriff ist in der Wissenschaft fast verschwunden, da ja alles sozial bedingt ist und der Mensch als grenzenlos entwickel- und erziehbar gilt. Dass manche Kinder und Jugendliche damit auf einen leidvollen Bildungsweg (ver-/ge)führt werden, mag vielleicht die Zunahme von Depressionen unter Studenten und allgemein erklären.

Dass das Begabungsreservoir begrenzt ist (nicht bezogen auf Ethnien, sondern unspezifisch in allen Schichten), zeigt, dass die Zahl der Ingenieure zwar gewachsen ist, die große Bildungsexpansion aber vor allem in den Geistes- und Sozialwissenschaften stattfand und stattfindet, die mittlerweile ein immer weiter expandierendes Angebot von Theorien entwickelt haben, wobei dieses Angebot nie ausgeht, da jede Theorie schon nach 5 Jahren wieder als falsch aufgegeben wird. An manchen Unis hat man mehr Seminare als Wissen. Ob sich unsere demokratische und doch einigermaßen gerechte und wohlhabende Gesellschaft mit diesen Wissenschaften einen Gefallen getan hat, ist eher zu bezweifeln, da deren Dauerkritik oft überzogen ist und letztlich nur die Verhältnisse schlecht redet, so dass dann die sozialpolitischen Hilfemaßnahmen ausgebaut werden müssen usw. Der linksliberale Zirkel der Zuschreibung angeblicher sozialer Ursachen und deren dann notwendigen, sozialpolitischen Beseitigung durch staatliche Gelder frisst sich immer weiter in die Gesellschaft hinein, zumal die Entlastung von Verantwortung für viele bequem ist (wie oben bereits aufgezeigt). Dass die Geistes- und Sozialwissenschaften eher den „weichen“ Dienstleistungssektor bedienen, hängt auch mit der Feminisierung des Arbeitsmarktes zusammen, denn Frauen studieren kaum die „harten“ Natur- und Ingenieurwissenschaften – trotz aller Girls-Days, bei denen dafür geworben wird.

Was wir allerdings primär brauchen, damit wir weiter produktiv wirtschaften können, sind Ingenieure für unseren starken Maschinenbauexport und Chemiker und Physiker. Das Reservoirbecken für diese knappen Begabungen (nicht jeder kann das, ich auch nicht) wird allerdings immer kleiner, nicht nur wegen der partiellen Bildungsverweigerung der Ausländer (s. Statistik unten), sondern auch wegen des übermäßigen Zulaufs zu den Soft-Fächern (Geistes/Sprach/Sozialwiss., usw.) und wegen der Zeugungs- und Gebärresistenz und – unfähigkeit deutscher Männer und Frauen, was zur Schrumpfung der Bevölkerung führt. Dass sich seit der Erfindung der Pille unsere jährliche Geburtenzahl von 900.000 auf 600.000 reduziert hat, ist bekannt, aber wohl nicht nur auf die Pille zurückzuführen. Verhütet wurde immer. Mindestens ebenso wichtig waren und sind die Emanzipation und Berufstätigkeit der Frau, die fehlenden Betreuungseinrichtungen für Kinder, die hedonistische Einstellung mancher Männer, der Zerfall von Traditionen, Milieus und Autoritäten, die Scham wegen 1933 und der allgemeine Pessimismus infolge der übertrieben dargestellten Probleme von Umwelt und Gesellschaft. (Irgendwann haben wir auch selbst keine Berufssoldaten mehr, um unseren NATO-Partner beizustehen, z.B. der Türkei gegen den Iran. Ganz zu schweigen davon, dass mit weniger Deutschen auch der Binnenmarkt für Industrie und Handel schrumpft.)

Zum Schluss dieses Kapitels noch einige, weiterführende Ausführungen zur sozialen Herkunft und Begabung, denn die scheint ja der Freiheitsthese zu widersprechen. Aber Freiheit ist nie absolut, sondern immer bedingt, da geschichtlich und durch Eltern, Herkunft und die Gaben, die jemand hat, gebunden und auch begrenzt (einmal unabhängig davon, dass natürlich Freiheit durch Moral und Ethik begrenzt ist – hoffentlich). Jeder, der frei ist, muß sich natürlich überlegen, was möglich ist und was er kann. Vor hundert Jahren war einiges noch nicht möglich, was heute möglich ist. Und auch die soziale Herkunft begrenzt zum Teil, wenn auch nicht vollkommen (man denke nur an die starken Aufstiege von der Unter- in die Mittelschicht, oder die Aldi-Gründer aus der unteren Mittelschicht oder Kanzler Schröder in der Politik.) Realismus bedeutet auch, hier zu erkennen, was „drin ist“. Daher empfehlen viele Eltern ihren Kindern, erst mal in die Lehre zu gehen. Akademische Laufbahnen seien risikoreicher und den Eltern fremd. Man kann und soll natürlich sozial aufsteigen: auch das gegenwärtige Schulsystem gibt dazu viele Übergangsmöglichkeiten, jedoch: es kostet Zeit, Mühen, Widerstände, auch wenn man gefördert wird (wie z.B. umfangreich durch Bafög für Studenten, Schüler und Meister.) Selbst 40ig-Jährige erhalten noch Bafög, faktisch bis zum 12 Semester. Und der Aufsteiger soll sich keine Illusionen machen, dass das nicht einfach ist. Er kann aber darauf vertrauen, dass trotz aller Beziehungsgeflechte Leistung zählt, bei Ingenieuren in der Industrie, bei Apothekern, oder auch beim viertgrößten Eierproduzenten Deutschlands, der „nur“ Hauptschüler ist. Dass manche sich dazu nicht aufrufen, liegt weniger an der mangelnden Förderung als am Verfall der Familie, die früher grundlegende Tugenden wie Disziplin und Moral vermittelte. Das kann der Staat nicht ersetzen.

Es kann auch nicht jeder alles. Irgendwie zeigt sich früh: der eine kann gut handwerken, der andere organisieren, der dritte rechnen, der vierte gut schreiben usw. Das sind unterschiedliche Begabungen, nicht unterschiedliche Intelligenzniveaus. Das zu erkennen, ist Urteilskraft, die immer mehr fehlt und zu der nicht mehr erzogen wird (im Gegenteil!). Damit ist auch nicht gesagt, dass das eine wertvoller ist als das andere. Der Mensch beginnt nicht erst mit dem Abitur. Wie solche Begabung zustande kommt, ist nicht klar. Da sie es nicht wissen, behaupten manche Erziehungswissenschaftler, es gäbe sie nicht. Denn Erfahrung wird als unwissenschaftlich abgelehnt. Wahrscheinlich entsteht Begabung durch ein Gemisch von psychischen, sozialen und naturhaften Vorgaben, aber wie das zusammenhängt, weiß man nicht. Am ehrlichsten ist es wohl, zu sagen: Es ist eine Gabe und Gnade Gottes, und sich damit abzufinden und sich in es gelassen zu fügen. Urteilskraft heißt auch, zu wissen oder zumindest zu ahnen, was man ändern kann und was nicht. Ändern kann man meist wenig, meist nur verschlechtern. Dass man Kinder und Jugendliche, deren Zukunft ja man nie so genau vorhersagen kann, fördern muß, ist hiermit nicht ausgeschlossen.

Freiheit und/oder Sozialmatte

Zu Sarrazins These der Ausbeutung des Sozialstaates und des wirtschaftlichen Niedergangs Deutschlands

Markus Porsche-Ludwig

In Politik und Politikwissenschaft geht es nur noch um den "Verstand".² Diesen Tatbestand arbeitete Wilhelm Hennis schon 1963 in seinem wichtigen und vielbeachteten Werk "Politik und Praktische Philosophie"³, das auch heute noch gelegentlich zitiert wird, heraus. Kant wurde wichtiger als Aristoteles. Entsprechend – so Kant – würde auch „ein Volk von Teufeln“ einen Staat errichten können. Warum spricht Hennis das überhaupt an, warum interessiert er sich hierfür? Antwort: Weil er monierte, dass es in der Politik nicht nur um den Kampf um Macht gehen könne (Hennis, 17). Sei dies so, dann sei es geradezu logisch, dass es nurmehr darum gehe, die bestehenden Machtlagen statistisch zu analysieren. Diese Versuche seien dann aber unabschließbar, ohne Ende. Nur ihre Zeit in Gedanken auszudrücken, reicht nach Hennis gerade nicht aus (18). Vielmehr gehe es gerade darum, darüber hinaus zu denken, um sich nicht im Positivismus zu verlaufen. Und diese Fragen werden geradezu als unwissenschaftlich betrachtet.

Auch den Sinn von Institutionen erörtert Hennis, ausgehend von einem „geordneten Gemeinwesen“. (23) Hennis konzentriert sich auf die ethische Dimension der Politik, hält die Differenz von „Sein“ und „Sollen“ für fatal. Das, was den Staat zum Staat mache, sei mehr als nur die Staatsgewalt, von der vornehmlich ausgegangen werde. Wichtig ist das telos, unter dem der Staat steht. (76) Entscheidend demnach ist, die Dimension mit einzublenden, was dem Leben „Wert“ und „Bedeutung“ gibt, andernfalls müsse die Arbeit der Politik(wissenschaft) ihre Zielorientierung verlieren. Deshalb hätten gerade Werturteile, Zielbestimmungen menschlichen Handelns und Zusammenlebens, Staatszwecke, legitime Aufgaben innerhalb der Politik. Die sittlichen Ansprüche der Wirklichkeit werden von Hennis hervorgehoben. Der Politikwissenschaft schreibt er ins Stammbuch: „Wenn der Versuch unternommen wird, einen Beitrag zur Wiederherstellung der Politikwissenschaft zu leisten, setzt das das Festhalten an einem unzerstörbaren, aufgegebenen Sinn des Gemeinwohlbegriffs voraus.“ (66)

Auf jeden Fall wird hierunter mehr als nur „Fakten“ gefasst, im Sinne etwa des Verständnisses von Verwaltung als „Daseinsvorsorge“ (so bekanntlich Ernst Forsthoff). Das

² Das Manuskript wurde am 12.09.2010 abgeschlossen.

³ Wilhelm Hennis, Politik und Praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft, Neuwied [u.a.] 1963.

Fehlen von Orientierungsfragen ist sodann auch in der politischen Theorie, gewissermaßen als Konsequenz, zu vernehmen. (70)

Was wir ergänzen ist "Wahrheit". Hierbei geht es um die Wiedergewinnung des Seins, mit dessen Hilfe erst ein verstehender Umgang mit der Um-welt gewonnen werden kann. Wir verstehen dabei Wahrheit im Sinne Martin Heideggers als Da-sein, also nichtmetaphysisch. Demnach ist der Mensch seinem Wesen gemäß ein „Seiendes“ – von Heidegger „Da-sein“ genannt. Diesem geht es in seinem Sein um dieses Sein selbst. („Wahrheit des Seins“) „Das ‚Wesen‘ dieses Seienden liegt in seinem Zu-sein. (...) Das Sein, darum es diesem Seienden in seinem Sein geht, ist je meines. (...) Das Ansprechen von Dasein muss gemäß dem Charakter der Jemeinigkeit dieses Seienden stets das Personalpronomen mitsagen: ‚ich bin‘, ‚du bist‘.“⁴ Das Dasein, das ich je selbst bin, erfährt sich in seiner Faktizität und Übereignetheit. Kein „Ich“ hat sich je selbst zu einem solchen gemacht oder darüber verfügt, nun in die Existenz zu treten. Meinen eigenen Grund habe ich mir nicht selbst geschaffen. Mein Sein ist nicht mein Eigentum. Und doch ermöglicht es mir dieses Sein, mich als jemanden zu erfahren, der zu sich „ich“ sagen kann, und der „verstehet“, was er meint, wenn er sagt „ich bin“. Das Wesen des menschlichen Seins (des Daseins) liegt in seiner Existenz und „Jemeinigkeit“. Es ist sein Wesen zu sein. Nur im Sichvollziehen ist es. Existieren heißt, ein „verstehendes“ Verhältnis zu sich selbst zu vollziehen. Nur ein „Existierender“ kann ein Selbst „haben“. Dieses Selbstverhältnis zu sein ist das, worin sich ein Existierender gegenüber einem nur Lebenden unterscheidet, mag dieser auch mit höherer Intelligenz und Rationalität ausgestattet sein.

Das „Dasein ist je seine Möglichkeit“. Das bedeutet nun aber auch, dass das Wesen des Menschen nichts von der Beharrlichkeit oder Beständigkeit eines innerweltlich Vorhandenen („Seiendem“) hat. Es hat nichts von einem unverrück- und unzerstörbaren Kern, es hat nichts von einer letzten, in-sich-stehenden und sich selbst genügenden Substanz. Von hier aus ist auf das Seiende zuzufragen, letztlich geht es um die Differenz von Sein und Seiendem („Wahrheit des Seins“), unter Berücksichtigung des von Hennis geforderten Programms.⁵ Das ist notwendig, da die Wissenschaft seit Descartes die Menschlichkeit des Menschen (das „sum“) grosso modo außen vor lässt.

Der Mensch steht immer schon (qua Geburt) in einer absoluten Tradition, die er nie vollständig aufdecken kann, insofern steht er gewissermaßen in ihrer Spur. Er erinnert sich dieser kulturell („Erinnerungskultur“)⁶, indem er sich daseinsmäßig zu ihr verhält, und sofern ihm das gelingt, erfährt er sich stets als Alterität. Und dann kann er sich diese neu aneignen und so zur Neuordnung beitragen. Verdeckt oder verdrängt der Mensch diese Er-innerung und sucht er sich in seiner eigenen Aktivität autonom zu setzen, so vergisst er seine Menschlichkeit.

Heute ist es aber offensichtlich schon egal, was dem Leben „Wert“ und „Bedeutung“ gibt. Somit existiert bereits keine Zielorientierung von Politik und Politikwissenschaft mehr. Als gleichsam „logische“ Konsequenz dessen ist eine „Berechenbarkeit“ und „Planbarkeit“ (qua ratio) von allem zu verzeichnen. Diese müsste normalerweise im Rahmen einer Staatslehre stehen, als Grundlage.⁷ Stattdessen steht die Berechnung und Planung nunmehr alleine da, isoliert, als, nach Hennis, „wissenschaftliche Kalkulationsmaschine“. Aber auch in der Demokratietheorie spielt „der Demokrat“ ebenfalls schon lange keine Rolle mehr, wie wir in einer grösseren Arbeit nachweisen konnten.⁸ Es sind nur noch die Willensbildungsmechanismen, die interessieren, das technisch-kybernetische, in der Tradition

⁴ Martin Heidegger GA 2: Sein und Zeit, herausgegeben von F.-W. v. Herrmann, Frankfurt/Main 1977, S. 56f.

⁵ Vgl. dazu grundlegend: Markus Porsche-Ludwig, Einführung in die Allgemeine Staatslehre, Berlin 2008; ders., Demokratie als Lebensform, Berlin 2009, 2. Aufl. 2010.

⁶ Hierzu: Markus Porsche-Ludwig, Demokratische Lebensform als ein Weg zur Integration, in: R.M. Yousefi u.a. (Hg.), Wege zur Integration, Nordhausen 2010 (i.E.).

⁷ Vgl. Markus Porsche-Ludwig, Einführung in die Allgemeine Staatslehre, Berlin 2008.

⁸ Markus Porsche-Ludwig, Die Abgrenzung der sozialen Normen von den Rechtsnormen und ihre Relevanz für das Verhältnis von Recht(swissenschaft) und Politik(wissenschaft), Baden-Baden 2007.

Leibniz', heute „Governance“ genannt. Die Folge besteht darin, dass nur noch das „Machbare“, also das Seiende im Vordergrund steht. Das heisst also, dass Politik und Staatszwecke, vor dem Seinsverständnis, keinen Zusammenhang mehr herstellen, nicht mehr aufeinander bezogen sind. Politik, gleich ob Kultur- oder Wirtschaftspolitik, ist längst in die Grundsatzlosigkeit abgeglitten, und hier muss man auch die Politikwissenschaft kritisieren: denn ihre Aufgabe ist es, das Bewusstsein für aufgegebenen Probleme zu schärfen und über Tagesprobleme zu jenen Fragen zu kommen, denen nach Max Webers Terminologie „Kulturbedeutung“ zukommt. „Denn die Mittel beziehen sich auf Zwecke, nur wenn die Ziele angeliefert, das Problem gestellt worden ist, kann die wissenschaftliche Kalkulationsmaschine anfangen, die Zweckmittelrelation durchzurechnen.“⁹

Wo wird im „Fall Sarrazin“ – vom Dasein aus betrachtet – der Sinn und Zweck des Staates markiert? Wir vermissen bereits die Fragestellung in der Debatte. Stattdessen verdichten sich die Zeichen für eine – zugespitzt formuliert – Vollendung der Sinnlosigkeit. Denn es werden in der Debatte abstrakt Kulturwerte ausgerufen, die sich auch die politischen Parteien auf die Fahnen schreiben und die sich in den Parteiprogrammen wiederfinden („liberal“, „sozial“, „christlich“, „konservativ“, „Gerechtigkeit“, „Solidarität“, „Frieden“ u.a.m.), und auch Lebenswerte („Aufrichtigkeit“, „Glaubwürdigkeit“, „Menschlichkeit“...) werden in der Debatte isoliert benannt, gerade weil kein staatlicher Gesamtzusammenhang der verschiedenen Politiken mehr hergestellt werden kann. Insofern – so die These – hat man es bisher auch nicht geschafft, Bedingungen für „Einwanderung“ festzulegen, da diese gerade als Querschnittsaufgabe einen Gesamtzusammenhang der verschiedenen Politiken erfordern.

Hieraus folgt eine „Ohn-macht“ der Wertvorstellungen, da diese vom Da-sein des Menschen, gerade abhängen – und dieses politisch ein Staatsverständnis be-dingt.¹⁰ Konsequenz ist, dass sich die Macht, als das Machbare, Bahn bricht, hervorbricht. Demnach ist der Mensch ein Subjekt, das utilitaristisch mit Werten rechnet. Warum?

Verrechnung („ratio“) steht im Vordergrund und damit die Übersetzung der Wahrheit des Seins in das Mengenmäßige. Damit gewinnt der Wertgedanke (Be-wertung) die Vormacht. Ein gemeinschaftliches Gebilde kann dann nur noch durch die Macht Weniger aufrechterhalten werden. „Wenige“ bezieht sich hier nicht auf eine Zahl, sondern es ist eine Versammlung der Machtermächtigung darunter zu fassen. Hier wird also Macht er-mächtigt. Das liegt nicht an der Machtgier von Subjekten, sondern vielmehr an der Ermächtigung der reinen, d.h. un-bedingten Macht. Diese Macht ist demnach eine „geistige“ Macht. Sie kann nicht wirklich durch andere geistige Mächte (etwa Christentum) bekämpft werden. Denn diese erkennen das Wesen dieser Macht erst gar nicht, können das aufgrund ihrer eigenen Geistigkeit auch gar nicht, da auch sie nicht vom Da-sein ausgehen. Das heisst, ein Bekämpfen ohne Scheingefechte kann nur durch das Offenlegen der Macht selbst erfolgen. Für das „Volk“ (als Gemeinschaft aller Staatsbürger) werden derweil politische Ziele generiert: wie Wohlfahrt, Teilnahme an kultureller Fortentwicklung, Frieden etc.¹¹ Das Volk beruhigt sich so.

Das „macht“ die „politische Klasse“. Unter dem Begriff der politischen Klasse wird als zentrales Phänomen das Zusammenwirken von Berufspolitikern bei der Sicherung ihrer übereinstimmenden Interessen thematisiert.¹² Die politische Klasse umfasst dabei alle

⁹ Wilhelm Hennis, Politik und Praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft, Neuwied [u.a.] 1963, S. 32.

¹⁰ Markus Porsche-Ludwig, Einführung in die Allgemeine Staatslehre, Berlin 2008.

¹¹ Vgl. Martin Heidegger, GA 69: Die Geschichte des Seyns, herausgegeben von P. Trawny, Frankfurt/Main 1998, S. 201ff.

¹² Hans-Herbert von Arnim, Vom schönen Schein der Demokratie, München 2000, S. 34ff. Dass wir v. Arnims rein formalen Machtbegriff in seinen zahlreichen Büchern als defizitär kritisieren, spielt hier keine Rolle. Dazu

Berufspolitiker, wobei zwischen der politischen Elite, die primär an der Regierungsverantwortung und dem Sieg der Partei interessiert ist, und der politischen Klasse, der es in erster Linie nur um die Parlamentsmandate und die damit verbundene Sicherung ihrer beruflichen Situation geht, zu unterscheiden ist. Das für Berufspolitiker zentrale Motiv ist das Interesse an der Mehrheit und damit an der Macht, um welche Regierung und Opposition konkurrieren (Wettbewerbsdemokratie). Da jedoch der Zugang zur Macht nur begrenzt möglich ist und in Parteien meist nur der engste Führungskreis die Entscheidungen fällt, besitzt die Masse der Berufspolitiker nur einen geringen individuellen Einfluss auf die staatlichen Entscheidungen und dementsprechend tritt ihr Interesse an der unmittelbaren Einflussnahme zugunsten anderer gewichtiger Interessen zurück. Ein anderes zentrales Motiv der Berufspolitiker spielt dabei eine wichtige Rolle, nämlich das Interesse, von der Politik leben zu können in Verbindung mit dem Anspruch, ein dauerhaft gutes Leben führen zu können. Dieses Versorgungsinteresse ist allen hauptberuflichen Politikern, egal ob in der Regierung oder in der Opposition, in Bund, Ländern und Gemeinden, gemein und damit fraktions- und föderalismusübergreifend vorhanden. Die Existenz dieser Eigeninteressen wird zum Problem, da die Interessenten unmittelbar an den Hebeln der staatlichen Macht sitzen und ihre Interessen deshalb direkt in Gesetze oder Haushaltstitel umsetzen können. Für unseren Zusammenhang ist die Differenzierung weniger relevant, da es uns hier darauf ankommt, dass die politische Klasse als Grundzug des neuzeitlichen Seins- und Zeitverständnisses Dinge, Mensch, Natur und Welt auf etwas hin festlegt („Machen“).

Das „Machen“ als das Technische der Neuzeit ist eine gemachte Politik. Machbarkeit und Herstellbarkeit stehen dabei für den Menschen im Vordergrund. Der Mensch maßt sich an, alles herstellen und machen zu können. Der Mensch fügt sich nicht mehr handelnd in die bestehenden politisch-ethischen Bräuche (seiner Region) ein, sondern wird zum Macher und Hersteller seiner staatlich-politischen Verfassung. Damit ist die Verfassung nur noch das Objekt, also Material, das bearbeitet werden kann. Und daraus resultieren dann auch „System- und Strukturzwänge“. Das ist ein technischer Umgang mit Politik, als technische Machtermächtigung. Das ist nicht nur ein blosses Mittel zum Zweck, sondern vielmehr ein spezifisches, technisches Verhältnis des Menschen zu den Dingen, zu Natur und Welt. Es ist ein technisches Entbergen, ein Stellen. Damit verbunden ist ein bestimmter Zugang des Menschen zu den Dingen, Natur und Welt. Das politisch Machbare wird durch das Rechnen mit Werten vollzogen. Die politische Klasse ist somit die Folge des Ausschlusses der Seinsfrage. Dann wird nur noch machtmässig-technisch bewertet.¹³

Das Wirken der politischen Klasse sehen wir im Falle Sarrazin sehr klar. Zunächst in der Causa des Bundespräsidenten (symbolisch), der in parteipolitischen Abhängigkeiten steht, ohne die Bundeskanzlerin nicht zu seinem Amt gekommen wäre und daher im Falle der Abberufung Sarrazins aus seinem Bundesbankamt sehr stark abhängig ist von der klaren Positionierung der Kanzlerin gegen Sarrazin. Der Bundespräsident, der über die Abberufung Sarrazins neutral und unabhängig entscheiden sollte, äußerte sich schon vorher und ermunterte die Bundesbank dazu, tätig zu werden.¹⁴ Wir sehen es auch im Rahmen des Verhaltens der Parteien, die versuchen, die Funktionalisierung des Politischen beizubehalten, indem sie sich nicht wirklich der Argumentation Sarrazins öffnen.

In diesem Zusammenhang der Machtermächtigung spielt auch die so genannte „objektive Werteordnung“ der Grundrechte des Grundgesetzes eine nicht zu unterschätzende,

zuletzt: Markus Porsche-Ludwig, Rezension zu Hans-Herbert von Arnim, Die Deutschlandakte. Was Politiker und Wirtschaftsbosse unserem Land antun, in: Zeitschrift fuer Politik 2008, S. 370ff.

¹³ Die Konsequenz dessen beschreibt in unübertroffener Manier Hans-Herbert von Arnim in seinen zahlreichen Büchern. „Unübertroffen“ deshalb, weil sich kaum ein Politikwissenschaftler oder Jurist an diese Zusammenhänge heranwagt. Das hängt daran, dass viele von ihnen selbst in parteipolitischen Abhängigkeiten stehen.

¹⁴ Vgl. z.B. Der Spiegel v. 07.09.2010.

ja zentrale Rolle. Sie ist im Rahmen der maßgeblichen so genannten Lüth-Entscheidung (1958)¹⁵ des Bundesverfassungsgerichts im Rahmen der ersten Judikate des Bundesverfassungsgerichts behauptet worden, wie in anderem Zusammenhang gezeigt wurde.¹⁶ Inhaltlich bleibt dabei der Topos der „Wertordnung“, der wohl angelehnt ist an die Wertethiken Max Schelers und Nikolai Hartmanns, unklar. Es ist ein Instrument des Bundesverfassungsgerichts in einer „quasireligiösen Sphäre“ (Rüdiger Safranski). Er ist ein Fixpunkt im staatskonstitutionellen Gebäude, das vom Bundesverfassungsgericht vermessen wurde und von ihm bis heute in zentralen Urteilen reproduziert wird.¹⁷ Diesen Fragen kommt im Sarrazin-Fall grosse Relevanz zu (faktisch – bis zu Sarrazins freiwilligem Rücktrittersuchen als Vorstand der Deutschen Bundesbank¹⁸ und der darauf folgenden Annahme durch den Bundespräsidenten), da es um die Einordnung der Meinungsfreiheit (Artikel 5 Grundgesetz) geht. Bis heute ist hierzu das Lüth-Urteil des Bundesverfassungsgerichts maßgebend. Danach darf Artikel 5 I, also die Meinungsfreiheit, nur dann eingeschränkt werden, wenn der Schutz eines „Gemeinschaftswertes“ von „größerem Interesse“ ist, wobei vom Verfassungsgericht betont wird, es gebe keine gesetzesimmanente generelle Schrankenbildung, jedoch müsse eine Schranke berücksichtigen (Artikel 5 II, also hier möglicherweise das Bundesbankgesetz), dass Artikel 5 I eines der „vornehmsten Menschenrechte überhaupt“ sei.¹⁹

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihren normativen Orientierungsrahmen aus der geschichtlichen Erfahrung und der geistig-sittlichen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus spezifisch so – wertgebunden – gestaltet, dass die Allmacht eines totalitären Staates, eine schrankenlose Herrschaft über alle Bereiche des sozialen Lebens und eine Verfolgung von Staatszielen, der die Rücksicht auch auf das Leben des Einzelnen nicht grundsätzlich nichts bedeutet, nicht mehr in ihre Normativstruktur integrierbar sind. Was immer aus dieser Vergangenheit kommt, kann in der Welt der bundesrepublikanischen Gesellschaft keinen Bestand haben. Dafür sollte das Bundesverfassungsgericht (ab 1951) als neue Institution eintreten, während es der Politik dieser Zeit um Vertrauensbildung ging – man sich für Be-wertungen noch „nicht reif“ fühlte.²⁰

Entsprechend der grundgelegten technischen Machtermächtigung, also dem Ausschluss der Menschlichkeit des Menschen, der Daseinsfrage aus dem Umgang mit Seiendem, wird auch „Wissen“ als Be-wertungsgrundlage behandelt. Es wird direkt zur „Intelligenz“ hochgestuft, inventarisiert, wodurch ein Expertentum generiert wird. Nur noch Experten sind gefragt, die dann auch im Sinne der technischen Machtermächtigung ihre Ur-teile (Be-wertungen) abgeben. D.h., dass eine Meinung des Bürgers schon als „unwissenschaftlich“, oder „rechtslastig“ kategorisiert wird. Dass der Bürger möglicherweise individuelle Beobachtungen macht, dass er seinen „gesunden Menschenverstand“ einsetzt, Dinge möglicherweise unverstellter, originärer sieht, wird hier geringer be-wertet als wissenschaftliche Erhebungen, ohne zu sagen, was „Wissenschaftlichkeit“ überhaupt ausmacht, und hierbei eine Selbstbegrenzung der Wissenschaft erfolgte in dem Sinne von: was kann sie – was kann sie nicht. Intelligenz wird zu hoch veranschlagt. Sie wird überschätzt. Klar, anschwellende Dummheit für sich kann nicht „produktiv“ sein. Aber, fragt ein Leitartikler dieser Tage, „wohin hat uns – geschichtlich betrachtet – die Intelligenz als solche gebracht? Welche Institution ist den Nazis am schnellsten um den Hals gefallen? Die

¹⁵ Vgl. BVerfGE 7, 198ff. Urteil v. 15.01.1958.

¹⁶ Vgl. Markus Porsche-Ludwig, Zur Konsistenz von Recht und Politik bei der Umsetzung des Artikels 5 Einigungsvertrag, Marburg 1996.

¹⁷ Vgl. Markus Porsche-Ludwig, Zur Konsistenz von Recht und Politik bei der Umsetzung des Artikels 5 Einigungsvertrag, Marburg 1996.

¹⁸ Vgl. z.B. FAZ v. 10.09.2010.

¹⁹ Vgl. BVerfGE 7, 198ff. (208).

²⁰ Vgl. Markus Porsche-Ludwig, Zur Konsistenz von Recht und Politik bei der Umsetzung des Artikels 5 Einigungsvertrag, Marburg 1996, S. 63.

deutsche Universität! Welche Intelligenzler haben das dümmste antisemitische Zeug gepredigt, und zwar nach acht Semestern des Studiums auch der hebräischen Bibel, Altes Testament genannt, dabei den jüdischen Herrn Jesus im Munde? Ein beachtlicher Teil der gut deutschen Theologen! Mir ist der schlichte Volksschüler und Schreiner Georg Elser, der 1939 schon erkannte, dass man versuchen müsse, den Unheilsbringer Hitler umzubringen, abertausendmal wertvoller als der promovierte Volljurist Werner Best, der seinen Scharfsinn der Gestapo und der SS zu Verfügung stellte – und danach dem erfolgreichen Versuch, bis zu seinem Tod 1989 jedem Strafurteil zu entgehen.²¹

Auch die (privaten wie öffentlichen) Medien gehen nicht vom Dasein des Menschen aus, sondern be-werten vielmehr qua Experten und schliessen sich politischen Beurteilungen seitens der politischen Klasse an. Entsprechend sind – im Falle von Sarrazin – alle „unwissenschaftlichen Auffassungen“ abzulehnen, ins Lächerliche zu ziehen, nicht ernst zu nehmen („Sarrazynismus“). Interessant ist dabei, dass das vertretene „Wissenschaftsverständnis“ nicht in Frage gestellt wird, zumal Sarrazins Aussagen partikularisiert werden.

Es lässt sich hier sehr schnell eine direkte Verbindung von Medien und Wissenschaft, eine „Verflechtung“ (Norbert Bolz), ausmachen. Hieraus ergibt sich freilich eine interessante Fragestellung: warum das – tieferliegend – so ist?²² Es ist hier natürlich die Meinung zu diskutieren, ob es sich bereits – provokativ – um den Fall eines „geistigen Kommunismus“ handelt. Dabei folgen die Medien meist den Werten der politischen Parteien, schon um einen Ausgleich hinzubekommen, für „Ausgewogenheit zu sorgen“: zwischen – heute – „sozialliberal“ und „rechtsliberal“. Sicherlich spielt auch die parteipolitische Milieuverankerung der Journalisten eine wichtige Rolle, zumal diese auch mit den Orten ihrer Berufsausbildung nicht zuletzt in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten zu tun hat.

Heute sehen wir sehr leicht, dass die ausgegebenen Ziele Wohlfahrt, Kultur etc., vor denen die Bürger – als Metapher – „ehrfürchtig, ja andächtig stehen“, brüchig geworden sind. Diese Brüchigkeit ist für jedermann sichtbar und wird immer sichtbarer – inzwischen auch empirisch belegt: durch das Entstehen von Parallelgesellschaften, durch Entvölkerung, Kinderarmut und verändertes Wahlverhalten. Durch diese Brüchigkeit kommt das Gesamtgebilde ins Wanken. Es lässt sich eine zunehmende Kluft zwischen der Basis und den Eliten ausmachen. In vielem ist das einfache Volk offensichtlich klüger als die Politiker, die in seinem Namen sprechen. Das erscheint in vielen Bereichen der Fall zu sein. Insofern ahnen die Leute, dass was schief geht. In der Beziehung lohnt es sich, auf der Seite des Stammtisches und des „dummen“ Volkes und nicht der klugen Eliten zu stehen.

Um das Gesamtgebilde mit der Basis der skizzierten Machtermächtigung am Leben zu halten ist es erforderlich, neue, größere Ziele auszugeben, die alles umfassend sind, da vom neu-zeitlichen „cogito, ergo sum“ nicht so leicht abgewichen werden kann. Auf diese kritische Situation weist nunmehr Sarrazin hin, und zwar in kantianischer Tradition. Er sagt zugespitzt: Die „Kultur- und Lebenswerte der Deutschen sind in Gefahr“ (als Tenor seines Buches). Nach Kants Rechts- und Staatsphilosophie ist der Gesetzgeber stets dazu verpflichtet, dass die einzelnen Gesetze als aus dem gemeinsamen Willen aller hervorgehend gedacht werden können. Sonst sind sie unrecht. Der Mensch als Staatsbürger ist so ein freies, vor dem Gesetz mit jedem anderen gleiches, selbständiges Glied des Gemeinwesens (Einschränkung ist das notwendige Gesetz). Die Behörden könnten über die faktische Lage

²¹ Vgl. Der Tagesspiegel v. 30.8.2010.

²² Jürgen Bellers stellt hierzu in einem Essay einige interessante Vermutungen an, denen weiter nachzugehen wäre, vgl. Jürgen Bellers, Medien oder Politik, Siegen 2006.

freilich irren, also ob das Gesetz zweckmäßig ist. Dann kann der Staatsbürger mit seiner öffentlichen Kritik der Behörden einsetzen. Wenn in den öffentlichen Gewalten eine Besorgnis festzustellen ist, dass durch kritisches Denken und dessen öffentliche Bekundung die Gesinnung des Staates gefährdet werde, so heißt das in Wahrheit, dass in ihnen die Besorgnis um ihre eigene Stellung aufzukommen beginnt. Sie fürchten dann um sich selbst und hassen die Kritiker daher – soweit Kant.²³ Hier muss man auch den Begriff der Menschenwürde einordnen. Und wenn von Menschenwürde die Rede ist, so muss gesehen werden, dass sie kantianisch existiert, weil der Mensch nur in der staatlichen Ordnung seine Würde, die Freiheit, innerhalb des Zusammenlebens mit seinesgleichen in allen Lebensnöten bewahren kann. Nun steht für Kant außer Frage, dass ein Widerstandsrecht besteht, wenn die Machthaber eine Einteilung der Menschheit in biologisch wertvolle und minderwertige Rassen vornehmen oder den Befehl ausgeben, Menschen wegen ihrer Rasse, religiösen oder politischen Überzeugungen umzubringen.²⁴ Was bei Sarrazin angesprochen wurde, ist dagegen: eine statistische Relation zwischen Intelligenz und Genetik oder sozialer Schichtung als Fragestellung. Das ist ein Unterschied und hat nichts mit einem Verstoß gegen die Menschenwürde nach Kant zu tun.

Um der konstatierten Bruch- und Gefährdungssituation zu begegnen versucht Sarrazin, neue größere umfassendere „Ziele“ auszurufen, indem er „Genetik“ ins Spiel bringt und somit gewissermaßen von der „Kultur“ und ihren Werten zum „Biologismus“ flieht. Das zeigt freilich auch auf, dass Sarrazin selbst bereits nicht mehr wirklich an die bindende Kraft der Kultur glaubt. Dabei ist Sarrazin ein Bildungsbürger und die Grundhaltung seines Buches ist – wie in vielen anderen Büchern²⁵ – die Verteidigung der eigenen oder auch abendländischen Kultur vor der demografisch induzierten Bedrohung vor allem durch islamische Milieus. Sarrazin almagamiert Erbbiologie mit Kultur. Genetische und ethnische Dispositionen begrenzen die Fähigkeiten des Individuums ebenso sehr wie die ganzer Völker, heißt es nunmehr bei ihm. Die Frage, um die es hier geht, ist: ob Intelligenz erblich bedingt ist oder von Umwelteinflüssen geprägt wird. Das Ergebnis freilich bleibt offen. Vorbild war hier wohl geschichtlich eine ebensolche Debatte in den USA, die dort vor einhundert Jahren stattfand.

Inzidenter stellt Sarrazin damit aber auch die gemeinsamen großen Ziele in Frage, und damit das ganze „Rechnen“ und „Planen“, das „Machbare“ und damit auch die zugrundeliegende „Macht“ qua aufgezeigter Wertespezifischer Machtermächtigung, was freilich eine Speerspitze gegen die „politische Klasse“ darstellt. Resultat dessen freilich ist allenthalben „Angst“. Und zwar „logischerweise“ in allen Bereichen, da die Machtermächtigung hier überall durchwirkt. Bevölkerung und Politiker haben Angst, da nunmehr mit Kultur- und Lebenswerten nichts mehr zu machen ist.

Während es der Politik weiterhin um technische Machtermächtigung geht, geht in der Bevölkerung diffuse „Angst“ um, womit sie sich, Halt suchend, (zunächst) auf die Seite Sarrazins verschlägt. Die Politik versucht derweilen, die Bevölkerung von den vorgegebenen Kultur- und Lebenswerten zu überzeugen (Tenor: „Die Integration klappt doch, wenngleich...“), ihre Brüchigkeit zu verdecken, und daher auch hier Veränderungen und partielle Präzisierungen vorzunehmen. So wurde etwa ein neues Bundesministerium für

²³ Immanuel Kant, Über den Gemeinspruch. Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht fuer die Praxis (1793), herausgegeben von J. Ebbinghaus, 5. Aufl., Frankfurt/Main 1992.

²⁴ Dazu auch Karl-Heinz Volkmann-Schluck, Politische Philosophie, Thukydides – Kant – Tocqueville, Frankfurt/Main 1974, S. 122.

²⁵ Vgl. etwa die ähnlich ausgerichteten Bücher von Walter Laqueur: Die letzten Tage von Europa - Ein Kontinent verändert sein Gesicht, Berlin 2006; Robert Hepp, Die Endlösung der Deutschen Frage - Grundlinien einer politischen Demographie der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen [u.a.] 1988; Jean Raspail, Das Heerlager der Heiligen - Eine Vision, Tübingen [u.a.] 1973.

Integration vorgeschlagen, eine neue Regelung hinsichtlich der Kita-Pflicht ab dem 1. Lebensjahr²⁶; die CDU will eine Bestrafung von integrationsunwilligen Migranten (im Zentrum stehen Deutschkenntnisse, Kindererziehung): Ermahnungen, Sanktionen; ohne Vorbehalt „in der Regel“: dass der Ehepartner eines hier lebenden Ausländers nur dann zuwandern darf, wenn die eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts gewährleistet ist (dies muss bereits „in der Regel“ als Kriterium für die Erteilung der Aufenthaltsgenehmigung angelegt werden)²⁷; die Forderung von „Integrationsdebatten ohne Tabus“ (Bundeskanzlerin A. Merkel)²⁸.

Verstehen wir diesen Gesamtzusammenhang, dann verstehen wir auch, dass wir keine Lösungen aktueller Probleme finden können – außer den altbewährten Lösungen. Denn die zugrunde gelegten Prinzipien sind dieselben. Es sind die Prinzipien, die altbekannt und „-bewährt“ sind. Es gibt keine Alternativen... . Das wird uns zumindest glaubhaft versichert, wir glauben es. Es fiel nicht zuletzt bei der Finanzkrise der Jahre 2007ff. auf, dass hier das altbewährte gestützt wird. Es wird schon weiter gehen. Es handelt sich hier nur um ein Zwischentief, die Verfehlung weniger etc. etc. Damit wird versucht, „Angst“ zu begegnen. „Angst“ heißt Unsicherheit, Herausgeworfensein aus dem Normalen, Unbekanntes, nicht Vertrautes etc. Nehmen wir die Angst wahr, dann verlagert sich das Phänomen, das zu bekämpfen ist, in Richtung „Angstbekämpfung“: zu sehen, dass wir wieder zur Normalität kommen. Dann ist es nicht mehr die Krise, die im Zentrum steht und bearbeitet werden muss, sondern vielmehr ist es dann die Angst, die es zu bekämpfen gilt. Aber zunächst einmal muss sich jeder Mensch selbst darüber klar sein, wer er ist. Das kann ihm in der Angst besonders deutlich werden, weil die Angst gerade ein „Mehr“ gegenüber der „Normalität“ darstellt, dem normalen Leben nach bestimmten Prinzipien, Vorstellungen und Idealen. Es sind „Augenblicke“ im Sinne von Hannah Arendt²⁹. Wenn wir als Menschen also zunächst nach „draußen“ gucken, dann hat das nichts mit uns selbst zu tun. Alles andere muss uns gewissermassen „zu-fallen“. Das aber kann nur dann passieren, wenn der Mensch nicht einem bestimmten Zweck entspringt. Der Mensch hat demnach keinen Grund a priori, kann diesen gar nicht haben. Also muss man hier eher vom „Nichts“ ausgehen. Das kann in der Angst sehr deutlich erfahren werden. Der Mensch geht aber meist von Zwecken aus. Diese verbindet er mit Unsterblichkeit, wie wir das jetzt im Moment auch sehen. Lebensverlängerung ist dann das Thema... .

Was folgt daraus für die Politik und warum? Die Politik zieht Sarrazin weg, da die „Masse“ „Angst“ hat. Daher kommt es zu einem Parteiausschlussverfahren und einem Abberufungsverfahren als Vorstand der Bundesbank. Problematisch ist nur, dass Sarrazin auch von vielen Experten recht bekommt. So liess die anfangs kritische „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Sarrazins Thesen von renommierten Bildungs- und Integrationsforschern prüfen.³⁰ Die fanden sie als „weitgehend stimmig“ und lobten das Buch als „bürgerliche Kampfschrift für Disziplin, Eigenverantwortung, Leistung und Pragmatismus“. Die Bundesregierung beschloss (daraufhin?) einen Plan mit noch mehr Geld und eigenen Lehrern für die Ausbildung der Kinder von integrationsunwilligen Ausländern. Ausserdem wird eine Debatte der Thesen Sarrazins und der Politik gefordert.

Man vertraut der politischen Klasse, dem von ihr gemachten, d.h. dem daseinsmäßig reduzierten Politischen, bis man ihren Schein durchschaut, wenn die vorgegebenen Ziele brüchig werden. Nach einem „neuen Anfang“, in dem die Menschlichkeit des Menschen und die Natürlichkeit der Natur Ausgangsorte sein müssten (freilich von der bestehenden Verfassungsordnung aus betrachtet), wird kaum gefahndet, vielmehr geht es wieder um die

²⁶ Der Tagesspiegel v. 7.9.2010.

²⁷ Die Welt 8.9.2010.

²⁸ Der Spiegel v. 4.9.2010.

²⁹ Vgl. Hannah Arendt, Macht und Gewalt (1970), 15. Aufl., München [u.a.] 2003.

³⁰ FAZ v. 8.9.2010.

Stabilisierung, Vertrauensbildung hinsichtlich der wertspezifischen Machtermächtigung, wenngleich so freilich keine Stabilisierung mehr erfolgen kann, da sie „durchschaut“ ist.

Erstrebt werden müsste, nach dem Gesagten, der Aufbruch in das Unversicherbare, die Angst zuzulassen, denn die Angst vereinzelt, um neue Erfahrungen mit uns, der Gesellschaft, in der wir leben, und auch der Welt zu machen. Nicht um asketisch uns von allem abzuwenden, sondern, um zu verstehen, nicht zu be-greifen.

Es muss daher daseinsanalytisch³¹ zunächst einmal alles in Frage gestellt werden, alles muss uns gewissermaßen wegschwimmen, nicht in dem Sinne, dass wir das alles einfach „wegwerfen“, sondern indem wir es durchschauen. Hinterfragen, In-Frage-stellen: was heißt das und das, was kann man damit erkennen, woher kommt es, was hat es mit mir selbst zu tun, was mit meiner Umgebung? Muss das so sein? Kindliche Fragen, in der Tat. So fragen wir uns ins Offene, das heißt Grundlose. Wir erkennen, dass nichts sicher ist, wir werden gelassener in Bezug auf die Welt, mit uns selbst. Wir verlieren das Computerprogramm in uns. Wir stürzen dann freilich in Krisen, in gewaltige Krisen. Wir üben Selbstexperimente. Aber nur indem wir hinterfragen, also das bestehende, das uns sozialisierende. Dann können wir erkennen, dass wir uns von vielen Haltungen befreien müssen, haben gerade keinen Halt mehr, schwimmen. Das müssen wir aushalten. Nur dann, wenn wir das schaffen, kommen wir zu uns selbst, zu unserer Freiheit.

Dann erkennen wir auch, wie schön, wie erhaben diese Welt ist, wir fühlen uns wohl, haben auch keine Todesangst mehr, da wir uns geborgen fühlen. Wir bemerken dann, dass wir bisher immer nur argumentiert, also gerechnet (lateinisch: arguere) haben. Dass wir bisher wie ein Computer gelebt haben. Jetzt nehmen wir „wahr“. Wir lassen uns nicht mehr festlegen und leben stattdessen, und dann spielen auch die „Werte“ wieder eine originäre Rolle (die ja an sich völlig unstrittig sind: da ohne sie kein Zusammenleben von Menschen möglich ist).

Das ist auch im Übrigen der Grund, warum (politische) Revolutionen im von uns bisher verstandenen Sinne nicht gelingen können: denn anstatt für ein abstraktes Ideal: eine klassenlose Gesellschaft, etwa, zu kämpfen, geht es hier um etwas völlig anderes. Es geht nämlich um die sehr viel schwierigere Aufgabe, die uns dann erst noch bevorsteht: den skizzierten Weg zu gehen und dann zu erkennen, dass eine Notwendigkeit zu dieser Revolution besteht oder nicht besteht. Alles andere ist Pathos oder Überlebensstütze.

Daher muss die Revolution in diesem Sinne erst mal – aus heutiger Sicht – von „außen“ und „innen“, also in unserem Bewusstsein, hier also Selbstbewusstsein, stattfinden! Dann erkennen wir unsere Macht, die Macht, die jedem Mensch inhärent ist, weil es eine natürliche Macht ist, es ist dann keine Gewalt mehr. Stattdessen haben wir es heute immer nur mehr mit Ohnmacht zu tun, da wir nicht (daseinsanalytisch) hinter die Dinge „steigen“, sondern diese uns vielmehr oktroyiert werden. Daran können wir dann nichts ändern. Wir folgen ohnmächtig, da wir uns selbst, unserem „Selbst“ nicht mächtig sind. Das ist die Folge. Wir brauchen daher für dieses Anfangen Entschlossenheit. Wir müssen uns dazu entschließen. Schwierig genug.

Wir erkennen dann mehr und mehr unsere Möglichkeiten. Wir erkennen dann, was alles in uns steckt. Wir erkennen dann, dass der Mensch Möglichkeit ist, weniger Wirklichkeit. Dabei müssen wir von unserer Leiblichkeit ausgehen. Das „Ich“ ist dann nicht mehr. Es ist ein Anderer. Ego gibt es also nicht mehr. Damit gibt es keine Gewissheit mehr, keine Sicherheit. Damit gewinnen wir freilich ein ganz neues Verhältnis zur Wissenschaft. Denn die Wissenschaft muss freilich von bestimmten unumstößlichen Prinzipien ausgehen. Ohne diese kann keine Wissenschaft betrieben werden. Dann haben wir freilich auch ein anderes Verhältnis zur Technik. Sie wird uns transparent. Andernfalls bleiben wir eine Ware in der heutigen Welt, der das kapitalistische System ohne Zweifel als Prinzip zugrundeliegt. Wir verlieren unsere Berechenbarkeit. Wir leben multiperspektivisch.

³¹ Siehe grundlegend: Martin Heidegger, GA 2: Sein und Zeit, herausgegeben von F.-W. v. Herrmann, Frankfurt/Main 1977.

Stattdessen werden wir wohl wieder so reagieren, wie dies auch auf die Finanzkrise 2007/2008 der Fall war. Wir erinnern uns: Dort erhielten die politischen Parteien, die dem Markt huldigen, bei Landtagswahlen den meisten Zuspruch.³² Damit vergeben wir (wohl) wiederum eine große Chance, einen „Augenblick“, wie das Hannah Arendt nannte, wo das „Man“ durch „Angst“ aufgesprengt wird. Arendt geht davon aus, dass jeder Mensch verschieden ist vom anderen. Der Mensch ist demnach Allein-sein und Mitsein. Alleinsein heisst, dass er nicht vertretbar ist, dass der Mensch seinen eigenen Freiheitsraum hat, den dann auch nur er selbst ausfüllen kann. Mittel hierzu ist seine Freiheit. Der Mensch ist demnach „offen“, „bodenlos“. Demnach ist unser Dasein die Möglichkeit des Freiseins für das eigene Seinkönnen. Hier knüpft Arendt auch an ihren Lehrer Martin Heidegger an. Hier ist also die Betonung der Möglichkeit wichtig, weniger die der Wirklichkeit. Der Mensch ist ein Möglichkeitswesen. Auch in der Wahl, nicht frei sein zu wollen, liegt schon zuvor die Möglichkeit, frei zu sein. Von hier aus geht Arendt dann zu Aristoteles und Augustinus über, die für das politische Denken ganz wichtig sind.

Was ist vor dieser Vorstellung von Politik dann „Demokratie“? Demokratie kann nach der Grundlegung des Politischen bei Arendt nur heissen, eine Lebensform dieser Freiheit, zu der aber noch die Ver-antwortung hinzutritt. Freiheit und Verantwortung müssen demnach bewusst ergriffen werden. Freiheit ist jedem eigen. Diese muss in ihrer Möglichkeit „ergriffen“ werden (Karl Jaspers). Uns stellen sich bei dem Ergreifen dieser Freiheit sodann Fragen, die das Ergebnis der Freiheitlichkeit des Menschen sind. Wir müssen darauf antworten, diese Entscheidung kann uns niemand abnehmen. Dann ver-antworten wir uns, also stehen dann für die Antworten auch ein.

Da-sein vollzieht sich im Staat. Der Staat soll gerade den Freiheitsraum für den Menschen schaffen, das ist sein eigentliches Ziel. Ziele und Zwecke, die machbar sind, sind nicht Primäraufgabe. Vielmehr, dass der Einzelne die Je-meinigkeit des Mit-seins anstrebt. Hier spielt gewissermaßen der Solidaraspekt eine Rolle, durch das Mit-sein, wobei das Mitsein eine Bestimmtheit des je eigenen Daseins ist.³³ Als Mitsein ist das Dasein auch unwillen der Anderen.³⁴ Das Ziel des Staates muss sein: den Raum der Freiheit zu schaffen und zu sichern (Karl Jaspers). Demnach darf der Staat nicht zu einem technischen Staat werden, der nur bestimmte fürsorgliche Zwecke (im Sinne von Sorgen für, also die Freiheit für den Anderen ergreifen wollen) erfüllt. Vielmehr muss der Einzelne zum Staat ein Ver-hältnis eingehen. Nur so kann er Daseinsmöglichkeiten gewinnen. Formelles Recht reicht daher nicht aus. Der Einzelne muss den Staat als seine Wirklichkeit anerkennen können. Das „Worumwillen“ des Staates ist der Einzelne. So dienen auch die Institutionen des Staates diesem Ziel, also auch zum Beispiel Beruf, Ehe, Familie, Fürsorge³⁵. Der Mensch kann dadurch seinen Möglichkeitsraum erweitern, aber auch diesen Institutionen verfallen. Ist die geschichtliche Wirklichkeit des Staates im Menschen gebrochen, dann stellt sich für den Menschen aber die Frage seines Daseins. Insofern darf man sich auch nicht dem Spielraum überlassen, der dem Dasein zufällig überlassen wird, sondern der ur-sprüngliche Sinn des Eröffnens von Freiheitsräumen ist anzuvisieren. Mit weniger darf man sich nicht zufrieden geben. Der Staat ist somit nichts Äußeres und Beiläufiges, der nur von außen beobachtet wird.

³² Siehe die Erfolge der FDP bei der Landtagswahl in Hessen (16,2% [2009] stehen 9,4% [2008] gegenüber). Ebenso: Landtagswahlen Bayern: FDP 8,0% (2008) gegenüber 2,6% (2003). Vgl. Die Welt v. 29.10.2008. Siehe auch Europawahlergebnis 2009: FDP 11% gegenüber 6,1% (2004).

³³ Martin Heidegger, Sein und Zeit, 17. Aufl., Tübingen 1993, § 26, S. 120.

³⁴ Martin Heidegger, Sein und Zeit, 17. Aufl., Tübingen 1993, § 26, S. 123.

³⁵ Im Sinne Heideggers, vgl. Martin Heidegger, Sein und Zeit, 17. Aufl., Tübingen 1993, S. 121.

Insofern ist dann auch leicht zu ersehen, dass diese Freiheit ausschließt, dass der Mensch stets abhängig vom sozialen Umfeld, sozialen Faktoren (arm, weil ausgebeutet) ist und dass auch eine ständige sozialpolitische Förderung durch den Staat demnach auszuschließen ist. Vielmehr stellt der Staat durch Beruf, Familie, Ehe, Fürsorge etc. Institutionen zur Verfügung, mit denen der Mensch seinen Freiheitsraum erweitern kann (sofern er diese Freiheit ergreift) und damit seinen Möglichkeitsraum (sofern er sich der Freiheit ver-antwortet). Stattdessen ergreift er diese Möglichkeiten zunehmend nicht mehr oder ver-fällt ihnen.

Das zeigen auch die folgenden Zahlen:

1. Berufslose: In Westdeutschland 1,5 Millionen junge Menschen ohne Schulabschluss (1/5 im Alter zwischen 25 und 34 Jahren fällt in diese Gruppe)³⁶. Zwischen 20 und 30% eines Jahrgangs ist "ausbildungsunfähig" (geht man von "nur" 20% aus, so sind das jährlich ca. 180.000 von 900.000 Schulabgängern): wenn ein junger Mensch nach der Schule seinen ersten eigenen Lebensabschnitt beginnt, seine Kenntnisse sowie Einstellungen aber so inakzeptabel sind, dass ihn nicht einmal ein Handwerksmeister haben möchte.³⁷

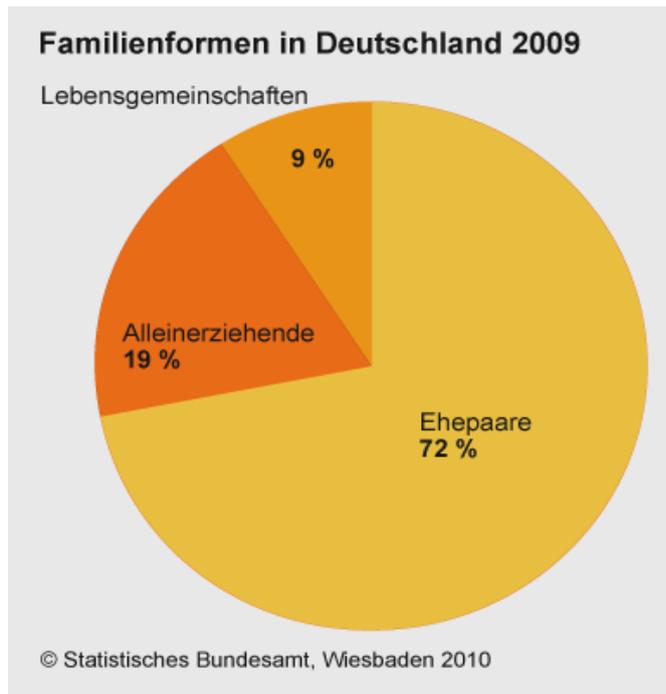
2. Alleinstehende: Die Zahl stieg von knapp 16,5 Millionen im Jahr 2007 auf rund 17,0 Millionen im Jahr 2008 (Statistisches Bundesamt 2010). Zunahme bei Männern deutlich höher als bei den Frauen. Anteil der Alleinstehenden (Männer und Frauen) an gesamter Bevölkerung Deutschlands 2008 bei gut einem Fünftel (21 Prozent). Beim Mikrozensus (jährliche Haushaltsbefragung): knapp 7,8 Millionen alleinstehende Männer; 2007 waren es noch knapp 7,5 Millionen. Die Zahl der alleinstehenden Frauen liegt bei 9,2 Millionen; (2007 etwas unter 9 Millionen). Anteil der Ledigen unter den Alleinlebenden 63 Prozent bei den Männern und 37 bei den Frauen (etwa wie 2007). 19 Prozent männlicher Singles: geschieden, 7 Prozent verheiratet (getrennt lebend). Von weiblichen Singles 16 Prozent geschieden und knapp 4 Prozent vom Ehemann getrennt lebend. 43 Prozent waren verwitwet (Männer: 11 Prozent). Hier schlägt sich insbesondere die höhere Lebenserwartung der Frauen nieder. Zu den Alleinstehenden zählen im Mikrozensus alle Personen, die ohne Ehe- oder Lebenspartner und ohne Kinder in einem Ein- oder Mehrpersonenhaushalt leben.

(Quelle: Statistisches Bundesamt 2010)

3. Familie

³⁶ So eine Studie der Bertelsmann-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung für 2007, vgl. FAZ v. 08.09.2010.

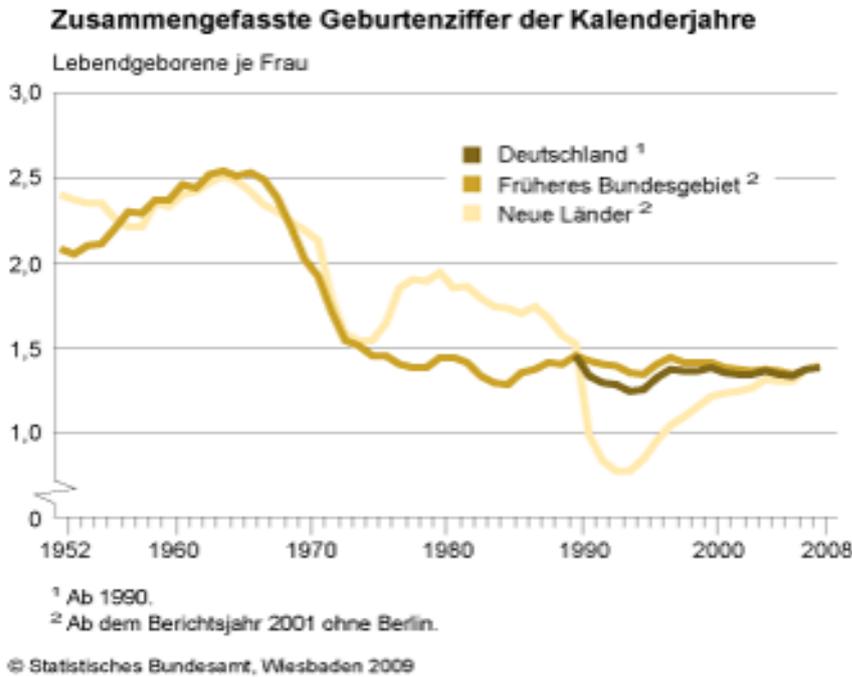
³⁷ Vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag (Hg.), Ausbildung 2010, Ergebnisse einer IHK-Unternehmensbefragung, Berlin 2010, S. 29ff.



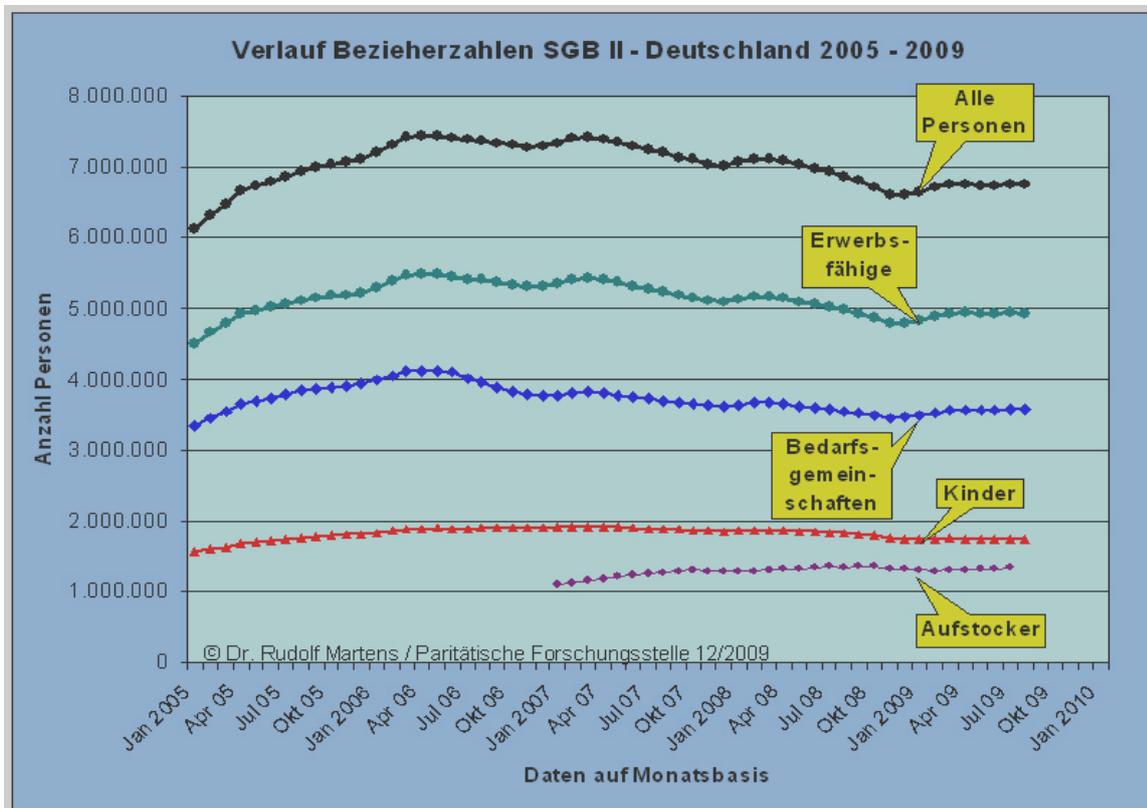
Zu den Alleinerziehenden zählen alle Mütter und Väter, die ohne Ehe oder Lebenspartner mit mindestens einem ledigen Kind unter 18 Jahren in einem Haushalt zusammen leben. Unerheblich ist dabei, wer im juristischen Sinn für das Kind sorgeberechtigt ist. Im Vordergrund steht im Mikrozensus vielmehr der aktuelle und alltägliche Lebens- und Haushaltszusammenhang. Aus diesem Grund wird auch nicht zwischen leiblichen, Stief-, Pflege- und Adoptivkindern unterschieden. Ohne Altersbeschränkung der Kinder lebten 2009 rund 2,6 Millionen Alleinerziehende in Deutschland. Die Altersbeschränkung auf Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern ist insofern sinnvoll, als diese aus familien- und sozialpolitischen Gesichtspunkten von besonderer Bedeutung sind. Zudem kehrt sich im höheren Alter das Betreuungsverhältnis von Kind und Elternteil häufig um. Ein Zeitvergleich zeigt, dass Alleinerziehende auch schon vor 13 Jahren – soweit kann mit den Analysen zurückgegangen werden – einen festen Platz unter den Familienformen eingenommen haben. Damals war noch jede siebte Familie (14%) alleinerziehend. Im Jahr 1996 gab es rund 1,3 Millionen Alleinerziehende, 2009 betrug die Zahl 1,6 Millionen. Das entspricht einem Anstieg von rund 20%.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)

Die Gesamtzahl der Familien mit minderjährigen Kindern ist hingegen zurückgegangen.



4. Fürsorge/Sozialhilfe (“Hartz IV”)



„Aufstocker“: Bezieher von SGB II-Leistungen, die erwerbstätig sind; Daten liegen ab Januar 2007 vor. Der Kurvenverlauf der Personen insgesamt („Personen alle“), der Erwerbsfähigen

und der Bedarfsgemeinschaften zeigt zwei Tendenzen: Zum einen werden Anfang 2006 die höchsten Bezieherzahlen erreicht. Zum anderen sinken sie von Mitte 2006 bis Anfang 2009 (mit saisonalen Schwankungen). Die Bezieherzahlen Mitte 2009 ähneln dabei den Zahlen der zweiten Jahreshälfte 2005. Mit anderen Worten, nach der Einführung des SGB II stiegen die Bezugszahlen zunächst an, dann sanken sie – im Ergebnis ist aber gegenüber Ende 2005 kein wesentlicher Fortschritt erreicht.

(Datenquelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit und der Paritätischen Forschungsstelle)

Leistungsmissbrauch: „Falsche Angaben machen, um mehr Sozialleistungen einzustreichen“. 2009: 165.000 Fälle (plus 1,9% ggüb. Vorjahr): meist Langzeitarbeitslose betroffen. Schwarzarbeit: 39.000 Verdachtsfälle bei Zollverwaltung, 13.000 Fälle bei Staatsanwaltschaft (2009, Zuwachs von 4,9% ggüb. Vorjahr). Hohe Dunkelziffer.

(Quelle: Jahresbilanz der Bundesagentur für Arbeit)

Zusammenfassend: Sozialhilfe darf nicht dazu dienen, dass der Staat die Freiheit für seine Bürger ergreift, für ihn sorgt, sondern es geht ihm gerade darum, möglichst alle Bürger zur Freiheit zu befähigen. Nur dafür ist er da. Der Mensch hat seine Freiheit zu ergreifen, diese zu ver-antworten und seinen Möglichkeitsraum, der ihm durch den Staat und seine Institutionen gewährt wird, auszuschöpfen. Dazu hat ihn der Staat zu schützen und zu unterstützen. Das setzt unbedingt ein Ver-hältnis des Einzelnen zum Staat und seinen Institutionen voraus. Wo dieses nicht besteht, kommt es zum Leistungsmissbrauch.

Mit dem Ausgeführten wird im Besonderen die Freiheit des Menschen deutlich. Der Mensch ist demnach mehr als ein triebgesteuertes, biologisch fundiertes, evolutiv-geschichtliches Naturwesen, das sich gegenüber den anderen Gattungen, die die Evolution auch hervorgebracht hat, durch ein wenig mehr Intelligenz auszeichnet. „Bildung“ bedeutet dann Überlebensfähigkeit und wie kann ich die Behaglichkeit (Komfort) steigern, die dann allen Menschen zugute kommt. Gehen wir vom Menschen als einem „Objekt“ aus, dann können wir viel Wissen produzieren. Und so gehen auch die gegenwärtige Politik und Politikwissenschaft meist von materiellen Ursachen aus, die allein empirisch, also qua sinnlicher Beobachtung, nachgewiesen werden können. So kann im Bezugfeld von Individualität und sozialer Umwelt dann alles als biologisch und sozial bedingt begründet werden. Das aber hat nichts mit dem ganzen Menschen zu tun. Dafür brauchen wir ein anderes Wissen (das Ge-wissen), die ethische Dimension ist gefragt, die dem Menschen insbesondere in der Erfahrung der Freiheit begegnet, im Gelingen genauso wie im Scheitern. So kann sich der Mensch seiner bewusst werden, es stellen sich ihm Fragen, auf die er Antworten zu finden hat, sich zu verantworten hat.

Im Kern geht es dabei um das, was Wilhelm Hennis formulierte. Das, so Hennis, was den Staat zum Staat mache, sei mehr als nur die Staatsgewalt, von der vornehmlich ausgegangen werde. Wichtig sei das telos, unter dem der Staat stehe.³⁸ Entscheidend demnach ist die Dimension mit einzublenden, was dem Leben „Wert“ und „Bedeutung“ gibt, andernfalls müsse die Arbeit der Politikwissenschaft und – so ist zu ergänzen – der Politik ihre Zielorientierung verlieren. Deshalb hätten gerade Werturteile, Zielbestimmungen menschlichen Handelns und Zusammenlebens, Staatszwecke, legitime Aufgaben innerhalb der Politik(wissenschaft). Dem können wir uns in Politik und Politikwissenschaft nicht durch

³⁸ Wilhelm Hennis, Politik und Praktische Philosophie. Eine Studie zur Rekonstruktion der politischen Wissenschaft, Neuwied [u.a.] 1963, S. 76.

die Flucht in eine „Weltgesellschaft“ oder durch trendhafte und unscharfe, da den Menschen und seine Verwurzelung in der Tradition nicht in den Blick nehmende „Governance“-Debatten entziehen.³⁹ Der Versuch, Sarrazin zum Schweigen zu bringen oder ihn zu diskreditieren, wird aufgrund der hier aufgezeigten Zusammenhänge nur neue Sarrazins hervorrufen.

Abendland versus Morgenland

Zum Gegensatz zwischen arabischer und europäischer Kultur

Jürgen Bellers

Warum wir uns von der islamischen Welt unterscheiden

Bei einer solchen Überschrift bedarf es zunächst einmal wieder einiger Vorsichtsmaßnahmen: 1. Nicht alle Gesellschaften und auch nicht alle Menschen sind gleich, womit kein Werturteil ausgesprochen werden soll, da sie natürlich alle gleichberechtigt sind Ich würde z.B. lieber im noch emotionaleren und nicht so durchrationalisierten Schwarz-Afrika leben. 2. In einer so und so mental geprägten Gesellschaft sind nicht alle so, aber doch viele. 3. Jeder weiß das, der mal im Urlaub war: Z.B. leben die Menschen in südlichen Ländern eher öffentlich auf den Plätzen Italiens, weil es dort nicht so viel regnet wie bei uns, mit all den daraus resultierenden Folgen. So einfach ist die Welt.

Das so weit. Nun kann man weiterhin einen Teil der Probleme von Einwanderern in der neuen und anderen Gesellschaft daraus erklären, dass die Migranten die sozialen Gewohnheiten ihrer Heimat mitbringen und sogar noch in der Fremde forcieren, weil sie Fernweh haben und

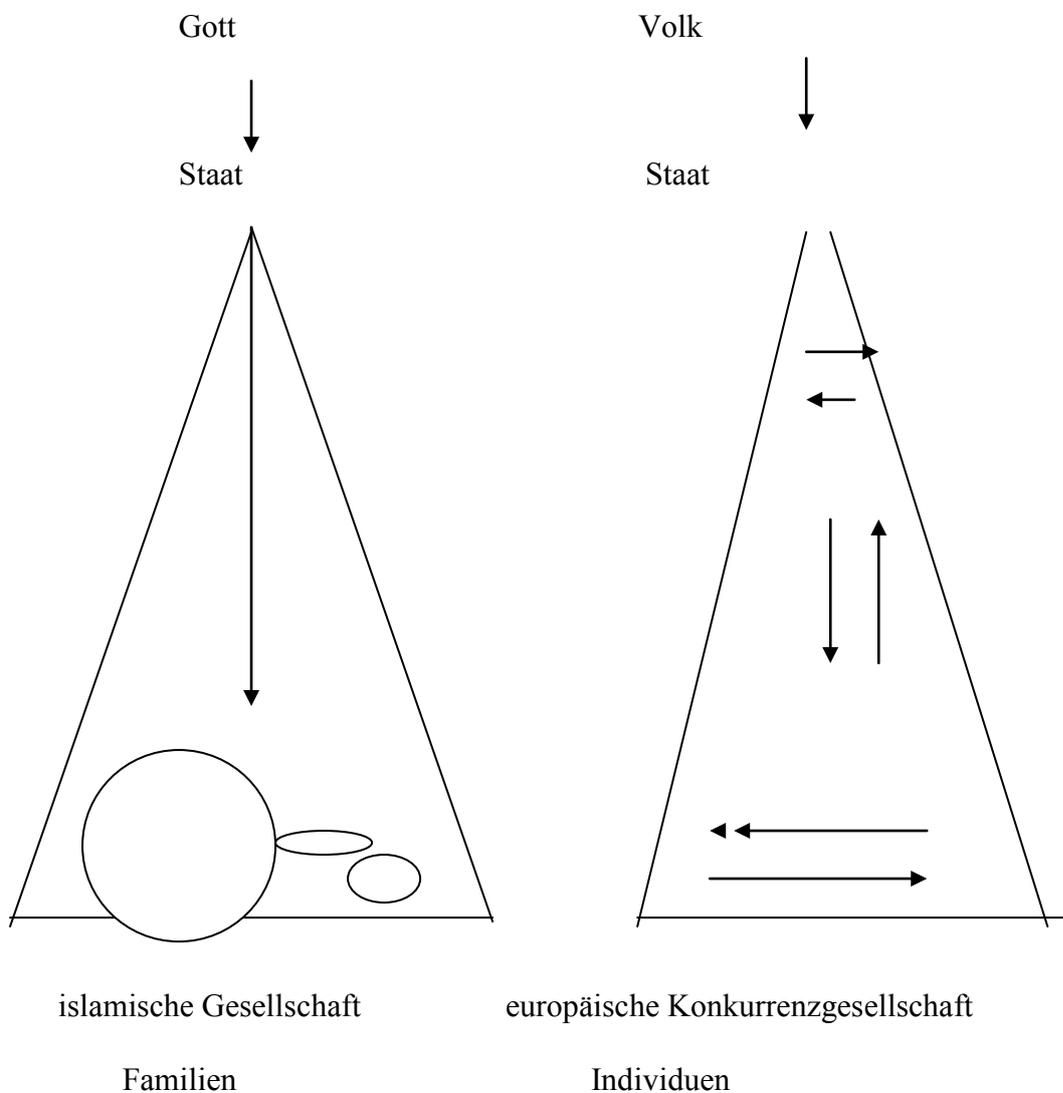
³⁹ Vgl. zu diesen Zusammenhängen auch: Jürgen Bellers, Markus Porsche-Ludwig, Für eine alte/neue Politikwissenschaft und Politik. Ein Manifest, Bonn [u.a.] 2009.

das Mitgebrachte an das Verlorene erinnert. Was bringen nun die Einwanderer von östlich und südlich des Mittelmeeres mit sich? (Diese Gesellschaften sind interessant, da sie eine andere Tradition haben, als z.B. alle EU-Staaten, die in ihrer Mehrheiten demokratisch-parlamentarisch, konkurrenzorientiert, individualistisch, nach-kolonialistisch, pazifistisch und aufgeklärt-säkular sind und zwei große Weltkriege hinter sich und auch verloren haben, auch Frankreich zumindest weltpolitisch).

Demgegenüber sind die Gesellschaften im mittel- und osttürkisch und arabischen Raum (und das sind unsere Nachbarn, von denen ein Großteil der Zuwanderung kommt) anders seelisch geprägt, und zwar in folgenden Punkten.

- Wichtig ist die Großfamilie, die in vielen ihrer Funktionen das erledigt, was bei uns der bürokratisierte Staat seit 130 Jahren übernommen hat, insbesondere hinsichtlich der sozialpolitischen und Alterssicherung. Die Familie wird von einem männlichen, ehrenhaften Patriarchen autoritär, z.T. auch gewaltsam geleitet, der über die Einhaltung traditioneller Sitten (rigide Sexualmoral) wacht.
- So wie die Familien autoritär sind, so auch der oft schwache Staat. Man versteht gar nicht, wozu eine Opposition gut ist, der Präsident macht es doch gut. Selbst bei den Deutschen ist ja diese Einstellung noch virulent, wenn man sich darüber beklagt, dass in Berlin zwischen den Parteien viel zu viel gestritten werde.
- Eine Reihe muslimischer Gesellschaften sind noch sehr religiös (z.T. sogar sehr bewundernswürdig), ohne dass diese Religion je einen Prozess der Trennung vom Staat und Selbstrelativierung wie in Europa seit der Aufklärung durchgemacht hat. Das erklärt das Rigore der religiösen Praxis, die andere Religionen weitgehend nicht duldet (sieht man von der Türkei und Indonesien ab).
- Die muslimischen Männer sind oft Machos, die Privilegien z.T. aggressiv beanspruchen und durchsetzen.
- Die Mentalität ist oft noch von ärmlichen, dörflichen und ländlichen Verhältnissen bestimmt, was eine große, emotionale zu den europäisch-städtischen Dienstleistungsgesellschaften bedingt und Unverständnis gegenüber der deutschen Sozialpolitik hervorruft.
- All das macht verständlich, warum in den Verfassungsschutzberichten der rot-grünen Koalition unter Schröder von 60.000 „gewaltbereiten“ Muslimen in Deutschland die Rede war (vor allem bei der extremen und kriminellen Muslim-Organisation Milli Görüs).

Diese Charakteristika „südlicher“ Gesellschaften bewirken die Konflikte mit einem Minderheiten-Teil unserer muslimischen Mitbürger, den wir gemeinsam bewältigen müssen, indem wir uns alle gemeinsam auf den Boden des Grundgesetzes stellen. Das erfordert allerdings von den Ausländern den großen Schritt, den ein kleiner, aber einflussreicher Teil von ihnen bisher nicht geleistet hat. Hier müssen die Deutschen klar machen, dass sie das bitter ernst meinen und nicht wieder liberal-tolerant tändeln, denn nur mit Autorität kann ein Wandel in die Wege geleitet werden. Aber dass das gelingt, erfordert, dass die Deutschen sich selber und ihre Geschichte wieder ernst nehmen und sich nicht mehr von allem distanzieren, sondern die Werte vertreten die ihnen wesentlich sind. (Dass uns ein endloser Strom weiterer Zuwanderer bevorsteht, ist allerdings nicht ersichtlich, da ja keiner bis auf Familienzusammenführungen gemäß Art. 6 GG reinkommt.)



Historischer Entwicklungslinien

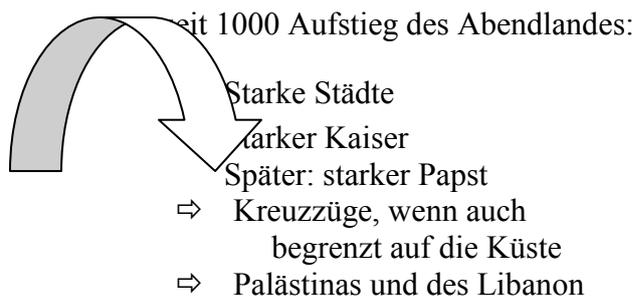
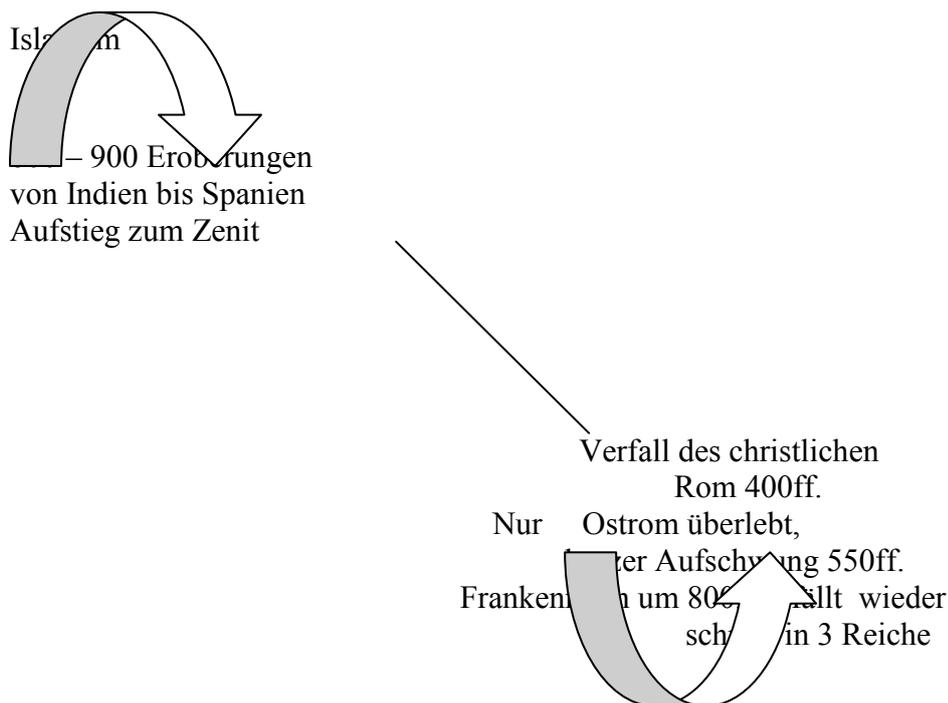
Diese Lage wird verschärft vor dem Hintergrund der über 1000 Jahre alten Konflikte und Kriege zwischen Morgen- und Abendland. Die folgende Graphik gibt hierzu einen Überblick.

Sie zeigt, dass der Islam welthistorisch vordrang, wenn Europa schwach war, und umgekehrt. Heutzutage, nach dem Rückzug der europäischen Kolonialmächte aus Nah Ost, scheint der Islam wieder gewaltsam oder sonst wie vorzudringen, wobei die außenpolitische und innere Schwäche der EU die Tore weit öffnet. Antreibende Kraft bei vielen Muslimen ist dabei ein gewisser Minderwertigkeitskomplex, nach einigen Niederlagen gegen das das lange Zeit von Europa unterstützte Israel, angesichts ihrer Unterentwicklung und auch angesichts des Scheiterns des Nasserschen Sozialismus und Nationalismus. Erst der Islamismus seit 1979 gibt hier neue seelische Verve, die mobilisiert, z.B. in Form von Großdemonstrationen gegen die Meinungsfreiheit in Europa im sog. Karikaturenstreit.

Wie Europa auf diese Entwicklungen reagiert, weiß keiner. Man kann nur hoffen, dass wir uns unserer demokratischen Tradition besinnen und dafür eintreten, was nicht heißen soll, dass Minderheiten ihre Kultur aufgeben müssen, wenn sie sich zum Grundgesetz bekennen.

Zyklische Dominanz- und Verfallsphasen in den islamisch-christlichen Beziehungen⁴⁰:

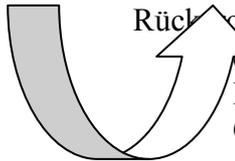
Die Stärke der einen bedingt die Schwäche der anderen



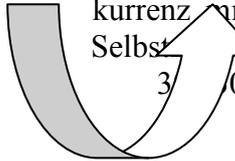
⁴⁰ [Albert Hourani](#), Die Geschichte der arabischen Völker, Frankfurt 1997

islamischer Wiederaufschwung
durch Türken ab 1400
(ursprünglich aus Zentralasien kommend)
sie erobern 1453 Konstantinopel
Untergang des Byzantinischen Reiches, Expansion
der Osmanen bis nach Wien
(1529, 1683)

seit 900: Zerfall des arabischen Reiches
in Teilreiche, zunehmende
Rückeroberung
der Iberischen Halbinsel
durch Christen



Niedergang Europas ab 1349: Pest,
höfische Kultur, Luther: protestantische
Abspaltung;
Innereuropäische Staatenkonkurrenz
mit Tendenz zur Selbstzerstörung
30-jähriger Krieg
1618 - 48



Europas Dominanz seit 1700:

1. Frankreich (mit Gegenkoalitionen) bis 1815
2. Österreich + Preußen => lange konservative Friedenszeit der
traditionalen Monarchien in Europa
3. England (+Frankreich?) mit ihren Kolonialreichen

Europ. Kolonien auch im islamischen Raum bis 1947

4. Deutsche Dominanz 1933 - 45

5. US-Dominanz, auch im Nahen Osten (enges Bündnis mit
Israel, Saudi Arabien, Ägypten, Marokko usw.) bis heute

Schlussfolgerung: Staaten und Gesellschaften können an Dynamik verlieren, wenn die
Gruppen in ihr bei zunehmender Sättigung immer egoistischer werden und das

Gemeinsame der Politik, die Große Idee, aus den Augen verlieren. Sie können dann leicht Opfer von anderen Gesellschaften und Staaten werden, die noch an diese Große Idee glauben. Das war schon die Quintessenz der Geschichtsphilosophie von Ibn Khaldun.

Das Abendland

Von der islamisch-arabischen Geschichte unterscheidet sich erheblich die europäisch-amerikanische. Dazu ein kurzer Rückblick:

Europa ist im Westen, Norden und Süden geographisch vollkommen ausgefranst, irgendwie formlos. Im Norden windet sich eine Halbinsel, etwas kleiner als Japan, und schließt ein kleines Meer ein, das nur über eine enge Passage erreichbar ist. Im Mittelmeer gibt es vier Halbinseln, die in es hineinragen und so Meere für sich bilden, wenn man so will, so ist dieses Europa insgesamt eine kleine Halbinsel – what for? Oft sind die unteren-Halbinseln so dünn mit dem Festland verbunden, daß sie faktisch Inseln sind. Und dann dieses Griechenland, nur Buchten und ein Sternenhimmel von Inselchen.

Umfassende, großräumliche, autokratische und zentralistische Herrschaft wie in China oder Arabien sind daher kaum möglich.

Die zahlreichen herrschaftlichen Gebilde bleiben klein und führen oft Krieg gegeneinander, weil es keinen gibt, der machtvoll zwischen ihnen richten kann.

Es ist kein Raum für ihn da. Der Kaiser und der Papst versuchten größere Reichsbildungen: insbesondere das Heilige Römische Reich deutscher Nation, aber es zerfiel. Denn das strukturelle Problem war, daß eine „Zentralmacht“ (H.

P. Schwarz) wie das Deutsche Reich eigentlich dazu prädestiniert war, die Vorherrschaft über West- und Osteuropa zu errichten (juristisch war es ja auch

der Anspruch des Kaiseramtes).

Ein europäisches Reich kam jedoch nicht dauerhaft zustande, weil das prädestinierte deutsche Reich in der geographischen Mitte Europas dazu nicht in der Lage war. Es suchte die Grenze im Osten, dehnte sich weit dorthin aus, bis ins Baltikum und andere deutsche Siedlungsräume im Osten und Südosten – aber es „zerlief“ dort, fand keine Grenze, erschöpfte sich. Auch in Italien suchte es die europäische Einheit zu verwirklichen, da das Land von seinem römischen Ursprung her zum Reich gehörte, aber allein die Alpen waren ein großes und ständiges Hindernis. Die Ost-Expansion (+ zuweilen Kreuzzüge in den Südosten) forderten viele Kräfte an „falscher“ Stelle, so daß eine Einigung von Westeuropa nicht möglich war. Zudem entzogen sich Spanien, England und Skandinavien durch geographische Ferne, Rußland durch seine Weite, es verblieb nur Frankreich, mit dem Deutschland, oder genauer: Österreich aber in Dauerkonflikt lag. Frankreich gelang zwar eine zentralisierte Einigung, jedoch war es zu schwach, die europäische Einigungsrolle auf Dauer übernehmen zu können.

Die Kriege in Europa sind also Folge seiner (geographischen und historischen) Dezentralität, die von Vor- und von

Nachteil war. Die Nachteile in der Form ständiger Kriege haben wir aufgezeigt.

Die Vorteile bestanden und bestehen darin, daß diese Fehlen zentraler Herrschaft, wie es u.a. auch im Feudalismus zum Ausdruck kam, Freiheit an der gesellschaftlichen Basis ermöglichte: Freiheit der Städte und des dortigen Bürgertums, Freiheit der Fürsten gegen den Kaiser; auch Freiheit des niederen Adels; Freiheit auch der Märkte (woraus der moderne Kapitalismus entstand); Freiheit der Parlamente; auch Freiheit von der Kirche und Freiheit von der Religion überhaupt – wodurch Materialismus und Atheismus Freiraum gegeben wurde – Freiheiten, wie wir sie alle zu Recht genießen dürfen, allerdings immer mehr missbrauchen. . Aus alldem

entstand – nur in Europa und seinem Ableger, den USA - – die moderne, kapitalistische Marktwirtschaft, die

dezentral ist, und die parlamentarische Demokratie westlicher,

individualistischer Prägung – (womit nicht gesagt werden soll, daß woanders

auch, z.B. in Subsahara-Afrika, genossenschaftliche und tribale Ansätze zur

Demokratie zu verzeichnen sind, wenn sie auch nicht langfristig tragfähig

waren.) Das wurde gefördert durch den Freiheitsgedanken des Christentums (der Mensch als individuelles Ebenbild Gottes und nur diesem verantwortlich, ansonsten frei), das sich früh mit der antiken Philosophie und deren Vernunft- und Freiheitsidee verband. Und zentral: Jesus ging in den Opfertod und lehnte Gewalt ab. Er errichtete kein irdisches Reich; Mohammed war auch Kriegsherr, seine weltliches Reich wurde schon von ihm begründet, danach durch militärische Eroberungen.

Europäische Bürger- und Religionskriege und europäische Demokratie sind

zwei Seiten der einen Medaille. Was dann seit 1945 als europäische

Einigungsbewegung politisch wirkungsmächtig wurde, war und ist letztlich eine

verspätete Reichsbildung unter modernen Bedingungen. In geschichtlicher

Perspektive schloß und schließt sich in der EU das christlich-freiheitliche West- (und Ost-

Europa) zusammen., das mittlerweile durch die vielen Kriege auch Toleranz gelernt hat – welthistorisch einmalig und daher sicherlich wert, dass es verteidigt werde.

Der Islam will die Welteroberung

Egon Flaig

„Dann wollen wir, daß die Fahne des Islam wieder über diesen Landschaften weht, die das Glück hatten, eine Zeitlang unter der Herrschaft des Islam zu sein und den Ruf des Muezzins Gott preisen zu hören. Dann starb das Licht des Islam aus und sie kehrten zum Unglauben zurück. Andalusien, Sizilien, der Balkan, Süditalien und die griechischen Inseln sind alle islamische Kolonien, die in den Schoß des Islam zurückkehren müssen. Das Mittelmeer und das Rote Meer müssen wieder islamische Binnenmeere wie früher werden.“ Diese Sätze stammen nicht von Al Qaida; sie finden sich im Programm, das der Gründer der Muslim-Bruderschaft Hassan Al Banna in einer Rede formulierte. Die Bruderschaft zählt heute Millionen und hat sich weit über Ägypten hinaus verbreitet. Ihre Intellektuellen agieren in Europa und in den Vereinigten Staaten; sie gelten als „moderat“ und werden von den Medien entsprechend bedient. Planmäßige Rückgewinnung „verlorener“ Gebiete gehört in die Programme von Staaten, welche um territoriale Machtausübung kämpfen, also von politischen Gemeinschaften. Wie kann sie ins Programm einer Religion gehören? Ist der Islam eine Religion wie andere? Mit Beginn der klassischen Zeit zwischen dem neunten und dem elften Jahrhundert teilen die islamischen Juristen die Welt in zwei Teile, nämlich das „Haus des Islam“ und das „Haus des Krieges“. Diese Zweiteilung hängt nicht davon ab, wo Muslime in großer Anzahl leben oder gar die Mehrheit darstellen, sondern davon, wo der Islam herrscht - in Gestalt der Scharia - oder wo er nicht herrscht. Diese Dichotomie ist also keine religiöse, sondern eine politische. Zwischen diesen beiden Teilen der Welt herrscht naturgemäß so lange Krieg, bis das Haus des Krieges nicht mehr existiert und der Islam über die Welt herrscht (Sure 8, 39 und 9, 41). Daher besteht nach klassischer Lehre für die muslimische Weltgemeinschaft die Pflicht, gegen die Ungläubigen Krieg zu führen, bis diese sich bekehren oder sich unterwerfen. Dieser Krieg heißt Dschihad. Lautete der Missionsauftrag Jesu, alle Völker zu bekehren, ihnen aber ihre politische Ordnung zu lassen, so besteht das Ziel des Islam darin, alle Nichtmuslime politisch zu unterwerfen, ihnen aber ihre Religion zu lassen, falls es Buchreligionen sind. Der allgemeine Befehl Gottes zum Dschihad wird entnommen aus Sure 9, 29. Gewiß, winzige pazifistische Strömungen im Islam haben diese Interpretation nicht akzeptiert. Die Schiiten akzeptieren sie zwar, verlangen aber, daß ein echter Imam die muslimische Gemeinschaft anführt (und auf einen solchen warten sie schon mehr als dreizehn Jahrhunderte), daher gilt für sie vorläufig nur der defensive Dschihad, also falls die muslimische Gemeinschaft angegriffen wird. Dagegen haben die andere Strömungen, etwa die sogenannten charidschitischen, die Aussage von Sure 9, 29 radikalisiert: Sie sehen im Dschihad eine individuelle Pflicht jedes tauglichen Muslim, welche als sechste Säule neben den anderen fünf kardinalen Pflichten steht. Konsequenz dieser Lehre: Wenn jeder entweder an der kollektiven Kriegführung gegen die Ungläubigen teilnehmen muß oder - falls die muslimische Gemeinschaft dafür momentan zu schwach ist - allein, gruppenweise auf eigene Faust kriegerisch agieren muß, dann sind Attentate und Terroranschläge das Richtige. Was die Charidschiten für den offensiven Dschihad verlangen, gilt bei den meisten Vertretern der orthodoxen Lehre der Sunna für den defensiven: Wird der Islam angegriffen oder islamisches Territorium von Ungläubigen besetzt, dann wird der Dschihad zur individuellen Pflicht; eine Fatwa des Großmufti der Al-Azhar-Universität in Kairo von 1948 - gerichtet gegen Israel - läßt daran keinen Zweifel. Jedwede feindliche Macht, welche sich an die Haager Landkriegsordnung hält und streng unterscheidet zwischen

Kombattanten und Nichtkombattanten, gerät hierbei in größte Schwierigkeiten. Der Kriegszustand dauert an, bis das Haus des Krieges vernichtet und die Welt erobert ist. Darum nennt Majid Khadduri den Islam eine „göttliche Nomokratie auf imperialistischer Basis“. Friedensverträge, welche islamische Herrscher mit nichtislamischen abschlossen, gelten nur als Waffenstillstände; deshalb wurden sie in der Regel für höchstens zehn Jahre abgeschlossen; zwei Rechtsschulen erlaubten nur drei bis vier Jahre Frieden. Die kurzen Fristen ermöglichten es den militärisch überlegenen Muslimen, die Gegenseite unentwegt zu erpressen; auf diese Weise sind im Laufe der Jahrhunderte riesige Mengen an Geldern und Menschen an die muslimische Seite geflossen. Als sich die Kräfteverhältnisse verschoben, mußten muslimische Herrscher die Praxis ändern. So schloß 1535 Suleiman der Prächtige mit dem französischen König einen Frieden, der so lange gelten sollte, wie der Sultan lebte - ein Bruch mit der Tradition. Christliche Theologen versuchten - angesichts einer Pluralität von Staaten - zu definieren, was ein „gerechter“ Krieg war und was nicht; Kriege einzig um des Glaubens willen galten überwiegend nicht als gerecht. Für muslimische Gelehrte ist hingegen das „Haus des Islam“ eine politische Einheit, welche keinen inneren Krieg duldet; darum ist allein der Krieg zur Unterwerfung der Ungläubigen legitim gewesen und obendrein Pflicht, wie der berühmte Gelehrte Ibn Chaldun im vierzehnten Jahrhundert kategorisch sagt: „Im Islam ist der Dschihad gesetzlich vorgeschrieben, weil er einen universalen Auftrag hat und gehalten ist, die gesamte Menschheit freiwillig oder gezwungen zur Religion des Islam zu bekehren.“

Die Kriegsregeln des Dschihad sind flexibel. Von der Schonung über Massenversklavung bis zur massenhaften Tötung ist nach Khadduri alles möglich, genau wie bei Griechen und Römern. Das unterscheidet die heiligen Kriege des Islam fundamental von denjenigen des alttestamentlichen Israel, welche vorsahen, daß außerhalb Israels alles Männliche zu töten, auf israelischem Boden hingegen alles Lebendige überhaupt zu vernichten war (Deuteronom. 20, 10-20). Wir pflegen uns darüber zu empören, was die Kreuzfahrer 1099 in Jerusalem anrichteten. Indes, die Kreuzfahrer handelten nach gängigem Kriegsrecht; muslimische Eroberer taten derlei unentwegt und überall: 698 traf es Karthago, 838 Syrakus; der berühmte Wesir des Kalifats von Córdoba, Al Mansur, führte in siebenundzwanzig Jahren fünfundzwanzig Feldzüge gegen die christlichen Reiche Nordspaniens, versklavend, vernichtend und verwüstend; es traf Zamora (981), Coimbra (987), León, zweimal Barcelona (985 und 1008), dann Santiago de Compostela (997).

Am furchtbarsten verwüsteten die Dschihads das damals noch so städtereiche byzantinische Anatolien; das Massaker von Amorium (838) ist lange ein Fanal geblieben; die städtische Kultur Anatoliens hat sich davon nie wieder erholt.

Der Seldschuke Alp Arslan ließ ganze armenische Städte massakrieren, am furchtbarsten 1064 die Hauptstadt Ani. Mehr als berechtigt darum das Urteil von Bat Ye'or: „Die Maßlosigkeit, die Regelmäßigkeit und der systematische Charakter der von den islamischen Theologen zur Norm erhobenen Verwüstungen unterscheiden den Dschihad von anderen Eroberungskriegen.“ Gewiß, die Massenversklavung blieb das beliebteste Kriegsziel. So entstand schon im achten Jahrhundert die größte Sklavenhaltergesellschaft der Weltgeschichte; sie benötigte eine ständige Zufuhr immer neuer Sklaven; sie transformierte den afrikanischen Kontinent zum größten Sklavenlieferanten, ein Schicksal, welchem Europa knapp entkam.

Singulär ist die enorme Geschwindigkeit, mit der binnen neunzig Jahren ein arabisches Großreich zwischen Südfrankreich und Indien entstand, ohne daß ein einzelner Eroberer die Expansion gelenkt hätte. Der erfolgreichste Imperialismus der Weltgeschichte erregte nicht zuletzt die Bewunderung Hegels: „Nie hat die Begeisterung als solche größere Taten vollbracht.“ Wenn „Begeisterung“ solches vermochte, worauf beruhte sie? Die Antwort ist einfach: auf dem Märtyrertum. Ein Ereignis des Jahres 963 in Konstantinopel illustriert das: Kaiser Nikephoros Phokas hatte soeben die arabischen Besatzer aus Kreta vertrieben; nun plante er einen großen Krieg, um Ostanatolien und Nordsyrien von der muslimischen Herrschaft zu befreien. Ein Konzil sollte ihm helfen; eindringlich bat er die versammelten Bischöfe, sie sollten Soldaten, die im bevorstehenden Kampf fielen, zu Märtyrern erheben. Diesen Soldaten wäre also das Paradies sicher gewesen. Der Patriarch stellte sich gegen den Kaiser: Kein kirchliches Konzil sei imstande, Gottes Ratschluß zu antizipieren; allein Gott entscheide über das Heil.

Eine welthistorische Schlüsselszene. Der Kaiser wußte, was auf dem Spiele stand. Immer wieder hatten die Byzantiner erleben müssen, wie die muslimischen Truppen mit einer Tapferkeit kämpften, zu der die Christen nicht imstande waren. Gefallene Muslime gelten als Märtyrer für den Glauben und marschieren als Gefallene geradewegs ins Paradies. In den beiden Religionen unterscheidet sich der Begriff des Märtyrers fundamental. Christliche Märtyrer imitieren das Leiden Jesu, erleiden passiv Folter und Tod; muslimische Märtyrer sind aktive Kämpfer.

Maßgeblich für die Todesbereitschaft der Krieger ist das unverbrüchliche Versprechen, daß, wer für seinen Glauben stirbt, das ewige Heil erhalte (Sure 4, 74-76). Muslime sollten einer zehnfachen Übermacht standhalten (Sure 8, 66-67); spätere Rechtsgelehrte erlaubten, wie Khadduri schreibt, den Rückzug, falls man einer mindestens doppelten Übermacht des Feindes gegenüberstand. Da die entscheidende Ressource jedes Krieges der kämpfende Mensch und seine Opferbereitschaft ist, half es den Byzantinern nichts, technisch den Arabern und Seldschuken gleichwertig zu sein; langfristig mußten sie unterliegen, falls ihre Kampfmoral nicht dieselbe Höhe erreichte. Höhere Todesbereitschaft bringt enorme Vorteile in der Gefechtssituation: so lassen sich waghalsige Operationen angehen und kühne Manöver, die den Feind überraschen und verwirren; so lassen sich Siege erzwingen, die technisch und materiell fast nicht möglich scheinen, und Schlachten gewinnen, die unter üblichen Bedingungen verloren sind.

Nikephoros wußte um die militärischen Konsequenzen von Sure 4, 74-76; er war der erste, der die prinzipielle kriegerische Unterlegenheit der christlichen Religion zu korrigieren suchte. Doch die Bischöfe der Ostkirche sahen sich außerstande, ihre Theologie so zu manipulieren, daß ein kriegerisches Märtyrertum hätte entstehen können. Dabei blieb es. Die byzantinischen Kaiser mußten ihre schweren Abwehrkriege gegen die ständigen sarazenischen und seldschukischen Aggressionen führen, ohne daß ihnen die Religion dort half, wo Hilfe am nötigsten war.

Erst die Westkirche veränderte die theologisch-politische Situation: als Papst Urban II. 1095 zum ersten Kreuzzug aufrief, versprach er den christlichen Kriegern den Erlaß der Sünden: Gefallene Kreuzeskrieger umgingen demnach das göttliche Gericht; sie wurden insofern den Märtyrern gleichgestellt, obschon ihnen dieser Name verwehrt blieb. Der Papst als Oberhaupt einer monarchisch organisierten Kirche tat genau das, was ein Konzil östlicher Bischöfe nicht vermochte: Er verfügte über das Heil. Die Papstkirche konnte nun ebensolche „Heiligen Kriege“ führen, wie der Islam es seit Jahrhunderten zu tun pflegte. Worin unterscheiden sich dann Kreuzzüge und Dschihad? Kreuzzüge konnte allein der Papst ausrufen; daher blieben sie sehr selten - verglichen mit den unzähligen, unaufhörlichen und ubiquitären Dschihads der islamischen Welt.

Und die Ziele von Kreuzzügen blieben genau begrenzt; im November 1095 nannte Urban II. in Clermont Grund und Ziel des Kreuzzuges: „Es ist unabweislich, unseren Brüdern im Orient eiligst Hilfe zu bringen. Die Türken und die Araber haben sie angegriffen und sind in das Gebiet von Romanien (Konstantinopel) vorgestoßen; und indem sie immer tiefer eindringen in das Land dieser Christen, haben sie diese siebenmal in der Schlacht besiegt, haben eine große Anzahl von ihnen getötet und gefangengenommen. Wenn ihr ihnen jetzt keinen Widerstand entgegensetzt, so werden die treuen Diener Gottes im Orient ihrem Ansturm nicht länger gewachsen sein.“ Die ersten Kreuzzüge bezweckten, entweder bedrängten Christen zu Hilfe zu kommen oder die Heiligen Stätten in Palästina zu befreien oder von den Muslimen unterworfenen Christen zu befreien. Dagegen hielten die muslimischen Rechtsgelehrten immer am Endziel fest, das „Haus des Krieges“ zu erobern und alle Ungläubigen zu unterwerfen.

Urban II. sah richtig. Wäre Konstantinopel schon 1100 gefallen, dann hätte die enorme militärische Kraft der türkischen Heere Mitteleuropa vierhundert Jahre früher heimgesucht. Dann wäre die vielfältige europäische Kultur wahrscheinlich nicht entstanden: keine freien städtischen Verfassungen, keine Verfassungsdebatten, keine Kathedralen, keine Renaissance, kein Aufschwung der Wissenschaften; denn im islamischen Raum entschwand das freie - griechische! - Denken eben in jener Epoche. Jacob Burckhardts Urteil - „Ein Glück, daß Europa sich im ganzen des Islams erwehrt“ - heißt eben auch, daß wir den Kreuzzügen ähnlich viel verdanken wie den griechischen Abwehrsiegen gegen die Perser.

Indes, wurden Kreuzzüge nicht häufig mißbraucht? Gewiß. Kreuzzüge „entgleisten“ und wurden „zweckentfremdet“, wie etwa jener, der 1204 zur Eroberung des christlichen Konstantinopel führte. Doch das passierte mit Dschihads weitaus häufiger. Wenn die Sklaven knapp wurden, führten Emire nicht nur Dschihads gegen nichtmuslimische Völker, welche zu versklaven geboten war, sondern immer häufiger auch gegen islamisierte Völker, unter dem Vorwand, es seien keine wahren Muslime. Das geschah vorwiegend in Afrika und gegen Schwarzafrikaner, so, als zuerst Songhay 1468, dann die Marokkaner 1552 Mali überfielen, so auch, als seit dem achtzehnten Jahrhundert religiöse Reformer im Sahel ihre Dschihads gegen die muslimisierten Haussa-Städte führten, woraus das Kalifat Sokoto entstand - mit der drittgrößten Sklavenmenge nach Brasilien und den amerikanischen Südstaaten. An den Folgen dieser immer weiter gehenden Dschihads mit ihren Genoziden und Massenversklavungen leidet Afrika bis heute.

Indes, für welche politische Ordnung führten die Muslime ihre Heiligen Kriege mit dieser Vehemenz und diesem Erfolg? Für die Scharia. Eine politische Ordnung, die erstens Herren und Unterworfenen streng absondert, zweitens die politische und soziale Ordnung der menschlichen Verfügung weitgehend entzieht. Bleiben wir beim ersten Aspekt: In der Scharia sind die Muslime die Herren, die Anhänger anderer Buchreligionen - Christen, Juden, Parsen, Buddhisten - Unterworfenen, „Dhimmi“; dabei handelte es sich nicht um religiöse Minderheiten, sondern um gewaltige Mehrheiten, vor allem in Syrien, in Anatolien, oder um die Christen Nordafrikas.

Die Unterworfenen durften keine Waffen tragen, sie waren wehrunfähig, somit keine vollwertigen Männer. Christen und Juden mußten besondere Farben oder Kleidungsstücke tragen (diese Diskriminierung führte zum Judenstern), um als „Dhimmi“ kenntlich zu sein; sie durften nicht auf Pferden reiten, sondern nur auf Eseln, damit sie ständig an ihre Erniedrigung erinnert wurden; sie zahlten einen Tribut (Jizya), den sie persönlich entrichteten, wobei sie einen Schlag an den Kopf erhielten. Sie mußten sich von Muslimen schlagen lassen, ohne sich wehren zu dürfen; schlug ein „Dhimmi“ zurück, dann wurde ihm die Hand abgehackt, oder er wurde hingerichtet. Die Zeugenaussage eines „Dhimmi“ galt nicht gegen Muslime; diese brauchten für Vergehen an einem „Dhimmi“ nur halbe Strafe zu tragen; und wegen eines

solchen Unterworfenen konnten sie nie hingerichtet werden. Umgekehrt waren grausamste Hinrichtungsarten überwiegend den „Dhimmi“ vorbehalten.

Sogar jene Diskriminierung der Juden, zu der vierhundert Jahre nach dem Islam die Westkirche auf dem IV. Laterankonzil von 1215 schritt und die uns so barbarisch anmutet, bezweckte und erreichte keine Erniedrigung dieses Ausmaßes. Eine besondere Drangsalierung brachte die türkische Herrschaft: seit 1360 wurde in unregelmäßigen Abständen bis zu einem Fünftel aller christlichen Kinder in die Sklaverei abgeführt. Sie wurden zwangsbekehrt.

Diese Sklavenmenge dürfte im Laufe von vier Jahrhunderten in die Millionen gegangen sein; davon wurden Hunderttausende ausgewählter Knaben zu fanatischen Muslimen und zu Elitekämpfern erzogen, zu den berüchtigten Janitscharen: eine Politik zur systematischen Vermehrung der muslimischen Bevölkerung und zur allmählichen Auslöschung der Christen. Sie hatte Erfolg. Die „Dhimmitude“ versetzte die Nichtmuslime in eine radikale Andersheit: Die Menschen in diesem Zustand als „Bürger zweiter Klasse“ zu bezeichnen ist Schönrederei. Wie der Nationalsozialismus die Menschen in Herren- und Untermenschen auf rassischer Basis spaltete, so hat es die Scharia auf religiöser Basis getan. Als erste Weltreligion schuf der Islam eine Apartheid, in der die christlichen oder auch parsischen Mehrheiten kolonisiert und allmählich islamisiert wurden. Islamische Toleranz hieß: Duldung der Unterworfenen als Gedeimütigte und Erniedrigte. All das ist durch Studien zur „Dhimmitude“ bekannt. Aber wer will von den millionenfachen Opfern hören?

Der Islam hat riesige Territorien religiös „gesäubert“: der zweite Kalif machte den Hidjaz, also Arabien außer dem Jemen, „christenrein“ und „judenrein“; die Alternative hieß Konversion oder Vertreibung. Das hat - von alttestamentlichen Fällen abgesehen - niemals zuvor eine Religion gemacht. Ebenso „reinigten“ die Almohaden und Almoraviden ihr Spanien nach dem Zusammenbruch des Kalifats 1031: Zehntausende Juden wie Christen mußten entweder konvertieren oder ins christliche Nordspanien oder in die Levante fliehen. Gewiß, englische und französische Könige und dann die Könige Spaniens selber taten später das gleiche; sie wandten dabei ein muslimisches Rezept an.

Und die Pogrome? Seit dem Kalifen Al-Mutawakkil (847 bis 861) schwappten immer wieder Verfolgungen über den Orient und Nordafrika, wobei Juden und Christen zwangsbekehrt, vertrieben oder massakriert wurden. Die ständige Zerstörung von Kirchen ging bis ins vorletzte Jahrhundert weiter. Allmählich zerlaufen auf dem verklärten Bild des muslimischen Spanien, welches der europäische Antiimperialismus im neunzehnten Jahrhundert geschaffen hat, die blumigen Farben. Sorgfältige Aufarbeitung der Dokumente bringen darunter ein anderes Bild zum Vorschein. Dort kam es 889 in Elvira und 891 in Sevilla zu umfassenden Pogromen gegen Christen. Im marokkanischen Fez wurden 1033 über 6000 Juden massakriert. 1058 wurde das christliche Antiochia unter Folter und Todesdrohungen muslimisch gemacht.

Das erste große Pogrom gegen Juden auf europäischem Boden fand 1066 im muslimischen Granada statt; dabei kamen 1500 jüdische Familien um. 1135 wurde das Judenviertel Córdoba niedergebrannt, die Zahl der Massakrierten nicht zu wissen mag heilsam sein. 1159 standen sämtliche Christen von Tunis vor der Wahl, zu konvertieren oder zu sterben. Um diese Zeit wurde das ehemals so vitale Christentum Nordafrikas vollends vernichtet. Die Pogrome im christlichen Herrschaftsgebiet sind kein Ruhmesblatt der europäischen Kultur; aber ihre Ausmaße bleiben zurück hinter jenen der islamischen Welt. Wir brauchen dringend eine vergleichende Geschichte religiöser Unterjochung.

Reden wir von Integration der Juden? Nirgendwo unter der Herrschaft des Islam, und auch nicht im spanischen Kalifat, waren Juden Bürger ihrer Stadt; sie blieben stets Unterworfenen. In manchen deutschen Städten - Worms, Augsburg und anderen - des Hochmittelalters waren die Juden Stadtbürger besonderen Rechts, sie hatten das Recht, Waffen zu tragen, und waren bessergestellt als ärmere christliche Einwohner. Sie waren bis ins vierzehnte Jahrhundert, als sich ihre Situation verschlechterte, weit besser integriert, als die Juden im muslimischen Spanien es jemals sein konnten. Wer die politische Integration für die wichtigste hält, kann nicht umhin, Augsburg über Córdoba zu stellen. All das ist seit über fünfzehn Jahren wissenschaftlich bekannt. Aber wer will es hören?

Seine Vergangenheit nicht zu kennen heißt, sie wiederholen zu müssen. Wer weiterhin das Märchen von der islamischen Toleranz verbreitet, behindert jene muslimischen Intellektuellen, die ernsthaft an jener Reform des Islam arbeiten, die im neunzehnten Jahrhundert so erfolgversprechend begann. Denn er beraubt sie der Chance, eine Vergangenheit zu überwinden, die ansonsten zur abscheulichen Gegenwart zu werden droht. Gelänge es den Reformern, den Islam radikal zu entpolitisieren, dann könnten die Muslime zu wirklichen Bürgern in ihren Staaten werden. Übrig bliebe jene hochgradig spirituelle Religion, die nicht nur Goethe fasziniert hat: Hegel nannte den Islam die „Religion der Erhabenheit“. Dazu könnte er werden.

Text: F.A.Z., 16.09.2006, Nr. 216 / Seite 35. Der Autor legt Wert darauf, dass in diesem Band genetische Annahmen über Kollektive nicht vertreten werden, was ja auch nicht der Fall ist.

Der Islam als religiös-ideologische Grundlage einer vormodernen Herrschaftskultur⁴¹

Hartmut Krauss

1. Religiöses Deutungs- und Normierungsmonopol als Grundmerkmal vormoderner Herrschaftsverhältnisse

Das Grundproblem nicht nur des Islam, sondern der monotheistischen Religionen schlechthin, besteht nicht einfach in der unbewiesenen Behauptung der Existenz eines personalen Schöpfergottes, an die geglaubt werden soll. Das Grundproblem besteht vielmehr insbesondere auch darin, dass aus dieser unbewiesenen Behauptung ein absolut verbindlicher Vorschriftenkatalog und eine darauf fußende autoritäre Ordnungs- und Sittenlehre abgeleitet werden. Damit erweist sich das Religiöse immer auch als Erzeugungs- und Stabilisierungsinstanz zwischenmenschlicher Herrschaftsverhältnisse, die zum einen abwertende Grenzziehungen zwischen Gläubigen und Ungläubigen, Rechtgläubigen und Andersgläubigen, wahren Gläubigen und Zweifelnden etc. markiert und zum anderen vorgegebene und sich herausbildende Abhängigkeits- und Unterwerfungsverhältnisse legitimiert.

In vormodernen Gesellschaftsordnungen fungieren die religiösen Glaubenssysteme *als ‚ungebrochene‘, allein und absolut gültige geistig-kulturelle Instanzen der Weltdeutung und Verhaltensnormierung*. D. h. das Religiöse durchdringt hier sämtliche Lebensbereiche: Nicht der Mensch ist das Maß der Dinge, sondern alles dreht sich um Gott; Gott ist Anfang, Mitte und Endpunkt des Lebens, und auch des Alltags. Den Menschen kommt keine autonome Subjektqualität als vernunft- und moralbegabte Selbstgestalter ihres eigenen Lebensprozesses zu. Stattdessen regiert Gott vermittelt seiner irdischen Vertreter als allmächtiger Schöpfer, Gestalter und Richter des Weltgeschehens. Im Rahmen dieser ‚totalen‘ Deutungs- und Normierungsmacht vermögen die Menschen das ‚Sinnhafte‘ und ‚Gute‘ nur über den Umweg über ein konstruiertes ‚Jenseits‘ bzw. ‚Gott‘ zu finden. Andersherum betrachtet: Indem die monotheistischen Glaubenssysteme das menschliche Streben nach einem sinnvollen und guten Leben okkupieren, kommt es zur Installierung normativ detaillierter Modelle gottgefälliger Lebensführung mit absolutistischem Geltungsanspruch, die obendrein mit dem Versprechen verziert sind, den Weg zum „ewigen Seelenheil“ zu weisen.

Festzuhalten ist aber auch: Monopolisierte Oberhoheit über religiöse Deutungs- und Auslegungsgewalt war und ist in einem vormodernen Herrschaftskontext deckungsgleich mit weltlicher Herrschaftsausübung: Um vom strafenden Gott des Alten Testaments zur blutigen Ketzerverfolgung und Inquisition zu gelangen, bedurfte es im europäischen Mittelalter eines ebenso „kurzen Weges“ wie heute noch, um mit Hilfe entsprechender Fatwas vom medinesischen Teil des Korans zum „Heiligen Krieg“ gegen alle Ungläubigen zu kommen.

2. Die europäische Überwindung des religiösen Deutungs- und Normierungsmonopols als Besonderheit

⁴¹ Der vorliegende Text ist die leicht überarbeitete Fassung meines Vortrags auf der Kritischen Islamkonferenz vom 31.5./1.6.2008 in Köln.

Infolge eines mehrstufigen Umwälzungsprozesses in Gestalt von Renaissance, Reformation und Aufklärung wurde in Europa die weltanschaulich-kulturelle Prägekraft und gesellschaftliche Normierungsmacht der christlichen Religion als Kerninstanz der mittelalterlich-feudalen Gesellschaft nachhaltig zurückgedrängt. D. h. die christliche Religion unterlag einem starken Veränderungs- und Anpassungsdruck, der schließlich dazu führte, dass sie ihre Eigenschaft als absolute, d. h. allein gültige und letztlich entscheidende geistige Deutungs- und Normierungsmacht einbüßte und einen einschneidenden Bedeutungsverlust erleiden musste. Es kam somit zu einer radikalen Aufhebung der Monopolstellung des Religiösen als geistig-moralischer Machtinstanz. Im Endeffekt entstand die kulturelle Moderne mit folgenden hier nur kurz und unvollständig anzuführenden Kernmerkmalen: Die tendenzielle ‚Entgöttlichung‘ des Mensch-Welt-Verhältnisses; die Entkoppelung von Wissen und Glauben, die Trennung von Politik, Religion und Privatsphäre; die grundsätzlich herrschaftskritische Idee des ‚freien‘, zur ‚Mündigkeit‘ befähigten Individuums, die Erklärung der Menschenrechte, das Prinzip der demokratischen Selbstregierung des Volkes sowie die durchgreifende Säkularisierung der Kategorien Wahrheit, Gerechtigkeit, Tugendhaftigkeit, Schönheit, Glück und ‚gutes Leben‘.

Nun muss allerdings mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, dass die kämpferische Durchsetzung der kulturellen Moderne im Rahmen eines langwierigen antifeudal-bürgerlichen Revolutionsprozesses eine europäische Besonderheit darstellt. In anderen Weltregionen hat ein vergleichbarer interner Umwälzungs- und Emanzipationsprozess so nicht stattgefunden. Das gilt insbesondere auch für den islamischen Herrschaftsraum: Der Islam hat in seinem Stammgebiet keine interne durchsetzungsfähige Aufklärungsbewegung über sich ergehen lassen müssen und tritt uns deshalb heute als eine ungebrochen gültige bzw. „versiegelte“ Vorschriftenreligion mit enormer Beharrungs- und Prägungskraft entgegen. Im Grunde begegnet uns damit in Gestalt des Islam die kulturhistorische Vergangenheit als Herausforderung der Gegenwart. Gänzlich verfehlt ist deshalb auch die Übertragung des modernen individualrechtlichen Religionsverständnisses auf den Islam⁴². Die innerhalb der europäischen Moderne vollzogene Trennung von Religion, Staat, Recht und Privatsphäre kann nämlich nicht unvermittelt und tatsachenwidrig auf den islamisch geprägten Herrschaftsbereich übertragen werden, der keine rechtlich geschützte individuelle Wahlfreiheit in weltanschaulichen Fragen zulässt, sondern auch in diesem Sektor nach wie vor absolutistisch verfasst ist.

„Den Religionswandel des Christentums in Richtung einer Privatisierung der Religion als Folge der Moderne, d. h. die Säkularisierung, lassen selbst liberale Muslime für den Islam nicht zu“ (Tibi 1996, S. 231).

Entsprechend ist der Islam nicht einfach nur ein privates Glaubenssystem, sondern eine umfassende Weltanschauung, politische Doktrin und Herrschaftsideologie.

Betrachtet man seine zentralen Aussagen, Behauptungen, Normen und Wertungen, wie sie im Koran, in der Hadithsammlung und in der Scharia als göttlich festgelegte „Gesetzessammlung“ festgelegt sind, dann stellt sich der Islam als ein spezifisches System der Erzeugung und Reproduktion zwischenmenschlicher Herrschaftsverhältnisse und der dazu passenden unterwerfungsbereiten Subjektivität dar.

3. Der Islam als Abwandlung der altarabischen Herrschaftskultur

Die Gründung des Islam ist fest eingebettet in die überlieferten Strukturen der altarabischen Gesellschaft mit ihrer spezifischen Beuteökonomie, ihren patriarchalischen Traditionen und

⁴² „Im Westen ist Religion für den einzelnen längst Privatsache geworden, Religion ist allenfalls ein Teil des gesellschaftlichen Ganzen; im islamischen Orient jedoch kommt ihr noch immer eine die gesamte Gesellschaft tragende und prägende Totalität zu, der sich auch nur der lau Gläubige, ja der Atheist nicht entziehen kann“ (Lerch, zit. n. Kohlhammer 1996, S. 212).

hierarchischen Stammesbeziehungen. Entsprechend spiegeln sich im Koran und in der Sunna des Propheten Mohammed sowohl die kennzeichnenden Widersprüche und Krisenerscheinungen dieser altarabischen Sozialordnung als auch der Versuch, eine Reformantwort auf diese vorliegende Problemkonstellation zu geben. Die koranischen Normen sollen ein Stück weit die altarabischen zwischenmenschlichen Beziehungsregeln verdrängen bzw. die heidnischen Sitten und Bräuche der tradierten Stammeskultur ablösen. Das Konzept der ‚Umma‘ räumt der Religionsgemeinschaft der Gläubigen gegenüber den (oftmals zwistbeladenen) Verwandtschafts- und Stammesbeziehungen den Vorrang ein und soll als übergeordnetes Vergemeinschaftungsprinzip gelten. ‚Rechtgläubigkeit‘ wird höher bewertet als ‚Abstammung‘; ‚Gottesfurcht‘ gesellt sich nun zum tradierten Ruhm als primäres Maß des Adels, d. h. edle Abstammung muss nun durch das Attribut des guten Muslims vervollständigt werden. Kriegerische Rivalität zwischen den Stämmen wird zurückgedrängt bzw. nach außen verlagert zugunsten der kämpferischen Einheit der ‚Umma‘ gegen die Nicht- und Andersgläubigen etc.

Die Gründung des Islam wäre aber einseitig fehlbestimmt, wenn man sie nur als Überwindung der traditionellen Stammeskultur betrachten würde. Tatsächlich bleibt nämlich der Islam oder besser: sein Begründer Mohammed, in vielerlei Hinsicht der altarabischen Überlieferung verhaftet, übernimmt von ihr zahlreiche Sitten und Gebräuche, geht ihr gegenüber Konzessionen ein, garantiert ihren normativen Fortbestand und vermag sich insgesamt gesehen ihrer Prägekraft nicht zu entziehen. Das gilt zum einen für die direkte Übernahme der folgenden Bräuche der heidnisch-polytheistischen Araber:

„Polygamie, Sklaverei, einfache Ehescheidung, Sozialgesetze im allgemeinen, die Beschneidung und zeremonielle Reinheit“ (Ibn Warraq 2004, S. 75).

Der Islam erwies und erweist sich damit auch als Konservierungsmedium archaischer Strukturen und Normen. Von besonderer Bedeutung ist aber wohl die Übernahme der kriegerischen Ehrenmoral der Stammesgesellschaft. Das gegenseitige Verhältnis zwischen den Stämmen war notgedrungen mit dem ausgewiesenen Gruppenbewusstsein verbunden, die vorzüglichste Gemeinschaft überhaupt zu sein; was natürlich eher zu Feindseligkeiten und Kämpfen statt zu Bündnissen führte. Der Islam übernimmt in Koran und Sunna des Propheten sowohl dieses elitäre Gruppenbewusstsein als auch den darwinistisch-gewalttätigen Männlichkeitskult als mentalitäts- und praxisprägenden Faktor. D. h. der Islam adaptierte von der Stammeskultur zum einen die Verbindung von ehrenmoralischer Gruppenverteidigung und Raubbeuterei und warb zugleich mit der vielfältigen Artikulation des Djihads erfolgreich und ‚passförmig‘ um die Akzeptanz der arabischen Mentalität - verknüpft natürlich mit der Aussicht auf die Ausbeutung der Unterworfenen als Anreiz zum Islamübertritt. Insofern stellt der Islam eine sublimierende Neuausrichtung und Überformung der altarabischen Stammeskriegerkultur dar⁴³, indem die überkommene intertribale Rivalität und Raubökonomie nunmehr expansiv gegen ein neues Unterwerfungsobjekt, die widerständigen Anders- und Nichtgläubigen, gekehrt und in Form des ‚Heiligen Krieges‘ monotheistisch legitimiert wird. Im Koran (2003, S. 445), Sure 61, Vers 4, wird diese neue monotheistische Kriegsideologie explizit geheiligt:

„Allah liebt fürwahr diejenigen, welche auf seinem Weg in *Schlachtordnung* kämpfen, so als wären sie eine fest gefügte Mauer.“

⁴³ So lassen sich auch die zahlreichen Beschimpfungen, Bedrohungen, Verwünschungen etc, die im Koran gegen alle Sorten von ‚Nichtrechtgläubigen‘ ausgesprochen werden, als Reartikulation und Refunktionalisierung der altarabischen Schmähdichtung interpretieren, die als „unerlässlicher Bestandteil der Kriegsführung“ fungierte. „Die gegenseitige poetische Bekämpfung wird als ernstlicher Beginn des Kriegszustandes zwischen zwei Stämmen betrachtet, ebenso wie andererseits das Aufhören des Kampfes mit der Einstellung der Spottdichtung identisch ist“ (Goldziher 2004, S. 44).

Von herausragender Bedeutung für das islamische Aussage- und Normensystem ist vor allem der ethisch-normative Bruch zwischen dem mekkanischen und dem medinesischen Teil des Korans. In Mekka stand Mohammed mit seiner kleinen Anhängerschar einer übermächtigen Ablehnungsfront gegenüber. Entsprechend tragen die dort (610-622) geoffenbarten Koranverse einen nahezu ausschließlich spirituellen Charakter. Von Kriegsführung und Gewaltanwendung ist angesichts der gegebenen Kräfteverhältnisse keine Rede. Im Gegenteil: In der mekkanischen Sure 73, Vers 10 heißt es:

„Und ertrage in Geduld, was sie (die verleumderischen Quraishiten, H. K.) sprechen, und flieh von ihnen in gezielter Flucht“ (Koran 1984, S. 505).

Nach der Übersiedlung nach Medina und der dortigen Gründung eines islamischen Gemeinwesens ändert sich der Verkündigungsinhalt radikal, d. h. er wird den neuen Möglichkeiten der kriegerisch-räuberischen Selbstbehauptung⁴⁴ gegenüber einer feindlichen Umwelt angepasst⁴⁵. Aus der Position der errungenen Stärke wird nun ein friedlicher Ausgleich mit den Ungläubigen ausgeschlossen:

„Und erschlagt sie, wo immer ihr auf sie stoßt, und vertreibt sie, von wannen sie euch vertrieben, denn Verführung⁴⁶ ist schlimmer als Totschlag“ (ebenda, S. 61).

Das Konzept des ‚Djihad‘, d. h. der ‚Anstrengung‘ zur Verbreitung bzw. Durchsetzung des Islam, ist jetzt nicht mehr begrenzt auf ‚Überzeugungstätigkeit‘ mit friedlichen Mitteln, sondern wird mit militärischer Gewaltanwendung assoziiert und gewinnt so den Charakter des ‚heiligen Krieges‘.

4. Der Islam als Begründungssystem einer kulturspezifischen Herrschaftsordnung

Betrachtet man seine zentralen Aussagen, Behauptungen, Normen, Wertungen und Handlungsanweisungen, wie sie im Koran, in der Hadithsammlung und in der Scharia als göttlich festgelegte Gesetzessammlung festgelegt sind, dann stellt sich der Islam als ein spezifisches System der Erzeugung, Reproduktion und Expansion zwischenmenschlicher Herrschaftsverhältnisse und der dazu passenden unterwerfungsbereiten Subjektivität dar. Werfen wir nun einen genaueren Blick auf die einzelnen Knotenpunkte dieses herrschaftsbegründenden Systems:

1) Die herrschaftliche Geltungsmacht des Islam besteht zunächst einmal ganz grundlegend darin, den Menschen auf die Rolle eines gehorsampflichtigen Gottesdieners festzulegen. D. h.: Der Mensch soll sich in seiner Lebensführung ganz und gar auf die Hingabe an Allah konzentrieren und sich dessen offenbarten Willen unterwerfen. Im Koran Sure 51, Vers 56 heißt es:

„Ich habe Dschinnen und die Menschen nur geschaffen, damit sie mich verehren“ (Sure 51,56)

Der ganze und einzige Lebenssinn des Menschen ist folglich absolut gehorsamer Gottesdienst bzw. Gottesverehrung, die sich fortlaufend in der alltäglichen Befolgung von Vorschriften in allen Lebensbereichen erweisen und bewähren muss. Diese Ineinssetzung von persönlichem Lebenssinn und unterwürfiger Gottesverehrung verkörpert der Islam in besonders aufdringlicher und bedrohlicher Gestalt. Dabei tritt der Islam als ein System von ewigen, unveränderlichen

⁴⁴ Durch Überfälle auf Karawanen feindlicher Stämme besserten Mohammed und seine frühislamische Anhängerschaft ihre finanzielle Lage auf. So versetzten sie sich in die Lage, ihre Vormachtstellung über die gesamte arabische Halbinsel zu errichten. „Aber der entscheidende Schritt, mit dem sie sofort eine feste wirtschaftliche Grundlage aufbauen und ihr Ansehen heben konnten, war die Beschlagnahme aller Besitztümer der Juden in Yathrib“ (Dashti 1997, S. 157).

⁴⁵ Tibi (1996, S. 91) schreibt hierzu: „Die historische Situation, die diesem Muster zugrunde liegt, ist: Unterwerfung der Stämme unter die neue islamische Staatsordnung und Expansion durch den Djihad. Im Kontext der islamischen Religionsstiftung war diese Lehre gleichermaßen verständlich und berechtigt. Muslime haben sie aber zur Rechtfertigung ihrer Futuhats/Eroberungen erweitert und zu einer religiösen, kosmologischen Weltanschauung weiterentwickelt.“

⁴⁶ ‚Verführung‘ ist hier im Sinne von ‚Vertreibung‘ zu verstehen.

Werten/Normen und daran ausgerichteten Handlungen auf, denen eine absolute Geltungsmacht zukommen soll. Wer von diesen absolut gültigen Werten, Normen und Handlungsvorschriften abweicht, wird entweder systematisch terrorisiert und unterdrückt, um ihn auf den wahren Gottespfad zurückzubringen, oder aber als gotteslästerlicher „Sünder“ in aller Öffentlichkeit drakonisch bestraft, um damit zugleich eine abschreckende Wirkung zu erzielen und die religiös-sittenterroristische Gleichschaltung der Gemeinschaft aufrecht zuhalten.

Diese absolute Auflösung von persönlichem Lebenssinn in unterwürfige Gottesverehrung manifestiert sich in einem allumfassenden Vorschriftenkatalog, dessen pflichtgemäße Einhaltung in allen Lebensbereichen den ‚wahren‘ Gottesdienst bzw. die authentische ‚Hingabe an Gott‘ darstellt. Dabei erweist sich *der alltagsislamische Regelkanon* mit seiner kleinlich-pedantischen Allgegenwärtigkeit *als geistig-psychologisches Dressurinstrument* zur Erzeugung einer absolut autoritätsfixierten Gehorsamshaltung. Seinen institutionellen Bewährungsort findet dieser nachhaltig entsubjektivierte Gläubige in der Moschee (Madschid), dem „Ort der Niederwerfung“, während er seine habituelle Durchformung und Zurichtung immer wieder in der muslimischen Gebethaltung realisiert. Dem totalen Unterwerfungsanspruch des Islam korrespondiert somit eine systematische religionsspezifische Verformung der unterworfenen menschlichen Subjektivität, für die eine selbstbestimmte Handlungsautonomie und geistig-moralische Selbständigkeit im Rahmen des konkret-historisch gegebenen Möglichkeitsfeldes strikt ausgeschlossen ist. Unter den übermächtigen Bedingungen eines sich so nach traditionalistisch-autoritären Regeln reproduzierenden Sozialmilieus ist die Gesamtpersönlichkeit der unterworfenen Menschen nicht geprägt von individuellen Erwägungen, Überzeugungen, Kompetenzen und Entscheidungen, sondern durch die aufgenötigten Zwänge des islamisch normierten Kollektivs,

„beeinflusst und zurechtgebogen durch den Zivilisationsstand und die Verhaltensregeln, die im Arabien des 7. Jahrhunderts galten“ (Gopal 2006, S. 412).

2) Die normative Formierung des Einzelnen zu einem treu ergebenen Gottesknecht wird im islamischen Glaubenssystem ausgiebig belohnt durch die Teilhabe an der Gemeinschaft von Rechtgläubigen, die zur Herrschaft berufen sind. Somit ist die Bezeugung der Gottesknechtschaft im sich periodisch wiederholenden Akt der Niederwerfung nur die eine Seite der muslimischen Subjektivität (der Teil des ‚Unterworfenenseins‘). Die andere, weltlich-repressive, ist damit untrennbar verknüpft. So dient nämlich die rituell bekundete und normativ praktizierte Gottesunterworfenheit zugleich als Legitimationsgrundlage für die Ausübung von Herrschaft gegenüber ‚den Anderen‘ (der Teil des Bestimmenden): Wer sich Gott pflichtgemäß unterwirft ist bestimmungs- und herrschaftsberechtigt gegenüber dem ‚pflichtuntreuen‘ Teil der Menschheit⁴⁷. Die spezifische Ambivalenz des islamischen Subjekts erscheint demnach als dialektische Verbindung von Gottesknechtschaft (Unterworfenheit) und Befehlsanspruch (Herrschaftsanmaßung). So setzt sich der Islam in seiner Selbstbespiegelung als letztgültige und damit einzig wahre Religion. Während in der Nachfolge von Abraham Moses als Überbringer der Thora und Jesus als Überbringer des Evangeliums aufgetreten sind, ist der nach ihnen kommende Prophet Mohammed als Überbringer des Koran dadurch ausgezeichnet, dass er als letzter die endgültige, umfassende, einzig wahre und vollendete Offenbarung von Allah empfing und somit Geltung als „Siegel der Propheten“ beansprucht. Demnach hat sich Gott vermittelt Mohammed im Koran abschließend und kategorisch geoffenbart. Daraus wird dann der herrschaftliche Geltungsanspruch des Islam als der einzig „wahren“ und überlegenen Religion abgeleitet und mit der religiösen Pflicht zur Islamisierung verbunden, also der weltweiten missionarischen Verbreitung/Durchsetzung des Islam. Diese Idee des ‚Taghallub‘, die gleichermaßen Dominanz und Überlegenheit bedeutet, bildet die zentrale Basis der islamischen Weltanschauung. Folgerichtig akzeptiert das islamische Glaubensbekenntnis auch keine interkulturelle Gleichberechtigung, sondern impliziert die Forderung nach Unterordnung/Unterwerfung der

⁴⁷ Bezeichnenderweise betrachten Muslime eine Stelle, an der sie gemeinsam gebetet haben, ab diesem Zeitpunkt als ihren Besitz. Vgl. Inan 2007, S. 62.

Anders- und Nichtgläubigen. Entsprechend kann der siegreiche Islam Minderheiten oder generell „die Anderen“ nur im Zustand des Erniedrigtseins und der Unterwürfigkeit dulden. Dieser Dominanzanspruch hat noch

„nichts mit Fundamentalismus zu tun, sondern (er) ist Inhalt der orthodoxen Doktrin von der Verbreitung des Islam, das heißt der Islamisierung, zu der die Hidjra, also die Migration gehört“ (Tibi 2002, S. 267).

Der Selbstsicht des Islam als einzig wahre und überlegene Religion, die bereits im dogmatischen Grundansatz antipluralistisch ist und eine gleichberechtigte Koexistenz und Kommunikation mit Anders- und Nichtgläubigen ausschließt, findet ihre ‚organische‘ Entsprechung in der *Glorifizierung der Umma*, der Gemeinschaft aller gläubigen Muslime, *als beste aller menschlichen Gemeinschaften*. So heißt es in Sure 3, Vers 110 des Koran:

„Ihr seid die beste Gemeinde, die für die Menschen erstand. Ihr heißt, was Rechtens ist, und ihr verbietet das Unrechte und glaubet an Allah“.

Ausgestattet mit einem solchermaßen religiös-narzißtisch konstituierten Selbstbild sieht sich der konservative Mehrheits-Islam dazu berechtigt und verpflichtet, alles ‚Unislamische‘ zu bekämpfen und seinen Herrschaftsanspruch gegenüber den unterlegenen und minderwertigen ‚Ungläubigen‘ durchzusetzen. Dabei ist diese herrschaftliche Abgrenzung und Selbstaufwertung der Umma gegenüber der Masse der Anders- und Nichtgläubigen nicht etwa ein besonderes Merkmal des Islamismus, sondern gehört zum wesentlichen Kern der islamischen Weltanschauung. Im Zentrum dieser religiösen Herrschafts- und Ungleichheitsideologie steht der Begriff ‚Kufr‘:

„Kufr steht für jede Religion, Weltanschauung, Gruppierung oder Glaubensgemeinschaft, die man nicht unter der Definition ‚Islam‘ einordnen kann - Kufr ist somit ein Sammelbegriff für jede nicht islam-konforme Lebensweise“ (Zaidan, zit. n. Zentrum Demokratische Kultur 2003, S. 95).

Diese imperial ausgerichtete Bekämpfung des Kufr konkretisiert sich in der Erzeugung und Propagierung eines Feindbildes, das heute primär in der Verteufelung der modernen bzw. säkularen Gesellschaft erscheint. Als „verdorben“, „unrein“, „verwerflich“ etc. gilt alles, was nicht den konservativ interpretierten „göttlichen Gesetzen“ entspricht bzw. sich dem absolutistischen Geltungsanspruch des Gesetzes-Islam entzieht.

3) Die Verse 104, 110 und 114 der Sure 3 des Korans bilden die normative Grundlage für den Aufbau einer umfassenden islamischen Kontrollgesellschaft. Alle Gläubigen sind demnach an ihrem jeweiligen Platz in der Gesellschaft dazu angehalten, das Rechte zu gebieten und Falsches/Unrechtes/Sündhaftes in die Schranken zu weisen und zu ahnden. Der Einzelne soll sich nicht nur selbst an die Gesetze Gottes halten, sondern er ist auch dazu aufgefordert, andere zur Einhaltung des islamischen Pflichtenkanons anzuhalten bzw. sie entsprechend zu überwachen. Dabei wird die Verletzung der göttlichen Vorschriften in erster Linie nicht als individuelle Handlung eines Einzelnen gewertet, der wegen seines Seelenheils vor weiterem sündhaftem Verhalten abgebracht werden soll, sondern als Beschädigung bzw. Beschmutzung der Umma in ihrer Eigenschaft als sakrale Gemeinschaft. So zielt die koranische Aufforderung, Rechtes zu gebieten und Unrechtes zu bekämpfen im Endeffekt immer auf die Wahrung bzw. Wiederherstellung der „Ehre“ der zur absoluten Herrschaft berufenen Gemeinschaft der Rechtgläubigen in Form der Anwendung der Scharia.

Ein besonders schwerwiegendes Verbrechen gegen den Islam stellt der Glaubensabfall dar. So heißt es bei Ibn Taymiyya:

„Die Strafe für einen Murtad bzw. einen Abtrünnigen ist härter als die Strafe eines Ungläubigen. Für denjenigen, der vom Islam abfällt, wird das Todesurteil ausgesprochen ohne Rücksicht auf seine Lage, selbst wenn er schwach und unfähig ist. Der Tod ist unumgänglich. ...‘ [...] Auch hat er kein Recht der Mitgift, und ferner kann eine Muslim nicht länger mit ihm in ehelicher Verbindung bleiben. Unverzüglich wird diese annulliert. Das Fleisch, das ein Murtad geschlachtet hat, ist dem Muslim verboten. Im Fundament des islamischen Glaubens ist die Abtrünnigkeit ein größeres Vergehen als der

Unglaube von Geburt an. Diejenigen, die als Ungläubige geboren werden und im Laufe ihres Lebens ungläubig bleiben, haben minder schwer gehandelt als jene, die im Islam geboren werden, ein bisschen islamisch leben und dann aus dem Islam heraustreten" (Müller 2007, S. 56f.).

Eine alltagspraktisch sehr wirksame Form der islamspezifischen Verschmelzung von Herrschaft, Ökonomie und religiöser Überwachung bildete die Institution der sittlichen Marktaufsicht durch den muhtasib, den Marktinspektor. Dieser überwachte nicht nur die Qualität der Waren und überprüfte die Korrektheit der Maße und Gewichte, sondern kontrollierte auch die Einhaltung der religiösen Pflichten und achtete auf ein islamisch korrektes Verhalten. Dazu gehörte neben der angemessenen Durchführung der in den Tagesablauf eingebauten rituellen Praxen insbesondere die penible Trennung der Geschlechter, gottesfürchtiges Auftreten und sittsame Kleidung sowie ein exakt unterwürfiges Verhalten der Dhimmis gegenüber den bevorrechteten Muslimen. Damit erweist sich die Marktaufsicht als eine integrale Herrschaftsinstanz, die sittliche Überwachung und Zensur in sowohl weltlichen (ökonomischen) als auch religiösen Verhaltensfragen verbindet. Durch einschüchternde Anwesenheit, Kontrolle und gegebenenfalls physische Disziplinierung von Personen, die unbotmäßiges oder abweichendes Verhalten an den Tag legen, verhinderte die Instanz des muhtasib, dass sich im unübersichtlichen Marktgeschehen offene und damit freie, individueller Selbstbestimmung zugängliche Räume bilden konnten. Die öffentliche Marktinspektion ist somit ein wesentlicher Funktionsbereich bzw. ein unverzichtbares Kettenglied der auf Totalität ausgerichteten islamischen Kontrollherrschaft, der sich nahtlos an die Überwachung durch die patriarchalische Hausgemeinschaft anschließt. Verlässt der oder die Einzelne den häuslichen Kontrollbereich, so ‚greift‘ umgehend das Überwachungsregime der Marktinspektion.

Dieser der islamischen Glaubensgemeinschaft normativ eingeschriebene Drang nach strikter Verhaltenskontrolle in sämtlichen Lebensbereichen dehnte sich von der Marktinspektion auf den gesamten Raum des öffentlichen Geschehens aus und führte schließlich zur Herausbildung einer formalen Religionspolizei wie in Saudi-Arabien oder zur Etablierung von staatsislamistisch eingesetzten Tugendwächtern wie im Iran.

„Schon im 18. und 19. Jahrhundert streiften Patrouillen einzelner Tugendwächter durch die Straßen Dir'iyas und Riads. Sie züchtigten all jene, die nicht zum fünfmaligen täglichen Gebet in der Moschee erschienen, im Ramadan nicht fasteten, die rauchten, sangen oder musizierten oder seidene Kleidung trugen“ (Steinberg 2004, S. 148).

Heute dient die repressive Überwachung des öffentlichen Raumes durch formelle oder informelle islamische Religionspolizisten insbesondere dem vorschriftsmäßigen Verhalten der Frauen sowie der Einhaltung der ihnen auferlegten Bekleidungs Vorschriften.

4) Die klassische Weltsicht des Islam ist die herrschaftlich-moralistische Unterscheidung zwischen dem ‚Reich des Islam‘ (Dar-al-Islam) und dem ‚Reich des Krieges‘ (Dar-al-Harb). Zum ‚Reich des Islam‘ gehören demnach in erster Linie die Gemeinschaft aller rechtgläubigen Muslime und in zweiter Linie diejenigen Juden oder Christen (‚Schriftbesitzer‘), die sich der politisch-gesellschaftlichen Herrschaft des Islam unterwerfen und gegen Zahlung einer Steuer den Status eines Dhimmis, d. h. eines ‚geschützten‘ Bürgers zweiter Klasse, erlangen. Die Gesamtheit des Kufr hingegen, all jene Elemente, welche die Herrschaft des Islam ablehnen und sich damit der gottgewollten Ordnung verweigern, bilden das ‚Reich des Krieges‘. *Dieses Reich der Ungläubigen* ist von den Muslimen als Feind anzusehen: Es *in Form des ‚kleinen Djihad‘⁴⁸ bzw. des ‚heiligen Krieges‘ zu bekämpfen ist göttliche Pflicht*. Die Handlungslogik der frühmuslimischen Beutezüge widerspiegelnd, wird die Verpflichtung zum heiligen Krieg im Koran sowie in den Traditionen des Propheten (Hadith) immer wieder betont. Hierzu einige Beispiele:

⁴⁸ Während der ‚große Djihad‘ den inneren (seelischen) Kampf zur Überwindung der Begierden und zur Befolgung einer rechtgläubigen Lebensweise bezeichnet, ist der ‚kleine Djihad‘ der nach außen gerichtete Kampf gegen die Ungläubigen unter selbstverständlichem Einschluss von Gewaltmitteln.

„Sie wünschen, daß ihr ungläubig werdet, wie sie ungläubig sind, und daß ihr (ihnen) gleich seid. Nehmet aber keinen von ihnen zum Freund, ehe sie nicht auswanderten in Allahs Weg. Und so sie den Rücken kehren, so ergreift sie und schlägt sie tot, wo immer ihr sie findet; und nehmet keinen von ihnen zum Freund oder Helfer“ (Sure 4, 89).

„Sind aber die heiligen Monate verflossen, so erschlaget die Götzendiener, wo ihr sie findet, und packet sie und belagert sie und lauert ihnen in jedem Hinterhalt auf“ (Sure 9, 5).

„Kämpfet wider jene von denen, welchen die Schrift gegeben ward, die nicht glauben an Allah und an den Jüngsten Tag und nicht verwehren, was Allah und sein Gesandter verwehrt haben, und nicht bekennen das Bekenntnis der Wahrheit, bis sie den Tribut aus der Hand gedemütigt entrichten. Und es sprechen die Juden: ‚Esra ist Allahs Sohn‘. Und es sprechen die Nazarener: ‚Der Messias ist Allahs Sohn‘. Solches ist das Wort ihres Mundes. Sie führen ähnliche Reden wie die Ungläubigen von zuvor. Allah, schlag sie tot! Wie sind sie verstandeslos!“ (Sure 9, 29, 30).

„Und wenn ihr die Ungläubigen trifft, dann herunter mit dem Haupt, bis ihr ein Gemetzel unter ihnen angerichtet habt. ... Und hätte Allah gewollt, wahrlich, er hätte selber Rache an ihnen genommen; jedoch wollte er die einen von euch durch die anderen prüfen. Und diejenigen, die in Allahs Weg getötet werden, nimmer leitet er ihre Werke irre. Er wird sie leiten und ihr Herz in Frieden bringen. Und einführen wird er sie ins Paradies, das er ihnen zu wissen getan. ... Und viele Städte, stärker an Kraft als deine Stadt, welche dich ausgestoßen hat (Mekka), vertilgten wir, und sie hatten keinen Helfer!“ (Sure 47, 4-6, 13).

Im Djihad-Gebot gelangen zwei zentrale Wesensmerkmale des Islam zum Ausdruck: Zum einen der militant-kriegerische Wille zur totalen Weltherrschaft:

„Und kämpfet wider sie, bis kein Bürgerkrieg⁴⁹ mehr ist und bis alles an Allah glaubt“ (Sure 8, 40).

Das islamische Gottesgesetz soll nicht nur für ein auserwähltes Volk gelten, sondern über alle Menschen herrschen⁵⁰. Zum anderen wird deutlich die moralische Vorrangstellung der militanten Glaubenskämpfer als ‚Muslime erster Klasse‘ hervorgehoben:

„Und nicht sind diejenigen Gläubigen, welche (daheim) ohne Bedrängnis sitzen, gleich denen, die in Allahs Weg streiten mit Gut und Blut. Allah hat die, welche mit Gut und Blut streiten, im Rang über die, welche (daheim) sitzen, erhöht. Allen hat Allah das Gute versprochen; aber den Eifernden⁵¹ hat er vor den (daheim) Sitzenden hohen Lohn verheißen“ (Sure 4, 95)⁵².

5) Unter Verweis auf den Koran, Sure 4, Vers 59 („O ihr, die ihr glaubt, gehorchet Allah und gehorchet dem Gesandten und denen, die Befehl unter euch haben“), werden die irdischen Herrschaftsbeziehungen innerhalb der islamischen Gemeinwesen sakralisiert, d. h. als heiliges Gebot Allahs sanktioniert. Den Rechtsgelehrten oblag es, die jeweilige Herrschspraxis im Nachhinein im Sinne der religiösen Quellen zu rationalisieren, also einen Einklang zwischen absolutem Text und Realität zu konstruieren. Ibn Taimiyya (1236-1328) bestimmte den Sultan als

⁴⁹ Eigentlich „Versuchung (zum Abfall vom Islam)“. Anmerkung des Übersetzers in: Koran 1984, S. 176.

⁵⁰ „Die pauschale Lizenz Allahs zur Bekämpfung des Unglaubens und Installation seines Gesetzes aktiviert im Normalfall das Maximum an Gewalt, weil die Realisierung des Gottesgesetzes im Zentrum des Glaubens steht. Nicht das Bemühen um eine Realisierung des Sittengesetzes und seinen Beitrag zur Weltgestaltung steht im Vordergrund des islamischen Dynamik, sondern die darwinistische Ausmerzung alles Unislamischen im Namen Allahs“ (Raddatz 2002, S. 101).

⁵¹ D. h. den mit der Waffe Streitenden.

⁵² Die islamischen Fundamentalisten ihrerseits weisen kategorisch „die Behauptung derer zurück, die behaupten: Der Dschihad im Islam diene nur zur Verteidigung, und der Islam sei nicht durch das Schwert ausgebreitet worden. Diese Behauptung ist falsch; diejenigen, die sich auf dem Gebiet der Verbreitung der islamischen Botschaft (da‘wa) hervorgetan haben, haben sie in großer Zahl widerlegt. Die Wahrheit ist in der Antwort enthalten, die der Gesandte Gottes gab, als er gefragt wurde, welcher Dschihad auf dem Wege Gottes der größte sei: Er sagte: ‚Derjenige der kämpft, damit das Wort Gottes den Sieg erhält, jener befindet sich auf dem Wege Gottes‘. Denn der Kampf im Islam geschieht, damit das Wort Gottes auf der Erde den Sieg bekommt, einerlei ob durch Angriff oder Verteidigung. Der Islam hat sich durch das Schwert ausgebreitet“ (Manifest der ägyptischen Dschihad-Gruppe. Zit. n. Meier 1994, S. 377).

„Schatten Allahs auf Erden“ und betonte, dass die sechzigjährige Herrschaft eines ungerechten Imams besser sei als eine einzige Nacht ohne einen Sultan. In einem Hadith heißt es

„Hört auf euren Befehlshaber und gehorcht ihm, auch wenn es ein abessinischer Sklave sein sollte, der wie eine vertrocknete Weintraube aussieht!“ (al-Buhari 1991, S. 473).

Damit wird ein Widerstandsrecht der Muslime auch gegenüber einem von den religiösen Vorschriften abweichenden Herrscher kategorisch ausgeschlossen; vielmehr wird Widerstand mit strafwürdigem Unglauben gleichgesetzt und als Gotteslästerung verfolgt.

Im Einzelnen lassen sich dann folgende Ebenen innerhalb des islamischen Herrschaftssystems unterscheiden:

- 1) Die überlieferte altarabische Hierarchie zwischen und innerhalb der Stämme und Clans (überformt durch den islamischen Abstammungs- und Verdienstadel);
- 2) Der Klassengegensatz zwischen (überwiegend muslimischen) Sklavenhaltern und (überwiegend nichtmuslimischen) Sklaven (Teile der unterworfenen Bevölkerungen der eroberten Gebiete);
- 3) Die Ausbeutungs-, Abhängigkeits- und Repressionsbeziehungen zwischen muslimischen Herrschaftsgruppen und Dhimmis (unterworfenen/tributpflichtige und systematisch entrechtete bzw. soziokulturell gedemütigte monotheistische/jüdische, christliche und zarathustrische „Schriftbesitzer“);
- 4) Die intramuslimischen ökonomisch-politischen Herrschaftsbeziehungen auf der Basis prämoderner/despotischer Eigentums- und Rechtsverhältnisse⁵³. Es gibt weder Gewaltenteilung noch ein Konzept individueller Rechte. Ein Widerstandsrecht gegen despotische Willkürherrschaft wird explizit verneint. Die Staatsbeamten, Richter, Religionsgelehrten etc. sind in letzter Instanz Hörige bzw. Unterworfenen unter die Willkürherrschaft und Befehlsgewalt der despotischen (rechtlich ungebundenen) Herrscher. Somit dominiert

„im orthodoxen Islam eine klare Tendenz zur fast bedingungslosen Unterwerfung unter die Obrigkeit, ein theologischer Quietismus“ (Steppat, zit. n. Tibi 1991, S. 149).
- 5) Die intramuslimischen politisch-rechtlichen und soziokulturellen Ungleichheitsverhältnisse zwischen arabischen Muslimen und (neu)bekehrten/islamisierten, ethnisch andersartigen Volksgruppen (Mawalis) (Intramuslimischer ‚Rassismus‘);
- 6) Die intramuslimischen patriarchalischen Herrschaftsbeziehungen zwischen umfassend bevorrechteten Männern und systematisch subordinierten Frauen im Rahmen einer normativen Privilegierung von Älteren gegenüber Jüngeren;
- 7) Die ideologisch-normativen Abhängigkeits- und Gefolgschaftsverhältnisse zwischen religiösen Instanzen und Funktionsträgern (Geistlichen) und der Masse der „rechtgläubigen“ Muslime einerseits sowie das „alltagsislamische“ Repressionsverhältnis dieses Blocks der „Rechtgläubigen“ gegenüber den „Nichtrechtgläubigen“ andererseits und
- 8) Die Herausbildung des *Gegensatzes zwischen islamischem Staats- und Privatkapital* (oftmals im Besitz feudal-aristokratischer und klientelistischer Herrschaftsgruppen/ „Ölscheichs“) und *entrechteten Lohnarbeitern* (oftmals importierte Arbeitskräfte wie in den arabischen Golfstaaten) auf der Grundlage einer spezifischen interkulturellen Herrschaftssynthese: Aneignung der ökonomisch-technisch-bürokratischen Modernität bei gleichzeitiger aktiver Bekämpfung der kulturellen Moderne.

⁵³ Die ökonomischen Verhältnisse der mittelalterlichen islamischen Gesellschaften lassen sich nicht eindeutig in das Marxsche Schema der ‚ökonomischen Gesellschaftsformationen‘ einordnen. Rodinson (1986) spricht hier von der Koordinierung verschiedener Produktionsweisen bzw. von der Koexistenz unterschiedlicher „präkapitalistischer Ausbeutungssysteme“.

Der Islamismus⁵⁴ (auf den ich hier jetzt nicht mehr ausführlich eingehen kann), stellt nun keineswegs eine sinnentstellende Verfälschung des orthodoxen Gesetzes-Islam dar, sondern erweist sich als dessen ‚natürliches‘ Entwicklungsprodukt. Genau betrachtet repräsentiert er als funktional gegliederte Bewegung die ideologisch-praktische Reaktion der aktiven Vorkämpfer und Verteidiger der islamischen Herrschaftskultur auf die vielfältigen Herausforderungen der westlich-kapitalistischen Moderne. Im Grunde handelt es sich um eine selbsterhaltungslogische Radikalisierung unter negativ veränderten Daseinsbedingungen. Der Islamismus verkörpert damit auch keine „wesenswidrige Instrumentalisierung“ des Islam, sondern tritt als konsequente Innovationsgestalt der islamischen Herrschaftskultur in Erscheinung, die durch den Herausforderungsrahmen, wie er von der westlichen Moderne objektiv gestellt wurde und wird, „hindurchgegangen“ ist. Traditioneller Absolutismus schlägt um in operativ modernisierten religiösen Totalitarismus. Elemente und Methoden der technischen Moderne werden aufgegriffen und als Instrumente zur Verbreitung radikalierter islamischer Herrschaftsideologie und militanter Praxis genutzt (Stichwörter: Google-Islamismus, Virtuelle Umma, das Internet als Schule des djihadistischen Terrorismus etc.).

Im Zentrum des radikalislamischen Aufstands steht auch nicht etwa die Bekämpfung des westlichen Kapitals, sondern der militante Hass auf die kulturelle Moderne bzw. das, was noch von ihr übrig geblieben ist: Trennung von Staat und Religion, Menschenrechte, demokratische Freiheiten, Gleichberechtigung von Männern und Frauen, Gläubigen und Ungläubigen, das Recht auf Kritik des Religiösen in Wort, Bild und Ton etc. Was die Islamisten und überhaupt alle streng Religiösen in Rage versetzt, ist die realhistorische Erfahrung einer Kultur, die aus einer antifeudal-religionskritischen Bewegung hervorgegangen ist und die ihre praktisch-kritische siegreiche Energie letztendlich aus der geistigen Aufspaltung des theozentrischen Weltbildes bzw. der Entgöttlichung des Mensch-Welt-Bezuges bezogen hat. Stellvertretend für die verhasste Kultur der Ungläubigen rief der Mörder Theo van Goghs nach der seiner Tat einem Passanten zu „Da seht ihr, was euch erwartet“. Ihre staatsislamistische Fundierung und Einbettung erhalten diese Taten etwa durch die folgende Fatwa Khomeinis:

„Mitleid mit den Feinden des Islams ist Naivität. Die Entschlossenheit des Islams gegenüber den Feinden Gottes gehört zu den unverrückbaren Prinzipien der islamischen Ordnung. Ich hoffe, dass dies - begleitet vom revolutionären Zorn und Hass auf die Feinde des Islams - den Gefallen Gottes, des Erhabenen, findet“ (zit. n. Schirra 2006, S. 168).

Fazit:

Nach den vorangegangenen Ausführungen ist es gänzlich verfehlt, den Islam in seiner orthodoxen Kerngestalt als bloße ‚Religion‘ zu begreifen und ihm ohne nähere kritische Betrachtung den tabusetzenden Schutz des Religionsfreiheitsparagraphen zu gewähren. Vielmehr dient der strikte islamische Eingottglaube als religiöse Prämisse einer allumfassenden Herrschaftslehre mit einem totalitären, grundrechtswidrigen und expansiven Geltungsanspruch. In dieser ungebrochenen Grundform stellt der Islam zum einen eine reale Bedrohung für die säkular-demokratische Lebensordnung dar, während er zum anderen die aus dem antifeudalen Umwälzungsprozess hervorgegangenen liberalen Grundrechte für seine herrschaftliche Festsetzungs- und Expansionsstrategie ausnutzt und im Grunde missbräuchlich in ihr Gegenteil verkehrt. Was wir deshalb benötigen, ist nicht etwa eine gegenüber dem Vormodern-Religiösen windelweiche und nachgiebige postsäkulare Gesellschaft im Sinne eines utopisch irreführenden Kommunikationsidealismus. Was wir - in Anbetracht der weltweiten Entzündung religiöser Herrschaftskulturen - in Angriff nehmen müssen ist vielmehr der Umbau der spätmodernen westlichen Gesellschaften in lern- und veränderungsfähige wehrhaft-antitotalitäre Demokratien

⁵⁴ Vgl. Krauss 2003 und 2008.

- was freilich eine aufklärungshumanistische Renaissance an Haupt- und Gliedern, d. h. in allen Gesellschaftsbereichen, erforderlich macht.

Literatur:

- al-Buhari**, Sahih: Nachrichten von Taten und Aussprüchen des Propheten Muhammad. Ausgewählt, aus dem Arabischen übersetzt und herausgegeben von Dieter Ferchl. Stuttgart 1991.
- Dashti**, Ali: 23 Jahre. Die Karriere des Propheten Mohammed, Aschaffenburg 1997.
- Goldziher**, Ignaz: Muhammedanische Studien. Zwei Bände in 1 Band. 2. Nachdruck der Ausgabe Halle 1888. Hildesheim 2004.
- Gopal**, Jaya: Gabriels Einflüsterungen. Eine historisch-kritische Bestandsaufnahme des Islam. 2. erweiterte Auflage Freiburg 2006.
- Ibn Warraq**: Warum ich kein Muslim bin. Berlin 2004.
- Inan**, Alev: Islam goes Internet. Websites islamischer Organisationen im World Wide Web. Marburg 2007.
- Kohlhammer**, Siegfried: Die Feinde und die Freunde des Islam, Göttingen 1996.
- Der **Koran** (herausgegeben von Kurt Rudolph und Ernst Werner), Leipzig 1984. 6. Auflage.
- Der **Koran**. Das heilige Buch des Islam. Aus dem Arabischen von Max Hennig. Überarbeitet und herausgegeben von Murad Wilfried Hofmann. Kreuzlingen/München 2003.
- Krauss**, Hartmut: Faschismus und Fundamentalismus. Varianten totalitärer Bewegung im Spannungsfeld zwischen ‚prämoderner Herrschaftskultur und kapitalistischer ‚Moderne‘. Osnabrück 2003.
- Krauss**, Hartmut: Islam, Islamismus, muslimische Gegengesellschaft. Eine kritische Bestandsaufnahme. Osnabrück 2008.
- Meier**, Andreas: Der politische Auftrag des Islam. Programme und Kritik zwischen Fundamentalismus und Reformen. Originalstimmen aus der islamischen Welt. Wuppertal 1994.
- Müller**, Herbert L.: Vom Islamismus zum Djihadismus. Versuch eines Zugangs. In: Aufklärung und Kritik. Sonderheft 13/2007. Schwerpunkt: Islamismus. Nürnberg 2007. S. 47 - 61.
- Raddatz**, Hans-Peter: Von Allah zum Terror? Der Djihad und die Deformierung des Westens. München 2002.
- Rodinson**, Maxime: Islam und Kapitalismus. Frankfurt am Main 1986.
- Schirra**, Bruno: Iran. Sprengstoff für Europa. Berlin 2006.
- Steinberg**, Guido: Saudi-Arabien: Politik Geschichte Religion. München 2004.
- Tibi**, Bassam: Die Krise des modernen Islams. Eine vorindustrielle Kultur und im wissenschaftlichen Zeitalter. Erweiterte Ausgabe. Frankfurt am Main 1991.
- Tibi**, Bassam: Der wahre Imam. Der Islam von Mohammed bis zur Gegenwart, München 1996.
- Tibi**, Bassam: Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration. Stuttgart München 2002.
- Zentrum Demokratische Kultur** (Hrsg.): Demokratiegefährdende Phänomene in Kreuzberg und Möglichkeiten der Intervention - ein Problemaufriss. Eine Kommunalanalyse im Berliner Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg. Berlin, Februar 2003.

“

Überlegenes Christentum, aggressiver Islam? Die Menschenrechte als Stachel jeder Religion

Daniel Bogner

Die Religion ist zurück auf der politischen Bühne: Spätestens mit dem Streit um die Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Tageszeitung und seit der Regensburger Rede des Papstes mit dessen Äußerungen zum Thema „Islam und Gewalt“ ist dies offenkundig. Auf der Tagesordnung steht die Frage, wie die Religionen zur Entwicklung der Gesellschaft beitragen können und ob manche Religionen dafür geeigneter erscheinen als andere. In vielen europäischen Staaten finden Debatten zu besseren Methoden der Integration von Ausländerinnen und Ausländern statt. Jede Gesellschaft hat dabei ihre eigenen Traditionen, immer wieder aber taucht die Frage auf, welchen Platz die Religion im öffentlichen Leben spielen soll – oder darf.

Über eine Tatsache sollten sich alle, die an der Diskussion beteiligt sind, klar sein: Eine solche Auseinandersetzung wird an jedem Ort der Welt anders angegangen. Denn die Frage, welche kulturellen und religiösen Prägungen eine Gesellschaft mitbringt, ist von großer Bedeutung für solche Verständigungen. Europa wurde über lange Zeit hinweg durch das Christentum geprägt. Darum ist es ganz selbstverständlich, dass die christliche Religion tief ins kollektive Gedächtnis der Europäer eingedrungen ist. Vielen Menschen, auch solchen, die sich nicht als religiös bezeichnen, sind christliche Traditionen und Begriffe vertraut. Sie sind groß geworden in dem Bewusstsein, dass das Christentum irgendwie nach Europa „gehört“ und hier auch eine Daseinsberechtigung hat – selbst wenn mittlerweile längst nicht mehr so viele Menschen aktive Christen sind wie früher. Leider folgt aus dieser manchmal unreflektiert, manchmal programmatisch vorgetragenen Annahme oft genug ein tragischer Umkehrschluss: dass nämlich andere Religionen hier keine natürliche Heimat finden können und allenfalls im Gaststatus ertragbar sind^[1]. Vergessen wird dabei, dass es ein Menschenrecht ist, religiös zu sein und seine Religion zu praktizieren, unabhängig von den ethnischen oder kulturellen Wurzeln dieser Religion und ohne Rücksicht darauf, ob sie in der Gesellschaft Mehrheit oder Minderheit ist.

Wo neue Probleme auftauchen, beispielsweise mit Fällen von Ehrenmorden oder Zwangsverheiratungen in islamisch geprägten Auswanderermilieus in Deutschland, wandert der Schuldvorwurf schnell an die fremd erscheinende Religion. Plötzlich ist der Islam eine unterdrückerische Religion, und das Christentum steht als die Friedensreligion par excellence dar. Personen werden zu Verteidigern des christlichen Erbes Europas, die bislang als überzeugte Säkularisten galten. Dabei fordern gerade die oben genannten Fälle grober Menschenrechtsverletzungen, von denen muslimische oder ehemals muslimische Autorinnen wie Ayaan Hirsi Ali^[2], Necla Kelek^[3] oder Seyran Ates^[4] berichten, nach genauer Prüfung: Um die gesellschaftliche und politische Aufgabe, die sich stellt, genau benennen zu können, muss präzise benannt werden, an welcher Stelle die Religion ins Spiel kommt – oder auch nicht; inwieweit Kultur und Religion miteinander verwechselt werden oder aber ein gefährliches Amalgam eingehen; wo vielleicht durch ein bewusstes Ernstnehmen religiöser Leitlinien sogar kritisch auf Gewalt- und Unrechtszusammenhänge eingewirkt werden kann.

Die Behauptung vom Kampf der Kulturen, in dem sich die „westliche Welt“ gegenwärtig befinde und dem Block einer „islamischen Welt“ gegenüber stehe, ist nicht nur eine politische oder soziologische Frage. Mit welcher Berechtigung so gesprochen werden kann, lässt sich erst beantworten, wenn auch eine theologische Perspektive berücksichtigt wird – schließlich meint man mit den kämpfenden Kulturen in erster Linie ja religiös definierte oder zumindest religiös geprägte „Kulturkreise“. Gegen die unbedarfte Gleichsetzung von Religion und Kultur ist aber entschieden zu protestieren: Damit geschieht den Ansprüchen einer Religion und deren Gläubigen Unrecht. Aber auch die genaue Analyse der Gründe für den Terrorismus wird so verhindert. Der Begriff der Kultur ist immer ein weiter greifender als derjenige der Religion. Er droht aber auch schnell ins Schwammige und Vage abzudriften: Die kulturelle Gestalt einer Zeit oder Gesellschaft umfasst zu einem wesentlichen Teil natürlich auch religiöse Ausdrucksformen. Zur Kultur Europas beispielsweise gehört selbstverständlich sein christliches Erbe, das es grundlegend geprägt hat. Dennoch sind Religion und Kultur nicht identisch: Während das Kriterium für die „Wahrhaftigkeit“ einer Religion stets der Bezug zwischen deren legitimierenden Quellen (heilige Schriften, deren authentische Auslegung, Tradition) und ihrer Praxis ist, kann man Gleiches für die Kultur nicht sagen. Die Wahrheitsfrage taucht in ihr nicht auf, „Kultur“ ist deswegen ein viel weiter gefasstes Konzept, das im Laufe der Geschichte mitunter großen Verschiebungen ausgesetzt sein kann.

Wie eignet sich eine bestimmte Religion die Kultur, mit der sie es zu tun hat, an? Was macht sie aus ihr? So wie die christliche Religion in der europäischen Kultur eine andere Gestalt angenommen hat als beispielsweise in der asiatischen, verhält es sich auch mit dem Islam: Der arabisch geprägte Islam kann mit dem Islam, wie er in Indonesien gelebt wird, nicht ohne weiteres verglichen werden. Für die „Friedfertigkeit“ einer Religion, so kann man daraus schließen, ist der mentale und kulturelle Kontext ausschlaggebend, in dem sie gelebt und von dem sie geprägt wird. Religionen gehen immer eine Verbindung mit lokalen Kulturen und Traditionen ein. Sie werden von den Menschen erst dann angenommen und praktiziert, wenn diese Verbindung, die auch Inkulturation genannt wird, gelingt. Das Christentum ist in vielen Regionen der Erde immer noch dabei, dies zu lernen. Es steht dabei in einer inneren Spannung zwischen seinem unaufgebbaren thematischen Kern, seiner biblischen Botschaft, und der Frage, wie diese Botschaft nun am besten in den Gewohnheiten, der Sprache und den Gedanken einer bestimmten Kultur ausgedrückt und gelebt werden kann.

Kultur und Religion können trotz – oder wegen – ihrer notwendigen Verbindung voneinander unterschieden werden. Um die Ursachen für Menschenrechtsverletzungen und Gewalt identifizieren zu können, müssen sie unterschieden werden. Dann kann sichtbar werden, ob eine bestimmte religiöse Botschaft selbst schuld ist an solchem Unrecht, oder ob nicht vielleicht viel ältere kulturelle Muster Grund dafür sind. Zu kritisieren ist dann beispielsweise die patriarchale Kultur in ländlichen Regionen der Türkei oder vielen Regionen in der arabischen Welt, in denen Frauen nicht in der gleichen Weise am gesellschaftlichen Leben teilhaben können wie Männer. Unterdrückung und Unfreiheit werden vielfach kulturell vererbt und es wäre falsch, den Islam oder eine andere Religion dafür verantwortlich zu machen. Aber umgekehrt müssen sich die Religionen die Frage gefallen lassen, wie sie an der Bekämpfung dieser Unfreiheit mitwirken. Sind sie wach genug, kulturelle Muster der Unterdrückung zu kritisieren und die Menschen zu ermutigen, sich gegen freiheitsbeschneidende Traditionen, die oft tief im Volk verwurzelt sind, zur Wehr zu setzen?

Es ist falsch, von „der islamischen Welt“ zu reden – wie es auch falsch ist, „den Westen“ pauschal als „christlich“ zu bezeichnen. Hier wie dort gibt es ganz unterschiedliche Ausprägungen der Religion, tolerante und weniger tolerante. In beiden Fällen gilt: Die Religion ist nicht davor gefeit, aus bestimmten Herrschafts- oder Machtinteressen heraus missbraucht zu werden, um diesen Interessen einen hehren, metaphysisch begründeten Anstrich zu verleihen^[5]. Gerade aus den Religionen kann aber auch die Kraft kommen, um verengende Traditionen zu kritisieren und kulturelle Tabus zu brechen. Dies geschieht, wenn sich die katholischen Bischöfe Äthiopiens und Eritreas gegen die Praxis der Zwangsbeschneidung von Frauen aussprechen und im Namen der Freiheitsbotschaft des Evangeliums als unchristlich brandmarken. Ebenso kultur-kritisch äußern sich auch islamische Gelehrte, wenn sie die Praxis der Zwangsverheiratung als nicht vereinbar mit dem muslimischen Glauben verurteilen. Ein Extremfall, der kaum zum Bereich der Kultur oder Tradition gezählt werden kann, bildet die Praxis der Selbstmordattentäter, die sich als fromme Gotteskrieger ausgeben. Mittlerweile haben wichtige muslimische Geistliche in aller Klarheit festgestellt, dass solch mörderisches Handeln keinerlei Legitimation aus einem recht verstandenen Islam beziehen darf.

Es ist richtig, dass gegenwärtig wohl häufiger der Islam als eine andere Religion zur Begründung und Rechtfertigung von Gewalt und Brutalität herangezogen wird. Aber was lässt sich daraus ableiten? Ist es legitim, vom friedfertigen Wesen des Christentums zu sprechen, und daraus eine Überlegenheit gegenüber anderen Religionen abzuleiten? Wohl kaum! Denn spät, beinahe zu spät kam die Wende der katholischen Kirche zu den Menschenrechten. Erst mit der Konzilserklärung „Dignitatis humanae“ aus dem Jahr 1965

akzeptierte sie deren universalen Anspruch und erklärte sie für vereinbar mit dem christlichen Glauben.

Der Blick auf die Geschichte zeigt, welch langen Weg das Christentum selbst beschreiten musste, um ein gereinigtes Verhältnis zu Gewalt und Unrecht zu bekommen: Kreuzzüge, Hexenverbrennungen, die anfängliche Vernachlässigung der sozialen Frage, die lange Allianz kirchlicher Führer mit der weltlichen Herrschaft, kirchliches Mitwirken bei kolonialistischer Unterdrückung, die mangelnde Wertschätzung und Beteiligung von Frauen im Wirken der Kirche, die oft von Ablehnung und Geringschätzung gezeichnete Haltung religiöser Instanzen gegenüber homosexuellen Menschen – die Liste, mit der sich Verfehlungen, Gewalt und Unrecht aus der christlichen Tradition aufzählen ließen, spricht eine traurige Sprache und ließe sich verlängern. Es ist deshalb vermessen und falsch, das Christentum a priori als Friedensreligion hinzustellen. Engagierte Gläubige und christliche Gruppen mussten den friedens- und menschenfreundlichen Kern ihrer Botschaft immer wieder neu entdecken und ausgraben. In langen und mühsamen Prozessen haben sich die großen christlichen Kirchen schließlich dazu durchgerungen, Gewalt und Zwangsausübung entschieden abzulehnen und dies auch programmatisch festzuhalten. Jede Geste der Überlegenheit anderen Religionen und Weltanschauungen gegenüber verbietet sich also.

In der aktuellen Diskussion wird zu wenig unterschieden zwischen Islam, Islamismus und islamistisch beeinflusstem Terrorismus. Zu oft wird das eine mit dem anderen vermengt. An den Stammtischen in Deutschland hat die Islamophobie längst die „klassische“ Ausländerfeindlichkeit abgelöst. Weil damit die Religion ins Spiel kommt, sind die christlichen Kirchen auf den Plan gerufen: Ihnen kommt in der gegenwärtigen Situation die Aufgabe der Differenzierung und Wachsamkeit zu. Als gesellschaftliche Großinstanzen für den Umgang mit dem Absoluten haben sie eine herausgehobene Rolle dafür, die Instrumentalisierung und den Missbrauch von Religion anzuzeigen. Sie können mehr als das Bundesinnenministerium, der Verfassungsschutz oder auch die politischen Stiftungen darauf aufmerksam machen, wenn in der Öffentlichkeit ein falsches Bild bezüglich „des“ Islam entsteht.

Mehr als andere können Gläubige selbst verdeutlichen, welches öffentliche Handeln Ausdruck authentischen Glaubens ist und an welcher Stelle dieser Glaube von anderen Instanzen vereinnahmt und instrumentalisiert wird. Durch zahlreiche Dialogversuche und Begegnungen kommen die Kirchen dieser Aufgabe bereits nach[6]. Man sollte aber noch einen Schritt weitergehen: Kommt den Kirchen in Deutschland nicht auch die Aufgabe zu, ausgehend von ihrer eigenen Lerngeschichte zum Verhältnis zwischen Religion und Staat eine Lerngemeinschaft mit den muslimischen Gläubigen anzubieten? Ohne jede Attitüde von Überheblichkeit oder grundsätzlichem Vorsprung ist festzuhalten, dass die Kirchen in Europa zeitlich früher als anderswo lernen mussten, den Staat und die säkulare Öffentlichkeit als unabhängige Größen außerhalb ihrer selbst zu akzeptieren. Der direkte und unmittelbare Zugriff auf die weltliche Macht ist dem Christentum in einer langen und leidvollen Trennungsgeschichte, die bereits im Mittelalter mit dem Investiturstreit begann, verloren gegangen. Seitdem hat es gelernt, mit diesem Verlust umzugehen – insgesamt ist ihm der Verzicht wohl bekommen: Christlicher Glaube verwirklicht sich dort, wo er gerade in seiner Eigenständigkeit eine kritische Instanz gegenüber weltlicher Herrschaft bildet.

Christinnen und Christen können aus dieser langen Lernerfahrung heraus mit Muslimen in einen Dialog treten: Für die ehrliche Verwirklichung des Glaubens an einen absoluten Gott, so der Kern eines solchen Dialogs, kann es auch jenseits einer direkten Verknüpfung von weltlicher und religiöser Macht Wege geben, die wirkungsvoll sind. Mehr noch: Es wäre

Gotteslästerung und Kleingläubigkeit, die großen Versprechungen des Glaubens an den im Vergleich dazu doch klein gemünzten Maßnahmen von Politik und staatlicher Ordnung festzumachen. Ein Stück negative Theologie wäre also die Brücke für den Dialog zwischen Christen und Muslimen. „Lerngemeinschaft“ zwischen beiden wäre es zu erfahren, dass Religion immer nach mehr strebt als dem, was in der weltlichen Realität verwirklicht werden kann. Christen sollten das wissen, um sich nicht mit dem Status quo zu schnell abzufinden, Muslime dagegen, um zu sehen, dass es die „reine Religion“ unter weltlichen Bedingungen eben nicht gibt und jede ihrer geschichtlichen Formen immer einen Kompromiss zum Ideal darstellt. „Europa ist eben christlich, und der Islam passt einfach nicht zu uns!“ Diese Äußerung, die man immer wieder unterschwellig hören kann, ist ein Vorurteil. Richtig ist vielmehr: Europa wurde über Jahrhunderte besonders vom Christentum geprägt, europäische Identität ist ohne den christlichen Glauben gar nicht zu verstehen. Aber gerade diese christliche Prägung Europas hat – neben Traditionen wie Humanismus, Renaissance und Aufklärung – mit dafür gesorgt, dass Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Pluralismus entstanden sind: Die Trennung von Kirche und Staat, die Begründung des Staates aus der Würde des Menschen heraus und die Nicht-Identifizierung des Staates mit den Religionen beruht auf grundlegenden, theologischen Überzeugungen der christlichen Kirchen. Religiöse Vielfalt ist deshalb kein Zugeständnis und muss nicht als Verlustgeschehen begriffen werden. Sie ist eine logische Konsequenz aus dem christlichen Erbe Europas.

Religionen sind keine statischen und homogenen Gebilde, nach einer durchgängigen, einheitlichen Struktur gebaut und deshalb auf den ersten Blick von außen verstehbar. Sie zeichnen sich zumeist gerade durch ihre innere Uneinheitlichkeit und Vielfalt aus. Allein der Blick auf das Christentum beweist das: Der nordamerikanische evangelikale Erweckungsprediger mit neokonservativem Politik-Verständnis zählt genauso dazu wie die befreiungstheologisch angehauchte feministische Theologin Tübinger Schule, der niederbayerische Dorfkatholik oder die indische Ordensfrau im Missionseinsatz. Was verbindet sie? Was trennt sie? Wie viel gemeinsame Grundlage ist nötig? Gäbe es – ganz abgesehen vom Sprachproblem – überhaupt Verständigung und Kommunikation zu ihrem Glauben, wenn diese Personen zusammen kämen? Schwer zu sagen. Aber deutlich wird: Die Vielfalt der unterschiedlichen Milieus, Erfahrungshintergründe und Praxisfelder in einer Religion ist so groß, dass schnell Irrtümer aufkommen, wollte man pauschale Urteile darüber abgeben, wie diese oder jene Religion „eben ist“. Entscheidend ist, neben dem überlappenden Konsens aus den verschiedenen Strömungen einer Religion, der vielleicht auszumachen ist, auch die internen Minderheiten in den Blick zu nehmen. Sie geben oftmals am besten Aufschluss über die inneren Fragen und Schwierigkeiten einer Religion, über die Herausforderungen und möglichen Perspektiven für neue Wege in die Zukunft.

Es ist heute längst offenkundig, dass viele der vorherrschenden muslimischen Positionen zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Gleichberechtigung und Freiheit mit den Prinzipien einer freiheitlichen Demokratie kaum vereinbar sind. Aber es gibt auch im Islam hoffnungsvolle Ansätze und Aufbrüche aus verkrusteten Denk- und Handlungsmustern. Sowohl muslimische Intellektuelle, als auch Aktivisten und Engagierte in islamischen Gesellschaften sind der Ansicht, dass der Islam sehr wohl mit modernen Freiheitsrechten und Demokratie vereinbar ist. Sie vertreten Positionen, die auf Wandel und Erneuerung setzen und alte Blockaden von innen her aufbrechen wollen. Dabei geht es nicht darum, die religiöse Dimension in den Hintergrund zu drängen oder zu ignorieren, sondern umgekehrt genau darum, aus einer neuen Interpretation des religiösen Erbes Möglichkeiten zum Verständnis und auch zur aktiven Gestaltung der heutigen Wirklichkeit zu gewinnen.

Reformbewegungen im Islam gibt es seit dem 19. Jahrhundert. Ein wichtiges Kriterium zu deren Bewertung ist die Frage, ob es dabei um eine Islamisierung der Moderne, oder umgekehrt, um die notwendige Modernisierung des Islam geht. Nicht die Ehrenrettung eines bestimmten, mit der Moderne unverträglichen Verständnisses des Islam sollte auf der Tagesordnung stehen, sondern die Überwindung bestimmter Abwehrreflexe gegenüber Freiheit, Selbstbestimmung und Menschenrechten gerade aus einem gelebten Verständnis muslimischen Glaubens heraus. In der letzten Zeit häufen sich die Bemühungen, solche positiven Aufbrüche auch in der europäischen Öffentlichkeit zu Gehör zu bringen. Besonders gelungen erscheint dies beim deutschen Islamwissenschaftler und Politologen Andreas Jacobs, der in einer übersichtlichen Studie die Themen, Akteure und Methoden des so genannten „Reformislam“ vorstellt^[7]. Jacobs zeigt, wie islamische Reformtheologen, etwa der Iraner Mohammed Moadhtahed Schabestari, der türkische Intellektuelle Ömer Özsöy oder der syrische Reformdenker Muhammed Shahrur um eine neue Art und Weise der Koranlektüre bemüht sind. Dabei spielen Fragen nach einer möglichen Kontextualisierung des Textes, dem Prozess des Verstehens und der sprachlichen Gestalt des offenbarten Wortes eine wichtige Rolle. Dies sind Themen, die auch in der christlichen Theologie und Exegese der Bibel eine wichtige Rolle spielen. Und auch in der christlich-theologischen Tradition waren solche hermeneutischen Überlegungen zunächst Außenseiterperspektiven, die sich erst allmählich Bahn brechen mussten. Aber sie haben den Weg aus dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm geschafft. Heute ist es breit geteilte Überzeugung und gängige Praxis in den Kirchen, dass die in ganz anderen Zeiten und Umgebungen entstandenen biblischen Schriften erst ausgelegt und aktualisiert werden müssen, um auch für die Gegenwart Aussagekraft zu entwickeln.

Ebenso wie zur Frage nach dem angemessenen Umgang mit den heiligen Schriften arbeiten muslimische Theologen und Reformdenker aber auch zu praktischen Fragen wie der Geltung der Scharia im Vergleich zum staatlichen Recht, zur Stellung der Frau, der Forderung nach Gleichberechtigung und zum Wert eines weltanschaulich neutralen Staates und praktizierter Religionsfreiheit. Andreas Jacobs betont zu Recht: Die Protagonisten der islamischen Reformbewegung sind noch eine Minderheit, manchmal erschreckend marginal. Es wäre verfehlt, sie zum „Allheilmittel für Integrationsprobleme“ oder zur „Wunderwaffe gegen den islamistischen Terrorismus“ zu stilisieren^[8]. Aber sie zeigen deutlich, dass es innerhalb des Islam Ansätze zur Reform und Kräfte der Erneuerung gibt. Diese Ansätze müssen unterstützt und gefördert werden.

Freilich ist ein Blick allein auf die intellektuelle Auseinandersetzung um ein angemessenes und zeitgemäßes Verständnis des Islam verkürzt. Auch in der gesellschaftlichen Praxis mehrheitlich islamisch geprägter Länder gibt es viele gläubige Musliminnen und Muslime, die sich für politische Regelungen einsetzen, die an den Menschenrechten Maß nehmen: Die Richterin an einem höheren Gericht in Marokko, die sich für eine Modernisierung des Familienrechtes einsetzt und damit Frauen im Fall von Ehestreitigkeiten und Vormundschaftsfragen besser stellen möchte, Aktivistinnen aus der feministisch-muslimischen Bewegung Indonesiens, die mit dem Instrument der Menschenrechte patriarchale Strukturen ihrer Gesellschaft kritisieren und verändern wollen, das Netzwerk „Liberaler Islam“, das in Indonesien um eine inkulturierte asiatische Variante des Islam kämpft, der sich mit Demokratie und Pluralismus verträgt, die vielen Projekte interreligiöser Entwicklungszusammenarbeit in muslimischen Gesellschaften Afrikas, im Senegal und anderswo – diese Beispiele zeigen, wie vielfältig muslimische Gesellschaften sein können und dass jede pauschale Verurteilung einer Religion als ganzer unangebracht ist. Es kommt darauf an, die inneren Reformimpulse stark zu machen und daraus Gesprächspartner zu gewinnen.

Der in der Auseinandersetzung um die bessere Integration von Muslimen in Europa entstandene Gegensatz zwischen „Islam-Kritikern“ und „Islam-Befürwortern“ ist der Integration von Muslimen nicht dienlich. Andreas Jacobs plädiert deshalb dafür, mit diesen Beispielen des Reformislam zu lernen, unseren Blick zu differenzieren und einen Ausweg aus dem Dilemma zwischen „wegschauend duldender Toleranz und unduldsamer kulturkämpferischer Härte“ im Umgang mit dem Islam zu finden.^[9]

„Ist der Islam mit den Menschenrechten vereinbar?“ Die Fragestellung ist falsch. Wie zu sehen, lassen sich genauere Unterscheidungen einfach nicht vermeiden: Die Urtexte der Religionen sind keine Rechtstexte im modernen Sinn. Und ihre Praxis ist oftmals kulturell überprägt. Aber es gibt im Kern vieler Religionen Haftpunkte für die Menschenrechte; mit Hilfe intelligenter Theologie lassen sich Möglichkeiten finden, wie Menschen ihren Glauben und die Ansprüche von Freiheit und Menschenrechten miteinander verbinden können. Natürlich schließt das gar nicht aus, die Moderne aus Sicht der Religion nicht auch zu kritisieren. Im Gegenteil: Religionen erweisen ihre Stärke auch darin, dass sie sich hier und da als unangepasst und widerständig zeigen. Sie müssen nicht jedem neuen Trend folgen. Freiheit und Menschenrechte sind allerdings mehr als ein Trend oder eine Modeerscheinung. Sie sind eine Grundbedingung menschlicher Existenz in Würde und Respekt vor den Mitmenschen. Deshalb geht es auch nicht darum, den Islam verwestlichen zu wollen. Muslimische Reformdenker haben längst erkannt, dass hier viel mehr auf dem Spiel steht: Es geht darum, einen Rahmen zu finden, in dem Menschen, Kulturen und Gesellschaften weltweit friedlich miteinander leben können, in dem sich Einzelne und Gruppen in freier Entscheidung und in der Intensität, in der sie dies wollen, für oder gegen die Religion entscheiden können.

Solche Entscheidungsfreiheit macht jedes religiöse Engagement umso glaubwürdiger. Letztlich könnten die Religionen also davon profitieren, wenn sie ein konstruktives, positives Verhältnis zur menschlichen Freiheit und den Menschenrechten aufbauen. Damit ist eine Herausforderung benannt, die alle angeht, auch die Christen. Menschenrechte sind für jede Religion immer eine Herausforderung. Als Errungenschaft der Moderne sind sie viel jünger als die Religionen. Die historisch und lange Zeit gegen den Willen der Kirche erkämpften Menschenrechte können das praktische Erprobungsfeld dieses Dialoges sein: An ihnen kann die Kirche eine Geschichte ihrer eigenen Schwierigkeiten mit den modernen Freiheitsrechten erzählen. Sie kann aber auch davon zeugen, wie sie letztlich ihrer eigenen Botschaft treu geworden ist, indem sie die Menschenrechte als authentischen Ausdruck des Evangeliums anerkannt hat^[10]. Historisch, aber nicht notwendigerweise von der Sache her zuerst in der westlichen Welt diskutiert und formuliert, gibt es mittlerweile auch im Islam Bewegungen und Stimmen, die die Menschenrechte als ein für die Moderne notwendiges Regelwerk anerkennen, das mit dem muslimischen Glauben vereinbar ist und sogar aus ihm heraus begründet werden kann.

Die Menschenrechte bieten sich deshalb als ein Weg an, auf dem Christen und Muslime sich begegnen können: Im Menschenrechtsethos wird deutlich, worin die Herausforderung an jede Religion liegt, die Menschen mit Freiheitsbewusstsein ansprechen will. Weil die Kirche sich in keiner Weise dafür rühmen kann, in der Anerkennung der Menschenrechte besonders weit vorne dabei gewesen zu sein, garantiert ein solcher Weg aber auch, dass sich Christen und Muslime hier auf gleicher Augenhöhe begegnen, nicht der eine sich dem anderen als überlegen fühlt.^[11]

- [1] Die vom Bundesinnenminister im Herbst 2006 einberufene Deutsche Islamkonferenz stellt ein hoffnungsvolles Signal des Aufbruchs aus solchen Positionen dar.
- [2] Vgl. dies., Ich klage an. Plädoyer für die Befreiung der muslimischen Frauen, Piper Verlag: München, 2005. Dies., Mein Leben, meine Freiheit. Autobiografie, Piper Verlag: München, 2006.
- [3] Vgl. dies., Die fremde Braut. Ein Bericht aus dem Inneren des türkischen Lebens in Deutschland, Verlag Kiepenheuer und Witsch: Köln, 2005; ebenso: dies., Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes, Verlag Kiepenheuer und Witsch: Köln, 2006.
- [4] Vgl. dies., Große Reise ins Feuer. Die Geschichte einer deutschen Türkin, Rowohlt Verlag: Berlin, 2003.
- [5] Hierzu vgl. Johannes Müller, „Christentum und Islam – ‚Kampf der Kulturen‘? Religionsfreiheit zwischen Anspruch und Wirklichkeit“, in: Stimmen der Zeit 219 (2001), S. 795-806.
- [6] Vgl. die Publikation der Evangelischen Kirche in Deutschland mit dem Titel: Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland. Eine Handreichung des Rates der EKD, herausgegeben vom Kirchenamt der EKD (EKD Texte Nr. 86). Ebenso: Deutsche Kommission Justitia et Pax (Hrsg.), Bedrohung Islam? Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland, Arbeitsberichte 72, 21996. Sowie: Dies., Miteinander leben. Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland, Arbeitsberichte 77, 31999. Vgl. die Arbeitshilfe der Deutschen Bischöfe Christen und Muslime in Deutschland, Arbeitshilfen Nr. 172 (2003), hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn.
- [7] Andreas Jacobs, Reformislam. Akteure, Methoden und Themen progressiven Denkens im zeitgenössischen Islam, Arbeitspapier Nr. 155/2006, herausgegeben von der Konrad-Adenauer-Stiftung. Das Papier kann über die Stiftung bezogen werden und liegt auch in englischer Sprache vor. Das umfangreiche Standardwerk zur Debatte hat die Berliner Islamwissenschaftlerin Gudrun Krämer vorgelegt: Gottes Staat als Republik, Nomos Verlag: Baden-Baden, 1999.
- [8] Vgl. Jacobs, S. 3.
- [9] Vgl. Jacobs, S. 23.
- [10] Vgl. zusammenfassend: Päpstliche Kommission Justitia et Pax, Die Kirche und die Menschenrechte (Entwicklung und Frieden: Dokumente, Berichte, Meinungen 5), Kaiser/Grünwald: München und Mainz, 1976.
- [11] Vgl. Heiner Bielefeldt, Philosophie der Menschenrechte. Grundlagen eines weltweiten Freiheitsethos, Wissenschaftliche Buchgesellschaft: Darmstadt, 1998, besonders Kapitel V.: „Westliche“ gegen „islamische“ Menschenrechte? Zur Überwindung kulturalistischer Verengungen in der Menschenrechtsdebatte, S. 115-149.

Quelle: Daniel Bogner, Ausverkauf der Menschenrechte? Copy right © Verlag Herder GmbH, Freiburg i.Br. 2007

Gewidmet dem Deutschmeisterorden der Legastheniker

*Neu Lesenlernen mit gutwillig Ideologisierten im Land der Geisteswissenschaften?
Pädagogische und geisteswissenschaftliche Anmerkungen zu Sarrazin*

Wolfgang Hinrichs

Zur zeitgemäß schwierigen „Einstimmung“ für deutsche Leser als Grenzgang – Oder: Zwischen Skylla und Charybdis

Das Buch von Thilo Sarrazin „*Deutschland schafft sich ab*“ ist Anlaß zu diesem Essay mit irenischem (griech.: = versöhnlichem), also *sokratisch*-ironischem, nicht besserwisserisch-ironischem Bemühen. Es wird gegenwärtig heftig diskutiert und vielfach verurteilt. Als Deutsche sind wir von Schuldgefühlen wegen der Ära 1933-45 und Krieg traumatisiert, also u.U. bei Lektüre leicht erregbar. Die berechtigte Ablehnung der Kollektivschuldthese befreit nicht immer von eigenen Schuldgefühlen, auch wenn bereits bei mir wegen der „Gnade der späten Geburt“, umso mehr noch bei den Jüngeren, keine persönliche Schuld anrechenbar ist.

Um für die notwendige trockene Lektüre der rein sachlichen, wissenschaftlich strengen Abhandlungspassagen dieses Beitrages meine deutschen Landsleute zu erwärmen, schicke ich einige persönliche, nicht unwissenschaftliche, Bemerkungen voraus. Genaues Lesen erbeten!

Die Ära der typisch deutschen *Geisteswissenschaften* ist in der *Pädagogik* durch – argumentativ oder auch charakterlich? – zu schwache, aber geistvolle und einflußreiche Repräsentanten dieser Wissenschaftsrichtung beerdigt worden. – Ich meine: leichtfertig.⁵⁵ – Ich bin als übrig gebliebener bekennender Geisteswissenschaftler in der *Erziehungs-„Wissenschaft“* gleichsam nicht mehr „politisch korrekt“. So bin ich einer, den man hier eher als Außenseiter sieht wie Sarrazin in der „korrekten“ Politik. Wenn man mich auch nicht wie ihn ins Rampenlicht und an den Pranger stellt, so kann man meine Veröffentlichungen doch leicht totschweigen, ohne daß es den meisten auffällt.

Man muß den Kollegen meiner Zunft zugute halten, daß geisteswissenschaftliches Denken, wie es mein Lehrer *Eduard Spranger (1882-1963)* vertreten hat, das am meisten in der SED verhaßte und von ihren Agenten in Westdeutschland zu bekämpfende Denken sein mußte und war. Geisteswissenschaftler hatten es schwer. Ihr Denken war zum Abschluß freigegeben, weil dialogisch und somit pluralistisch orientiert. Es *mußte* Gewaltideologien mit *weltlichem* Absolutheitsanspruch wie Nationalsozialismus *und* Kommunismus eindeutig ablehnen und damit letztlich in Westdeutschland zum wissenschaftlichen Feind Numero eins von extrem linken Kräften gemacht werden. So waren auch gutwillige, aber weniger sorgfältig lesende 1968er Studenten leicht durch Agenten indoktrinierbar und teilweise sogar für „linke“ gewaltrevolutionäre Stoßtrupps zu gewinnen. Sie haben protestiert statt studiert und die Hohe Schule des sorgfältigen, des *wissenschaftlichen* Lesenlernens verpaßt (wie früher die Jugend im rechtsextremen Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, NSDStB) – oder später

⁵⁵ Vgl. Ilse Dahmer/ Wolfgang Klafki (Hg.): *Die geisteswissenschaftliche Pädagogik am Ausgang ihrer Epoche* – Erich Weniger, Weinheim 1968.

selbstkritisch nachgeholt. Sie selbst, oft als Journalisten und Politiker, aber auch nicht selten, wenn sie Wissenschaftler und Hochschullehrer wurden, neigen eher dazu, gewohnheitsmäßig, *zu kritisieren, bevor sie zu verstehen suchen; zu lesen, ohne eigentlich wahrhaft zu lesen.*

Die voreingenommene „Entlarvungsmethode“ des „Antifaschismus“ verfährt nach dem Muster: Wer nicht Kommunist ist – oder wenigstens kommunistischer Mitläufer oder wenigstens „links“ –, ist Faschist. Man hat vergessen, daß diese Taktik von Sowjetrußland seit dem Rußlandfeldzug über damals junge gefangene deutsche Offiziere ins Nachkriegs-Deutschland importiert wurde. Das kann man in *Helmut Gollwitzers* vielgelesenem Buch „... und führen, wohin du nicht willst“ nachlesen.⁵⁶ Die Wirkung (über Westberlin) auf Westdeutschland, über den Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) und über evangelische Theologen, besonders Studentenpfarrer, wuchs ungeahnt stark an seit den revolutionären Aktionen der 1968er-Initiatoren und -Spitzen. Besonders der Sozialphilosoph Jürgen Habermas mußte daran als Neomarxist und Neofreudianer anknüpfen, obgleich er sich als Gegner der *Gewaltaktionen* gerierte. Er gab dies aus als „diskursive“ Überwindung des westlichen pluralistischen Systems. Jedoch in plumpem „Diskurs“ hat er *ideologisch einseitig verdächtigende (Antifa-)Entlarvungsmethoden* der Unterstellung an Ernst Nolte geübt im „Historikerstreit“ 1986/ 87 und derartiges wohl als „Postmarxist“ aufs Subtilste verfeinert.

Das habe ich als Verteidiger der geistesphilosophisch-ethischen und geisteswissenschaftlichen Denkweise in einem Vortrag vor Studentenhistorikern in Soest 2001 auf breiter historisch-wissenschaftstheoretischer Basis zu begründen gewagt: Es kann gar keine Vorurteilsfreiheit geben, was man auch in der Psychologie weiß. *Prinzipiell selbstkritisch-kritische* Voreingenommenheit, die in *sokratischer* Tradition steht, ist zur *Objektivität* wissenschaftlich, besonders geisteswissenschaftlich, nötig. Die *geisteswissenschaftliche*, die ethisch, *nicht* physisch, sondern *meta-physisch* motivierte *sinn-verstehende* und *wertkritische* Perspektive räumt z.B. dem positivistischen, grundsätzlich als wertfrei oder wertneutral deklarierten Denken ein Recht als Alternative ein. Aus ihrer *eigenen* Position macht sie *keine* metaphysische Dogmatik, keine positive „Metaphysik“ und absolute Wahrheit. Sie versteht sich jedoch stets im Dienst der *Wahrheits-Suche*. *Geisteswissenschaftliches Denken ist daher prinzipiell pluralistisch, aber im Gegensatz zum (Neo-)Positivismus antimaterialistisch und nicht relativistisch.*⁵⁷

⁵⁶ München (1951) ⁷1953, das schwer, weil äußerst zweideutig, zu „lesen“ ist: Für das „*Kommunistische Manifest*“, von Marx mitunterzeichnet, ist angeblich die bisherige Geschichte *nichts anderes als* eine Oben-unten-Unterdrückungsordnung: Einzig der gewaltsam *weltrevolutionäre* „*Klassenkampf*“ gilt als *marxistisch*, und zwar zusammen mit der „*Kritik des Gothaer Programms (der dtsh. Sozialdemokratie)*“ 1875. Demnach ist das Unterscheidungsmerkmal zur Sozialdemokratie der Umsturz (Revolution) und die *Diktatur* danach. Sie sei notwendige „Erziehungs“-Vorstufe zur dekretierten Endzeit, der „*klassenlosen Gesellschaft*“. Als „bürgerlich“ (bourgeois) gilt, wer *anders*, auch wenn *anti-nationalsozialistisch!*, denkt. Vgl. Gollwitzer 132: „von der braunen Ideologie geheilt zu sein, ohne sich für die rote erwärmen zu können“, sieht er als *falsche* Alternative. Denn er hält es „wohl“ für sein „Schicksal“, sich „für die rote“ zu „erwärmen“, d.h. sich *zwischen* die „zwei Stühle“ oder „Flügel“ Anti-NS und Anti-KP „zu setzen“, „zwischen“ den „reaktionären“ und den „antifaschistischen“, vgl. 133. Eine überaus irreführende und *gefährlich leicht* zu verharmlosende „Dialektik“, daher sehr schwer ohne höchste Wachsamkeit zu „lesen“. *Allen (!)* „Leuten kleinbürgerlicher, gerade nicht proletarischer Herkunft“ „sieht“ er „an“, „daß Ihnen die Probleme nicht wehtun. ...“ (134). Ist der hellseherische *evangelische Theologe* Gollwitzer *selbst* „proletarischer Herkunft“, *er also* auf *jeden* Fall von den Problemen gequält? „Christlicher Humanismus und marxistischer Humanismus ... darauf kommt es doch an.“ Vgl. 134-136.

⁵⁷ Vgl. die gedruckte Ausarbeitung meines Vortrages: Ethos und Wertfreiheit von Wissenschaft und Studium? Die Positionen des Positivismus, Materialismus und der geisteswissenschaftlichen Tradition – ihre Bedeutung für akademische Bildung und Berufe heute, in: Verein für corpsstudentische Geschichtsforschung (Hg.): Einst und Jetzt, (Jahrbuch) Bd. 48, Neustadt/ Aisch 2003.

Vgl. auch Wolfgang Hinrichs: Pluralistisches Lehrplanfundament für abendländische Staaten? In: Hans-Joachim Hahn, Anna-Maria Pircher-Friedrich u.a. (Hg.): Reicht oder erreicht uns die Demokratie? Gießen 2004, 240-267 (= wesentlich ergänzte und geänderte Fassung eines pluralistischen „*Systemkonzepts*“ von 1975 in: IBW-Journal [Dt. Institut f. Bildg. u. Wissen] 13. Jg. (H. 10), 147-156 [zweispalt.]). Ich habe es jährlich mindestens einmal *nach der begrifflichen Grundstruktur den Studenten* mit großem Zuspruch *frei vorgetragen*,

Die Übernahme neomarxistischer Tendenzen, mit denen sich geisteswissenschaftlich sozialisierte Kollegen etwa ab 1968 oft schmückten, war also in Westdeutschland für zarte und schwache Gemüter unter den Geisteswissenschaftlern, die als Lehrende den Angriffen „protestierender“ Studierender ausgesetzt waren, weniger gefährlich als wissenschaftliche Standhaftigkeit. Gewiß mochte das in der Absicht geschehen, den Strom in vernünftige Bahnen zu lenken, aber zu welchem Preis! Es droht die Fahrt zwischen Skylla und Charybdis.

Im Dienst der praktischen Pädagogik und der jüngeren Generation in Lehre und Forschung tätig zu sein, aber gehindert zu werden, überregional einflußreich zu sein, das erfordert Geduld, langen Atem und Humor. Die solche Bestrebungen hemmen, selbsternannte „Progressive“, das sind Menschen, die, wenn das Bedürfnis stark wird, „Lautsprecher“ werden, Besserwisser, die Andersdenkende ungern zu Wort kommen lassen und lieber übertönen wie in Talkshows. Das Wegbeißen fähigerer oder gleich fähiger Konkurrenten ist zwar eine in allen humanen Bereichen zeitlos inhumane Methode, wird aber bei starkem totalitärem Einfluß von extremer rechter oder linker Seite erheblich begünstigt.

Davon ist nun auch Thilo Sarrazin betroffen, den ich für einen scharfen Denker halte und der sich wiederholt, und jetzt durch sein Buch, bei nicht wenigen Wortführern in der Öffentlichkeit unbeliebt gemacht hat – ob selbstverschuldet oder aus berechtigter Empfindlichkeit der Leser, das sei zunächst dahingestellt. Der Titel seines Buches und die Grundthese klingt lautsprecherisch, stößt auf weitest verbreitete Sorgen und ist daher bestsellertauglich, wie sich zeigt. Stellt sich beim Lesen eine haltbare Begründung des Titels heraus, die eine gefährliche Entwicklungstendenz aufzeigt, so sind Titel und These sachgemäß, nicht großmäulig, sondern ernst zu nehmen.

Sarrazin, der soeben pensioniert wurde, kommt aus gut- bis großbürgerlichem Hause. Mit seiner Mutter, einer westpreußischen Gutsbesitzerstochter mußte er als Kind vor den Russen aus Gera/ Thüringen nach Westdeutschland in die britisch besetzte Zone fliehen. In Recklinghausen/ Ruhrgebiet ist er als Westfale aufgewachsen, wohin sein Vater, Zahnarzt, aus der Kriegsgefangenschaft kam. Weiß man das, so kann man ahnen, daß er trotz groß- und gutbürgerlicher Herkunft keineswegs als Knabe das Leben eines verwöhnten und verzärtelten Kindes haben mochte. Tatsächlich war das sogar in der kargen Nachkriegszeit eine ungleich härtere Erziehung als bei den meisten gleichaltrigen Kindern gleichen bürgerlichen Standes, deren Eltern sich wie die seinen energisch zum Wohlstand hocharbeiteten. Als Schüler bekam er nämlich ein monatliches (!) Taschengeld von 50 Pfennigen in der D-Mark-Zeit. Als der Knabe sich weigerte, über seine nun gewiß nicht horrenden Ausgaben von dem doch ihm gehörenden Geld Rechenschaft abzulegen, entzog seine Mutter ihm für zwei Jahre, für sage und schreibe zwei Jahre, das Taschengeld. So lernt man unmündig fast sicher, Verantwortung für das einem Zustehende auf sich zu nehmen, echte Zuständigkeit: „Kompetenz“.

Es entbehrt nicht der Ironie, aber auch nicht einer gewissen Lebenslogik, daß aus dem finanziell äußerst karg gehaltenen und streng zur Verantwortung erzogenen Knaben ein Finanzsenator geworden ist, der dem in Jahrzehnten wohl hoffnungslos verschuldeten Stadtstaat Berlin entscheidend zum Schuldenabbau verholfen hat, und daß er in die Bundesbank berufen wurde. Kennt man diese Zusammenhänge, so erscheint das ihn disqualifizieren wollende Verhalten seiner Vorgesetzten angesichts der scharfen gesellschafts- und kulturpolitischen Analysen und Warnungen seines Buches „Deutschland schafft sich ab“ zumindest äußerst befremdlich, wenn nicht demaskierend für die damalige bundespolitische Führung, nachdem gerade mit knapper Not das Abwenden einer Krise der Staatsbanken nicht mehr ganz ausgeschlossen schien und die Staatsschulden der Bundesrepublik schon lange sich in astronomischen Höhen bewegen – ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, die zu überwinden uns das Immigrantensproblem aufgibt, besonders bei einer wachsenden, in

so daß ein zahlreich frequentierter und hochschulpolitisch aktiver „Pluralismuskreis“ gegen die damalige linksextremistische westdeutsche verdeckte SED-Volksfrontpolitik in der Siegener Hochschule entstand. 1975 hatte ich es wissenschaftlich nach damaligem Diskussionsstand untermauert.

manchen Bezirken unverhältnismäßig wachsenden Zahl der Integrationsunwilligen, ja weit überdurchschnittlich Aufsässigen und gar Kriminellen unter jugendlichen Moslems.

Unglaublich, weil dieses Abservierenwollen eines hochkompetenten Staatssanierers von mehreren höchsten Stellen unseres Bundesstaates schon vor und bei Erscheinen des Buches geschah, das sich mit solchen Schwierigkeiten beschäftigt, eines warnenden Buches mit Vorschlägen zur Abhilfe, geschrieben von einem höchst fähigen Staatssanierer – eines vielleicht wirklich *gründlichen* Buches, das noch gar nicht in Ruhe *gelesen* und studiert sein *konnte*. – Andererseits: die „leichtfertigen“ Verantwortungsträger haben es heute nicht leicht. Sie befinden sich in „besten Gesellschaft“. Es gibt einen übermächtigen Trend der *massenmedial* gewaltig forcierten Desorientierung seit den 1960er Jahren. Es wächst gewaltig die Front medial einflußreicher *ungründlicher* Egomane. Die Menschen werden von ihnen berieselt, beschallt, die in den Wohnzimmern auf der Couch Orientierungsbedarf und Mühe haben, das Bessere auszuwählen. Sich zu orientieren ist schwer geworden.

Wenn Sarrazin durch Vorschläge aufgefallen ist, wie man sich bei Arbeitslosigkeit und Hartz-IV-Leistungen durch Sparen das Leben vernünftig und halbwegs menschenwürdig gestalten kann, so klingt das aus seinem Munde gar nicht mehr arrogant und ignorant, sondern glaubwürdig. Er hat den Sparzwang finanziell und in der von Existenznot und Hunger geprägten Nachkriegszeit am eigenen Leibe erlebt. Er als exakt arbeitender Finanzmann einer großen Stadt wird sparen gelernt haben, wenn man es muß, wird als Kind aus dem Ruhrgebiet genauestes Rechnen, später selbstloses „Malochen“ als Senator bis in die Nacht geübt haben.

Gerade ein von Haus aus so zu geradlinigem Denken angehaltener Mann, der im politökonomischen Haifischbecken mit harten Bandagen kämpfen mußte, wird auch Wunden davontragen und verletzlich sein, besonders, wenn aus sachlicher Auseinandersetzung *persönliche* Angriffe, üble, infame Nachrede ihm Zeit und Nerven rauben. Er ist ein „Aufsteiger“, der es vom „gehobenen Mittelstand“ seiner Herkunft bis zu den höchsten politischen Rängen gebracht hat. Er denkt anders als einige, keineswegs alle!, „Aufsteiger“. Viele *halten* sich dafür, wenn sie etwa aus dem Arbeitermilieu ins Akademikermilieu gekommen sind und der Parole folgen, „Arbeiterkinder“ müßten „aufsteigen“ in akademische Bildungsgänge und Berufe. Sie mögen es gut meinen. Indirekt aber setzen sie damit ihre eigenen Väter herab. Nicht wenige davon gleiten von diesem wohlmeinenden Irrweg noch tiefer ab und diskriminieren, ja verspotten „Arbeiterkinder“ und „katholische Mädchen vom Lande“ – als ob, wer das Abitur nicht erlange, kein richtiger Mensch mehr sei. Sie sind „Emporkömmlinge“, Parvenüs, die ihre Herkunft verachten. Auf redliche Weise Emporgekommene dagegen sind ihren Eltern und dem Schicksal dankbar. Sie haben sich ihre *De-Mut* bewahrt, ihren „frommen“ *Mut*: nicht ihrem Ego zu *dienen*, sondern der Sache und den Menschen.

Der kampferprobte politökonomische „Buchhalter“ des einstigen Schulden-Stadtstaates Berlin wird als aufrechter Mann still verletzlich sein im Gegensatz zu gewissen piekfeinen Mitleidsposaunenbläsern. Mit dem Mundwerk läßt sich leicht die „Armut“ anprangern und die in Armut Lebenden „bedauern“. Kann man diesem wortkargen Mann etwa nicht Redlichkeit an den staubtrocken unkoketten Argumenten, an dem einfachen, unlauten Ton, ja gleichsam an den Lippen in Fernsehdiskussionen und -interviews *ab-lesen*? Demgegenüber ist unsereiner wohl leichter umzuwerfen, dem es als Kind besser gegangen ist. Hat gerade Sarrazin sich die Kindlichkeit dessen bewahrt, der meint: Wenn ich glasklar sachlich argumentiere, muß doch letztlich auch die Sache siegen? Das wäre die typische Blauäugigkeit dessen, der Sachlichkeit hochhält, als Laie die Wissenschaft verehrt, ohne die Schlangengrube wissenschaftlicher kleingeistiger Egomane erlebt zu haben. So geht es dem, der reinen Herzens die Wissenschaft ernst nimmt, wenn er „studiert“ im Geiste des sokratischen Urmotivs dessen, der weiß, daß er nicht weiß, der das Wissen *sucht*, nicht *hat*, falls dieses Motiv in ihm durch seine akademischen Lehrer nicht weg-demagogisiert wurde.

Unsereiner, halb akademisch, halb handwerklich, kleinbürgerlich bis bürgerlich von Elternseite sozialisiert, gehört eher als Sarrazin zu relativ „verweichlichten“ *westdeutschen* Menschen. Die mit ihren Familien heil, ohne nennenswerte psychische und materielle Bombenkriegs- und Nachkriegsschäden, hindurchgekommen sind. Kommt man zum Überfluß noch zu den gegenüber anderen Berufen eher „weichen“ *Pädagogen* mit professionellem Helfersyndrom, dann braucht man für den Spott nicht zu sorgen. Bei Kriegsende 16, wurde ich 1955 *Volksschullehrer*, Klassenlehrer mit zeitweise 45 bis 50 Schülern, war damals – zum Glück! – noch als gewissenhafter *interdisziplinärer*, nicht fachlich fauler *Fächer-„Zehnkämpfer“* ausgebildet – nicht einseitig „fachidiotisch“ und positivistisch ausgerichtet, war zuerst Lehrer einer gemischten 7. Klasse dieser Größe (Jungen und Mädchen in der Vorpubertät; erstes Dienstjahr), Jahre später einer gemischten gleich großen Grundschulklasse im 4. Schuljahr mit vorher 15maligem Lehrerwechsel, dann einer Grundschulklasse mit besonders vielen kleinen zappeligen Jungen im 2.-4. Schuljahr (3.-7. von rd. 10 Dienstjahren).

Bleibt man dem pädagogischen Ideal treu, so muß man lernen, was *Disziplin pädagogisch* bedeutet: Keine Körperstrafe, aber erst recht kein Psychoterror und Psycho-Hochmut gegen solche Kinder, die vielleicht vor Dreck stinken, dumm zu sein scheinen, überhaupt aus „bildungsfernen Schichten“! Kein schäbiges rachsüchtiges Niedermachen von Kindern, die aufsässig sind, aber in denen der gute Begabungs-Kern zu suchen ist! *Zugleich offensichtlich* Begabte gebühlich fördern, statt eine von beiden Seiten unbewußt zu bevorzugen! – Eine Kunst, die Milde in der Beurteilung durchschnittlicher *Lehrer* zuläßt, aber wenig Milde gegenüber wissenschaftstheoretisch schwachen *und* charakterschwachen *Lehrerbildnern!*

Heute werden oft positivistisch „wertfrei“ denkende Einzelwissenschaftler an Universitäten in die *Lehrerbildung* berufen – statt „wertkritisch“ denkender erstklassiger Einzelwissenschaftler mit weitem interdisziplinärem und kulturellem Horizont, pädagogischem Problembewußtsein und passender Psyche ohne Fach-Borniertheit. Sie müssen fähig sein, ein *Lehrer-Berufsethos vorzuleben und zu vermitteln*.⁵⁸ Wer sich lebenslang als „verhinderter Universitätsprofessor“ vorkommt, ist in solcher Lehrerbildung fehl am Platze. Ebenso sind in Grund- und Hauptschule fehl am Platze solche, die meinen, es „nur“ zum Grund- oder Hauptschullehrer gebracht zu haben und sich wie „verhinderte“ Gymnasiallehrer oder Professoren vorkommen. Erst recht selbstredend in Berlin-Neukölln. Das gilt auch etwa für Deutsch- und Rechenlehrer und -lehrerinnen mit zwar pädagogischem Goodwill, die aber in diesen Fächern nur sehr eingeschränkt fähig oder gar faul sind und die nach Begabung vielleicht bessere, fleißige und standhafte Sozialpädagogen geworden wären.

In solcher Lage der Wissenschaft und Lehrerbildung lernt man als konsequent geisteswissenschaftlich denkender Pädagoge *dankbar* zu sein für das an charakterlichem Rückgrat, was man durch *Anlage, Erziehung und Sozialisation* geschenkt bekommen hat, dankbar zu sein für eine dazu nötige, rational unentmischbare Vielfalt der *Gaben oder der Begabung*. „Begabung“: Man reduziert diese Mitgift und Eigenschaft natürlich nicht auf den angeborenen aber unter günstigen Umständen in Grenzen wachsenden Intelligenzquotienten, sieht aber Begabungen auch nicht davon völlig unabhängig. Man denkt als Lehrer weder bloß mendelnd noch darwinistisch noch bloß positivistisch experimentell psychologisch. Man lernt als Lehrer dankbar zu sein für die eigenen Fähigkeiten und lehrt es die Schüler – statt eines spöttischen, lächelnden Mobbing-Hochmuts ob einer „dummen“ Antwort, hinter der eine hohe Begabung sich stammelnd oder fragend hervorwagen kann. Man lernt Bescheidenheit (das hat etwas zu tun mit „Bescheid wissen“), statt sich seinen errungenen relativen Grad an

⁵⁸ Vgl. W. Hinrichs: Kulturpädagogik und Lehrerbildung – Sprangers klassisches Konzept und die aktuelle Wertediskussion, in: Pädagogische Rundschau (62. Jg., H. 6) 2008, 617-641. Abdruck in gekürzter, präziserter und leicht geänderter Fassung in Marianne Heimbach-Steins/ Bernhard Kruij/ Axel Bernd Kunze (Hg.): Bildungsgerechtigkeit – Interdisziplinäre Perspektiven, Bielefeld 2009, 191-216 unter dem Titel: Kulturpädagogik und Lehrerbildung – Sprangers klassisches Konzept einer neuen Werteordnung und die aktuelle Diskussion.

Objektivität plump oder mit leeren Worten als eigenes, u.U. gar als „wissenschaftliches“ Verdienst anzurechnen, gar mit Worten, die wie Öl von den Lippen fließen. Man wird im Gegenteil als echter Lehrer oder Professor eher verlegen, wenn man gelobt wird, statt sich die Verdienste von unterwürfigen oder euphorischen Verehrern bestätigen zu lassen, sich darin zu sonnen. Solche Selbstverliebten sind Schwächlinge, wenn es gilt, ihre und die Objektivität des Kollegen aufrecht zu verteidigen, falls er persönlich statt sachlich angegriffen wird.

Statt mit einem Herzen aus „Stein“ oder Beton, sollten Pädagogen im Herzen „aufwühlbar“ für wahre humane Werte sein (Kerscheneiner), mehr als Menschen anderer Berufe, wenn sie die Hilflosigkeit und das Anerkennungs- und Liebebedürfnis junger und überhaupt ungefestigter Menschen bemerken. Sie sollten aber ebenso fähig sein zu scharfer Gerechtigkeit und Antennen für offensichtlich Begabte und Bemühte haben, gerade wenn diese von feigen Grobianen oder Rudeln als Einzelne angegriffen werden. Unter noch Verwöhnteren von heute ist es längst nicht mehr Sitte, ehrliche *regelgerechte* Box- und Ringkämpfe von feigen Angreifern und fanatisierten Rudeln zu unterscheiden. „Zwei gegen einen, Stärkere gegen Schwächere – das ist *feige!*“ Solches kommt zarten lieben Lehrerinnen und linken friedensbewegten Lehrern von heute, 65 Jahre nach dem Krieg, kaum in den Mund. Diese sind in sozialen Brennpunkten hilflos und sollten woanders eingesetzt werden.

Wie werden solche Überlegungen aufgenommen? Leicht werden *flüchtig, also weniger gut Lesende* widersprechen und die „Herzlosigkeit“ brandmarken, wie es nach versäumter oder sehr fragmentarischer Lektüre bei Sarrazin gang und gäbe ist. Hätte er, zweifelsfrei ein bienenfleißiger politischer Finanzbuchhalter von höchsten Graden und höchstem Pflichtbewußtsein, sich zusätzlich noch umschulen lassen sollen zum Sozialpädagogen und sich in Neukölln dann an moslemischen Familien abarbeiten sollen? Statt über den Büchern zu brüten und zu „malochen“, um dem verschuldeten Berlin zum Abbau der Schulden und damit zu größerer sozialpolitischer Potenz zu verhelfen? Und statt ein Buch unter anderem über die Schwierigkeiten und Notwendigkeiten in sozialen „Brennpunkten“ zu schreiben? Hat er Langeweile und Luxus des Bücherschreibens genossen? Oder hat er auch für dieses Buch „malocht“? – Schnell fertig war man mit dem Urteil über vermeintlich unhaltbare Thesen. Hat man also flüchtig gelesen? Kritisiert, ohne verstanden zu haben, wie weiland in der Zeit der 1968er? Flüchtiges Lesen bedeutet mangelnde Interpretation. Es vernachlässigt den Kontext und reißt Worte oder Problemkomplexe aus dem Zusammenhang. Und das gilt auch für das „Lesen“ der Worte in Talkshows, wenn statt klugen Sachargumenten persönliche Angriffe vorgebracht werden – oder wenn Angriffe anderer (aus Verlegenheit oder um der eigenen Geltungssucht willen, aus feigem intellektuellem Konkurrenzneid oder mit klammheimlicher Freude) – von „intelligenteren“ Mitdiskutierenden „geduldet“ werden. Die unpopuläre Rolle dessen einnehmen, der es ja eigentlich kraft besseren Wissens tun sollte, das ist schwerer.

In den deutschen Mentalitätsströmen von heute ist nach meiner Einschätzung die nicht rechtsextrem verstockte *überwältigende Mehrheit* so sehr traumatisiert über Generationen hinweg von den längst bekannt gewordenen Grausamkeiten des Nationalsozialismus und den vielfachen geringeren oder stärkeren Verstrickungen der Väter, Großväter, Urgroßväter und von den Kriegen traumatisiert, daß sie nicht mehr so leichtgläubig für eine „heilige“ Sache zu gewinnen oder gar zu brutalisieren ist. Im Gegensatz etwa im Extrem zu SA-Männern bei den Judenpogromen – oder zu Soldaten für Sadismus im Krieg – oder auch „nur“ zu denen, die für Verhimmelung des „Völkischen“ im *braunen* Sinn zu emotionalisieren waren. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts liegt weit hinter uns, hat uns aber besonders im Rückblick auf die braune Schreckenszeit emotional verängstigt, gespalten und zum Teil verschlossen gemacht. Eher noch ist die traumabedingte emotionale Verschlossenheit aufzubrechen, wenn die Wunde der alten rechtsextremen Verfehlung angerührt wird und man sich nicht ungerne und scheinbar gefahrlos in den „linken“ Meinungsstrom ziehen läßt, der sich teilweise als Hort des Guten darstellt und teilweise sogar behauptet: „Antifaschistisch“ ist *nur*, wer links ist.

Die vielen in den Medien wahrnehmbaren, ängstlich vom deutschen Trauma gelähmten „halbblinken“ und „linken“ *Gutwilligen* sind dann zwar auch Mitläufer im Strom geworden, aber eher harmlose. Sie brauchen *Ermutigung* zum selbständigen Denken und selbständigen Deuten, Sinnverstehen dessen, was sie erleben. Sie sollten sich ihres *Wertes* als Gutwillige so bewußt werden, daß sie einsehen, wie notwendig die Ergänzung des guten *Willens* ist: durch *Übung* im *eigenen* Denken und Handeln, um *andere* genau zu verstehen, in *Selbstkritik und Selbstkorrektur*, bevor Kritik geübt wird. Gemeint ist weder bloß die jeweils gängige Art des Denkens noch hochgestochenes „wissenschaftliches“ Denken noch unbedingt professionelles Handeln, erst recht nicht das Denken und Handeln Neunmalkluger oder „politisch Korrekter“.

Wandte *Friedrich Schleiermacher (1768-1834)* als Mann der Religion sich „an die Gebildeten unter ihren Verächtern“, so wende ich mich heute *als Kulturpädagoge an die Gutwilligen unter den Verächtern der Kulturtradition*, welche zwar die *Kulturtechniken des Sprechens und Lesens* gelernt haben, aber nicht so recht „*Mut*“ schöpfen können. Ein Selbstwertbewußtsein, das heute meist durch erlebte ambivalente Erziehung wenig gefestigt ist, mutet sich nicht so leicht genaue selbstkritische Selbstprüfung zu und kann noch weniger Kritik von anderen hinreichend ertragen und derartiges gegebenenfalls dauerhaft lernen. Viel verlangt! Nur der Selbstkritische, nicht Zeitgeistabhängige, nicht Vergangenheitsfixierte, nur der gegenwartsfreundliche, aber nicht gegenwartshörige Mensch, der das *Wertbeständige* der Kultur-Tradition sich stets wahrheitsuchend weiter erarbeitet, kann aus den Irrtümern der Vergangenheit und den Irrtümern der Gegenwart *für die Zukunft* lernen. *In klassischer Weise hat Pestalozzi*, der Zerrissene, gleichsam als Vertreter der älteren Generation, in seiner pädagogischen Weisheit denen, die etwas von ihm lesen, und den noch Jüngeren *empfohlen*:

Prüfet alles, behaltet das Gute, und wenn etwas Besseres in euch selber gereift, so setzt es ... in Wahrheit und Liebe hinzu. Schlußwort aus „Schwanengesang“, SW, Kr. Ausg. Bd. 28; vgl. 1. Thess. 5.21.

Als Spranger-Schüler kenne ich keinen Kollegen, nicht einmal einen anderen lebenden Spranger-Schüler meines Faches, der die Notwendigkeit sähe, den Mut und das Format hätte, sich *selbst* in Wort und Schrift offen für die von Pestalozzi ausgehende Volksschultheorie und Heimatkundetheorie einzusetzen. Allein die Wörter Volk und Heimat mit dem nationalen Akzent scheinen uns noch nach über einem halben Jahrhundert verdächtig, politisch inkorrekt, als ob sie nicht wie überhaupt in der großen deutschen Tradition seit Kant, Fichte, Pestalozzi, Schleiermacher und Humboldt mit entschieden kosmopolitischer Einstellung vereinbar wären. Ich sah mich verpflichtet, die inopportune kritische Weiterführung dessen zu riskieren, was aus dieser Tradition bis zu Spranger für den Gegenwarts- und Zukunftsbedarf hervorgeht.⁵⁹

Ein Deutscher sollte heute nicht betonen müssen, daß er „friedensbewegt“ und tolerant gegen andere Kulturen ist. Er sollte es *sein*. Nach 1945 sollte es nicht als Verdienst gelten und mit Worten hinausposaunt werden. Dennoch wird Deutschland von Kundgaben der Friedensbewegtheit und Toleranz überschwemmt. Etwas von jener eher riskanten, der eher kindlichen Blauäugigkeit, wie bei Sarrazin zu vermuten, will auch ich mit meinen 81 Jahren noch üben. Daß man mit Gottvertrauen und einem Schuß Idealismus in der „aufgeklärten“ erwachsenen Gesellschaft Anstoß erregt, ist unvermeidlich. Daß man als Wissenschaftler mit Sachlichkeit nicht immer auskommt, ohne Anstoß zu erregen, ist ebenso unvermeidlich.

Eduard Spranger, meinem Tübinger Lehrer, einem schon seit den 1920er Jahren weltbekannten Kulturphilosophen, Pädagogen und Psychologen, wurde im späten 20.

⁵⁹ Vgl. z.B. Wolfgang Hinrichs: Standortbewußtsein und Heimatkunde – Einfache und erste Grundlagen liberaler und ökologischer Wissenschaftstheorie und realer Elementarbildung, in: Walter Eisermann/ Hermann Josef Meyer/ Hermann Röhrs: Maßstäbe – Perspektiven des Denkens von Eduard Spranger, Düsseldorf 1983, 165-186 – auch in: W. Hinrichs: Heimatbindung, Heimatkunde, Ökologie im nationalen und europäischen Kontext – Das Standortproblem ..., Bonn 1991, 21-38; vgl. darin auch meine Aufsätze ab 1969 zum Problem der „Heimatkunde und Welterfahrung“, *Heimatkunde und Sachunterricht* (1975, 1983, 1985) – und zum *Problem „Volk“* 1991, Kapitel D, 77-106: Das Aussiedlerproblem: Herausforderung nationaler und kosmopolitischer Erziehung im europäischen Kontext.

Jahrhundert, man ahnt es, bei seinem volksschul- und heimattheoretischen Ansatz „Affinität“ zum Nationalsozialismus unterstellt. Heimat- und Volksorientierung = national = nationalistisch = nationalsozialistisch? Es gibt einen „Lese“-Übereifer. Man kann ihn auch den Eifer des Hineinlesenwollens ohne hinreichende Belege nennen. Ein Grund, vom deutschen Leselernbedarf zu sprechen!

Spranger war als Berliner Universitätsprofessor in der Mittwochsgesellschaft, wo er u.a. Generaloberst Beck traf. Beck war mit Stauffenberg schließlich führend im Widerstandskampf gegen Hitler und Nationalsozialismus 1944. Mit Beck war Spranger durch gleiche Grundüberzeugungen verbunden, obwohl er aus Noblesse nicht zum Mitwisser des Attentats 1944 gemacht wurde. Generaloberst Beck erschoss sich nach Fehlschlag des Attentats und mißlungener Übernahme des Oberbefehls über die Wehrmacht, um der Hinrichtung zu entgehen. Spranger war danach mit den anderen attentatsverdächtigen, besten Deutschen ins Gefängnis Moabit geworfen worden und dort fast zehn Wochen inhaftiert. Seine Frau konnte endlich die Intervention des japanischen Botschafters und so mit knapper Not seine Freilassung bewirken. Daß Spranger ein entschiedener Gegner der Hitlerdiktatur war, wenn auch kein Widerstandskämpfer, kann man auch seinen Werken – *lesend!* – und leichter seinen Briefen entnehmen.

Vom deutschen Kollektivtrauma nach 1945 umgetrieben, bezichtigen etliche ihn der Naziaffinität. Sie und andere, nicht immer Unbefleckte, betätigen sich zum Teil geradezu mit Vorliebe überhaupt als Jäger nach bräunlichen Flecken. Angesichts deren Reinigungsritualen, verstärkten Ritualen mit stählernem Besen durch die „1968er“ kann man sie schon zu einem deutschen Orden zählen. Wer mir nun unterstellt, ich hätte wohl etwas gegen die Befreiung von naziideologischen Resten und Keimen, der könnte sich dem Großreinigungs-Orden anschließen. Darf ich diesen Deutschmeisterorden der „Verächter“ einladen zum Lesenlern-Selbsthilfekurs? Und ich frage, ob nicht das Buch von Sarrazin sich geradezu als ein Muster-Gegenstand für unsere „Schule“ des genauen Lesens entpuppt, ja sogar als solides, vollgültiges und weiterführendes Werk der Wissenschaft, das wichtig ist für die Erörterung künftiger kulturpolitischer deutscher Praxis. Obwohl Sarrazin kein Wissenschaftler von Beruf ist! Man erschrecke nicht wenn ich im Folgenden die Frage stelle: *Ist das Buch von Sarrazin habitationsadäquat?*, auch wenn es allen gewohnten Erwartungen in Öffentlichkeit und Wissenschaft ins Gesicht zu schlagen scheint. Man verfähre dann bitte so: erst weiterlesen, dann erst urteilen. Zunächst mag man ja, ohne sauertöpfisch zu werden, denken: Wer weiß, vielleicht soll nur ein Scherz die Lese-(lern-)Motivation für das Buch steigern.

Zuvor aber gehe ich kurz auf die Frage genauen Lesens als Gebot der guten Sitten ein, womit das *Lernen* genauen Lesens erforderlich wird, und behandle die einfachste Regel sinnverstehenden Lesens und die Folgen bei Nichtbeachtung.

I. Einfachste Regel sinnverstehenden Lesens –

mögliche Vorbedingungen und Folgen bei Nichtbeachtung

Wird der hypothetische Satz bejaht: „Ist das Buch von Sarrazin habitationsadäquat?“ so wird man meinen Text angeekelt oder bitter lachend aus der Hand legen oder lachen und Atem holen. Wer lacht und Atem holt, wird darin wiederum entweder bloß einen Scherz sehen oder zusätzlich nachdenken und weiterlesen. Nur er scheint das Fragezeichen im Satz *gelesen* zu haben, also ernst zu nehmen. Ist es nicht ein Gebot der *Höflichkeit*, wenn man einen Satz liest, auch das Satzzeichen am Schluß zu beachten? Sogleich hört man die Stimme des vielgelesenen Goethe uns vom Himmel zurufen: „Kann man überhaupt im Deutschen höflich sein?“ Er würde vielleicht die ironische Frage folgen lassen: „Ist die Wahrheit nicht wichtiger als das Lesenlernen?“ Denn, so das (ironische) Goethewort: „Im Deutschen lügt man, wenn man höflich ist“. Wenn das Lernen genauen Lesens ein Gebot der Höflichkeit ist, so kann ein guter Deutscher, der nicht lügen will, sich doch nur mit Grausen abwenden.

Andererseits werden alle zustimmen, wenn man behauptet, das Buch von Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ habe die guten Sitten in diesem Land verdorben oder die deutsche Sittenverderbnis ans Licht gebracht. Die einen werden Aussagen des Buches und Befürworter des Buches wegen des Verfalls der guten Sitten schelten, den sie in seinen Aussagen sehen. Das sind die Gegner des Buches, soweit sie heftige Urteile dagegen und gegen Sarrazin fällen und das vielleicht gar im Ton flammender Empörung. Die anderen werden genau in dieser Hitzköpfigkeit schlechte Sitten sehen und von den Urteilenden und Diskutanden verlangen, unfaire Vorurteile und unhöfliche Fallbeilurteilungen beiseite zu lassen, genau zu lesen und zu argumentieren, auch wenn sie erst am Ende doch etwas von dem Buch oder das ganze Buch ablehnen.

Wir sind mitten hinein in Interpretationsprobleme geraten. Gutes Lesen heißt letztlich: gut interpretieren. Welche Folgen haben wir durch unsere fragwürdigen Syllogismen im Dschungelland Absurdistan der Interpretationsfehler beschworen! Ich erlaube mir, das Buch „*Manieren*“ heranzuziehen des äthiopischen *Prinzen Asfa-Wossen Assarate*⁶⁰ und hier nur auf den Tisch zu legen zusammen mit seinem neuen Buch „*Draußen nur Kännchen*“, das im Untertitel „*Meine deutschen Fundstücke*“, wenn man die Bücher des Prinzen kennt, hoffen läßt und Balsam spendet für die deutsche Seele.⁶¹ So gestatte ich mir, mich in aller Höflichkeit aus der Affäre zu ziehen, in die wir durch Goethes Höflichkeits-Sentenz geraten sind. Und ich stelle den Satz dagegen: *Lesenlernen ist eine Schule der guten Sitten*. Wenden wir uns also der Frage echten, regelrechten Lesens zu hinsichtlich der Folgen bei Nichtbeachtung von Textelementen. Zum *Lesen* gehört nicht nur das lautierende Vereinen von Buchstaben, sondern auch Verstehen des *Ganzen*, damit ein *sinnverstehendes* Herausfinden des *Stellenwertes* der *Teile*, Wörter, Begriffe, Thesen, *im Zusammenhang des ganzen Textes*.

Unter den Lesern meines Beitrages wünsche ich mir auch sogenannte „einfacher“ gebildete Leute, überhaupt solche Leute, die hinreichende Lesegewohnheiten haben. Wer beim Lesen eines rein sachlich klingenden Textes, etwa langer „staubtrockener“ Passagen des Sarrazin-Buches oder meines Referates im Folgenden darüber denkt: „Das wird mir zu langweilig, ich klappe dieses Buch zu“ oder – wenn er sich „durchquält“ – sagt: „Das war aber anstrengend!“, den bitte ich, verzeihend an seine Eltern und Lehrer zu denken, seien sie Nobelpreisträger, Handwerker, Arbeiter, Arbeitslose, gleichviel. Diese Autoritäten konnten dem hier gequält Lesenden oder Angestregten, vielleicht wiederum ihrer Herkunft wegen, nicht mehr Leseenergie vermitteln, nicht so viel Lebensenergie vermitteln, die nun mal zum ausdauernden Lesen gehört. Wenn aber genügend Lese- und Redeenergie vermittelt wurde, konnte vielleicht nicht genug selbständiges Denken entstehen, um der feinen Tiefenwirkung ideologisierender Indoktrination immer zu entgehen.

Selbst routinierte Leser und Bücherschreiber mit massenmörderischer Geschichtswirkung: In welchem Grade sind gerade sie noch „selbständig“? Etwa Hitler, etwa Stalin? Im Inneren, im Äußeren? Über ihre Kindheit und Jugend gibt es inzwischen Ernstzunehmendes.

Die Interpretationsregel sinnverstehenden, also *kontextbezogenen* Lesens ist so einfach, daß jeder sie bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit wiederholen kann. Dennoch ist der mißbräuchliche Verstoß gegen diese primitivste Interpretationsregel Legion, im Alltag sowieso, sogar in der professionellen Publizistik, Legion selbst dort, wo es sofort zur Disqualifikation führen müßte: in der Wissenschaft. Man denke nur an die polemische pädagogische Literatur gegen Spranger.⁶²

⁶⁰ Frankfurt am Main 2003

⁶¹ Frankfurt am Main 2010

⁶² womit ich mich in meinen genannten Veröffentlichungen auseinandersetzen mußte, s.o. Anm. 5.

Zu Sprangers *Wissenschaftsethos und Kulturphilosophie* vgl. Wolfgang Hinrichs: Eduard Spranger als akademischer Lehrer, Hochschul- u. Wissenschaftstheoretiker, in: Werner Sacher/ Albert Schraut (Hg.): *Volkserzieher in dürftiger Zeit – Stud'n üb. Leben u. Wirken Eduard Sprangers, Frankfurt/ Main 2004, 165-208.*

Je mehr man in der Kindheit indoktriniert wurde oder in der Jugend, an der Schule, Hochschule oder von Menschen, denen man sich im tiefsten Vertrauen ausgeliefert hat und welche dieses Vertrauen mehr oder weniger mißbraucht haben – Mißbrauchsfälle gibt es heute in den verschiedensten Lagern genug – desto mehr kann man im Harmlosesten oder im Schlimmsten zum Opfer oder Täter von Mißbrauch werden. Opfer und Täter gibt es heute genug – z.B. von einem populistischen Freudianismus, den man oft mit dem Marxismus kopuliert. Wer achtet da noch auf die Kirche? Selbst „Emma“ könnte heute sogar zölibatfähige Priester erkennen, die *nicht* „verklemmt“, aber „keusch“ sind, die dennoch sexuell getriebene „Sünder“ und Opfer seelsorgerisch gut verstehen können.

Gefährlich können solche werden, denen alle Hebel des Handwerks der Rhetorik und der Politik zur Verfügung stehen, die sie spielend bedienen können und tatsächlich mit so viel Skrupellosigkeit gebrauchen, daß sie nicht dazu kommen, ihr Gewissen zu befragen, wie viel sie und wie brutal sie über Leichen gehen. Leichen nicht einfach körperlich und materiell zu verstehen. Leichen auch seelisch und moralisch zu verstehen. Instrumentalisieren sie, sobald der Anschein erweckt werden kann, die Säuberungs-Keule des Aufspürens *brauner* Flecken der Gesinnung – zur *roten* Seite hin kann das natürlich ebenso geschehen – so handhaben sie ein wohlfeiles Instrument. Hier ist eine Hypothek, welche die Deutschen plagt nach der Traumatisierung durch Hitler und Stalin. Durch sie als Schreibtischtäter und durch deren Schergen. Mehr oder minder schädliche Täter. Durch Mitläufer. Durch Krieg, indoktrinierte Eltern, eigene schuldhaft und nie bereute Mittäterschaft usw. Eine Hypothek, die uns in allen Lagern, traumatisch bedingt, der Gefahr unkontrollierter Emotion oder bewußter trickreicher Verschleierung aussetzt, da doch hier, mehr als irgendwo sonst, unbestechliche, nüchterne und bedingungslos konsequente Sachlichkeit der Prüfung und Differenzierung gefordert ist.

Ich gehe also von der These aus: *Lesenlernen ist auch eine Schule der guten Sitten*, und ich liefere in diesem Sinn zunächst ein Referat des Gesamt-Aufbaus, des Grund-Gedankenganges des Buches, indem ich zugleich die *Habilitationsadäquatheit* „begutachte“.

II. Ist das Buch von Sarrazin habilitationsadäquat?

Sarrazins Gedankengang kommt in neun Kapiteln von einem „historischen Abriß“ unseres Staates und unserer Gesellschaft (Kap. 1, 23ff.) zu einer zukunftsbezogenen Gegenüberstellung von „Realitäten und Wunschvorstellungen“ (Kap. 2, 35ff.) und einer „Bestandsaufnahme“, welche die „Zeichen des Verfalls“ auflistet (Kap. 3, 51ff.): „Armut und Ungleichheit“ sieht Sarrazin zwar mit „guten Absichten“, aber schönfärberisch mit wenig Wahrheitsmut behandelt (Kap. 4, 103ff.). Wie steht es mit Anstrengungs- und „Leistungsbereitschaft“, wie mit den gebotenen und den notwendigen „Arbeitsanreizen“ (Kap. 5, 151ff.)? Die vieldiskutierte Frage von „Bildung und Gerechtigkeit“ steht für Sarrazin unter dem Damoklesschwert des „Unterschiedes von gut und gut gemeint“ (Kap. 6, 187ff.). Das Problem der „Zuwanderung und Integration“ behandelt er mit der Forderung „Mehr erwarten. weniger bieten“ (Kap. 7, 255ff.). Angesichts der „Demografie“ fordert er „mehr Kinder von den Klugen, bevor es zu spät ist“ (Kap. 8, 331ff.). Im letzten, 9. Kapitel (391-408) beschreibt er verschiedene Modelle eines „Deutschland in 100 Jahren“ in satirischer Weise: „Ein Traum und ein Alptraum“.

Bei der Schrumpfung des deutschen Volkes wegen zu kleiner Geburtenrate und ungesteuerter Migration – „Deutschland schafft sich ab“ – gibt Sarrazin trotz satirischem Unterton im 9. Kapitel etwas zu bedenken, nämlich die Verharmlosung der Defizite in der Diskussion: die Tendenz, die *Individuen* von ihrer *Verantwortung* zu entlasten, Ursachen zu beschönigen und in die *gesellschaftlichen* Verhältnissen zu legen (9f., vgl. 7-17, 397f.).

Er glaubt dagegen m.E. mit Recht, „daß wir ohne einen gesunden Selbstbehauptungswillen als Nation unsere gesellschaftlichen Probleme ... nicht lösen“ werden (18). Er fürchtet – nach meiner Überzeugung nicht grundlos –

Verschlechterung der „Bildungsfähigkeit“ und Bildungs-Bedingungen, Verkümmern der „Mentalität“ für einen „produktiven Aufbruch“ (12).

In diesem inopportunen Bestreben, bei wissenschaftlicher Nüchternheit nicht vor allem *ökonomisch* Erleichterung und Ausweg zu suchen, sondern bewußt *moralisch Mut zu machen* mit Worten, die auf das *Bildungskapitel* hinweisen, darin sehe ich den *Kern* seines Wollens. Da ohnehin nach Sarrazin die sieben mageren Jahre zu beginnen scheinen, obwohl zunächst neu wirtschaftliche Konjunktur bemerkbar ist, fordert uns die Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft auf weite Sicht Verzicht ab. Dafür will Sarrazin offensichtlich eine tapfere Moral und die Seele stärken, statt materielle Besserung zu erhoffen.

Das „goldene Zeitalter“ des Wirtschaftswunders und die Folgezeit geht nach Sarrazin „langsam zu Ende“. Er sieht über „die schiere Abnahme der Bevölkerung hinaus ... die Zukunft Deutschlands“ vor allem gefährdet durch „die kontinuierliche Zunahme der weniger Stablen, weniger Intelligenten und weniger Tüchtigen“ (11). Kennzeichnend seine Aussage: „Ich habe darauf verzichtet, heikel erscheinende Sachverhalte mit Wortgirlanden zu umkränzen, mich jedoch um Sachlichkeit bemüht – die Ergebnisse sind anstößig genug“ (ebd.). Anstelle von Klarheit und Genauigkeit der „Analyse“ und „Therapie“ habe sich „politische Korrektheit“ wie „Mehltau ... über die Struktur- und Steuerungsfragen der Gesellschaft gelegt“ (10). Diese Entwicklung kann ich im Blick auf meine Zunft der „Erziehungswissenschaftler“ nur bestätigen. Meine Hoffnungen richte ich auf Ostdeutsche und einige westdeutsche Kolleginnen und Kollegen. Insgesamt werte ich bei Sarrazins durchaus *wissenschaftswürdig* nüchterner Einschätzung die deutsche Traumatisierung und die professionelle Weichheit im pädagogischen Metier als mildernde Umstände. – Als Faktoren nationalen Zusammenhalts nennt Sarrazin Religion, Gebräuche, Familie und den „Respekt vor dem Alter“ (20). Die *Eigenheiten* von *Nationen, Kulturen, Religionen* benennen, um sie in die Problemanalyse und Problemlösungsthesen einzubeziehen, ist, wie angedeutet, gefährlich inopportun – besonders wenn es bei Problemen mit Migranten wie Türken, Arabern, Moslems geschieht, bei Problemen der Völker also, die man ängstlich verharmlosend meidet.

Was lesen diejenigen in Sarrazins Thesen vornehmlich hinein und dann aus ihnen heraus, welche ihn und seine Kernthesen verurteilen?

Vor allem erregen die Thesen Anstoß über Intelligenz, „generatives schichtabhängiges“ Verhalten, Migration und Bevölkerungspolitik, die er mit akribischer Beachtung und Auswertung von Daten und Statistiken über Entwicklungen (Kap. 3, 51-101) begründet.

Das unterschiedliche „generative Verhalten“ bei „bildungsfernen“ Bevölkerungskreisen, namentlich bei „besonders“ bildungsfernen „Migrantengruppen“, die „besonders viele Nachkommen haben“ verglichen mit „Akademikerkreisen“ (90f.), zeigt die „Schichtabhängigkeit des generativen Verhaltens“ (93; vgl. 354-357).

Nicht ohne Grund drückt Sarrazin das an einer Stelle sorgenvoll provozierend mit dem Wort „dümmer“ aus:

„Dass in Deutschland überdurchschnittlich viele Kinder in sogenannten bildungsfernen Schichten mit häufig unterdurchschnittlicher Intelligenz aufwachsen, läßt uns schon aus rein demographischen Gründen dümmer werden. Der Anteil der Menschen, der aufgrund mangelhafter Bildung nur schwer in das moderne Arbeitsleben integriert werden kann, nimmt strukturell zu.“ (100.) Es „sei denn, es tritt ein grundsätzlicher Wandel ein“ (150).

Dazu bringt er auch in Kapitel 4 über „Armut und Ungleichheit“ Ausführungen mit statistisch belegten Vergleichen und Verlaufsdarstellungen – und seine selbsterprobten „Speiseplan“-Vorschläge zur Abhilfe, die, wie angedeutet, verketzert wurden (103-110 und 114-119); sie stehen den schönfärberischen Darstellungen entgegen. Sein 8. Kapitel über „Demographie

und Bevölkerungspolitik“, ebenfalls statistisch unterlegt, zeigt auf Grund der Umstände, daß in *Deutschland* im Gegensatz zu den USA, Frankreich und „nordeuropäischen Ländern“

der „Wunsch nach weniger Kindern oder ... gänzliche(n) Verzicht auf die eigene Familie (zwar) verständlich“ ist (345). Ändern kann sich das aber nur so, wie er sagt: „Der eigentliche und einzige Hebel für die Verbesserung der Bevölkerungsstruktur bleibt eine Erhöhung der Geburtenrate möglichst auf das Niveau der Bestandserhaltung“ (343). –

Wer *das* als Nötigung liest, kann Naturtatsachen-Orientierung nicht unterscheiden von *eigenen* Verdächtigungsneigungen, sollte lesen lernen und Sarrazin nicht indirekt staatlichen Zeugungs- und Gebärzwang unterstellen. *Der gesellschaftliche deutsche Mut sollte wachsen.*

Was in *Kapitel 3* z.T. mit Sorge gesehen wird, wird in *Kapitel 4* fortgeführt: die *unter anderem* erbliche Bedingtheit von „Ungleichheit“, weil *Intelligenz* erblich ist. Die Forscher beziffern den Anteil der Erblichkeit der Intelligenz an ihrer tatsächlichen Entwicklung im Lauf eines Menschenlebens auf durchschnittlich 60-80 Prozent, wenn die Erblichkeit besonders betont wird, und auf 40-60 Prozent, wenn die Umwelteinflüsse stark gewichtet werden (97[3. Abs.]-100[2. Abs. einschl.]). *Daß Sarrazin sich auf diese Forschungsergebnisse stützt*, wurde ihm z.T. übel genommen. *Er hat es mit akribischer Präzision getan und mit einer Vorsicht und Sorgfalt der Schlußfolgerungen, die auch dem besten Wissenschaftler zur Ehre gereichen würde. Und dies sei hier nur als Beispiel angeführt für das unübertreffliche Niveau der wissenschaftlichen Sorgfalt der Recherchen in der Literatur und der abgewogenen und gewissenhaften*, wenn auch stellenweise hart (s.o. „dümmer“), *folgernden Auswertung.*

Das Wort Erblichkeit hat in Diskussionen mit und über Sarrazin einen alarmierenden Charakter, so als ob die Nazis vor der Türe ständen mit ihren rassistischen Thesen. Gelegentlich wird, wenn Sarrazin über Darwin, Mendel und Intelligenzforschung bei verschiedenen Völkern und Bevölkerungsgruppen kommentierend *referiert* (92-100), so getan, als ob er selbst schuld sei an solchen Forschungsergebnissen und als ob er nicht referiere, sondern damit seine eigenen Ansichten dargestellt habe. Ist Sarrazin wirklich „*Darwinist*“? Behauptet er, der Mensch „stamme vom Affen ab“? Oder folgert er aus Darwins Theorie nur, was eher mit dem christlichen Menschenbild vereinbar ist: der Mensch habe mit den Affen irgendwo in früher Entwicklungsstufe einen *gemeinsamen Großvater*? Behauptet er, die *menschliche Kultur sei rein biologisch erklärbar* usw., was in die Nachbarschaft des Rassismus führen würde? Lauter haltlose Spekulationen ohne Belege! *Sarrazin verwendet nur Ergebnisse*, die in der *postdarwinischen Forschung* bis heute allgemein bestätigt sind.

Skandalisierung von Begriffen zeigt das Fehlen der Wahrnehmung des Inhalts. Die Wörter „Intelligenz“, „Erblichkeit“, „Rasse“, „Gene“, „generatives Verhalten“ als Anlaß zu empörtem Protest zu nehmen, ist ein klassisches Zeichen – man nehme es mir nicht übel – von *zeitgenössischer Leseschwäche*. Über „Sarrazinschen Rassismus und Sozialdarwinismus“ zu schwadronieren, bedeutet eine genaue Verkehrung der Vorschläge. Er wendet sich gerade *gegen* sozialdarwinistisch auslegbare Wachstumstendenzen und Aggressivität besonders bei arabisch- und türkischstämmigen Menschen in sozialen Brennpunkten, *gegen* ihre „Abkopplung“ (87) von der übrigen Gesellschaft – im Interesse eines friedlichen und gedeihlichen Zusammenlebens. Wie die Richterin *Kirsten Heisig* in ihrem Buch „*Das Ende der Geduld*“ (Freiburg u.a. 2010) will er *Probleme lösen*, statt Aggression, Kriminalität in entsprechenden Migrantengruppen *zu überspielen oder zu beschönigen* (vgl. 298f.).

Wenn er dem Forschungsstand gemäß

die Möglichkeit „eugenischer oder dysgenischer Effekte“ als „nicht mehr grundsätzlich bestritten“ bezeichnet (93) und wünscht, Intelligente, nein „Kluge“ (!) mögen mehr Kinder kriegen (Kapitel 8, Titel),

heißt das nicht, daß er *Staats-Eugeniker* im Sinne des Nationalsozialismus ist, daß er die Unklugen beseitigen will. Welch perverse, infame Auslegungslogik, die dem NS-Mißbrauch der Erb-Forschung zugrundelag! Welche Perversion der Diskussion in der Politik, wenn man

selbst argumentiert, indem man Forschung wie die braune Ideologie mißbraucht, nur um Sarrazin im Chor zu verunglimpfen! Welche Erklärungsnot und geistige Armut, wenn einem keine besseren Argumente einfallen! (Vgl. dpa/ ddpd 11.10.2010.) Wer statt dessen ernsthaft *liest*, den Kontext beachtet, muß auf das folgende Kapitel 5 über „Leistungsbereitschaft“ und „Arbeitsanreize“ und besonders das 6. Kapitel über „Bildung und ...“ aufmerksam werden.

Allerdings kann man von geisteswissenschaftlicher Seite Einwände gegen Sarrazin vorbringen, die aus üblicher, „wertneutraler“, bloß „sozialwissenschaftlicher“ Sicht nicht naheliegen, aber unideologisch sind. Was an Erbllichkeit ist genetisch, was umweltbedingt? Wie Verschiedenes kann man in der Erbbiologie und bei Darwin *lesen* oder *hineinlesen*. *Helfen uns Prozentangaben für den Intelligenzquotienten und die Umwelteinflüsse? Ich meine ja, aber weniger als man „sozialwissenschaftlich“ und empirisch durchaus akzeptabel oft denkt:* Denn es kommt mehr darauf an, *wofür* man Intelligenz verwendet, *zum Guten oder Bösen, zum Richtigen oder Falschen*. Gering Intelligente können segensreich wirken. Intelligenter wie Hitler und Stalin können in ihrer Hybris gegen Gott und Natur ein Fluch sein gegen Menschlichkeit, Menschenleben und Menschheit. Ohne *Herzensbildung, Charakterbildung* ist Intelligenzförderung und Förderung von Vielwisserei auf gefährlichem Grund gebaut. Dieser einfachen Überlegung werden die meisten, wird nicht jeder Wissenschaftler, wird höchstwahrscheinlich aber Sarrazin zustimmen.

Weil die gegenwärtige „Erziehungswissenschaft“ nicht mehr so naiv wie vor kurzem, aber immer noch eher einen Gegensatz konstruiert zwischen Glauben, Mut, Wertorientierung einerseits und „wertfreier“, „wertneutraler“ Wissensvermittlung, bloßer Intellektförderung andererseits, da bei bisheriger *einseitig* wissenschaftlicher Lehrerbildung die Lehrerschaft mit wenig ausgeprägtem Mut und Glauben dazu neigt, das Ideal *wissenschaftlicher „Bildung“* zu monopolisieren und *andere Begabungen verkümmern zu lassen*, ist Lethargie oder Aufsässigkeit anders Begabter eine unvermeidliche Konsequenz.

So sieht es aus, als ob Sarrazins Bildungskapitel eher im Geist des m.E. nicht gerade rühmenswürdigen Standes heutiger Erziehungswissenschaft ausfällt, was ihn aber keineswegs disqualifizieren kann. Ja vielleicht stellen sich bei näherer Untersuchung gar bemerkenswerte Erkenntnisse und pädagogische Vorteile bei Sarrazin heraus gegenüber dem Durchschnitt erziehungswissenschaftlicher Leistungen, nämlich daß er ein *realistischer Pragmatiker* ist.

Wie kam es aber zur *deutschen Vereinseitigung der „Erziehungswissenschaft“*? Dieser *Rückblick* sei zur Erklärung als *Exkurs* kurz eingeschoben.

Heinrich Roth war als einflußreicher pädagogischer Psychologe intelligenzfixiert. Aber obwohl er doch die damalige Intelligenzforschung hinreichend kannte, behauptete er forsch und widersprüchlich, jedes Kind könnte jeden schulischen Lehrplaninhalt „lernen“ (auch Sprachen und höhere Mathematik?). Die Kleinigkeit der Erwähnung, daß die Bedingungen dafür nach Anlage und Umwelt optimal sein müssen, war oft zu wenig betont. Man hatte vergessen, daß Heinrich Roths Lieblingsrede, die Lehrer müßten und könnten einfach die Kinder zu alledem „begaben“, ebenfalls leichtfertig gegen Gott und Natur (Erblichkeitsfaktor der Intelligenz) verstößt. Die jedem menschlichen *Individuum in verschiedener, einzigartiger Mischung und Intensität kraft Vererbung, Ort der Geburt und standortbedingter Sozialisation* „zugefallenen“, zugeteilten „Gaben“, diese *so kompliziert entstandenen „Begabungen“* lassen sich nicht beliebig ohne Hybris vom Lehrer „schenken“.

Solcher Machbarkeitswahn ist Frevel, ob im vergleichsweise geringen Maßstab wie bei Roth, in dessen Gefolge immerhin Kinder im großen Stil zu Versuchskaninchen von Schulexperimenten gemacht wurden. – Was man doch in vermeintlichen Ergebnissen der Forschung *lesen* oder in sie ohne die Tragweite zu bedenken, frevelhaft *hineinlesen* kann!⁶³

⁶³ Unvergleichbar gigantisch war der Machbarkeitswahn der Massenmörder Stalin und Hitler. Sie hielten sich in ihrer Naturwissenschaftsgläubigkeit Wissenschafts-Opportunisten als Handlanger, Hitler etliche Rassenlehrer und Stalin z.B. Lyssenko, den Agrarbiologen. So

Mit derart begründeten Schulreformmodellen haben opportunistischer Wissenschaftler sich gutgläubige Berufsverbände als Lobby gefügig gemacht und Glamour geerntet.

Die Politik einiger unbedarfter unter vielen vernünftigen Gewerkschaftlern konnte Heinrich Roth massiv beeinflussen und vor ihm als erster: Jakob Muth in einer von ihm zusammen mit Werner Loch herausgegebenen Schriftenreihe der nordrhein-westfälischen Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW). Dort vertrat Jakob Muth doch in einem schnell geschriebenen unter diesen Heftchen lichtvolle Thesen: Als ob, wenn alle Volksschullehrer nach dem 4. Schuljahr die Kinder aufs Gymnasium schicken würden, wir endlich die Einheits- oder Gesamtschule hätten. Und, nicht geschrieben, aber nahegelegt: wir hätten dann besser verdienende Lehrer aus der früheren Volksschule, ja das Bildungsparadies. Der geneigte Leser stelle sich die Folgen vor, d.h. er beachte eine Denkregel, die älter ist als die Theorie der Hermeneutik und Interpretation, nämlich die einfache Logik. Da würden Volksschuloberstufen-Lehrer zu *Gymnasial-* und Gesamtschullehrern und würden *dort* munter ohne spezifische Fachkenntnisse unterrichten: Englisch, Mathematik, Biologie Wie würden Gymnasien, wie Gesamtschulen reagieren?

Nun haben nicht wenige Volksschullehrer – oder waren es doch nur wenige? – die von ihrem Berufsverband finanzierten Schriften von Jakob Muth und anderen *gelesen*. Haben auch nur die Lehrgewerkschaftler alle ihre Schüler zum Gymnasium geschickt? Haben auch nur die vielen oder wenigen Leser der kleinen Schrift von Jakob Muth gemäß gehandelt, die durch ihre Gewerkschaftsbeiträge finanziert worden ist? Ganz offensichtlich waren die Leser und die Gewerkschaftler unter den Volksschullehrern vernünftiger, haben besser, d.h. eher sinnverstehend und folglich in diesem Fall kritisch *gelesen*, vernünftiger, als ihre ideologischen Einpeitscher es im Namen angeblicher Wissenschaft waren.⁶⁴

Einfache Lehrer kannten ihre Vorzüge *und* Nachteile gegenüber Gymnasiallehrern, wenn auch vielleicht nicht genau, so doch kraft ihres gesunden Menschenverstandes besser als die neunmalklugen *Wissenschafts-*Parvenüs. Diese aber verstehen unter „Wissenschaft“, dem großartigen Gebiet abendländischer Tradition und Kultur, nicht so sehr die Versachlichungs-, die *Objektivierungsaufgabe*, das *sokratisch* inspirierte *Wissen-Wollen*, als vielmehr bornierte *Besserwisserei*. Ein Sprungbrett für ihre Eitelkeiten und vielleicht für den Geldbeutel? Leider richten solche vielleicht wohlmeinenden, potenten, doch nicht eben großen Geister einiges an, wenn sie mit Gaben, die ihnen eine höhere unbegreifliche Macht oder „Natur“ verliehen hat, *Mißbrauch* treiben und Lehrer, Schüler, Eltern verhängnisvoll in die Irre führen.

Die beschriebene Vereinseitigung deutscher Erziehungswissenschaft im Verein mit der Intelligenzpsychologie zeigt uns, was alles geschehen kann, wenn man scheinbar Wissenschaftliches „aus dem Zusammenhang“ des Lebens „reißt“ und es dann „intelligent“, aber skrupellos manipulierend interpretiert und seine Taten oder Untaten damit legitimiert? Das wollte ich durch meinen Exkurs zeigen. *Welche Folgen kann ungenaues Lesen haben?* Sei es bewußt, schlau oder gar gerissen, sei es unbewußt. *Wie nötig haben wir Deutsche die*

legitimierten sie massenweise Elend und Tod der Groß- und Kleinbauern in Rußland und Asien (Sowjetunion) und in Europa massenweise Elend und Tod der Juden, der Regimegegner, der Soldaten und Zivilbevölkerung, der Grenzziehungen in Osteuropa und ihre unmenschlichen Folgen. (Wenn auch andere am Krieg beteiligte Interessenvertreter nicht gerade Engel waren.) – Selbstverständlich ist ein direkter Vergleich mit den erwähnten Schulexperimenten unstatthaft. Hier sollte nur auf die unabsehbare Menschen gefährdende Tragweite leichtfertiger wissenschaftsgläubigen „Lesens“ vermeintlicher Ergebnisse und ihrer Instrumentalisierung in Experimenten an Menschen hingewiesen werden.

⁶⁴ Jakob Muth: Das Ende der Volksschule, Essen 1963. Gegen diese intellektualistische *Aufstiegsideologie* habe ich als Dozent (vergeblich) versucht, Heinrich Roth sachlich würdigend und ohne jede persönliche Schärfe mit einer an Spranger orientierten Begabungstheorie zu überzeugen in meinem Aufsatz: Ungelöste Fragen der Volksschulreform, in: Pädagogische Rundschau (22. Jg., H. 5-6) 1968, 211-231. Mir wurde wohlmeinend zustimmend gesagt, damit hätte ich mir aber 75 Prozent aller Berufungschancen zum Professor verdorben.

elementare und große Schule des Lesenlernens! Wie nötig zumal deutsche *Meister auf ihrem jeweiligen Gebiet*, ganz besonders der deutsche Großmeisterorden!

Sarrazin selbst weist mit beißendem Realismus auf derartige größtenteils gezielte Mißverständnisse hin in der deutschen Diskussion über den Islam und mit Moslems, wo

„ein Heer von Integrationsbeauftragten, Islamforschern, Soziologen, Politologen, Verbandsvertretern und eine Schar von naiven Politikern Hand in Hand“ arbeiten an „Verharmlosung, Selbsttäuschung und Problemeleugnung“ (278ff.).

Problemaufdeckung kommt oft ohne Begriffe nicht aus, deren Gebrauch böse Assoziationen weckt bei denen, welche die Probleme meiden. Dabei hat Sarrazin einen maßlosen und aggressiven Ton bei der Interpretation unliebsamer Äußerungen von „Kritikern mancher Erscheinungsformen des Islam“ zu hören gemeint, ja, ausgeübte Gewalt gegen diese Kritiker, wobei selbst gegen islamkritische Moslems sich solche Verwechslungen und Gleichsetzungen einstellen wie: Islamkritik

= „Islamophobie = Rassismus = Antisemitismus = Rechtsradikalismus = Nationalsozialismus“ (278f.).

Mein Habilitationsgutachten ging bis jetzt *exemplarisch selektiv* vor. Im letzten Teil ergänze ich es als geisteswissenschaftlicher *Pädagoge* für die Erziehungswissenschaft *durch Analyse und Bewertung des 6., des „Bildungs“-Kapitels. Universitäten* wären gut beraten, Sarrazin als *realistischen Pragmatiker mit bildungstheoretischem Bezug* eine Professur oder Honorarprofessur anzubieten, und zwar seiner Profession gemäß für *Bildungsökonomie*.

III. Sarrazins erziehungswissenschaftliches Kapitel über Bildung und Gerechtigkeit

Zur Interpretation, hier: zum kulturkompetenten Lesen eines Textes bietet die Wahl der *Überschrift (Titel-Untertitel)* und eines *Mottos* durch den Autor im allgemeinen Aufschluß über sein zentrales Motiv, aus dem heraus der Text entstanden ist. Über das Gedankengefüge, gleichsam Gerippe, die Anatomie der Glieder (Gliederung) und die lebendige Bewegung des Ganzen geben am besten Auskunft die *Gelenk-Stellen* und eben dieses „Motiv“, gleichsam das „Herz“, welches durch den Blutkreislauf der Denk-„Motivation“ die diskursive Logik, das Lebendige der Gedankenbewegung, den „*Gedankengang*“ zu erfassen ermöglicht.

Sarrazin will **einleitend** den Stellenwert des Bildungskapitels im Aufbau des Gesamt-Gedankengangs nach seinen bisherigen Ausführungen bestimmen. Er übergeht die Kapitel 1 und 2, die mit der „historischen“ Skizze der Vergangenheit, der entstandenen „Realitäten“, und der zukunftsweisenden Gedanken sowie „Wunschvorstellungen“ eine erste Bilanz des „Ist“ bringen und vor illusionären „Soll“-Vorstellungen warnen wollen. (vgl. 5, 187).

Schrumpfung, Heterogenisierung, Alterung und Abnahme von Bildung und Intelligenz der Bevölkerung (Kap. 3), „die strukturelle Verfestigung einer funktionslosen bildungs- und leistungsfernen Unterschicht“ (Kapitel 4) haben zu Sarrazins Gedanken (in Kapitel 5) geführt: Es geht darum, die notwendige, im Menschen angelegte Arbeits- und Leistungsbereitschaft auch in einer komplizierten Welt durch Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu fördern (Arbeitsanreize) und zu fordern, die sozial unterstützten „Funktionslosen“ (Arbeitslosen) zur Arbeit zu nötigen. Daraus folgt Gewinn von Alltags-Struktur für Abgehängte, sich „hängen Lassende“. „Arbeit“ sei letztlich der „strukturell beste Aktivierungsansatz“. (Vgl. 187.)

Nützlichkeitsgewinn für die Gesellschaft, die so erzielte Integration in das Erwerbsleben, Fragen der *Intelligenz, Vererbung, Eugenik-Dysgenik*, all die *inkriminierten Begriffe*, deren Forschungsstand Sarrazin referiert hat, ohne seine Sorgen zu verbergen, werden für Sarrazin in ihrer Bedeutung eigentlich *nebensächlich*. In Unkenntnis seines Gliederungs-Zentralmotivs wurde aber Etikettierung durch Erbbiologie unterstellt. Das Gegenteil stimmt, nimmt man nur Überschrift und Untertitel des 6. Kapitels ernst: „**Bildung und Gerechtigkeit – Über den Unterschied von gut und gut gemeint**“ – sowie das Motto: der Leitspruch zu Kapitel 6 heißt:

„Menschen werden nicht geboren, sondern gebildet. Erasmus von Rotterdam“ (187).

Siehe da, liebe Freunde und Gegner! Man überdenke seine Vorurteile und schaue erwartungsvoll auf den Inhalt des Bildungskapitels.

„Letztlich“ hält Sarrazin nicht bloß die „Integration in das Erwerbsleben“ für wichtig, sondern „über“ diese „Frage ... weit hinaus“ gehe „das Thema Bildung“. Die *Begründung* lautet konsequent in der Sprache der Empiriker (heutige Erziehungswissenschaftler dagegen gebrauchen sie zwar respektvoll, aber nicht immer konsequent):

„denn Bildungserfolg korreliert positiv mit der gesamthaften Qualität und Stabilität der Lebensführung“

Anders gesagt: „Bildungserfolg“ hat viele Faktoren. Er ist *wesentlich auch personal* bedingt. Er kann also *nicht nur* das Ergebnis von *Intelligenz-Förderung* sein, sondern hat etwas mit der „Person“ (188) und ihrer gesamten „Lebensführung“ zu tun.

Kann man Vorwürfe wie erbbiologische Orientierung, Islamophobie oder Islamfeindlichkeit aufrechterhalten? Zumal, wenn bei einem Seitenblick auf Kapitel 7 über „Zuwanderung ...“ ein klassisches *friedenstiftendes Goethe-Zitat aus dem „Westöstlichen Diwan“* als Motto herangezogen wird?

Gottes ist der Orient!

Gottes ist der Occident!

Nord- und südliches Gelände

Ruht im Frieden seiner Hände.“ (255.)

1. Hier wird das doppelte Gegensatzpaar genannt: *Einerseits Abendland (West – Okzident – christlich-jüdische, antike, germanisch-romanisch-slawische Traditionslinien) und Morgenland (Ost – Orient – persisch-türkisch-arabisch-indische und vielleicht fernöstliche Traditionslinien) – andererseits Europa und Afrika*. – 2. Ost und West, Nord und Süd werden hier jedoch auch beschworen als göttlich umfaßt, daher weltlich unberührt, „*in-tegriert*“.

Da werden manche „intelligenten“ Atheisten etwas dagegen haben. Andere könnten hierin einen Multikulti-Gerechtigkeits-Frieden sehen statt Gottes, des „einzigsten Gerechten“, Frieden, was der nächste Vers verrät, wenn man bei Goethe – weiter, „liest“. – Sarrazin hat in einer Talk-Show mit Prominenten abfragen lassen, wer „*Wandrer's Nachtlied*“(2) von Goethe auswendig sagen kann. Keine der teilweise hochrespektablen Persönlichkeiten konnte das kleine Gedicht aufsagen, das auch Eingang in Sarrazins Buch gefunden hat in vielsagendem Zusammenhang:

Über allen Gipfeln ist Ruh,
In allen Wipfeln spürest du
Kaum einen Hauch.

Die Vöglein schweigen im Walde.
Warte nur, balde
Ruhest du auch. (Vgl. 391.)

Sarrazins Grundgedanke ist erst in Kapitel 6 erörtert. Er zielt im **einleitenden Teil** des Kapitels auf *Fundierung und gesamthafte personale Zentrierung* der Bildung, die hoffentlich in Kindheit und Jugend zum „Bildungserfolg“ führt (187f.). Das in beiden Mottos Angeklungene soll hier zeigen, daß in Sarrazins Bildungskapitel der Erwerb eines Schatzes an Inhalten und Fertigkeiten wichtig wird, z.B. an auswendig, also viel geübt, gelerntem Bildungs- und Kulturgut (vgl. 192-197, 198f., 203-207), was übrigens die „Lebensführung“ in Notzeiten stabilisieren hilft. Auch die Existenznot des Nichtgebrauchtwerdens bei künstlich sozial gestützten und anderen untätigen Erwerbslosen in der Gesellschaft, die morgens im Bett (oder unter der Brücke) liegen bleiben, ist hier zu beachten.

Zur Verankerung des Kulturguts, des „Bildungskanons“ (vgl. Sarrazin 192ff.) im „kulturellen Gedächtnis“ und zum Gewinn für die Persönlichkeitsentwicklung sei hier ein Exkurs gestattet, eine Skizze der *deutschen Volksbildungs-Tradition*.

Mein Stiefvater – Volksschule, Schreinermeisterssohn, Ingenieurschule, Ingenieur und echter Erfinder – hatte in der *Volksschule Anfang des 20. Jahrhunderts*, der später von Reformpädagogen geschmähten „*Lernschule*“, viele Gedichte auswendig gelernt und

konnte sogar das viele Seiten lange Gedicht „Die Glocke“ von Schiller noch Mitte des Jahrhunderts fehlerlos und „wie am Schnürchen“ aufsagen. – Das hat nichts zu sagen? Vielfach belegt ist der Schatz an auswendig gelerntem *tradiertem Kulturgut*, ob aus Dichtung oder Bibel, als eiserner Überlebens-Notvorrat und Lebenselixier, z.B. im Konzentrationslager. Man denke an Dietrich Bonhoeffer, an die strukturierenden Glaubensriten der 33 verschütteten Bergleute im Herbst 2010 in Chile. – *Karl Odenbach (1899-1977)*, Empiriker und geisteswissenschaftlich-pädagogisch bewandelter führender Didaktiker wurde aus dem „erziehungswissenschaftlichen“ Gedächtnis nach den 1960er Jahren gefegt durch die „wertfreie“ Bedenkenlosigkeit in der *Beseitigung* – oder Degradierung zum Steinbruch – der *Rezeption der wissenschaftlichen Tradition pädagogischer Literatur in Lehre und Forschung*. Odenbach hat in seinem einst weitverbreiteten Buch „*Die Übung im Unterricht*“ (Braunschweig 1963; ⁷1981 von mir hg.) durchgehend den Bildungserfolg des übend verankerten Kulturguts als *Kraftquelle* unterstrichen. Sein Motto (1981, S. II): „Durch Üben entwickeltes Kraftgefühl ist das Fundament der Bildung. – Adolf Reichwein“. *Ist Kulturgut* wie Dichtung, Sprüche, Mythen, Bibel tief im „*kulturellen Gedächtnis*“, in der *Seele als Gedächtnisvorrat*, verankert, so hilft das nachweislich in existentiellen Notlagen. Dies den Modernisten ins Stammbuch.

Pestalozzi hat in seinem *Stanser Brief*⁶⁵ geschildert, wie er seine teilweise kriminellen Straßen- und Waisenkinder in seinem Internat (zeitweise 70 Kinder, für die er mit nur einer Haushälterin sorgte) selbst vorlebend und mitlebend dafür gewinnen *mußte*, in Haushalt und Hauswirtschaft mitzuarbeiten – Tätigkeit der „*Hand*“ – wie er abends im Blick auf Geschafftes mit Dank und Gebet (Kulturgut) ihr „*Herz*“ aufblühen ließ, wie er dann mit diesem kulturellen Erwecken des Gemüts das Verstehen des Intellekts im „*Kopf*“ weckte für Bildung und Literatur, zunächst aber für *seine* erklärenden *Worte* zu Tagesablauf und abendlicher Besinnung. Dafür seien die Worte, *diese* „gefährlichen Zeichen des Guten und Bösen“, sorgfältigst auszuwählen. Erziehung und Bildung soll am ganzen Menschen

Die „gesamthafte ... Lebensführung“ steht nach Sarrazin nicht nur in „Korrelation“ zum „Bildungserfolg“ (187 unten). Die „*Person selber*“ (188 oben, Hervorhebg. v. W.H.) und ihre „*Lebensführung*“ ist vielmehr *Adressat und Ziel der Bildungsbemühungen*, ich füge genauer hinzu: *das Personenzentrum*.

Das „Gemüt“, Motivations-*Zentrum*, die Seele, das „*Herz*“, von Sarrazin nicht behandelt, muß durch „*Arbeit*“ (vgl. 187) erreicht werden, so daß besonders Heranwachsenden in Existenznot merken: Ich werde gebraucht, ich bin nützlich, wichtig für die Gesellschaft. Darauf zielt Sarrazin offensichtlich, daß damit das „*Herz*“ des jungen Menschen geöffnet wird: „*Motivation*“ (in „*Sozialisation*“ und „*Qualifikation*“, ebd.) heißt es bei Sarrazin. Ich interpoliere, worüber Sarrazin schweigt, und verweise nach Kenntnis der Erziehung des Knaben Sarrazin auf sein früh gewecktes Verantwortungs-Gefühl in seinem Leben und Tun.

Gemütsverankerung der Sorge in Verantwortung muß nicht laut wie Hard-Rock dem Publikum aufgedröhnt werden. Sie kann nach vielfach Erlittenem und Enttäuschungen des Menschen, dem sie gewiß nicht erspart geblieben sind, tief im *Herzen* verschlossen sein, wenn er, Sarrazin, sich an ein Publikum wendet. „*Wer Ohren hat zu hören, der höre!*“

Sarrazin spricht sich vor allem gegen einen „*Bildungsoptimismus*“ aus, der meint man könne „jedem fast alles beibringen“ (188f.). – Dieser Optimismus erinnert an die gläubige Vorstellung eines *Johann Amos Comenius*, der in seiner *Großen Didaktik (Didactica magna)* meinte, „alle alles ...“ lehren zu können. Das kann nicht für heute gültig sein, weil die darin wirksame eschatologische Stimmung der barocken Kriegszeit heute in der Säkularität verschwunden ist. Demgegenüber ist der *heutige* Optimismus luftig, leer und nichtssagend, der, wie Sarrazin merkt, in der *Erziehungswissenschaft als Beruf* zum *Geschäft* geworden ist

⁶⁵ SW, Krit. Ausg. Bd.13, 1-32, bes. 14f., vgl. 5-7, 13-15)

(188; er nennt fachfremd das Wort „Berufspädagogik“, das bedeutet aber: Pädagogik für Berufsschullehrer). Das trifft besonders für didaktisch-methodische Gebrauchsliteratur zu und für manche reisenden Didaktiker, die zu Schulen in der Lehrerfortbildung unterwegs sind. Daß die „Eltern und Erzieher“ gerade der weniger Begabten (und nicht nur diese, meine ich) „enorm unter Druck“ gesetzt werden, übersehen viele Optimisten. Sarrazin merkt es. Weder stockkonservative „Natur“-Gläubige, welche den „nicht so bildungsnahen Schichten“ keine Chance geben, noch Optimisten, welche alles vom Schulsystem abhängig machen, die Schulgliederung schuldig sprechen und von der Einheitsschule das Heil erwarten, haben nach Sarrazin recht. (188ff.)

Darin stützt er sich auf Erkenntnisse der heutigen Bildungsforscherin Elsbeth Stern:

„Eine gute Schule ... produziert Leistungsunterschiede auf hohem Niveau.“

Dieser Satz⁶⁶ war einmal in Deutschland weitgehend bestätigt, als seine Schulen und Hochschulen in der Welt als vorbildlich galten und das Wirtschaftswunder auch in dieser Leistungsfähigkeit seine Wurzeln hatte.

Der *Grundgedanke* Sarrazins gemäß den beiden ersten Seiten des Bildungskapitels besagt schließlich: *Bildung* soll zum Ganzwerden der Persönlichkeit führen und Mittel sein des *optimalen Weckens* der jeweiligen, individuellen „Anlagen“, Mittel des *Förderns und Forderns der jeweiligen individuellen Person selbst* und der *verschiedenen Begabungen* (vgl. 188 unten). Von hier aus erschließen sich seine Ausführungen im Bildungskapitel.

Sarrazin unterscheidet *11 Teile und einen „Exkurs“ im Bildungskapitel*. Der **1. Teil „Ziele“** beginnt mit einer Hinführung zu folgendem Kernzitat:

„Jedes Kind“ will seine „Fähigkeiten“ anwenden, „etwas ... ‚leisten‘“, braucht aber nach dem Bisherigen „mehr als der Erwachsene das Gefühl, dass sich der Wert seiner Person nicht nach Qualität und Menge seiner Leistung, sondern nach seiner Anstrengungsbereitschaft und seinen sozialen Qualitäten bemisst.“ (190).

1. Hier ist die *Person* Selbstzweck. Jedoch:

2. Für die Gesellschaft ist der einzelne Mensch eher „Mittel zum Zweck“ (191). Er wird funktionsmäßig *zuteilt*.

3. „Das Bildungswesen sortiert“ also in die *Berufs- und Arbeitswelt* hinein nach dem jeweils anderen Bildungserfolg. Dies geschieht nach Sarrazin „umso unerbittlicher“ – eine harte Vokabel für die oft unangenehme Wirklichkeit, „je chancengerechter“ sortiert wird (ebd.). Er betont nicht ohne Grund die Härte des Gegensatzes von a) Bildungsbemühung und b) Gerechtigkeit in der Realität bei Sortierung nach Erfolg.

Eine andere Sicht von Bildung und Funktion in der Gesellschaft halte ich *ergänzend* für nötig: *Berufszufriedenheit* sollte sowohl in *verschiedenen* Berufszweigen „unten“ wie nach „Aufstieg“ *in jedem* dieser Zweige, *auf höherer wie auf niedriger Stufe* teils Realität, teils *real möglich und sein*. *Muß die chancengerechte* Einsortierung in gewisse Berufszweige und auf verschiedene Stufen als *hartes Schicksal* in verschiedenen Härtegraden den Menschen *unbedingt* treffen und so empfunden werden, wie es Helmut Fend, auf den sich Sarrazin stützt, nahelegen scheint (ebd.)? Ich meine, nein! Dagegen halte ich gerade das

⁶⁶ in Elsbeth Stern: Raus aus den Schubladen – Kinder sind unterschiedlich begabt. Das ist kein Grund, sie auf verschiedene Schulformen zu verteilen, in: DIE ZEIT, 15.12.2005, S. 87; zitiert nach Sarrazin 189, vgl. 426. Daß der zitierte Satz viel für sich hat, kann noch nicht zu der „optimistischen“ Schlußfolgerung führen, es solle nur Leistungsunterschiede und Schulen für einen *einheitlichen, egalitären* Allgemeinbildungskanon für alle geben. Vielmehr gibt es heute *verschieden akzentuierte* Allgemeinbildungswege. Jeder der *verschiedenartigen* Begabungen sollen *jeweils* hohe und weniger hohe Leistungsmöglichkeiten eröffnet werden. Das war der Grundgedanke der *Volksschule*. Neben Gymnasium und Realschule hat *gerade sie* den Großteil der Gesellschaft zu einem relativ hohen Bildungsniveau geführt. Ohne diese anspruchsvolle Breitenbildung wären die Leistungen des Wirtschaftswunders nicht möglich gewesen. – Sterns Argumentation gegen das gegliederte Schulsystem zeugt von Unkenntnis klassischer pädagogischer Argumente wie sie sich in Sprangers Volksschultheorie finden.

Vgl. z.B. Eduard Spranger: Gedanken über Lehrerbildung (1920) in: GS, Bd. X, 7-81; dazu Wolfgang Hinrichs: Kulturpädagogik und Lehrerbildung – ... (s.o. Anm. 4).

Realisierenwollen der Forderung der „*Chancengleichheit*“ für eine die Individualität auslöschende unerbittliche *Rasenmähermethode*. *Als ob jeder das Gleiche wollte!*

Sarrazins Resümee nähert sich dann wiederum meiner Sicht. Die bildungspolitische Wertung von „Zuteilung“, „Sortierung“ kritisiert er als Schaden für die Persönlichkeit.

„Die drei Funktionen des Bildungssystems –

(1) Persönlichkeitsentwicklung, (2) Zuteilung“,

(3) Einsatz des Einzelnen zur „Optimierung des Produktionsfaktors Arbeit“ –

„... dürften eigentlich nicht gegeneinander ausgespielt werden, aber genau das geschieht ununterbrochen“ in den bildungspolitischen Diskussionen.“ (191f.)

Hierin kann man *Sarrazins Fundamentalkritik an der Bildungsdiskussion* sehen:

Wenn „verstärkt ... die Leistungsfähigkeit unseres Bildungssystems als Instrument der Wissensvermittlung und Qualifikationsentwicklung diskutiert wird“ (192), wird die Leistungskraft aufs schwerste beeinträchtigt.

Das sagt Sarrazin zwar nicht. Aber es klingt durch, wenn er derart die Diskussion kritisiert.

Nebenbei sehe ich selbst im Gegensatz zu Sarrazin im obigen Zitat den Punkt (3) – Einsatz in der Arbeitswelt – nicht als Funktion des Bildungssystems, sondern als Konsequenz, die der Arbeitsmarkt mehr oder weniger (un-)gerecht zieht. Dabei sollte aber die (wenn auch eingeschränkte) Berufswahlfreiheit mitgesehen werden.

Die auf den Teil „Ziele“ folgenden *weiteren Teile des Bildungskapitels* sind wie vieles keineswegs durchgehend bloß relativ trocken wissenschaftlich, sondern auch, etwa soweit biographisch rückblickend, sehr spannend und wohltuend zu lesen – so der **Teil 2** über den „**Bildungskanon**“. An harten Vergleichen bezüglich Notwendigem und *heute* Erreichtem und im *Rückblick auf das frühere tatsächlich erreichte Niveau* kommt Sarrazin indes nicht vorbei:

„Aus eigener Erfahrung weiß ich: Lesefähigkeit, Textverständnis und das dadurch ermöglichte Generalwissen ist die Kernkompetenz der *Bildungsvermittlung*“ (194).

Schockierend ist der Vergleich des *heutigen* Bildungsniveaus nach *zehnjähriger Hauptschul-*Laufbahn mit dem Niveau von *vier Grundschuljahren* der (damals nur 8jährigen) *Volksschule 1955*. Wenn jetzt die Hauptschule zum Abschluß nach *zehn* Schuljahren

„jenes Niveau an Leseverständnis und Grundschulmathematik sicherstellen würde, das man 1955 in einer fünfzigköpfigen Klasse“ nach vier Jahren „erwarten konnte, dann wäre man heute bildungspolitisch ... wesentlich weiter“ (195).

Ich selbst (W. Hinrichs) habe 1955 meine Lehrerlaufbahn begonnen und kann das sowohl nach eigener Lehrerfahrung als auch nach Kenntnis objektiver Erkenntnisse heutiger Vergleichsuntersuchungen grundsätzlich bestätigen.

Angesichts der fast allgemeinen Unfähigkeit, einfachste Prozent- und Bruchrechnungen auszuführen oder nachzuvollziehen

„mutet es“, wie Sarrazin mit Recht sagt, „recht albern an, wenn im Gefolge der Finanzkrise gefordert wird, es müsse „... mehr wirtschaftliches“ Schulwissen „vermittelt werden. Vielmehr kommt es, folgert er, auf das analytische Grundverständnis von Risiko und Wahrscheinlichkeit“ an, das auf *mathematischen Grundfertigkeiten beruht* (196).

Entsprechendes behaupte ich für wohlgemeinte MINT-Didaktik seitens der Wirtschaft für Schulen, wenn es dort an *lebensnahen* elementarphysikalischen Grundlagen fehlt. Sarrazin stellt fest: Mathematik- und Lesebücher leiden an rapide sinkendem Leseniveau, ein Literaturverständnis gebe es bei immer mehr Schülern gar nicht mehr. Die „text- und sinnverstehende Lesefähigkeit“, eigentlich ein Grundschul-Lehrziel, wie erwähnt, weise selbst bei „zahlreichen“ Studenten heute „Mängel“ auf (vgl. 196f.). Wer sagt's denn? Kollegen stellten das öfter in Publikationen fest, ich als Professor muß es bestätigen. Meine gründliche

„Nachhilfe“ ist auf sehr dankbare und ermutigende Resonanz der Studenten gestoßen. Mit meinem Beitrag für den „Deutschmeisterorden“ will ich ja ebenfalls Textleseverständnis erzielen und hoffe auf Einsicht in den Nachholbedarf bei den „Gutwilligen“.

Teil 3: Lernen (198-203) läßt sich mit **4: Üben und Meisterschaft** (203-205) und **5: Denken und Auswendiglernen** (206f.) zusammenfassen. Daß Lernen ohne Denken langsamer geht, merkt jeder beim Vokabellernen, wenn es im Unterschied dazu *nicht* gedankenlos geschieht.

Zwei Beispiele, die auch bei Sarrazin stehen könnten: 1. Streicht man die beim einmaligen Abfragen gekonnten Vokabeln an, um die schwereren wiederholend zu lernen, bis alle angestrichen sind, so fällt das *Üben* als Wiederholen des Vorganges leichter. Eine weitere denkend gefundene Lernhilfe sind „Eselsbrücken“ (Merkvorstellungen), besser noch, wenn etymologisches Durchschauen der Wortentstehung die Brücke schafft usw. *Auswendiglernen* wird derart zum sinnvolleren Lernen. 2. Beim *Gedichtlernen* als „Auswendiglernen“ ist, „schwäbisch“ gesprochen, die spiralförmige „Schneckenudelmethode“ bewährt: Wiederhole Strophe 1, wiederhole Strophe 1+2, wiederhole Strophe 1+2+3 usw., wobei die zuletzt wiederholten Strophen meist am schlechtesten sitzen, was ausgleichendes Nachholen fordert.

Wenn „Lesen, Schreiben, Rechnen“ mit Recht nach Sarrazin die „wesentlichen“ *Kulturtechniken* genannt werden (198), würde ich zum *Rechnen die Raumlehre (elementare Geometrie)* mindestens bis zur Berechnung des Rauminhalts von Quadern, Zylindern und Kugeln) hinzufügen (woran sich Pyramiden, Kegel usw. anknüpfen lassen).

Derartige Schulung des raumstrukturierenden Anschauungsdenkens erleichtert das Lernen und Üben allgemein: Lernen des Einmaleins ist geistlos, wenn man nicht *Rechenvorteile* erkennt: Die Einser bei geraden Zahlen des einfachen Einmaleins kehren nach Malnehmen mit 5 wieder:

4, 8, 12, 16, 20 | 24, 28, 32 usw. – $4 \square \cdot 25 = 100$. $8 \cdot 25 = 2 \cdot (4 \cdot 25) = 2 \cdot 100$ usw.

Die heutigen großenteils „pseudomathematisch“, weil zu unaufmerksam in den *Grundlagen* geschulten Mathematiklehrerinnen und -lehrer der Grundschule sind hier meist hilflos. Die Rechendidaktik der 1920er/30er/50er Jahre wurde mit Einführung der „Grundschulmathematik“ ab Ende der 1960er Jahre auf den Müll geworfen. Früher gemachte und ausgewertete rechendidaktische Erfahrungen wurden ignoriert auf Kosten der Schüler und ihrer Lehrer, als leichtfertige, zur Grundschullehrerbildung gewechselte, mathematisch halbgebildete Gymnasial-Ehrgeizlinge zu „Professoren“ avancierten. Die Lehrerbildung wurde durch solche und andere Vorgänge wissenschaftlich korrumpiert.

Es sei an die *Kühnelsehen Zahlentafeln* erinnert: visuelles Einprägen von in 5er und 10er Gruppen eingeteilten „Punkten“:

●●●●● ●●●●● = 9 als ganzheitliche Zahlvorstellung.

●●●●● ●●●●●
●●●●● = 14 als ganzheitliche Zahlvorstellung.

Ich erinnere an die Monographie von *Karl Odenbach: Die Übung im Unterricht*, Braunschweig (1963) ⁷1981 (letzte 7. Auflage, nach ⁶1974 von mir überarbeitet und erweitert herausgegeben). Bezeichnenderweise wird jetzt in der Lehrerbildung höchstens ein verdünnter Aufguß dessen geboten, was Odenbach in seiner Monographie erschöpfend ausgelotet hat, in schmalen Bändchen, mit Zusatz-Hinweisen auf Hirnforschung u.a. ergänzt.

Otto Friedrich Bollnow hat in seinem Buch „*Vom Geist des Übens ...*“, Freiburg/ Br. 1978, das Moment der *Meditation in der Übung*, nachdem ich in pädagogischen Organen damit im gleichen Sinn vorausgegangen war (vgl. 1981, s.o., 3-7), ohne Bezug auf meine Veröffentlichungen noch einmal hervorgehoben und zum Hauptmotiv der Übung gemacht (vgl. 1981, 4, 5-7.). Solche Meditation durch Übung kann naturgemäß bei *Kindern* nicht zur vollen Zufriedenheit etwa von *Daisetz Teitaro Suzuki* „funktionieren“, des *japanischen Zen-Meisters*, den ich mehrfach zum Vorbild genommenen hatte. Angeknüpft hatte ich an *Eugen*

Herrigels Buch: *Zen in der Kunst des Bogenschießens* (1948) München ¹⁵1972 (u.ö.). – *Übung macht den Meister*. Dieses mittelalterliche Stadium – Übung in der handwerklich sozialisierten Meisterlehre – kommt, was ich ebenfalls (1977) publiziert und erörtert habe, in allen Hochkulturen vor. Ich habe den Studenten Bollnows Buch für die Lehrerhaltung zur Übung als wertvolle Ergänzung zum *didaktischen* Buch von Odenbach empfohlen. Bollnow hat in seinem Buch gegen Odenbach m.E. grundlos polemisiert (vgl. 1981, s.o., 6f.).

Man kann von dem studierten Finanz-Experten Sarrazin nicht ein eingehendes pädagogisch-didaktisches Literaturstudium dieses Problems erwarten. Aber er erkennt dessen große Bedeutung. Darin überragt sein Problembewußtsein das des Durchschnitts gegenwärtiger Erziehungswissenschaftler deutlich.

Gleichwohl orientiert sich Sarrazin auch im Bildungskapitel akribisch an der gängigen wissenschaftlichen Diskussion, auch soweit sie in großen Zeitungen sich niederschlägt und die entsprechenden wissenschaftlichen Beiträge von dort zugänglich werden. *Nichts Wesentliches geht ohne solche Literaturhinweise in Sarrazins Argumentation ein.*

Die **Teile 6: Kann jeder alles lernen?** (208-213), **7: Was mißt ... PISA?** (213-215), **8: Mädchen und Jungen** (215-217) und **9: Wer sollte zusammen lernen? Welches Schulsystem brauchen wir?** lassen sich ebenfalls zusammenfassen. Zu **Teil 6** ist Wichtiges bereits im einleitenden Teil des Kapitels erörtert, so der Bildungsoptimismus. Sarrazin geht hier mit bewährter Stringenz auf statistische Vergleichsuntersuchungen von PISA ein.

Grundlegend für PISA, siehe **Teil 7: Ohne „Intelligenz“** gibt es keinen Schulerfolg. Sie ist dafür keine *hinreichende* Bedingung, aber *conditio sine qua non* (Bedingung, ohne welche nicht). Vom Begriff „kognitiv“ gilt Entsprechendes. *Sarrazin argumentiert grundsätzlich auf Höhe des PISA-Konsortiums, ohne PISA-Kompetenz zu beanspruchen.* (213f.).

Die Aussage „Es führt zu nichts, ... Umwelt und Erbllichkeit gegeneinander in Stellung zu bringen“, zeigt erneut die naßforsche Haltlosigkeit öffentlicher Etikettierungen gegen ihn (215).

Soll hier noch auf „Gender“ eingegangen werden, wenn es um den Teil 8 Mädchen und Jungen geht?

Es wäre abenteuerlich, vom liebenswerten „Kotzbrocken“ und „Macho“ Sarrazin mit der „rauen Schale“ zu viel an „weichem Herzen“ zu verlangen. Gender Studies in Ehren. Aber ein Rassismus läßt sich aus Teil 8 so oder so nicht herauslesen, auch kein niedriges wissenschaftliches Niveau. Sarrazin hat wohlweislich *nicht* bei Frauen (Gebärfähigen) an die Frage gedacht: „Schwindet Deutschland aus eigener Schuld?“ Die Faktorenviefalt dieser Frage wirft das Kardinalproblem der Geisteswissenschaften auf. Aber auch das der *quantitativ-experimentellen Naturwissenschaften*. *Ausrechnen* läßt sich die Antwort nicht. *Experimente mit Menschen* haben in Schulsystemfragen genügend bis zum Beweis des Mißlingens geführt.

Mein geisteswissenschaftlich-pädagogisches Gesamtwerk, angefangen mit der frühen Auseinandersetzung mit Heinrich Roth 1968 (s.o.) ist etwa zu einem Drittel der Frage der „Allgemeinbildung“, besser Grundbildung, für die Volksschule (= Grund und Hauptschule) gewidmet. Dem entspricht, teils bisher miterörtert, **Teil 9: Wer sollte zusammen lernen** (217-223) im Zusammenhang mit Fragen der **Teile 10: Herkunft, Chancengleichheit, -gerechtigkeit** (223-229) und **11: Die Bildungsfernen** sowie des „Exkurses“ (unterteilt: 237-242 und 243-253). All das fällt thematisch grundsätzlich in meinen Forschungsbereich. Im Effekt stimmt Sarrazin (SPD) weitgehend überein mit dem Bildungskapitel im Buch von Roland Koch (CDU): *Konservativ – Ohne Werte und Prinzipien ist kein Staat zu machen*, Freiburg/Br. 2010. Ich hege Verdacht auf Überparteilichkeit bei im Effekt übereinstimmenden Exponenten verschiedener Parteien! – Hierzu füge ich eine kritische Bemerkung ein:

Schon lange fehlt ein gewisses konservatives Moment kontinuierlicher Schulentwicklung und Verläßlichkeit. Schulen werden immer wieder zu Schlachtfeldern parteipolitischer Profilierungskämpfe aus schulsystemideologischen Motiven. Unruhe und Unsicherheit werden verbreitet durch Politikwechsel und Ambitionen, die beschönigend

mit wohlgemeinten „Reform“-Plänen gerechtfertigt werden. Schüler und ihre Lehrer müssen umziehen und werden neu gemischt, Schulschließungen finden hierzu und bei Generationenschwund statt oder müssen befürchtet werden usw. Doch auf eine wünschenswerte Verkleinerung der Schulklassen wird nicht abgezielt. Es ist keineswegs Aufgabe der Schulen, sich als Verfügungsmasse für Ideen von Heilsbringern herzugeben. Sie dürfen nicht zu einem System von Verschiebebahnhöfen verkommen, das von *außen* der Optimierung bedarf. Vielmehr ist echte Schulbildung stets *Reform von innen*, getragen vom Willen und Bemühen der Beteiligten selbst.

Gegenwärtig ist ein geringes *Bildungsniveau* verbreitet. Wird es weiter sinken? Bloß spezialistische und sonstige große Wissensquanten reichen nicht. Zu unserer *Kulturtradition*, deren Bräuchen, gehört die *Wissenschaft* mit dem Sinnvollen ihrer Zunftbräuche oder Sitten. Dazu gehören *gleichwertige andere Zweige* mit ihren guten Sitten, gehören *alle Kulturzweige oder -gebiete*, auch Wirtschaft (inklusive Handwerk und Technik), Politik und Recht, Soziales, Kunst und Dichtung, eine Religion. Ihre *Gesamtheit* ergibt den variierbaren Gehalt der Bildung. Die hierfür wegweisende Kulturphilosophie von Eduard Spranger⁶⁷ habe ich für unsere Zeit weiterzuführen versucht. Der Kern dieses Ganzen, *Herzensbildung*, ist erörtert, wirksam auch in Respekt, Benimm, *Manieren*, in Religion. Respekt vor ehrlichen und nicht lautsprecherischen Atheisten gehört dazu. Ich habe die zugehörige, auf Gegenseitigkeit gebaute Toleranz, ihren Sinn und ihre Grenzen in meiner erwähnten, auf unsere Kultur zugeschnittenen und gegenüber anderen Kulturen gütigen, weil respektvollen Pluralismustheorie zur Diskussion gestellt.

Auch im Sinne des Folgenden und des meinem Fach zugehörigen Bildungskapitels halte ich Sarrazins Buch für zumindest bildungsökonomisch uneingeschränkt habilitationsadäquat.

Sarrazins Buch ist mutig. Er wagt sich höchst erfolgreich auf interdisziplinäres Glatteis.

Wer sich, Sorgfalt vorausgesetzt, in seinem *Fach*, seiner *Wissenschafts-Schule* abschottet, nicht hinauswagt, dem fehlt es an Mut. Er treibt „geistige Küstenschiffahrt“ (Spranger). Er fürchtet Kritik, fürchtet das freundschaftliche sokratische Streitmoment, das Kraftzentrum, das „Herz“ wissenschaftlichen Denkens; Mut und Ge-Müt fehlen ihm: Ein Kleingeist, solange er nicht über seinen Schatten springt, ohne zum Rechthaber mit Scheuklappen zu werden. – Keiner ist ganz frei davon. Wir sind „allzumal Sünder“ (Röm.3.23). In der Wissenschaft stört uns diese Kleingeistigkeit verstärkt. Andererseits haben auch wir heutigen Deutschen nicht ganz unberechtigte Angst, mit Nazis gleichgesetzt zu werden. Das aber ist Mitläufer-Angst statt basisdemokratischer *Zivilcourage*. Ich deute es als Traumatisierungsfolge. Verständlich! Die 1968er sind besonders davon befallen. Umso mehr Ehre dem, der sich von 1968 distanziert, ohne den darin latenten Idealismus aufzugeben. – Von dieser Problematik hebt sich Sarrazins Ansatz deutlich und wohltuend ab – für den interessierten „Leser“.

⁶⁷ Vgl. Spranger: Lebensformen (1914, ²1921), Tübingen ⁸1950; – hg. v. Hans Wenke, München (TB) ⁹1965. S.o. Anm. 8

Wer will, der kann**Zu Sarrazins These der Selbstverantwortlichkeit des Menschen – auch ohne staatliche Integrationskurse
Ümithan Yağmur****Man muß auch wollen**

Mein Name ist Ümithan Yağmur Ich bin 24 Jahre alt und studiere Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt Europa- Studien an der Universität Siegen. Aber bis zum Universitätsstudium hatte ich einen langen steinigen Weg. Ich bin in Lünen, einer Stadt an der Lippe, im Stadtteil Gahmen geboren und aufgewachsen. Lünen- Gahmen gilt wegen seines hohen Migrantenanteils als sozialer Brennpunkt. Gahmen ist ein kleiner Stadtteil, in dem sich Alle gut kennen, aber nicht unbedingt kennen wollen.

Ich besuchte die Käthe-Kollwitz- Gesamtschule in Lünen-Süd.

Der Weg dorthin war recht ungewöhnlich und ist erläuterungswürdig.

In der Familie herrschte eine eingeschränkte Bilingualität, meine Geschwister sprachen überwiegend deutsch, meine Eltern hingegen fast ausschließlich türkisch – da die Eltern die deutsche Sprache bis heute nur bruchstückhaft beherrschen.

Mit dem 4. Lebensjahr kam ich in den Kindergarten, wo ich meine bis dahin bestehende Sprachlosigkeit (türkisch und deutsch) zu überwinden lernte.

Ich ging anschließend zur Vincke-Grundschule, wo meinen Eltern am Ende des 4. Schuljahres – wie allen türkschstämmigen Mitschülern - mein Wechsel zur Hauptschule empfohlen wurde.

Meine zehn Jahre ältere Schwester Mehtap, die an dem Empfehlungsgespräch teilnahm, und übrigens nach Hauptschul-, anschließendem gymnasialem Oberstufenbesuch und BWL-Studium

mir meinen Weg vorzeichnet, hat meinen Eltern abgeraten und durchgesetzt, gegen den Willen der Schuldirektorin, dass ich an der Käthe-Kollwitz- Gesamtschule angemeldet wurde. Schon früh habe ich gemerkt, dass ich in einer Gesellschaft lebe, wo viel verlangt wird, aber man nicht allzu viel Unterstützung erwarten darf. Wie frustrierend, wenn man als Kind von Migranten versucht, von einer Gesellschaft akzeptiert zu werden.

Nach der 10. Klasse habe ich die Schule mit dem Hauptschulabschluss verlassen.

Ich besuchte im Anschluss das Lippe – Berufskolleg in Lünen und machte dort meine Fachoberschulreife mit Qualifizierung.

In dieser Zeit habe ich das Boxen gelernt, um für mich selbstverantwortlich zu kämpfen, einzustecken und auszuteilen. Durch diese Sportart habe ich Disziplin, Selbstkontrolle, Zielstrebigkeit, Kampfgeist und Selbstbewusstsein entwickelt und gelernt. Das Boxen mit seiner gelebten Integration in unterschiedlichsten Gruppen und Voraussetzungen hat mir den Weg gezeigt.

„Wer will, der kann“, das ist mein Motto.

Nach dem Berufskolleg ging ich zurück zu meiner alten Gesamtschule, mit dem Ziel, das Abitur nachzuholen.

Im Unterbewusstsein hatte ich wohl noch eine Rechnung mit der alten Schule offen:

Die dort verbrachte Schulzeit war gekennzeichnet von mannigfachen Problemen und Missverständnissen. Ich litt unter ADHS, was mit mehrmaligem Aufenthalt in der Kinderklinik Datteln und langen Fehlzeiten in der Schule verbunden war. So fand ich nicht

bei allen Lehrern das nötige Verständnis für meine Situation. Im Nachhinein kann ich meine Misserfolge auch als Motivation sehen, wobei mich aber vor allem meine alte Klassenlehrerin, Frau Birgitta Schröder, mit ihrem unerschütterlichen Glauben an mich anspornte, einen neuen Anlauf in der gymnasialen Oberstufe in Angriff zu nehmen.

Integration und Integrationswilligkeit

Während des Praktikums in der 12. Klasse in der Migrant*innenorganisation „Multikulturelles Forum e.V.“¹, habe ich mich mit den Bereichen Politikwissenschaft und Integration/ Flüchtlingsarbeit beschäftigt.

Schon früh wurden meine Interessen in den Bereichen Politikwissenschaft und Integration/ Flüchtlingsarbeit geweckt.

Meine Interessengebiete Politikwissenschaft und Integration/ Flüchtlingsarbeit verfolgte ich nach dem Praktikum auch weiterhin.

In meinem Studium mit dem Schwerpunkt Europa- Studien belegte ich Vorlesungen/ Seminare wie „Integrationsweisen von europäischen Gesellschaften“ oder „Europäisierung der Asylpolitik“.

Ich bin im 3. Semester und meine Interessengebiete liegen mittlerweile in den Politikwissenschaften und Integrationspolitik in der Türkei sowie anderen Einwanderungsländern.

Solche Vorlesungen/ Seminare haben mich die Problematik der Integration mit wissenschaftlicher Herangehensweise betrachten lassen.

Ich habe nicht nur die wissenschaftliche Ebene der Integration/ Migration kennen gelernt, sondern bin explizit im Migrations- und Integrationsprozess in Deutschland involviert.

Mein Vater Zeynel, der „Patriarch“ der Familie Yağmur, ist 75 Jahre alt und aufgrund seiner Parkinson Krankheit schon früh in Rente gegangen. Er kommt wie viele andere frühere Gastarbeiter aus der alten türkischen Schule, wo Dickköpfigkeit mit Ehre, Stolz, alten Werten und Traditionen verbunden ist. Jeden Tag kämpft mein Vater nicht nur um die Kontrolle über seinen Körper, sondern versucht die alten Werte und Traditionsvorstellungen seiner Zeit und seines Herkunftslandes mit den modernen Gegebenheiten und Wertvorstellungen seines Gastlandes und seiner Familie in Einklang zu bringen. So läuft auch sein Leben. Er bildet sich immer weiter. Durch viele Bücher befriedigt er seinen

Bedürfnis nach Information.

Meine Mutter Fatma Yağmur ist mit meinem Vater zusammen eine der Personen, die mich immer unterstützt und beeinflusst haben. Meine Mutter hat sich über 15 Jahre sozial engagiert. Unter anderem leitete sie die Gahmener Frauengruppe und organisierte unter anderem Fahrten zum Beispiel nach Brüssel zum EU-Parlament oder zum Düsseldorfer Landtag. Ihre Gruppe bestand aus Türken, Kurden, Aleviten und Sunniten. Im Großen und Ganzen schaffte es meine Mutter, solch eine politisch und kulturell heterogene Gruppe auf einen Nenner zu bringen.

Dabei hatte sie nur ein Ziel im Auge: Ihren Landsleuten, die Gesellschaft in der sie nun leben, näher zu bringen. Das sehe ich als gelebtes Integrationsbemühen.

Für mich, als in Deutschland geborener Sohn einer Gastarbeiterfamilie, der sich mittlerweile in Deutschland sozialisiert hat, sind Themen wie Integration, Pluralismus, Identität und Segregation von außerordentlichem Interesse. Daher bin ich besonders sensibilisiert für die Thematik der Integration und Identität in modernen Gesellschaften.

¹ Das Multikulturelle Forum e.V. ist eine Migrant*innenorganisation, die den Schwerpunkt hat, sich im Bereich Migration und Integration professionell für die Belange der Migrant*innen einzusetzen.

Aufgrund meiner Position als Kind von Migranten befand ich mich immer in einer ambivalenten Situation. Erklärbar ist dies aufgrund der Anforderungen bzw. Ansprüche, die an mich einerseits als Migrantenkind und andererseits als Individuum des Aufnahmelandes gestellt wurden.

Diese Ambivalenz führte für mich, wie auch für viele andere Migranten letztendlich zu Identitätskonflikten.

Integration ist ein beidseitiger Prozess und ich bin wie viele Andere auch Teil der Integration. Ich bin sowohl Teil der deutschen Gesellschaft, wie aber auch der türkischen Gesellschaft. Ich bin, wie viele andere auch, zwischen zwei Kulturen/ Gesellschaften aufgewachsen. Für die Deutschen bin ich der „Türke“ und für die -in der Türkei lebenden- Türken bin ich der „*Alamancı*“ (dt. Deutschländer) oder „*Avrupa çocuğu*“ (dt. Europa-Kinder), der über alles erdenklich Materielle auf der Welt verfügt.

Dieses Denken rührt noch aus der Zeit des Gastarbeiterbooms in den 60er und den 70er Jahren, als die damals noch vornehmlich männlichen Gastarbeiter ihren Lohn zu den Familien in die Türkei schickten oder die in Deutschland lebenden Gastarbeiterfamilien ihren Jahresurlaub in der Türkei verbrachten und ihren vermeintlichen Wohlstand dort demonstrierten, um von eigentlichen Problemen wie Heimatsverlust, Entwurzelung und Verfremdung abzulenken. Viele Gastarbeiter haben ihren ganzen gesparten Lohn als „ein-Monats-Lohn“ den Heimattürken dargestellt und ausgegeben. Und so glaubte man in der Türkei, dass die „*Alamancı*“ (dt. Deutschländer) in Deutschland in Saus und Braus leben würden, und das Geld aus den Fenstern nur noch geworfen wurde. Diese Sichtweise gilt heute noch. Von Integration und Integrationswillen kann hier noch nicht die Rede sein.

Das von mir im Mai 2010 besuchte internationale Seminar „Istanbul Seminars“ mit dem Motto: „*Realigning liberalism: Pluralism, Integration, Identities*“ in Istanbul, bot mir die Möglichkeit, mich akademisch und beruflich – gemäß meinen Interessensgebieten – weiterzuentwickeln, und gab mir dabei die Gelegenheit, fundiertes Wissen in der Migrationspolitik/ Integrationspolitik und über Öffentlichkeitsarbeit zu erwerben. Dieses erworbene Wissen will ich in den nächsten Jahren dazu nutzen, mehr Jugendliche dazu zu motivieren, sich für ihre Interessen in der Politik und Integration einzusetzen.

:

Die Republik Türkei: „Minderheitenpolitik“ am Beispiel der Kurden Ümithan Yağmur

In der Diskussion über die Reformen der AKP-Regierung im Bezug auf die EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei, hört man immer wieder die Meinung, dass es zu einer „Demokratisierung“ und damit mehr Freiheit für die innerhalb der Türkei lebenden Minderheiten gekommen sei.

Auf der anderen Seite gibt es kritische Stimmen (vor allem in der parlamentarischen- und außerparlamentarischen Opposition), die drauf hinweisen, dass die Art der „Demokratisierung“ der Kurdischen Minderheiten unzureichend sei und eher zu einer Assimilierung führe.

Seit es Auseinandersetzungen der kurdischen Minderheiten mit der türkischen Regierung gibt, steht auch wieder das Problem im Raum, wie sich die Kurdenproblematik infolge der „Demokratisierung“ durch die AKP-Regierung entwickeln wird.

Bei dieser Problematik müssen wir zu aller Erst den historischen Hintergrund klären.

Der Lausanner- Vertrag und Minderheiten:

Der Vertrag von Lausanne ist ein völkerrechtlich anerkannter Vertrag, der am 24. Juli 1923 in der Schweiz zwischen der [Türkei](#) sowie [Großbritannien](#), [Frankreich](#), [Italien](#), [Japan](#), [Griechenland](#), [Rumänien](#) und dem [Serbisch-Kroatisch-Slowenischen Staat](#) ratifiziert wurde. Dieser Friedensvertrag enthält den Friedensschluss und die neue Ordnung der oben genannten Länder nach dem 1. Weltkrieg. Der Friedensvertrag von Lausanne hat den Friedensvertrag von Sèvres revidiert.

Nach dem Vertrag von Lausanne werden nur „nicht-muslimische Minderheiten“ wie Armenier, Griechen und Juden als Minderheiten definiert.

Diese „nicht-muslimische Minderheiten“ genießen vor allem wegen der Artikel 37 bis 45 des Friedensvertrags von Lausanne Garantien, und werden als Minderheiten anerkannt.

Kurden sind nach dem Verständnis der Republik Türkei als muslimisch und somit nicht als Minderheit zu definieren.

Das türkische Parlament hat im Juni 2003 die zwei UN-Menschenrechtspakte, des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte sowie des internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verabschiedet.

Kurden gleich Minderheiten?

Da sich die Türkei bei ihrer Minderheitendefinition auf die Verträge von Lausanne beruft, in denen die Religionsangehörigkeit das entscheidende Definitonskriterium ist, können Kurden und Kurdinnen (da sie dort keine anerkannten Minderheiten sind), die in den beiden UN-Menschenrechtspakten vorgesehenen politischen und kulturellen Rechte nicht genießen. Als Minderheiten werden in der Türkei entsprechend nur Gruppen anerkannt, die nicht-muslimischen Glaubens sind.

Diesen Status haben Griechen, Armenier und Juden.

Alle in der Türkei lebenden Muslime, in diesem Fall auch Kurden, werden im Unterschied dazu als Mehrheit betrachtet.

Türkischer Nationalismus und Laizismus in Bezug auf Minderheiten

Mustafa Kemal Atatürk wollte nach der Gründung der Türkischen Republik, 1923, einen modernen Staat nach westlichem Vorbild schaffen.

Dazu berief sich Atatürk auf sechs Prinzipien, die dazu dienten, sich von der osmanischen Vergangenheit zu lösen und eine Grundlage für einen neuen Staat zu bilden.

Die Sechs Prinzipien:

- Nationalismus
- Populismus
- Republikanismus
- Laizismus
- Etatismus
- Revolutionismus

Besonders auswirkend auf die Minderheitenpolitik sind die beiden Prinzipien des türkischen Nationalismus und des Laizismus.

Der türkische Nationalismus besteht aus einer äußeren und einer inneren Komponente. Nach Außen steht er für Souveränität, Unabhängigkeit und Unteilbarkeit der Türkei, nach Innen für die nationale Einheit des türkischen Volkes.

Aus einem alten Osmanischen Reich mit verschiedenen Nationalitäten, Ethnien und Religionsgemeinschaften entstand ein moderner türkischer Nationalstaat europäischer Prägung.

Trotz der heterogenen Zusammensetzung der Bevölkerung war das Ziel: die Unteilbarkeit der türkischen Nation.

Es wurde eine „von oben“, insbesondere von den neuen Eliten der Türkei, oktroyierte Ideologie geschaffen.

Der Laizismus definiert sich als Trennung von religiösen und weltlichen Belangen des Staates.

Bis 1982 (bis zum Militärputsch) kontrollierte der türkische Staat den mit Religionsfreiheit ausgestatteten Islam.

Sie ist neben dem Nationalismus das wichtigste Prinzip der kemalistischen Staatsdoktrin.

Der Laizismus und der türkische Nationalismus stehen in engem Zusammenhang.

Vor allem diese beiden Prinzipien sollten der Umformung vom Osmanischen Reich zum modernen Nationalstaat westeuropäischer Prägung dienen.

Ab 1982 (nach der oktroyierten Verfassung der Militärjunta) wurden religiöse Fragen oder Probleme im Sinne des laizistischen Prinzips institutionell dem Präsidium für religiöse Angelegenheiten (*Diyanet İşleri*) unterstellt.

Diese selbst kreierte sunnitische Staatsreligion wird vom türkischen Staat gelenkt, verwaltet und gefördert.

Das Problem hierbei ist, dass die „Laizistische“ Türkei nicht mehr in Religionsfragen neutral ist, sondern zu Gunsten der sunnitisch-muslimischen Religion Partei ergriffen hat und wenig Raum für andere muslimische Minderheiten lässt. Betroffen ist zum Beispiel die muslimische Minderheit der Aleviten, die von der sunnitisch-hanafitischen Interpretation des Islam abweicht.

Die Aleviten werden bewusst vom Staat nicht als religiöse Minderheit wahrgenommen und anerkannt.

Die beiden Prinzipien Nationalismus und Laizismus halten die nationale Einheit und somit auch die Ideologie des heterogenen türkischen Volkes zusammen.

Die Einheit der türkischen Nation und des Volkes umschließt nur die anerkannten Muslime und die assimilierungswilligen ethnischen und sprachlichen Gruppen in der Türkei.

Alle anderen Gruppen, wie zum Beispiel die Aleviten, Kurden, Armenier, Juden und Griechen werden von der türkischen Gemeinschaft ausgeschlossen.

Alle Minderheiten, die sich zu dieser Zivilreligion bekennen, können in die Mitgliedschaft der türkischen Gemeinschaft aufgenommen werden, wobei Minderheitenrechte nicht konträr dem Konzept der „Gleichbehandlung“ bzw. „Gleichmachung“ sein dürfen.

EU-Beitritt der Türkei als historische Chance für die Menschenrechte

Es besteht zwischen der Türkei und der Europäischen Gemeinschaft (EG) seit 1963 ein Assoziationsabkommen und somit auch eine Bewerbung als Mitglied in die Europäische Gemeinschaft (auch der späteren Europäischen Union). Die Europäische Gemeinschaft nutzt nicht die vielen Chancen beim Integrationsbemühen der Türkei in die EU, den Schutz der Menschenrechte zu gewährleisten.

Die Kommission hat 1989 den türkischen Antrag auf Vollmitgliedschaft abgelehnt, wobei in der Begründung die Menschenrechte nur eine untergeordnete Rolle spielten.

Die Hauptbegründung lag überwiegend in ökonomischen und sozialen Problemen.

Auch nach Abschluss der Zollunion 1995 wurde die Chance vertan, sich für eine effektive Verbesserung der Menschenrechte einzusetzen, obwohl Menschenrechtsschutz als eine Vorbedingung zum Beitritt der EU erklärt wurde.

Mit dieser Zustimmungsbegründung hat die heutige EU, in Bezug auf ihre Menschenrechtspolitik, an Glaubwürdigkeit verloren.

Reformen der AKP- Regierung („Demokratie-Öffnung“)

Der Ausnahmezustand in den traditionellen kurdischen Siedlungsgebieten im Osten der Türkei wurde 2002 durch die AKP-Regierung (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) aufgehoben.

Seit 1983 wurde die kurdische Sprache durch das Sprachenverbotsgesetz untersagt.

Erst 2001 wurde die kurdische Sprache durch eine Verfassungsänderung nicht nur im Privatbereich, sondern auch in der Öffentlichkeit zugelassen.

Ab 2002, als die AKP-Regierung an die Macht kam, wurden die von der Vorgängerregierung angefangenen Harmonisierungspakete für die Stärkung der Menschenrechte im Kontext zu der Kurdenproblematik weiter fortgeführt. Seit dem Jahreswechsel 2008/2009 wird vom Staatsfernsehen TRT aus, ganztätig auf Kurdisch gesendet. Darüber hinaus hat sich eine immer umfangreichere kurdische Infrastruktur mit kurdischen Institutionen, Organisationen, Publikationen und Musikproduktionen entwickelt.

Im Rahmen des EU-Harmonisierungspakets startete die AKP-Regierung 2009 einen Reformprozess unter dem Begriff „kurdische Öffnung“, die als Initiative zur Lösung der Kurdenfrage und der Verbesserung der kurdisch-türkischen Beziehungen dienen sollte. Die Nationalisten und Kemalisten der Türkei kritisieren das Reformpaket der AKP-Regierung, wobei sie der AKP-Regierung die Teilung der Türkei vorwerfen, und diese gesetzlichen Freiheiten zu separatistischen Zwecken benutzt werden könnten. Infolge dieser Kritik wurde der Name der „kurdischen Öffnung“ in „Demokratische Öffnung“ und anschließend „Nationales Einheitsprojekt“ umbenannt. Weiterhin ist das Recht auf Bildung in kurdischer Sprache nach Artikel 42 der Verfassung ausgeschlossen. Dort heißt es: „außer dem Türkischen darf keine Sprache in Erziehungs- und Unterrichtsanstalten den türkischen Staatsbürgern als Muttersprache gelehrt und unterrichtet werden.“

Eine Verordnung vom 20. September 2002 sollte private Kurdisch-Kurse ermöglichen, machte jedoch unter Vermeidung des Wortes „kurdisch“ durch komplizierte Bestimmungen die Eröffnung von Kurdisch-Kursen sehr schwierig. Sprachkurse in der Minderheitensprache sind zwar offiziell erlaubt, aber inoffiziell durch realitätsferne Anforderungen nicht realisierbar.

Desweiteren kommen noch bei den Sprachkursen viele Einschränkungen, wie zum Beispiel, dass keine Kinder bis zu 15 Jahren in Kurdisch unterrichtet werden dürfen, hinzu. Viele von Kurden gegründete und unterstützte Parteien wurden wegen ihrer Haltung und Aktivitäten zur Kurdenfrage mit Verweis auf die Artikel 68 und 69 der Verfassung verboten. Obwohl die Rolle des Militärs in der Politik durch andere Reformen der AKP-Regierung eingeschränkt wurde, verhindert dennoch der Kemalismus den Reformprozess der „demokratischen Öffnung“.

Assimilation oder Integration der Kurden?

Die Kurden mit 15 bis 25 Millionen bilden die größte Gruppe der Minderheiten, wobei ihre Existenz bis in die 90er Jahre geleugnet wurde. Hintergrund dieser Leugnung der Existenz der Kurden ist die türkische Modernisierungsideologie der Kemalisten. Es wurde nach dem Ersten Weltkrieg ein neuer „Nationalstaat“ angestrebt, wobei ein weiteres Auseinanderfallen des Staatsgebietes verhindert werden sollte.

Der Nationalismus sollte den Islam als die integrierte Ideologie ersetzen. Dadurch wurde die türkische Nation als Gesamtheit aller Staatsangehörigen, auch verschiedener Ethnien und Religionszugehörigkeiten, definiert.

Die Erwähnung von unterschiedlichen ethnischen Gruppen innerhalb der Republik Türkei wurde als Bedrohung der Einheit von Staatsgebiet und Staatsvolk verstanden und verfolgt. Diese Art der Definition führte zu einer gewaltsamen Politik der Assimilation.

Die Leugnung der Existenz des kurdischen Volkes, Verbot der kurdischen Sprache, die Rechtfertigung der Einschränkung politischer Partizipationsmöglichkeiten und der Verletzung von Menschenrechten waren besondere Präventionsmaßnahmen gegen die Kurden, um eine Teilung des Staates zu verhindern.

Die ethnische und religiöse Vielfalt von anderen Minderheiten, speziell Kurden, wurde innerhalb des Staates unterdrückt und nahezu ausgelöscht.

Fazit zur Türkei und dessen Integrations- /Assimilierungskonzept

Es besteht eine riesige Diskrepanz zwischen den Minderheitsrechten in der Theorie und in der Praxis.

Dies kann man auf die mangelnde Umsetzung der Reformen und dem Verharren auf alte Rechtslagen zurückführen.

Vor allem die alte Staatsdoktrin der türkischen Republik, nach deren Verständnis die Türkei ein unitärer Staat ist, welchem aus einem einheitlichen Staatsvolk und Staatsgebiet besteht, blockieren oder verhindern sogar die Reformen.

Besonders das europäische Minderheitenverständnis kann man nicht in das türkische Minderheitenverständnis übertragen, da sich die türkische Republik als ein untrennbares Volk mit einer einheitlichen Sprache, Kultur und Idealen definiert.

Trotz einiger Verbesserungen der Minderheitenrechte durch die EU-Harmonisierungsreformpakete, ist die Praxis im Gegensatz zur Theorie schwierig umsetzbar. Durch die oben genannten erörterten Ergebnisse bin ich zu der Überzeugung gelangt, dass die Minderheitenfrage gegenüber den Kurden nicht während der EU- Beitrittsverhandlungen zu lösen ist.

Die AKP- Reformen der Türkei erwecken den Anschein, dass die Kurden nicht assimiliert sondern integriert werden sollen.

Vielleicht bestehen im Reformpaket einige Ansätze der Integration der Kurden, aber die Fakten zeigen eine andere Realität:

Die Assimilierungspolitik wie der Nationalismus und der Laizismus sind tief im türkischen Staat verankert, womit sich die Kurdenfrage weit von einer Lösung entfernt hat.

Somit sind alte Staatsdoktrinen wie Nationalismus und Laizismus ein Hindernis für einen EU-Beitritt der Türkei.

Die EU hat bisher in den Beitrittsverhandlungen vermieden, die grundlegenden Probleme, wie zum Beispiel die Kurdenfrage, offen anzugehen.

Durch solche verpassten Chancen entstand beim Beitrittsprozess der Türkei viel Spielraum. Besonders, wenn auf türkischer, aber auch auf kurdischer Seite statt Bereitschaft eher Misstrauen zur „demokratischen Öffnung“ bestehen, gibt es keine Annäherung zur Lösung der Kurdenfrage.

Wie in Deutschland die Migranten, vor allem die Türken zur Lösung der Integrationsprobleme selbst beitragen sollten, müssten auch die Kurden in der Türkei in die Lösungsfindung stärker und freizügiger einbezogen werden.

Wenn die Türkei ohne Lösung der Kurdenfrage in die Europäische Union aufgenommen wird, dann entwickelt sich die Kurdenfrage zu einem EU-internen Problem.

Spätestens dann wird die EU - ohne Erfahrung und Vorbereitung auf die Kurdenfrage – sich der noch externen Kurdenproblematik stellen müssen.

Sarrazin sei Dank!

Dank der oftmals überspitzten Thesen und Äußerungen des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin ist in Deutschland endlich das Integrationsproblem in aller Munde. Es ist sicherlich richtig, dass die Integration in Deutschland nicht gegriffen hat, dass sowohl die staatlichen Stellen Deutschlands in ihren Bemühungen zögerlich und wenig fordernd waren, aber auch die größte Migrantengruppe der Türken in Deutschland – ob deutsche oder türkische Staatsbürger – oftmals nicht viel an Integrationsbereitschaft gezeigt haben oder zeigen. Ghettobildung, Subkulturen und Schattengesellschaften schaden sowohl türkischen Integrationswilligen, deren zweite Heimat Deutschland ist, wie auch Deutschen, die sich in manchen Stadtteilen unterwandert und als Fremde fühlen.

Fördern und Fordern sollte nicht nur in der Schule gelten, sondern auch in der Integrationsfrage.

Ob das Kopftuch dabei unbedingt Integrationsunwillen zeigt oder gar als Ausdruck von politischer und religiöser Unterwanderung gesehen werden soll, wage ich zu bezweifeln. Freiheit soll für alle gelten. Aber wenn ich mich in einem anderen Kulturkreis bewege (hier: christliches Abendland), dann muss ich auch dessen Werte respektieren, und kann nicht umstrittene fundamentalistische, auch in der Türkei fragwürdige, Sitten und Gebräuche wollen und rechtfertigen wie Zwangsheirat und Ehrenmord.

Wie ich als Schwarzafrikaner in Deutschland nicht in der Stammeseinheit der Massai leben kann,

wie ich als Deutscher in den Vereinigten Staaten von Amerika nicht meine bayrischen Gepflogenheiten ausleben kann und mich zuerst als Amerikaner zu sehen habe, und mich der amerikanischen Gesellschaft stellen muss,

wie ich als in der Türkei lebender Deutscher türkisch lernen muss, und mich den Sitten und Bräuchen des Landes anpassen muss ohne meine Identität aufgeben zu wollen, so muss jeder Türke in Deutschland unbedingt die deutsche Sprache erlernen, um sich in der deutschen Gesellschaft integrieren zu können und nicht von vornherein zur Schattengesellschaft verdammt, Fremder in einem ihm fremden Land zu sein!

Die Frage der Integration ist umso interessanter, als es nicht nur eine Frage ist, die Türken oder die Ausländer betrifft. In unserer modernen globalisierten Welt klafft nämlich die Schere nicht so sehr zwischen Deutschen und Ausländern auseinander, sondern zwischen Integrationswilligen und Randgruppen – egal welcher Herkunft – die partout den Demokratischen Staat nicht anerkennen wollen und eher bekämpfen, und sich jeder Bildung verweigern. So geht die Integration nicht nur Türken, russisch- stämmige und polnische Rückkehrer an, sondern ebenso deutsche Randgruppen wie Rechtsradikale und wirtschaftliche Außenseiter, die aufgegeben haben und Staat und Gesellschaft lediglich als Versorgungsapparat verstehen.

Vom Gen zum Genie

Zu Sarrazins These der biologischen und sozialen Vererbbarkeit der Intelligenz

Kyra Garnetzke

Genetische Vielfalt

Genetische Vielfalt innerhalb einer Art ist die Grundlage für unterschiedliche Möglichkeiten, sich wechselnden Bedingungen der Umwelt flexibel anpassen zu können. Es ist von Vorteil für eine Population, wenn sich einzelne Individuen durch unterschiedliche Merkmale, etwa Begabungen und Fähigkeiten spezialisieren und entsprechende Aufgaben übernehmen. Beim Menschen besonders auffallend ist das familiär gehäuft auftretende Phänomen von Spezialbegabungen (etwa Musiker, Mathematiker, Sportler). Aber auch verschieden veranlagte Temperamente können durch unterschiedliche Strategien vorteilhaft für eine soziale Gruppe sein, der Mutige erkundet die Gefahr (und kommt eventuell darin um), der Ängstliche bringt sich (und vielleicht andere) in Sicherheit, beide Formen können selektive Vorteile genießen und den Fortbestand der Population sichern. Die Grundlage für unterschiedliche Merkmalsausbildung liegt an Genen, ihrer Ausprägung und dem Zusammenwirken mit der Umwelt.

Lange Zeit war es wissenschaftlicher Konsens, dass sich der Mensch seit der Sesshaftwerdung genetisch nicht mehr wesentlich verändert hat. Neuere Untersuchungen am Genom (die Gesamtheit aller DNA, das Erbgut, oft nicht ganz korrekt als ‚die Gene‘ bezeichnet) verschiedener Bevölkerungsgruppen zeigen aber eine Zunahme der Veränderungsgeschwindigkeit. Es hat sich etwa bei Milchvieh haltenden menschlichen Populationen die Laktoseverträglichkeit in den letzten 10.000 Jahren mehrmals und unabhängig voneinander entwickelt.

So wie Individuen einer Art sich unterscheiden, gibt es auch Variationen bei verschiedenen Ethnien (Population von Menschen, die sich über längere Zeit durch z.B. gemeinsame Geschichte(n), Gebietszugehörigkeit, Kultur und Bräuche als solidarisch empfinden), um so mehr, je länger sie von anderen Populationen räumlich und/oder Kulturbedingt getrennt sind. Unterschiede können alle genetisch verankerten Merkmale betreffen: die Anatomie, das Immunsystem, Emotionalität, Intelligenz und die Kreativität, um nur einige zu nennen. Genetisch festgelegt wird nicht das konkrete Merkmal, sondern immer seine Disposition, das heißt, das Merkmal bewegt sich innerhalb einer Variationsbreite.

Im Fall einer monogenen Vererbung kann ein Merkmal durch ein einzelnes Gen verändert werden. Im Tierexperiment lassen sich etwa im Bereich des Lernverhaltens monogene Vererbungsgänge nachweisen. Ebenso gibt es Krankheiten, die durch nur ein verändertes Gen entstehen. Die meisten Merkmale sind aber polygen. An ihrer Ausbildung sind viele Gene beteiligt, die oft unabhängig voneinander und additiv wirken.

Die Entschlüsselung des Genoms zeigte für den Menschen eine viel kleinere Zahl von Genen, als man erwartete. Die Gextexte von Mensch und Menschenaffe gleichen sich zu über 98%. Von den restlichen 2% sind nur die wenigsten Gene direkte ‚Vorlagen‘ für ein Merkmal.

Die Wirkung der Gene wird durch ein System unterschiedlicher komplex ineinander greifender Regulationsprozesse potenziert, die die Genaktivität lenkt und steuert.

Einige Theorien zur Entwicklung von Lebewesen

Menschen haben sich dank ihres Bewusstseins für Zeit und Vergänglichkeit mit der Frage der Existenz der Welt und ihrer Geschöpfe beschäftigt. Sie adressierten ihre Suche an die Natur, etwa an Sonne, Wasser, Wind oder an Tiere, denen sie Macht zuschrieben, gespiegelt in Riten und Mythen. Personifiziert übernahmen Gottheiten den Platz von Naturgewalten. In (monotheistischen) Religionen wurde Gott die Erschaffung der Welt und ihrer Lebewesen in einem **schöpferischen Akt** zugeschrieben.

Spätestens seit dem 6. Jahrhundert vor Christus sind Ideen zur **Entwicklung** der Lebewesen durch eine gemeinsame Abstammung bekannt.

In seinem berühmten Werk ‚The origin of species‘ (Die Entstehung der Arten) entwickelt Charles **Darwin** im 19. Jahrhundert die durch viele wissenschaftliche Beobachtungen untermauerte Theorie der Abstammung (**Deszendenz**) aller Arten durch **graduelle Entwicklung und natürliche Selektion** (Auslese) und wird zum maßgeblichen Begründer der **Evolutionstheorie** (Gradualismus). Wenig bekannt bleibt sein Werk über angeborenen Gemütsausdruck bei Tieren (und Menschen) als Ausdruck einer gemeinsamen Wurzel, da es zu sehr dem damals in Mode gekommenen auf **Lamarcks** Thesen fußenden und von J. B. Watson geprägten **Behaviorismus** widerspricht. Hiernach sind (Verhaltens)-Unterschiede (beim Menschen) ausschließlich auf **Lernvorgänge** und damit auf das (soziale) Umfeld zurückzuführen.

Aus seinen **Kreuzungsversuchen** kann Gregor **Mendel** grundlegende und vorhersagbare Aussagen über die Vererbung verschiedener Merkmale an nachfolgende Generationen ableiten.

Erkenntnisse Darwins und Mendels werden in der Synthese mit weiteren etwa der Populationsgenetik, der Geologie und Paläontologie verbunden. Embryonale und entwicklungsbiologische Aspekte finden –im Gegensatz zur Auffassung Darwins - wenig Beachtung. Modulierende Auswirkungen der Umwelt auf die Erbanlagen werden weitgehend ausgeschlossen. Übereinstimmend wird in der **Synthetischen Evolutionstheorie** davon ausgegangen, dass die Gene den Phänotyp (Erscheinungsbild) bestimmen. Zufällige Variation (**Mutation**), **Rekombination** von Allelen (unterschiedlichen Zustandsformen der Gene) bei der Vererbung, **Selektion und Gendrift**, eine Verschiebung der Häufigkeitsverteilung der Erbanlagen etwa bei räumlicher oder sexueller Isolation einer Population, erklären die Entwicklung der komplexen Organismenvielfalt. Dieses statistisch deskriptive Erklärungsmuster bleibt bis in die späten 70iger Jahre des vorigen Jahrhunderts bestimmend, vielleicht gipfelnd in Dawkins Buch „Das egoistische Gen“, in dem er die Gene als Hauptakteure beschreibt, die sich über den ‚Umweg‘ des Phänotyps reproduzieren.

Zunehmend tritt die **Evolutionäre Entwicklungsbiologie**, Evo-devo (Evolutionary developmental biology) mit der Suche nach **kausal-mechanistischen** Zusammenhängen in das zentrale Interesse. Wie hat sich die embryonale Entwicklung mit den entsprechenden genetischen ‚Werkzeugen‘ im Laufe der Evolution verändert, und welche **Wechselwirkungen** bestehen zwischen Genom, **Phänotyp** und Umwelt bei der **(embryonalen) Ausprägung**?

Mit der Fähigkeit zur **Sequenzierung** / Entschlüsselung des (menschlichen) **Genoms** konnten sich die hohen Erwartungen nach der Devise: ‚Ein Gen, ein Protein‘ nur eingeschränkt erfüllen.

Immerhin konnte man bei etlichen monogenen Erkrankungen eindeutige Zusammenhänge erkennen. Sehr viel schwieriger ist es bei polygenen Assoziationen, die auf Grund statistischer Häufungen oft vorschnell mit bestimmten Eigenschaften in Verbindung gebracht werden.

Doch erweiterten die neuen Erkenntnisse in revolutionärer Weise den Blick auf die Steuerung molekularer Prozesse in der Zelle.

Die **Expression der Gene** ist durch **Umfeld und Lebensweise** zu beeinflussen. Gene geben in der Regel nicht konkrete einzelne Merkmale vor, sondern eine Reaktionsnorm für bestimmte Prozesse und Merkmale.

Mitte des letzten Jahrhunderts beschrieb Waddington lange vor der Forschung an Epigenomen (s.unten) in dem Bild der **epigenetischen Landschaft** die Entwicklung eines Lebewesens als die Talreise einer Murmel durch die zerklüftete abschüssige Gebirgswelt des Genoms. Die Täler sind die epigenetischen Programme. Umwelteinflüsse können den Kurs der Murmel beeinflussen. Je weiter oben ein Lebewesen ist, des do freier kann es über den Weg entscheiden; der Wechsel in ein anderes Tal wird zunehmend mühsamer, ist aber nicht aussichtslos.

Zellen, Gene, Proteine und Epigenome

Ein Mensch besitzt etwa 10^{14} , das sind 100 Billionen (oder eine 1 mit 14 Nullen!) **Zellen** mit etwa 220 verschiedenen Zelltypen. Allein im Gehirn sind 20 Milliarden Nervenzellen. Die durchschnittliche Größe einer Zelle liegt bei einem 40 Tausendstel Millimeter. Jede Zelle hat eine gewisse Eigenständigkeit, sie hat ihren eigenen Stoffwechsel, Mitochondrien, die der Energieversorgung dienen, kann Proteine herstellen und sich selbst verdoppeln.

(Mitochondrien sind Organellen mit cirkulärer DNA und eigener Proteinsynthes. Nach der Endosymbiontentheorie haben in der Evolution Vorläufer der Eukarioten (Zellen mit Zellkern: Einzeller, Zellen der Tiere, Pflanzen, Pilze) andere Einzeller als Symbionten aufgenommen und als Mitochondrien integriert).

Im membranumschlossenen Zellkern sitzen die **Chromosomen**, die **die Information für alle diese Prozesse** enthalten,. Sie bestehen aus zwei zu einer **Doppelhelix** verdrehten **DNA**-Riesenmolekülketten, die mit Proteinen (Eiweißen) zu Chromatin verpackt sind. Jeder DNA (Desoxyribonukleinsäure/acid) -Strang besteht aus einer langen Kette von Nukleotiden (Moleküle aus einem Zucker, einer Phosphorsäure und einer Base).

Die **vier** organischen **Basen** Adenin, Guanin, Thymin und Cytosin bilden die Querverbindungen zwischen den Ketten, indem sich immer Adenin mit Thymin und Guanin mit Cytosin verbindet. Die beiden DNA-Stränge sind dadurch komplementär zueinander.

Chromosomen werden nicht neu gebildet, sondern gehen durch **Teilungsvorgänge** und **Ergänzungssynthese** aus vorhandenen Chromosomen hervor. In einer Art Reißverschlussverfahren werden die Stränge partiell geöffnet und bauen die polaren Nukleotide wieder zu einem Gegenstrang zusammen. Die kopierten Chromosomen teilen sich in zwei identische Tochterzellen auf (Mitose). Nur Geschlechtszellen erhalten über mehrstufige Prozesse einen haploiden (halben) Chromosomensatz (Meiose), der sich bei der

Befruchtung in einer Mischung der elterlichen Chromosomen im wechselseitigen Austausch von Teilen der DNA-Stränge(Crossing-over) wieder vervollständigt.

Mutationen liegen häufig an einer Veränderung der Basensequenz. Um zu verhindern, dass es zu letalen Schäden kommt, gibt es unterschiedliche Reparaturmechanismen. (Man schätzt, dass in jeder Zelle 10^{4-6} Schäden pro Tag auftreten)! Es gibt Erkennungssysteme für Schäden. Enzyme können chemische Veränderungen an Basen zurückwandeln, geschädigte Basen entfernen und entsprechend des Gegenstrangs ergänzen. Bei größeren Schäden können ganze Teilstücke ausgeschnitten und anhand des homologen Chromosomenpaares wieder aufgebaut werden. Mutationen in den Geschlechtszellen bilden im positiven Fall den Ausgangspunkt für neue Eigenschaften und die Veränderung von Lebewesen im Rahmen der Evolution.

Der Mensch hat 46 Chromosomen, 22 in doppelter Ausführung, das 23. unterscheidet sich geschlechtsspezifisch (x und y). Das **Genom** (die Gesamtheit aller DNA) eines Menschen enthält über 3 Milliarden Basenpaare. Etwa 97% der DNA kodiert nicht für Proteine, es gibt Sequenzen mit regulatorischen Aufgaben, aber Herkunft und Funktion der meisten Bereiche sind nicht bekannt. Die Zahl der Protein kodierenden Gene liegt bei etwa 23.000. Innerhalb eines Gens wechseln Bereiche, Exons, die abgelesen werden mit Introns, die übersprungen werden. Durch alternatives Spleißen (unterbrochenes oder springendes Ablesen der Basenreihenfolge/splicing) können viele 100 000 Proteine gebildet werden. (Alternatives Spleißen wird als evolutiver Vorteil angesehen, da so ein neu zu bildendes Protein schon auf die ‚Erfahrung‘ bestehender Proteine zurückgreifen kann, indem es erprobte Sequenzen übernimmt).

Ein **Gen** ist ein Abschnitt auf dem Chromosom, der die **Grundinformation** zur Herstellung (**Transkription**) einer biologisch aktiven **RNA** (Ribonukleinsäure/acid) enthält. RNAs sind kurz, liegen meist als Einzelstrang vor und sind weniger stabil. RNA ist ähnlich aufgebaut wie DNA; anstelle der Base Thymin steht die energetisch ‚leichtere‘ Base Uracil als Komplementär zu Adenin. RNA bildet sich als Equivalent zur DNA. Die Reihenfolge der Basen entscheidet über die Information. Jeweils drei Basen (Triplet) eines Strangs bilden die Buchstaben für die Weitergabe des **Kodes** (Codon).

Die m-RNA (messenger /Bote) überbringt den Code von der DNA zu den Ribosomen (Ort der Proteinsynthese) außerhalb des Zellkerns, wo t-RNAs (Transport) die zum **Aufbau der Proteine** nötigen Aminosäuren bereitstellen (**Translation**, Übersetzung vom Code zum Protein).

Andere RNAs beteiligen sich am Aufbau der Ribosomen, sie katalysieren, aktivieren und hemmen, starten und beenden Kodierungsprozesse.

Die Vielfalt der Aufgaben und die Tatsache, dass Nukleinsäure bei Viren als Codons vorkommen, hat zu der Theorie geführt, RNAs seien evolutionär Vorläufer der Eukaryoten. Andere Theorien besagen, dass Viren aus Bakterien hervorgingen und im Laufe der Evolution durch parasitäres Verhalten Genmaterial verloren, oder –am wahrscheinlichsten, dass Viren sich aus DNA- oder RNA-Material von Wirtszellen zu einer gewissen Selbständigkeit hin entwickelten.

21 verschiedene Aminosäuren werden nach Vorgabe des Codes zu den Makromolekülen der **Proteine** (Peptidketten) zusammengebaut. Proteine bilden die Grundbausteine aller Zellen. Sie verleihen Zellen Struktur, sind Signalstoffe, Katalysatoren chemischer Prozesse, Enzyme (biologische Katalysatoren), sie sind die Maschinen des Stoffwechsels.

Bei der Transkription binden sich Signalproteine, die **Transkriptionsfaktoren**, an Kontrollregionen der DNA (Promotoren) und aktivieren oder blockieren gezielt ihre Expression. Zellen können so sehr schnell, kurzfristig und variabel auf Veränderungen innerhalb des Körpers oder auf äußere z.B. bedrohliche Situation reagieren.

Die **Epigenetik** beschäftigt sich mit molekularen Informationen, die Zellen speichern und an Tochterzellen weitergeben, die aber **nicht in der DNA** enthalten sind. So geben etwa Zellen eines Gewebetyps die Information weiter, welche Gene abgelesen werden müssen, um genau dieses Gewebe aufzubauen. Der genetische Code gibt vor, was eine Zelle kann, das **Epigenom** entscheidet, welche der Möglichkeiten realisiert werden. Epigenome geben der Zelle ein Gedächtnis, indem sie Genaktivitätsmuster einfrieren oder variieren. Ihre Informationen verankern sich in kürzeren Zeiträumen, sie können schneller und flexibel reagieren, sich aber auch über größere Zeiträume festlegen.

Somit stehen sie in der Kommunikation mit der Umwelt **zwischen** den **kurzlebigen Transkriptionsfaktoren** (im Sekunden- bis Stundenbereich) und der **langlebigen Speicherung in Genen**. Die Schalter der Epigenome können als eine Art Langzeitgedächtnis der Zellen gesehen werden. Sie überdauern Monate, Jahre, vielleicht (ein paar) Generationen. Sie **vermitteln zwischen Erbgut und Umwelt** und bewirken, dass ein Organismus sich längerfristig auf Umweltbedingungen einstellt. Sie haben oft einen vor allem in embryonaler und frühkindlicher Phase prägenden Einfluss. Bisher sind **drei Schaltersysteme** der Epigenome bekannt:

Bei der **DNA -Methylierung** binden bestimmte Enzyme (DNMTs) eine Methylgruppe (CH₃) an die Base Cytosin beider Chromosomenstränge, wodurch die betreffende DNA –Sequenz **blockiert** ist und nicht kodiert. Bei der Zellteilung erhalten beide Tochterzellen das methylierte Cytosin. In Körperzellen von Säugetieren sind das etwa 2/3 aller geeigneten Stellen, in der befruchteten Eizelle fast keine, da sie erst mit zunehmender Spezialisierung eingebaut werden.

Die **Histon - Code** – ‚**Wickeltechnik**‘ nimmt Einfluss auf die Art und Weise, wie Chromosomen um Histone (Proteine) im Zellkern zu **Chromatin** verpackt sind. Durch Methylierung bilden sich Andockstellen für kleine Proteine, die die Struktur der aufgewickelten DNA –Stränge partiell so ändern, lockern oder festigen, dass ein Ablesen möglich oder unmöglich wird.

RNA- Interferenz: Die Zelle erzeugt doppelsträngige Micro-RNA.

(Micro-RNAs gleichen Viren, die sich mit Hilfe der Zellmechanismen der infizierten Zellen reproduzieren wollen. Möglicherweise entstammt dieser Mechanismus evolutionär aus der Bekämpfung von Viren und wurde sekundär für die eigene Regulation eingesetzt).

Ein Enzym (Dicer) zerlegt die Micro-RNA in Bruchstücke, die von der Zelle recycelt werden. Einige Teilstücke werden jedoch durch Bindung an ein Protein (Risc) geschützt und suchen eine passende Boten – RNA, die sie nun ihrerseits zerlegen: Boten- und Micro-RNA schalten sich wie aufeinander treffende Wellen bei der Interferenz gegenseitig aus. Auf diese Weise kann die **Produktion** eines bestimmten Gens je nach Bedarf **gedrosselt** werden.

Mikro-RNAs spielen zudem bei verschiedenen Prozessen der Genregulation eine Rolle, indem sie Akteure an die richtige Stelle bringen.

Einige Entwicklungsmechanismen

Im Laufe der Evolution haben sich **stabile Kernprozesse**, wie die grundlegende Informationsverarbeitung von DNA und RNA, die Proteinsynthese oder bestimmte Arten von Kontrollgenen stabilisiert. Als solches gilt auch die in den 90iger Jahren entdeckte Homöobox, eine Sequenz von Genen, die für die Strukturbildung des Körperbaus bei unterschiedlichsten Tieren, etwa Insekten und Wirbeltieren (für die Ausbildung von Beinen) annähernd gleich, also evolutionär sehr alt ist

Diese Kernprozesse bilden die Voraussetzung dafür, dass Gene in verschiedensten Kombinationen eingepasst, initiiert, vervielfacht oder auch abgeschaltet werden können, und zwar in eigener Regie. Während der embryonalen Entwicklung können Variationen und Innovationen durch sich selbst regulierende Umbauten des Organismus gebildet werden. Damit keine zu großen unerwünschten evolutionären Variationen auftreten, geben Constraints (Begrenzungen) die Bandbreite der phänotypischen Entwicklung vor (**Phänotypische Plastizität**).

Zu Beginn der **embryonalen Entwicklung** bilden sich Regionen mit Zellen, die nur sehr wenige ihrer Gene und Signalproteine exprimieren. An unterschiedlichen Orten werden Aktionsräume (Kompartimente) als Gerüst für Anordnung und Bau komplexer anatomischer Strukturen gebildet. Jeder Tierstamm verfügt über typische **Kompartimentkarten**. Die organischen Veränderungen im Embryo können in ihrer komplexen Natur eine gestalterische Eigendynamik bei der Entstehung von Variation entwickeln.

Die phänotypische Entwicklung erlaubt ein **exploratives Verhalten** in Anpassung an den jeweiligen Lebensraum (z.B. Blutgefäße, Nervensystem). Schwach regulatorische Signalstoffe können an der Zieladresse einen Prozess initiieren oder ausschalten, ohne ihn in seiner Art zu beeinflussen (Wirkung vieler Stoffwechselprozesse).

Einzelne initiale Veränderungen während der Entwicklung können durch Selbstorganisation vollständig in den Organismus integriert werden und größere phänotypische Varianz hervorrufen. Besonders bei multifaktorieller Vererbung kann es sein, dass Merkmale erst nach Überschreitung einer bestimmten Grenze der genetischen Prädisposition zur Ausprägung kommen. Man spricht von **Schwellenwerteffekten**.

Ein Beispiel ist die Integration der veränderten Schnabelform von Darwinfinken in die Anatomie des Kopfes.

Die genetische Variabilität innerhalb einer Population ist sehr hoch, was dafür spricht, dass die meisten Unterschiede **adaptiv neutral** sind, (es sei denn, sie sind an ein besonders vorteilhaftes Gen gekoppelt). Sie bleiben ‚zufällig‘ erhalten, bieten aber bei Veränderungen einen größeren Entwicklungsspielraum (**Präadaptation**). *So haben sich etwa Federn schon bei Arten entwickelt, die selbst noch flugunfähig waren.*

Die eigene Existenz kann auf die Umwelt und damit rückwirkend auf sich selbst einen evolutionäreren Einfluss ausüben (**adaptive Nischenbildung**), von der atmosphärischen Veränderung durch die Sauerstoffproduktion von Algen bis zum Menschen, der seine Umwelt bis zu einem gewissen Grade zu (de-)formieren in der Lage ist.

Und wie geht es nun zum Genie?

Man nehme ein Genom aus dem mittleren bis gehobenen Bereich der Möglichkeiten mit einigen Ausschlägen nach oben (nicht zu vielen, das verwirrt!), zufriedene, besser noch weitgehend glückliche (Großeltern und) Eltern, die sich gesund und nicht zu reichlich

ernähren und für Geborgenheit, Streicheleinheiten und viel Lob sorgen. Die Schwangerschaft sollte ungestört verlaufen! Gestillt werden, selbst auch nicht zu viel essen, natürlich Gutes. Mama in Reichweite halten! Dazu vielleicht einige Geschwister, ein bisschen Großfamilie und auch ein paar Freunde zum Spielen. Viel spielen! Natur jede Menge und Kultur (für den Anfang) in Maßen, altersgemäßes Kopfjogging und ein bisschen Religion nicht vergessen. Das reicht für die ersten drei Jahre. Traumatische Erlebnisse auf jeden Fall meiden!

Wenn irgendetwas nicht geklappt hat oder die Zeit schon fortgeschritten ist: viel laufen, noch mal laufen, meditieren, ungewohnte Dinge tun. So werden die Epigenome gut gesteuert und die richtigen Gene angekurbelt.

Und das wichtigste: DRAN GLAUBEN!

Zurück zum Ernst (so unernst war das gar nicht!):

Was hat das alles mit Intelligenz zu tun?

1. Wissenschaftliche Theorien unterliegen Wandel: siehe verschiedene Vorstellungen zur Evolution.
2. Die aufgezeigten Mechanismen gelten allen unserer Zellen, auch den Gehirnzellen.
3. Man geht davon aus, dass Intelligenz in der Bevölkerung entsprechend der Gaußschen Normalverteilung vorliegt.
4. Es gibt eine gewisse Bandbreite, in der sich das Genom verschiedener Individuen einer Art (hier Mensch) unterscheidet, in der Substanz und in ihrer epigenetischen Ausstattung (Zugriffsmodifikation).

Intelligenz (meist etwas einseitig auf die kognitiven Fähigkeiten eines Menschen bezogen) hängt ab zum einen von diesen sehr komplexen Anlagen, dem Genom und dem Epigenom im Zusammenwirken mit der (vor allem embryonalen und frühkindlichen, aber auch lebenslangen) Entwicklung unter ebenfalls komplexen ‚äußeren‘ Bedingungen.

Lit.:

Aamodt, S., Wang, S.: Welcome to your brain, dtv 2010

Buselmaier, W., Tariverdian, G.: Humangenetik für Biologen, Springer 2006

Brockmann, J.(Hrsg): Welche Idee wird alles verändern? Fischer Verlag 2010

Franck, D.: Verhaltensbiologie, Georg Thieme Verlag 1997

Jannings, W., Knust, E.: Genetik, Georg Thieme Verlag 2004

Spork, P.: Der zweite Code, Rowohlt Verlag 2010

Die Sarrazin-Debatte – ein „Geschichtszeichen“?

Lazaros Miliopoulos

Im Verlaufe der Sarrazin-Debatte hat der Medienwissenschaftler und Philosoph Norbert Bolz von einer „Auslöserfunktion“ gesprochen und dies in Anlehnung an die Moralismuskritik des Berliner Philosophen Peter Furth⁶⁸ mit der Ansicht verbunden, der Wirbel um Sarrazins Buch

⁶⁸ Vgl. Peter Furth, Zum ideologischen Nachlass des Realsozialismus (1991), in: Ders., Troja hört nicht auf zu brennen. Aufsätze aus den Jahren 1981 bis 2008, 2008, S. 259-284; Ders., Heuchelei und moralische

sei ein „Geschichtszeichen“. Entscheidende Neuerung: Das Volk lasse sich von der „Parallelgesellschaft“ aus „politischer Elite und Medienlinken“ mit ihrer „Weichspül-Rhetorik“ jetzt ebenso wenig den Mund verbieten wie die Journalisten und Kulturschaffenden ihren von den – Zitat Bolz – „Jakobinern“, „Moralbonzen und Oberlehrern“ und „Steigbügelhaltern“ der „Weltmacht Habermas“ in den Feuilletons.⁶⁹ Das Ganze erinnert stark an Sloterdijks Worte gegen Habermas anno 1999, als Sloterdijk seine Elmauer Rede namens „Regeln für den Menschenpark“ verteidigte: Habermas, so Sloterdijk damals, habe seine ganze Macht dazu genutzt, „zwischen Hamburg und Jerusalem umher zu telefonieren“, um gegen ersteren eine Erregungskampagne loszutreten.⁷⁰ So führe die Kritische Theorie ihr „herrschaftsfreies“ Selbstverständnis ad absurdum und sei konsequentermaßen für tot zu erklären.⁷¹ Bolz weist in seinen Beiträgen indirekt noch viel deutlicher als Sloterdijk darauf hin, dass sich die Erregung der vorherrschenden Linken nicht nur spezifisch – etwa auf die Inhalte der Elmauer Rede (Kritik am Humanismus, materialistische Anschauung und These von der Notwendigkeit neuer anthropotechnischer Regulierungen) – beziehen lassen, sondern *generell* jegliche anti-egalitäre Denkansätze, wie er sie selbst etwa jüngst zum Wohlfahrtsstaat, zur Familien- und Geschlechterpolitik⁷² entwickelte, durch eine skandalisierende Rhetorik und einem ausgeprägten Meinungspaternalismus unzulässig tabuisiert würden. Die jetzige „Auslöserfunktion“ bezieht Nobert Bolz also weit über die Migrationspolitik hinaus auf die Meinungsfreiheit und Meinungskultur in Deutschland.

Die „auslösende Funktion“ könnte freilich das Potential besitzen, den politischen Konservatismus in Deutschland zu stärken. Zudem wäre aufgrund der in den Medien stark thematisierten⁷³ erbbiologischen Gedankengänge in Sarrazins Buch die Erwartung oder Befürchtung denkbar, dass das grundgesetzlich verankerte Menschenbild auf der Grundlage eines allgemeinen Menschenwürdegebotes in Frage gestellt werden könnte. Sarrazin wird in diesem Zusammenhang vereinzelt vorgeworfen, dass seine Thesen ganz explizit auf dem Ansatz des Rassismus beruhen. Doch kann davon ausgegangen werden, dass sich, wie etwa Hans-Ulrich Wehler zu Recht angemerkt hat, die intensive Massenresonanz des Buches eben nicht an erster Stelle der Faszination Sarrazins für Erbbiologie und Intelligenzforschung verdankt. Insofern ist in diesem Punkte weniger von einem „auslösenden Effekt“ auszugehen als in den anderen Fällen. Zudem bleibt bei Sarrazin offen, inwieweit seine Feststellung durchschnittlicher Intelligenzen der Bewohner verschiedener Länder genetisch zu interpretieren ist, eher werden diese Unterschiede kulturell erklärt. Zudem leitet Sarrazin keine Sollens- aus Seins-Aussagen ab. Und auch Sarrazin hält seine Erblichkeitsquotienten (50 bis 80 Prozent) letztlich für keine unveränderlichen Größen.⁷⁴

Im Einzelnen geht es aber bei der These der „Auslöserfunktion“ und des „Geschichtszeichens“ wie erwähnt nicht um die Thesen zur Intelligenzerblichkeit, sondern um Meinungsfreiheit, Konservatismus, Migrationspolitik. Die Frage, ob von einem „Geschichtszeichen“ wirklich die Rede sein kann, also von einer Weggabelung, an der die Politik und Kultur sich in Deutschland grundlegend zu wandeln beginnt, soll der vorliegende

Weltanschauung (1995), in: ebd., S. 347-388; Ders., Schuld und Zivilreligion in Deutschland (2004), in: ebd., S. 423-450.

⁶⁹ Vgl. Nobert Bolz, Götterdämmerung der Achtundsechziger, in: Hamburger Abendblatt, 15. Oktober 2010 (Online: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article1632008/Goetterdaemmerung-der-Achtundsechziger.html>)

⁷⁰ Vgl. Peter Sloterdijk, Die Kritische Theorie ist tot. Peter Sloterdijk schreibt an Assheuer und Habermas, Die Zeit, 9. September 1999, S. 35f.

⁷¹ Ebd.

⁷² Vgl. Norbert Bolz, Das konsumistische Manifest, 2002; Ders., Die Helden der Familie, 2006; Ders., Diskurs über die Ungleichheit – Ein Anti-Rousseau, 2010.

⁷³ Vgl. insbesondere Frank Schirrmacher, Sarrazins drittes Buch, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 1. September 2010, S. 1.

⁷⁴ Vgl. die sehr gute Zusammenfassung von Erich Weede, Demographie, Intelligenz und Zuwanderung, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 8. Oktober 2010, S. 12.

Essay in aller Unvollständigkeit und Unabgeschlossenheit der zur Debatte stehenden Entwicklungen – unter Rückgriff auf die m.E. Norbert Bolz vorausgehenden gesellschaftspolitischen Lageanalysen der Sozialphilosophen Panajotis Kondylis und Peter Furth – beleuchten.

Meinungsfreiheit

Die Sarrazin-Debatte erfülle, so die zentrale These von Norbert Bolz, die „Auslöserfunktion“ alleine aufgrund der bisher tabuisierten oder gar inkriminierten, jetzt umso deutlicheren Aussprache von Thesen, die auf einen signifikanten Zusammenhang zwischen tiefgreifenden Integrationsproblemen, demographischen Verwerfungen und Divergenzen zwischen muslimischen und nicht-muslimischen Kulturen oder auf eine verschwenderische Alimentierung integrationsunwilliger Teile muslimischer Migranten durch den deutschen Wohlfahrtsstaat hinweisen – völlig unabhängig von weiteren inhaltlichen Details des Buches, etwa den Ausführungen Sarrazins zur Intelligenz- und Genforschung. Dabei weitet Bolz seine Kritik aus, indem den „Medienlinken“ vorwirft, anti-egalitäre Denkansätze ganz allgemein zu tabuisieren. Der damit zum Ausdruck kommende Anti-Anti-Egalitarismus schließt dabei an einen sehr langen historischen Prozess an. An dessen Anfang, so könnte man sagen, steht die allmähliche Ablösung eines historischen Phänomens „bürgerlicher Denk- und Lebensformen“ durch eine „massendemokratische“ Dynamik, die der viel zu früh verstorbene politische Querdenker, Polemiker und Sozialontologe Panajotis Kondylis einst als Ablösung eines „hierarchisch-bürgerlichen Liberalismus“ bezeichnet hat.⁷⁵ Die Theorie von Kondylis lässt sich sehr gut mit dem Ansatz von Norbert Bolz verbinden, scheint indes ideenhistorisch und sozialontologisch einen „kompletteren“ Erklärungsansatz – auch für die konstatierten Tabuisierungen – zu liefern und soll daher kurz vorgestellt werden

Wohlfahrtsstaat, Liberalismus und die Linke nach 1989: Der Ansatz von Panajotis Kondylis

Die praktisch im 19. Jahrhundert entstehende Form des bürgerlichen Liberalismus, die von Leistungsethik, Wahlrechtsbeschränkungen, sozialen Distinktionen und der radikalen Ablehnung eines sozialstaatlichem Egalitarismus geprägt war, ging nach dem Aufkommen sozialdemokratischer, christsozialer und sozialliberaler Bewegungen im Zuge der größtenteils antikommunistisch motivierten Entdeckung des Arbeiters als Konsument seinem allmählichen Niedergang entgegen. Die nach 1989 einsetzende Globalisierung (universalistische Ausweitung und lebensweltliche Forcierung) dieses sozialen Paradigmenwechsels hatte auf der Seite der Linken eine Identifikation mit dem so verwandelten „Liberalismus“ zur Folge, der nunmehr identifiziert wurde mit einem „vernunftfremden“ Menschenrechtsuniversalismus und wohlfahrtsstaatlichen Grundverständnis. Schließlich sei die „klassenlose Gesellschaft“ im Kern erreicht worden, so Kondylis, wenn auch auf der Basis der Überwindung der Güterknappheit statt auf der Basis des Gemeineigentums⁷⁶, was als eine Art „Karikatur des Kommunismus“ angesehen werden könne, zumal der Kommunismus ohnehin „nur als Karikatur verwirklicht werden konnte“.⁷⁷ Ob dieser Entwicklung nun historisch eine schleichende Enteignung über Eingriffe eines steuernden Wohlfahrtsstaates ohne explizite Einwilligung der Eigentümer oder eine „gerechtere“ Interaktion zwischen Staat

⁷⁵ Vgl. Panajotis Kondylis, *Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Die liberale Moderne und die massendemokratische Postmoderne*, 1991, S. 169-188.

⁷⁶ Vgl. Panajotis Kondylis, *Utopie und geschichtliches Handeln*, in: Volker Beismann / Markus Josef Klein (Hrsg.), *Politische Lageanalyse. Festschrift für Hans-Joachim Arndt zum 70. Geburtstag am 15. Januar 1993*, S. 163-175, 174.

⁷⁷ Ebd.

und Eigentümer einerseits bzw. Eigentümer und Sozialtransferempfänger andererseits zugrundelag, ist für die Linke letztlich irrelevant. Seine wichtigste Legitimation bezieht der Wohlfahrtsstaat in diesem Kontext alleine aus der Tatsache, dass er zum Erreichen eines allgemeinen Wohlstandes oder Überflusses nennenswerte Umverteilungen vornehmen kann. Da dies aber voll und ganz von der Leistung der privaten Wirtschaft abhängig ist, gerät auch diese permanent unter dem Druck „materieller Auslegung des Gleichheitsprinzips“, so dass auch die Wirtschaft nunmehr eine „hochpolitische Angelegenheit“ geworden sei.⁷⁸

Die Linken hätten sich seit dem Untergang des Kommunismus also zum Gralshüter dieses Modells weiterentwickelt. Darin treffen sich die Ansätze von Kondylis, Bolz und auch Sloterdijk. Dabei festigte sich „die optische Täuschung, der Zusammenbruch des veralteten Kommunismus käme einem Sieg des immergrünen Liberalismus gleich“⁷⁹, zumal sich der Sieger immer zur Annahme berechtigt fühlt, sein Sieg sei das Zusammenfallen seines Selbstverständnisses mit dem Sinn der Geschichte⁸⁰, so zumindest Kondylis eher mit Furth. Die Kritik an der idealistischen Selbsttäuschung einer angeblich siegreichen Weltanschauung bedeutete indes keineswegs ein Eintreten für die unterlegene Seite oder für irgendeine Art des Ausgleichs.⁸¹ Der Athener-Heidelberger Sozialontologe stellte lediglich fest: „Die moderne Überzeugung, es sei weder gottgewollt noch natürlich, dass manche haben, während andere wenig oder nichts haben“, ohnehin schon als „eine der größten Umwälzungen im ‚Reich der Vorstellungen‘“ anzusehen, wird von der heutigen Linken nicht nur mit moralischer Inbrunst auf den ganzen Globus ausgedehnt⁸², sondern der utopische Gehalt dieser Maximalvorstellung durch die Ethisierung des Diskurses verdrängt.

...und deutscher Meinungspaternalismus: Von Kondylis zu Bolz und von Bolz zur Wirklichkeit

Die mit dem beschriebenen Verdrängungsmechanismus einhergehende Moralisierung der politischen Rede erhält nun in Deutschland jene in der Sarrazin-Debatte von Bolz am schärfsten gezeigte Verschärfung nach innen, indem sich eine antirechte Rhetorik *ganz allgemein* entwickelt, die sich zudem sehr oft den Befangenheiten deutscher Vergangenheit bedient. Im Falle bestimmter rechtsextremer Meinungsäußerungen (etwa zum Holocaust) setzt in Deutschland gar ein Gesinnungsstrafrecht ein, das in der Härte unter freien Ländern seinesgleichen sucht.⁸³ Die spezifisch deutschen Verschärfungen geschichtspolitischer Art hat insbesondere Furth, auf den sich Bolz bezieht, beschrieben: Dazu zählt neben einem fehlenden nationalen Empathievermögen⁸⁴ ein betonter Antifaschismus, der „die konstitutionelle Ähnlichkeit von Kommunismus und Faschismus in dem Punkt des Gemeinschaftsradikalismus“⁸⁵ verdeckt und „ubiquitäre Phänomene der Vergesellschaftung

⁷⁸ Vgl. Panajotis Kondylis, *Marxismus, Kommunismus und die Geschichte des 20. Jahrhunderts*, in: Helmut Fleischer (Hrsg.), *Der Marxismus in seinem Zeitalter*, 1994, S. 14-36, 21.

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 19.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 34f.

⁸¹ Peter Furth, *Aufklärer ohne Mission. Über die Position von Panajotis Kondylis*, in: Falk Horst (Hrsg.), *Panajotis Kondylis. Aufklärer ohne Mission*, 2007, S. 53-76, hier S. 74.

⁸² Vgl. Panajotis Kondylis, *Marxismus, Kommunismus und die Geschichte des 20. Jahrhunderts*, in: Helmut Fleischer (Hrsg.), *Der Marxismus in seinem Zeitalter*, S. 14-36, 20.

⁸³ Schwedische Journalisten weigerten sich aus diesem Grunde als Zeugen vor dem Amtsgericht Regensburg im Gerichtsverfahren gegen Bischof Richard Williamson vernommen zu werden (vgl. Jost Müller-Neuhof / Claudia Keller, 10000 Euro Strafe für Piusbruder Williamson, *Der Tagesspiegel*, 17. April 2010)

⁸⁴ „Wie sehr Antigone den Deutschen fehlt, wird offenbar, wenn antifaschistische Sittenrichter anordnen: ‚Keine Träne für Dresden!‘“ (Peter Furth, *Tiraden* (2002), in: Ders., *Troja hört nicht auf zu brennen. Aufsätze aus den Jahren 1981 bis 2008*, 2008, S. 409-422, 417); vgl. ferner Peter Furth, *Heuchelei und moralische Weltanschauung* (1995), in: ebd., S. 347-388, hier 380-388.

⁸⁵ Peter Furth, *Zum ideologischen Nachlass des Realsozialismus* (1991), in: Ders., *Troja hört nicht auf zu brennen. Aufsätze aus den Jahren 1981 bis 2008*, S. 259-284, 276.

[Skinheads, Fremdenfeindlichkeit, Nachfolgerassismus] so selbstgewiss in Erscheinungen des Faschismus⁸⁶ verwandelt ohne zu merken, wie sehr er damit den historischen Faschismus verharmlost⁸⁷, zumal im denkwürdigen Miteinander von „Spaßgesellschaft und Schuldgemeinschaft“.⁸⁸

Doch nicht nur die in jeder Hinsicht extremen Ausprägungen werden in Deutschland moralisch ausgeschlossen. Betroffen sind so ziemlich alle von den normativen Prämissen der kommunikativen Rationalität und geschichtspolitischen Positionen des „Planeten Habermas“ ernsthaft abweichenden Perspektiven. Die damit zum Ausdruck kommende Tabuisierung auch gemäßigt anti-egalitärer Denk- oder damit konvergierender praktischer Lösungsansätze vollzog sich vor allen Dingen im Modus eines über die Medien evozierten Sprech- und Denkanpassungsdrucks und hatte aufgrund der vom Wirtschaftswunder bis tief in die neunziger Jahre noch zehrenden materiellen Saturiertheit der Bundesrepublik mit wenig Widerstand zu rechnen. Der *auch* in der „zivilreligiös überhöhten bundesrepublikanischen Selbstbescheidung“ erkennbare Gesamtzusammenhang „Verdrängung des eigenen Utopismus durch Ethisierung“ verführte Kondylis einst gar zur polemischen Behauptung, dass man sich „in der Toskana oder im Elsass denn als Empfänger von Sozialhilfe“ in jener für bestimmte deutsche Funktionseliten typischen Art schuldig fühlen könne.⁸⁹

Was in Deutschland eingetreten ist, kann insofern auch „große Verweigerung“ einer in die Zukunft gerichteten Politik genannt werden. Stattdessen hielt man sich an das Verhältnis zur deutschen NS-Vergangenheit oder – profaner – an die Zeit des ehemaligen Weststaates: Ausgerechnet aus dem Milieu der (west)deutschen Linken wurde die Apologie der „Bonner Republik“ nach 1989 auf die Spitze getrieben, indem die harten historischen Bedingungen, welche gekennzeichnet waren durch permanente atomare Vernichtungsdrohung und die Unfreiheit im anderen Teil der Welt, oftmals ausgeblendet wurden. Bis heute läuft die Linke – immer noch auf diesen Pfaden wandelnd – Gefahr, die kommenden schweren Herausforderungen durch den sich immer deutlicher abzeichnenden demographischen Wandel, die damit einhergehenden kulturellen Umwälzungen im Inneren und den zunehmenden, weltweiten Wettbewerb der Völker und Regionen um Kapitalausstattung und Ressourcenverteilung im Äußeren zu verdrängen. Einzelne Politiker innerhalb der SPD wie etwa Klaus von Dohnanyi⁹⁰ haben jedoch genau diese Gefahr erkannt. Und damit zurück zu Sarrazin.

Sarrazin – Auslösender Effekt für Meinungsfreiheit in Deutschland?

Gerade SPD-Politiker wie von Dohnanyi plädieren nicht dafür, Thilo Sarrazin mit dessen unverblühten Blick für eines der angesprochenen Zukunftsprobleme aus der Partei auszuschließen. Ein Ausschluss würde eben die Aufrechterhaltung der Tabuzonen bedeuten, welche erst die breite Solidarisierung mit Sarrazin, etwa auch bei Intellektuellen wie Norbert Bolz, hervorgerufen hat. Sollte Sarrazin aus der SPD ausgeschlossen werden, hätte also die Debatte zumindest für das Meinungsklima in der SPD kaum einen „auslösenden Effekt“ gehabt. Gleiches gilt aber auch für die anderen Parteien, denn der innere Wert der

⁸⁶ Ebd., S. 279.

⁸⁷ Vgl. Peter Furth, Troja hört nicht auf zu brennen (1986), in: Ders. Troja hört nicht auf zu brennen. Aufsätze aus den Jahren 1981 bis 2008, 2008, S. 175-211, 210.

⁸⁸ Vgl. Peter Furth, Verweigerter Bürgerlichkeit. Motive, Mythen, Folgen der 68er Kulturrevolution (1998), in: Ders., Troja hört nicht auf zu brennen. Aufsätze aus den Jahren 1981 bis 2008, 2008, S. 389-408.

⁸⁹ Panajotis Kondylis, Der deutsche ‚Sonderweg‘ und die deutschen Perspektiven, in: Rainer Zitelmann / Karlheinz Weißmann / Michael Großheim (Hrsg.), Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, 1993, S. 21-38, hier 32.

⁹⁰ Vgl. „Warum Dohnanyi Sarrazin verteidigen will“, Interview mit der Berliner Morgenpost vom 6. September 2010.

Meinungsfreiheit wurde quer durch die gesamte politische Funktionseleite missachtet, erstens durch das praktische Berufsverbot für den Autor und zweitens durch die vorausgehende, oft von einem hohen moralischen Ross und allzu voreilig geäußerte, vernichtende Kritik des – zudem ungelesenen – Buches durch führende Politiker des Landes, einschließlich der Bundeskanzlerin und des Staatsoberhauptes. Meinungsfreiheit hat für viele Politiker in Deutschland anscheinend keinen größeren Wert. Auf diesen Umstand hat zuletzt sogar Hans-Ulrich Wehler in aller gebotenen Deutlichkeit hingewiesen.⁹¹ Doch wie verhält es sich mit den Medien?

Vieles spricht dafür, dass der Medien-Hype um Sarrazins Buch dem inzwischen bekannten Mechanismus folgen sollte, dass am Ende des Prozesses sich die (diesmal von BILD und „Spiegel“) gut orchestrierte Inszenierung eines verkaufsfördernden Eklats einträglich mit der schlussendlichen Verfemung des Provokateurs und Tabubrechers verbinden sollte. Die Berufspolitiker handelten wie zu erwarten war, und auch die Medienmaschinerie schlug rasch in die gewöhnliche Richtung um, Sarrazin als „Unberührbaren“ zu markieren (man erinnere sich an die Fälle Hohmann, Walser, Rohbohm, Herman u.a.).

„Effekte“ pro Meinungsfreiheit lösten in der Sarrazin-Debatte also keineswegs die Medien aus, sondern – in dieser Vehemenz wohl überraschend – das Volk: Erstmals schaltete sich dieses klar vernehmbar in die Debatte ein. Verkaufszahlen, Umfragen, Kommentarspalten und Diskussionsforen setzten in der Woche zwischen dem 30. August und 7. September 2010 den üblichen Mechanismus außer Kraft. In den Worten eines betroffenen Journalisten: „Wohl nie hat das Volk seine Medien dermaßen vor sich hergetrieben“ (Hajo Schumacher). Insofern muss hier – zumindest situationsbezogen – eine Zäsur im Prozess des üblichen Meinungspaternalismus konstatiert werden. Kurzfristig funktionierte diese Form der Bevormundung schlicht nicht mehr, scheint morsch geworden zu sein. Die 68er-„Wächtergeneration“ (Peter Furth) in den Akademien und Wissenschaftsbetrieben und die selbsternannten Erben Kurt Tucholskys in den Redaktionsstuben schienen ausgebremst. Ein Potential, das sie beängstigt – „Volk und Nation“ – meldete sich in ungewohnter Vehemenz zu Wort.

Ob diese Veränderung nun langfristige Folgen haben wird, wie sich das etwa Norbert Bolz erhofft, ist damit jedoch nicht gesagt. Erst wenn sich die von einzelnen Journalisten wie Berthold Kohler (FAZ), Volker Zastrow (FAS), Matthias Matussek (Der Spiegel) oder Roger Köppel (Weltwoche) vertretene Perspektive langfristig durchsetzen sollte, dass der in Deutschland nahezu uniforme, z.T. denunziatorische Ton eines gehässigen und selbstgerechten „Abstrafens“ von Meinungen im Modus der moralischen Empörung mit einer freien Presselandschaft nicht zu vereinbaren ist, könnte von einem „Geschichtszeichen“ die Rede sein. Die Melodie des Zensors indes, die den immer frecher und infamer auftretenden „Halts-Maul-Demonstranten“ vor Pressekonferenzen und Buchvorstellungen allzu häufig eine billige Legitimationsgrundlage verschafft, wird mit der Gabe des kultivierten Polemikers verwechselt. Es ist zu befürchten, dass die moralische Erregungsmaschine und „semantische Politik“, wie sie deutlicher als von Journalisten nur noch von Politikern bedient wird (wonach Meinungen gerne als „unsäglich“, „ungeheuerlich“, „menschenverachtend“, „schäbig“, „schockierend“ oder schlicht „irre“ verunglimpft werden), nur temporär ausgesetzt wurde. Sollte sie wieder anlaufen, bliebe eine Frage unbeantwortet: Aus welchen Gründen wird sich in den Medien eigentlich nie empört über das „fehlende Empathievermögen“ des hetzenden Pöbels auf der Straße, das sich regelmäßig so hübsche Plakate wie bei der Buchvorstellung Sarrazins ausdenkt: eine Montage des Bundesbankers „a la Peter Lorenz anno 1975“ im

⁹¹ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Ein Buch trifft ins Schwarze. Anstatt über Sarrazins Thesen zu diskutieren, erteilt die regierende Klasse dem Autor ein politisches Berufsverbot, in: Die Zeit, 7. Oktober 2010, S. 55. Vgl. ferner Jürg Dedial, Thilo Sarrazin und der Krieg der Korrekten, in: Neue Zürcher Zeitung Online, 1. September 2010.

„Volksgefängnis“ mit einer Aufschrift um den Hals des „Delinquenten“, Aussage: „Endlich mal das Richtige tun“. Ist das keine Empörung wert?

Konservativismus

Eine geradezu katalytische „Auslöserfunktion“ der Sarrazin-Debatte sei auch in Bezug auf das konservative Lager in Deutschland zu konstatieren: Der seit längerem im Untergrund schwelende Unmut innerhalb der Gruppierungen in der CDU, die sich gegen die Modernisierung und symbolisch deutliche Linksverschiebung der Partei unter Angela Merkel (Stichworte: Hohmann-Ausschluss, Papstkritik, Sarrazin-Zensur) zunehmend unwohl und heimatlos fühlen, hat deutlich und schlagartig zugenommen. War er bisher nur gelegentlich an die Oberfläche getreten, etwa mit dem sogenannten „Café-Einstein-Papier“ vom Spätsommer 2007⁹² oder dem FAS-Gastbeitrag von CDU-Landespolitikern am 10. Januar 2010⁹³, so kam es jetzt zu einem innerparteilichen Eklat, nachdem Erika Steinbach, letzte Repräsentantin eines herkömmlichen CDU-Nationalkonservativismus „alten Stils“, den CDU-Oberen und insbesondere der Bundeskanzlerin ein Fehlverhalten in der Sarrazin-Debatte vorgeworfen hat und den Rücktritt vom Vorstand der CDU ankündigte. Zudem deutet eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes EMNID darauf hin, dass in einem europäischen Umfeld, indem rechtspopulistische Parteien überall Erfolge feiern und mehrere konservative Regierungen – ob in Dänemark, Frankreich, Italien, der Schweiz, den Niederlanden oder in Großbritannien – sich auf eine restriktivere Zuwanderungs-, Einbürgerungs- und Islampolitik besinnen, eine neue Partei auf Anhieb 20 Prozent erreichen könnte.⁹⁴

Erneut Kondylis, wider ihn...

Über die Sinnhaftigkeit des Begriffes des „Konservativismus“ lässt sich trefflich streiten. „Hypothetisch und hegelianisierend“, wie er selbst zugab, meinte Kondylis, dass eine immer stärkere Unverbindlichkeit durch den bereits erwähnten Prozess der „Massendemokratisierung“ bis hin zur Sinnentleerung der herkömmlichen ideologischen Begriffe wie „Liberalismus“, „Sozialismus“ oder „Konservativismus“ führe. Die Zeit jener Begriffe sei wie die gesamte Denkart der europäischen Neuzeit einfach zu Ende, „so sehr sich auch unsere tiefverwurzelten Denkgewohnheiten gegen diese Feststellung sträuben mögen.“⁹⁵ Insbesondere das lange Leben des Konservatismusbegriffes, so Kondylis, sei „mehr der polemischen Wucht seiner triumphierenden Widersacher“ zu verdanken als ihm selbst. Begriffe wie „Konservativismus“ erinnerten demnach immer mehr bloß an die „Parteilichkeiten des 19. Jahrhunderts, in dem sich Adel, Bürgertum und Proletariat auf dem einzigen Schlachtfeld gegenüberstanden“⁹⁶ – erst recht seit 1989. Doch auch Kondylis beschreibt, wie die Kulturrevolution der sechziger Jahre in den westlichen Industriegesellschaften zu einer beispiellosen Zerrüttung einer ganzen Reihe verschiedener

⁹² Vgl. Stefan Mappus / Markus Söder / Philipp Mißfelder / Hendrik Wüst, „Warum die Union an ihre Wurzeln denken muss“. Positionspapier im Wortlaut, Die Welt, 6. September 2007 (http://www.welt.de/politik/article1163132/Warum_die_Union_an_ihre_Wurzeln_denken_muss.html).

⁹³ Vgl. Christean Wagner / Saskia Ludwig / Steffen Flath / Mike Mohring, Mehr Profil wagen!“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 10. Januar 2010, S. 9

⁹⁴ Vgl. „Umfrage sieht 18 Prozent für Sarrazin-Partei“, dpa-Ticker, 5. September 2010.

⁹⁵ Panajotis Kondylis, Universalismus, Relativismus und Toleranz in der westlichen Massendemokratie und in ihrem geistigen Leben, in: Dialektik. Enzyklopädische Zeitschrift für Philosophie und Wissenschaften, (1996) 3, S. 11-22, hier 15.

⁹⁶ Vgl. Panajotis Kondylis, Panajotis Kondylis, Planetarische Politik nach dem Kalten Krieg, 1992, S. 93f. Vgl. ferner Panajotis Kondylis, Konservativismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang, 1986.

Wertevorstellungen geführt hat, die er zwar als integralen Bestandteil eines „hierarchischen Liberalismus“ ansah, die aber mit guten Gründen als „konservativ“ bezeichnet werden können (sobald nämlich der Konservatismus alternativ zu Kondylis als interessentranszendierender und wandlungsfähiger Ideenkreis verstanden wird). Zu diesen Wertevorstellungen gehören vor allen Dingen Elitekonzeptionen, Geschlechter- und Verhaltensordnungen.

Und heute?

Die Überwindung der konservativen Ordnung der fünfziger und sechziger Jahre vollzog sich in Deutschland wegen der generationenspezifischen Schuldfrage unerbittlicher als in anderen Ländern. Interessant erscheint es nun, dass – wahrscheinlich im Umkehrschluss – aktive Gegenstrategien gegen die libertäre Agenda der Neuen Linken in Deutschland bisher nicht groß vernehmbar gewesen sind, während z.B. in den USA ein ziemlich breites Spektrum der Rechten in der sogenannten „Tea Party“-Bewegung teilweise sehr erfolgreich agiert oder in Europa rings um Deutschland rechtspopulistische, europakritisch-nationalkonservative, islamkritische und rechtsliberale Parteien und Bewegungen seit den achtziger Jahren kontinuierlich Erfolge verzeichnen und für Aufsehen sorgen. Obwohl die Parteien und Bewegungen zeigen, dass seit der Umwälzung der gesellschaftspolitischen Strukturen im Zuge der Studenten- und Bürgerrechtsbewegungen Bündnisse zwischen Konservativen und rechtsradikalen Kräften potentiell wieder wahrscheinlicher geworden sind⁹⁷, war und ist – mit Ausnahmen in Mittel- und Südosteuropa – auch unter Rechtspopulisten ein deutlich positives Bekenntnis zum Republikanismus zu vernehmen⁹⁸, am deutlichsten in den amerikanischen, skandinavischen und niederländischen Varianten, die teilweise an einem islamkritisch und innen- wie gesellschaftspolitisch weiterentwickelten amerikanischen „Neokonservatismus“ aus den Reihen der „Grand Old Party“ der Republikaner anknüpfen.⁹⁹

In Deutschland jedoch konnten weder Versuche eines neuen Rechtspopulismus noch welche eines antiwohlfahrtsstaatlichen Rechtsliberalismus¹⁰⁰, weder eines bürgerlichen Europaskeptizismus¹⁰¹ noch eines Christkonservatismus¹⁰², weder einer jungkonservativen „Neuen Rechten“¹⁰³ noch einer islamkritischen Bewegung¹⁰⁴ parteipolitisch reüssieren. Am

⁹⁷ Vgl. Michael Minkenberg, Die neue radikale Rechte im Vergleich. USA, Frankreich, Deutschland, 1998.

⁹⁸ Vgl. als tiefergehende, intellektuelle und kulturkritische Schlüsselquellen der „Gegenbewegung“ u.a. Christopher Lasch, Das Zeitalter des Narzissmus, 1982; Robert N. Bellah u.a., Gewohnheiten des Herzens. Individualismus und Gemeinsinn in der amerikanischen Gesellschaft, 1987; Allan Bloom, Der Niedergang des amerikanischen Geistes. Ein Plädoyer für die Erneuerung der westlichen Kultur, New York 1987.

⁹⁹ Vgl. einleitend zum amerikanischen Neokonservatismus: Stefan Fröhlich, Hegemonialer Internationalismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. April 2003, S. 8. Ulrich Menzel, Paradoxien der Neuen Weltordnung, 2004, 110-116.

¹⁰⁰ Vgl. etwa Peter Sloterdijk, Die Revolution der gebenden Hand, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. Juni 2009, S. 29.

¹⁰¹ Vgl. etwa Wilhelm Hankel / Wilhelm Nölling / Karl A. Schachtschneider / Joachim Starbatty (Hrsg.), Die Euro-Illusion, 2001.

¹⁰² Vgl. Wolfgang Ockenfels, Das hohe C: Wohin steuert die CDU? 2009; Martin Lohmann, Das Kreuz mit dem C. Wie christlich ist die Union? 2009; Michael Müller (Hrsg.), Die leise Diktatur. Das Schwinden der Freiheit, 2010.

¹⁰³ Vgl. Karlheinz Weißmann, Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung, 1993; Ders., Das konservative Minimum, 2007.

¹⁰⁴ Vgl. zur seriösen Islamkritik insbesondere die Schriften von Tilman Nagel, etwa: Islam oder Islamismus? Probleme einer Grenzziehung, in: Hans Zehetmair (Hrsg.), Der Islam. Im Spannungsfeld von Konflikt und Dialog, 2005, S. 19-36. Stärker politische oder polemische Ansätze finden sich insbesondere bei Jean-Claude Barreau, Die unerbittlichen Erlöser. Vom Kampf des Islam gegen die moderne Welt, 1992; vOriana Fallaci, Die Wut und der Stolz, 2001; Hans-Peter Raddatz, Von Allah zum Terror? Der Djjihad und die Deformierung des Westens, 2002; Bat Ye'or, Eurabia. The Euro-Arab Axis, 2005; Walter Laqueur, Die letzten Tage von Europa. Ein Kontinent verändert sein Gesicht, 2006; Henryk M. Broder, Hurra, wir kapitulieren! Von der Lust am

Ende dieser Entwicklung steht die Diagnose, dass ein im weitesten Sinne „konservatives“ Spektrum nicht nur in Form von einzelnen Intellektuellen, Publizisten und Wissenschaftlern¹⁰⁵, sondern in Gestalt eines langfristig tragfähigen und dichten Geflechts aus Stiftungen, Vereinigungen, Think-Tanks, breitenwirksamen Medien und profilierten Köpfen aus Politik und Parteien, das zudem mit erfolgsversprechendem, also kampagnenfähigem organisatorischen Unterbau ausgestattet ist, weder mit noch ohne Unterstützung der CDU oder CSU wirklich entstehen konnte. Entsprechende Versuche, konservative *pressure groups* zu bilden, waren in Deutschland regelmäßig schwach und weitgehend erfolglos, etwa die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ oder der Autorenverband „Stimme der Mehrheit“¹⁰⁶ des nordrhein-westfälischen Landesverbandes im „Bund der Selbständigen“. Führende Köpfe des „bürgerlichen Konservativismus“ wie Friedrich Merz konnten sich machtpolitisch nicht durchsetzen. Auch die Anfang der neunziger Jahre sich formierenden Kräfte aus dem rechten Flügel der damaligen FDP (Rainer Zitelmann, Heiner Kappel, Alexander von Stahl) und dem Kreis konservativer Intellektueller (Heimo Schwilk, Ulrich Schacht, Michael Wolfssohn, Klaus Rainer Röhl) blieben mit ihrem Versuch, eine von der CDU unabhängige „demokratische Rechte“ und neue konservative Intelligenz aus der Taufe zu heben – spätestens mit Scheitern des Projekts „Bund Freier Bürger“ um Manfred Brunner und Markus Roscher 1999 – erfolglos.¹⁰⁷ Die wichtigsten intellektuellen Vordenker zogen sich – mit Ausnahme Karlheinz Weißmanns, des umstrittensten Exponenten der Strömung – zurück.

Ob sich durch die Sarrazin-Debatte im Sinne der These von der „Auslöserfunktion“ auch an der Situation des paralysierten deutschen Konservativismus etwas ändern wird? Gruppierungen innerhalb der CDU, die sich gegen die fundamentale Liberalisierung der Partei unter dem Vorsitz Angela Merkels zur Wehr setzen und bereits vor der Sarrazin-Debatte neue Akzente zu setzen versuchten („Arbeitskreis Engagierter Katholiken“, Aktionsbündnis „Linkstrend stoppen“¹⁰⁸) sowie alternative Medien oder Netzwerke aus dem

Einknicken, 2006; Necla Kelek, Himmelsreise. Mein Streit mit den Wächtern des Islam, 2010. Klare politische Zuspitzungen betreibt zudem Udo Ulfkotte (Der Krieg in unseren Städten. Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern, 2003; SOS Abendland. Die schleichende Islamisierung Europas, 2008).

¹⁰⁵ Vgl. Paul Nolte, Riskante Moderne. Die Deutschen und der neue Kapitalismus, 2006, 211-306; Ders., Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, 2004, 199-246; Meinhard Miegel, Die deformierte Gesellschaft. Wie die Deutschen ihre Wirklichkeit verdrängen, 2002; Arnulf Baring, Scheitert Deutschland? Abschied von unseren Wunschwelten, 1997; Josef Isensee, Wirklichkeit als Tabu, 2003; Udo Di Fabio, Die Kultur der Freiheit, 2005; Paul Kirchhof: Das Gesetz der Hydra. Gebt den Bürgern ihren Staat zurück! 2006; Alexander Gauland, Anleitung zum Konservativsein. Zur Geschichte eines Wortes, 2002; Jan Fleischhauer, Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde, 2009.

¹⁰⁶ Vgl. Joachim Schäfer (Hrsg.): Kurswechsel. Stimme der Mehrheit, 1998; Ders. (Hrsg.), Keine Experimente. Europäische Fallstricke, 2000; Ders. (Hrsg.), Zukunftsmodell soziale Marktwirtschaft. Stimme der Mehrheit, 2001.

¹⁰⁷ Vgl. Heimo Schwilk / Ulrich Schacht (Hrsg.), Die selbstbewusste Nation. „Anschwellender Bocksgesang“ und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, 1994; Rainer Zitelmann, Wohin treibt unsere Republik? 2. Aufl., 2005; Heimo Schwilk / Ulrich Schacht, Für eine Berliner Republik. Streitschriften, Reden, Essays nach 1989, 1997; Heiner Kappel / Alexander von Stahl (Hrsg.), Für die Freiheit! Plädoyer für eine liberale Erneuerung, 1996; aus wissenschaftlicher Perspektive: Stefan Winckler, Die demokratische Rechte: Entstehung, Positionen und Wandlungen einer neuen konservativen Intelligenz, 2005; Steffen Kailitz, Die politische Deutungskultur im Spiegel des „Historikerstreits“. What's right? What's left?, 2001.

¹⁰⁸ Zu den Kernforderungen der Gruppierung „Linkstrend stoppen“ zählt eine radikale Entschuldungspolitik bei gleichzeitiger Abgabentlastung für die Mittelschicht (d.h. im Umkehrschluss ein konsequenter Rückbau der staatlichen Daseinsfürsorgesysteme), eine viel weitergehende Unterstützung von Familien mit Kindern als bisher, ein radikale Abkehr von allen staatlichen Maßnahmen zur Geschlechterumerziehung („Gender Mainstreaming“), die Ablehnung der Anerkennung von „Homosexuellen-Ehen“, der konsequente Rückbau des „Antidiskriminierungsgesetzes“ und eine damit einhergehende Revision europäischer Richtlinien, eine konsequente Abkehr vom Prinzip des Multikulturalismus in der Ausländer- und Integrationspolitik, eine rigide Strafrechtspolitik, eine konsequente Verteidigung des differenziert gegliederten Schulwesens in Deutschland, eine „würdige Erinnerung an die deutschen Opfer der Vertreibung“, ein konsequenter Lebensschutz, die

konservativen, libertären, islamkritischen oder rechtsnationalen Spektrum¹⁰⁹ bleiben bisher jedoch ebenso unbedeutend wie die Wahrscheinlichkeit gering ist, dass sich Thilo Sarrazin selbst oder andere in Frage kommenden, zugfähige Exponenten einer im weitesten Sinne konservativen oder islamkritischen Programmatik zur Bildung einer schlagkräftigen neuen Partei entscheiden sollten. Viele potentielle Aktivisten haben sich trotz prominent platzierter Artikel im FOCUS¹¹⁰ bereits ablehnend geäußert: Sarrazin dementierte wiederholt, Arnulf Baring wehrt sich vehement, Meinhard Miegel glaubt nicht daran, Friedrich Merz und Wolfgang Clement finden es nicht sinnvoll, Roland Koch macht sein Desinteresse deutlich; bleiben zwar immer noch einige Namen übrig, immer wieder Joachim Gauck, gelegentlich Hans-Olaf Henkel, vereinzelt auch einige weitere, denen aber doch etwas Virtuelles anhaftet, ob sie nun Udo di Fabio, Paul Kirchhof, Hans Herbert von Arnim, Norbert Bolz, Peter Sloterdijk oder gar Eva Herman heißen. Und die bundesdeutschen Parteienforscher – ob Jürgen Falter, Frank Decker, Heinrich Oberreuther, Frank Bösch, Frank Brettschneider, Karl-Rudolf Korte, Ulrich Alemann, Werner Patzelt und viele Professoren und Assistenten mehr – taxieren die Chancen einer neuen Partei überdies so ziemlich einhellig auf null; zumindest für den Fall, dass eine solche Partei nicht als Abspaltung aus bestehenden Strukturen mit namhaften und gewieften Politikern an der Spitze würde starten können – so dass rechtsextreme Unterwanderungen verhindert werden können. Doch immerhin: Nachdem Michael Wolfssohn bereits im August 2010 neben dem Untergang der FDP die Spaltung der Union in Freisinnige und Altkonservativ-Wirtschaftsliberale vorausgesagt hatte¹¹¹, ist das Thema von etablierten Medien so deutlich wie lange nicht mehr „in die Welt gesetzt“ worden und sogar konservative Unionspolitiker wie Erika Steinbach oder Norbert Geis wollen nichts mehr ausschließen. Insofern hat die Sarrazin-Debatte durchaus eine „auslösende Funktion“ gehabt.

Denkbarer jedoch als dass eine neue erfolgreiche rechtspopulistische oder konservative Partei durch das Zutun der erwähnten Akteure zustande kommt, erscheint zum gegenwärtigen Zeitpunkt eher das – an sich ebenfalls unwahrscheinliche – Szenario, dass eine neue Partei, die eng mit Geert Wilders aus den benachbarten Niederlanden zusammenarbeitet, etwas erreichen könnte: So versucht es zumindest der im August 2010 aus der CDU-Fraktion ausgeschlossene Berliner Abgeordnete René Stadtkewitz, einer der Erstunterzeichner der Aktion „Linkstrend stoppen“, der nach niederländischem Vorbild und wohl auch in Abstimmung mit Wilders jüngst die Partei „Die Freiheit“ gegründet hat. Indes darf nicht übersehen werden, dass eine solche Partei perspektivisch nicht nur den Angriffen der etablierten Parteien ausgesetzt sein wird, sondern auch in unmittelbarer Konkurrenz steht zu einer ganzen Reihe von kleineren, regional erfolgreichen Rechtsparteien wie z.B. der Partei „Bürger in Wut“ unter der Führung Jan Timkes (ehemals Schill-Partei) in Bremen oder der in Köln hervorgegangenen, sogenannten „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ unter der Führung von Manfred Rouhs (ehemals NPD), die inzwischen bundesweit eng mit den zur Kleinpartei abgesunkenen „Republikanern“ unter der Führung von Rolf Schlierer zusammenarbeitet.

Alleine schon wegen dieser parteipolitischen Zersplitterung des ohnehin schwachen „rechten Lagers“ ist wohl gar nicht der Erfolg einer irgendwie neugegründeten Partei, sondern immer noch das Szenario einer sich wieder stärker nach rechts orientierenden CDU, CSU oder FDP wahrscheinlicher. Ein solcher Rechtsschwenk ist gleichsam als Notlösung denkbar, um ein Auseinanderbrechen des „bürgerlichen Lagers“ zu vermeiden. Allerdings könnte es

Verteidigung des „christlichen Erbes“ Deutschlands und gegen jegliche Islamisierungsversuche und eine klare Absage an einem EU-Beitritt der Türkei (vgl. <http://www.linkstrend-stoppen.de>)

¹⁰⁹ „Komma-Magazin“, „idea spektrum“, „kath.net“, „Die Neue Ordnung“, „eigentümlich frei“, „Politically Incorrect“, Kopp-Verlag, „Blaue Narzisse“, „Gegengift“, „Junge Freiheit“, „Sezession“, Institut für Staatspolitik, Monatsmagazin „Zuerst!“

¹¹⁰ Vgl. zuletzt Michael Klonovsky, Nation. Familie. Sprache, in: FOCUS 38/2010, S. 54ff.

¹¹¹ Vgl. Michael Wolfssohn, Koch und Merz werden Spaltung der Union einleiten, in: Die Welt, 28. August 2010.

für eine glaubwürdige konservative Wende der CDU wiederum zu spät sein. Zudem wäre zu fragen, welches Personal für diese Orientierung im näheren Umfeld der Bundeskanzlerin eigentlich noch zur Verfügung stünde, das nicht dem Verdacht ausgesetzt würde, einem Alibi-Konservatismus das Wort zu reden.

Dennoch: Langfristig könnte gerade eine Abgrenzung von den Grünen, die in ihrer migrationspolitischen „Weichspül-Rhetorik“ und Realitätsverweigerung und zugleich in ihrem inquisitorisch angelegten Moralismus (also den diversen „Rassismus“- „Populismus“- „geistige-Brandstiftung“-Vorwürfen) stets am weitesten gehen, für die CDU auch eine Chance darstellen. Die Union müsste sich allerdings in einem sehr langen, mühsamen Prozess ein Alleinstellungsmerkmal erarbeiten als Partei, die den Realitäten ins Auge sieht und die Sachlagen statt die Ideologien oder moralischen Wunschwelten für sich sprechen lässt. Außerdem wären schwarz-grüne Koalitionsoptionen auf Bundesebene in absehbarer Zeit passé. Angesichts eines gesellschaftspolitischen „Linkskartells“ aus Linkspartei bis FDP auf der kulturellen Konfliktachse könnten die Christdemokraten aber eine gemäßigt konservative und ohne Jürgen Trittin und Claudia Roth als potentielle Königsmacher nun deutlicher und glaubwürdiger formulierte Position rechts von der Mitte einnehmen. Die CDU würde etwa deutlicher auch für eine starke nationale und christlich geprägte Leitkultur eintreten – neben einem wieder vernehmbaren Einsatz für die konsequente Stärkung von „Ordnung, Recht und Gesetz“. Sie könnte das Ganze auch stärker ins Pragmatische, Zukunftsweisende wenden und die „Bewältigung des demographischen Wandels“ in den Vordergrund einer stärker patriotischen Rede stellen, wie dies gegenwärtig der Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg vielversprechend versucht.¹¹² Im Übrigen wäre dies auch unter beherztem Einschluss integrationswilliger Migranten oder neudeutscher Staatsbürger (im Falle der CDU aber wohl eher mit nicht-muslimischem Migrationshintergrund) möglich.

Besonders problematisch für die Union erweist sich also vielleicht gar nicht ihr konservatives Selbstverständnis (solange es denn noch vorhanden ist), sondern viel eher doch die permanent unterschätzte „kulturelle Hegemonie“ der Linksliberalen in der Bundesrepublik Deutschland.¹¹³ Der „Kampf gegen rechts“ hat sich z.B. in Deutschland als „Demokraten-Slogan“ ohne nennenswerten Widerstand durchgesetzt.¹¹⁴ „Die ideologischen Lager, welche die ‚Achtundsechziger-Generation‘ prägten, sind zwar schon längst brüchig geworden, doch fehlte es in der CDU bisher an glaubwürdigen und ausdrucksstarken Sprachrohren einer möglichen Tendenzwende. Zudem gibt es in der CDU kein Gespür für die Tatsache, dass kulturelle Deutungshoheit und Vorherrschaft gerade in einer Mediendemokratie langfristig von ganz entscheidender Bedeutung sind. „Die Meinungsführerschaft ist ein zentraler Indikator der modernen kulturellen Hegemonie.“¹¹⁵ Bis Sarrazin wurden die großen kulturellen Themen der Zeit „moderat gewiss, keinesfalls mehr in polarisierender Praxis wie etwa in den siebziger Jahren – von links definiert“.¹¹⁶ Wenn reaktiv eine „polarisierende Praxis“ in lebensweltlichen und kulturellen Fragen aus konservativer Warte stattfindet, dann längst nicht mehr aus den Reihen der Christdemokraten, sondern aus der Feder etwa eines Thilo Sarrazin. Dieses strategische Problem der CDU könnte durch einen Umschwung des Meinungsklimas eigentlich nur gemindert werden. Der interessierte Beobachter bekommt aber nicht unbedingt den Eindruck, dass die CDU die großen Chancen der Sarrazin-Debatte erkennt: Sie hat außer einer strategisch viel zu einflusslosen Zeitschrift wie der „Politische

¹¹² Vgl. Karl-Theodor zu Guttenberg, Alle Gewalt geht vom Worte aus (Rede am Abend des 2. Oktober in Berlin), in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13. Oktober 2010, S. 31.

¹¹³ Vgl. Tilman Mayer, Die kulturelle Hegemonie in der Berliner Republik, in: Tilman Mayer / Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.), Der Kampf um die politische Mitte, 2002, S. 11-29.

¹¹⁴ Vgl. dazu das Interview „Deutschland rutscht nach links“ mit Hans-Olaf Henkel in der „Jungen Freiheit“ vom 23.11.2007, S. 3.

¹¹⁵ Tilman Mayer, Die kulturelle Hegemonie in der Berliner Republik, in: Tilman Mayer / Reinhard C. Meier-Walser (Hrsg.), Der Kampf um die politische Mitte, 2002, S. 14.

¹¹⁶ Ebd.

Meinung“ keinerlei Mittel in der Hand und entwickelt nicht den Ehrgeiz, über ihre wirtschaftspolitische Kompetenz hinaus eine Deutungshoheit im gesellschaftlichen Diskurs zu bestimmen und zurück zu gewinnen.¹¹⁷ Dieses Defizit geht auch mit einer notorischen Unterschätzung der kulturellen Dimension von Macht einher. Wahlen werden seit dem Aufkommen der kulturellen Konfliktlinien eben nicht mehr nur über wirtschaftspolitische Bilanzen gewonnen. Sicherlich gibt es Versuche innerhalb der CDU, sich dieser langfristig äußerst relevanten strategischen Lücke zumindest ansatzweise bewusst zu werden, indem etwa unter Beteiligung potentieller Vordenker im Umfeld der sächsischen CDU Denkmuster eines „modernen Konservativismus“ oder „neuen Patriotismus“ entwickelt werden.¹¹⁸

Über den Konservativismus hinaus gedacht: Lektion für die Parteienkultur?

Unabhängig von der CDU wäre es wünschenswert, wenn die Debatte um Thilo Sarrazin die Parteien stärker dazu ermutigen würde, auch in ihrer *strategischen* Ausrichtung ein übergeordnetes Zielsystem mit einem entsprechend langfristig ausgerichtetem strategischen Parteienmanagement in den Blick zu nehmen, also „eine situationsübergreifende, längerfristig ausgerichtete [...] politische Strategie, die an klaren Erfolgskriterien und nachvollziehbaren Ziel-Mittel-Relationen ausgerichtet ist“ und dabei über das „alltägliche Regierungshandeln“, das „bloße Ausspielen von überkommenen Routinen, passives Regieren auf veränderte Situationen, opportunistische Anpassung an Stimmungsschwankungen, mithin: kurzfristiges ‚Sich-Durchwursteln‘“ hinausgeht.¹¹⁹ Diese strategische Neuausrichtung würde auch dem für die Lebensfähigkeit der Parteien wichtigen Bewusstsein Rechnung tragen, dass es sich trotz Parteienwandels in einem verfassungsrechtlich stark parteienfokussierten parlamentarischen System wie demjenigen Deutschlands nicht auszahlen kann, Mitgliederpartei und professionelle Wählerpartei in einen absoluten Widerspruch zu treiben.¹²⁰ Gerade in diesem Punkt kann die Spannungsminderung zwischen kurzfristigen Zielgrößen (etwa erwogenen Koalitionsoptionen) und langfristigen Variablen (übergeordnetes Zielsystem) stabilisierende Wirkung entfalten, zumal angesichts der Tatsache, dass ein Umfeld einer langfristigen wirtschaftlichen Prosperität der deutschen Nachkriegswirtschaft, das gekennzeichnet war durch ungesättigte Märkte, Wirtschaftswachstum, niedrige Arbeitslosigkeit und großen politischen Handlungsspielräumen, zunehmend der Vergangenheit angehört und damit einhergehende politische Gewohnheiten in Deutschland schneller an ihr Ende gelangen könnten als heute erwartet wird: entweder durch externe Schocks oder schlicht durch das wahrscheinlicher gewordene, kumulative Zusammenlaufen verschiedener negativer Stränge in der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Das Problem besteht darin, dass Parteien, die sich zu sehr auf Aspekte *alleine* des Parteienwandels konzentrieren ohne den Blick auf dem langfristigen Gesellschaftszustand und die immer enger werdenden politischen Rahmenbedingungen zu richten, etwa nur auf kurzfristig angelegte Kommunikationsstrategien und rein auf das *office-seeking* fixierte Funktionen wahrnehmen¹²¹, zunehmend einem langfristig für sie eben schädlichen Realitätsverlust anheimfallen, d.h. Willensbildungsprozesse, die auf gesellschaftliche Umwälzungen folgen (oder sie eventuell gar adaptieren) nicht mehr adäquat beeinflussen und mitgestalten können. Einige der

¹¹⁷ Ebd., S. 12ff.

¹¹⁸ Vgl. Matthias Rößler (Hrsg.), *Einigkeit und Recht und Freiheit. Deutscher Patriotismus in Europa*, 2006.

¹¹⁹ Frank Nullmeier / Thomas Saretzki, Einleitung, in: Dies. (Hg.) *Jenseits des Regierungsalltags. Strategiefähigkeit politischer Parteien*, 2002, S. 7-22, hier 7.

¹²⁰ Vgl. Frank Decker, *Parteiendemokratie im Wandel*, in: Frank Decker / Viola Neu (Hrsg.), *Handbuch der deutschen Parteien*, 2007, S. 19-61, hier 47-52; ferner Thomas Poguntke, *Parteienorganisationen im Wandel. Gesellschaftliche Verankerung und organisatorische Anpassung im europäischen Vergleich*, 2000.

¹²¹ Vgl. Albrecht Müller, *Von der Parteiendemokratie zur Mediendemokratie. Beobachtungen zum Bundestagswahlkampf 1998 im Spiegel früherer Erfahrungen*, 1999.

genannten gesellschaftlichen Umwälzungen hat Thilo Sarrazin in seinem Buch selbst deutlich angesprochen. Für diejenigen Parteien, die in ihrem strategischen Zielsystem eine langfristig angelegte Umweltanalyse zugrundelegen und damit auch auf Krisenphänomene ausgerichtet sind, könnten Krisen sogar in eigene Erfolge ummünzen. Je mehr etablierte und demokratische Parteien die Krise mit einkalkulieren würden (was nicht darauf setzen bedeutet), desto stabiler wäre auch das gesamte politische System verankert. Angesichts jetzt schon zu vergegenwärtigender krisenhafter Zuspitzungen im politischen und wirtschaftlichen System Deutschlands ist bei den Parteien ein Perspektivenwechsel vonnöten, weg von der Kommunikations- und Instrumentenorientierung hin zur Wirkungs- und Zielorientierung.

Migrationspolitik

Sachinhaltlich war und ist in der Sarrazin-Debatte die Migrationspolitik und das Verhältnis zum Islam das eigentliche Thema. Sarrazin wird teilweise vorgeworfen, keine neuen Lösungen in der Migrationspolitik anzubieten und dort, wo er dazu ansetzt, indem er die wohlfahrtsstaatliche Alimentierung integrationsunwilliger, d.h. bei ihm insbesondere muslimischer Migranten in Frage stellt, wird ihm gelegentlich „Sozialdarwinismus“¹²² oder (wegen der kulturellen Differenzierungen zwischen muslimischen und nicht-muslimischen „Performances“) „Rassismus“ vorgeworfen. Zudem wird Sarrazin von seinen Kritikern teilweise vorgehalten, den Islam bewusst als „inneren Feind“ und „Hassobjekt“ zu konstruieren und damit das „Integrationsklima“ zu belasten, obwohl die weit überwiegende Mehrheit der Muslime in Deutschland einen friedliebenden und unpolitischen „Volksislam“ leben würde.¹²³

Die von Sarrazin beschriebene Segregationsproblematik und auch die Aufforderung, dass sich nicht die einheimischen Institutionen den Kulturen der Migranten in erster Linie anzupassen hätten, sondern die Migranten der Aufnahmegesellschaft (etwa durch Spracherwerb), sind in der Tat nicht neu. Spätestens seit den Ausschreitungen arabischer Jugendlichen in den französischen Vorstädten und dem Aufkommen eines neuen deutschen Patriotismus seit der Fußball-Weltmeisterschaft 2006¹²⁴ stellen diese Themen keine wirklichen Tabus mehr dar wie noch in den achtziger in neunziger Jahren, als die Grünen den Unionsparteien wegen ihrer Forderung nach verpflichtenden Sprachkursen eine Politik der „Zwangsgermanisierung“ vorwarfen. Dennoch scheint es im grün-alternativen Spektrum bis heute weiterhin verpönt zu sein, die deutsche Identität zum Wohle eines gefestigten republikanischen Nationalstolzes über den Wortlaut des Grundgesetzes und einem negativen Gründungsmythos hinaus in irgend einer „nationalkulturellen“ Form stärker auffüllen zu wollen, sei es über Geschichte, Sprache oder den Begriff der Heimat, über Sitten oder Gebräuche. Dies lässt sich daran erkennen, dass die wichtige Leitkultur-Debatte letztlich von den Grünen mithilfe der typischen Erregungsrituale abgebrochen wurde (abgesehen von einigen besonnenen Stellungnahmen etwa von Renate Künast oder aus den Reihen der Kultur und Wissenschaft¹²⁵).

Man könnte nun sagen, diese Neurosen und Verklemmtheiten betreffen nicht eigentlich den Umgang mit Migrationsproblemen. Doch bleibt die Beobachtung, dass trotz

¹²² Vgl. Stefan Luft, Sarrazin inszeniert sich als Ritter im Kampf, Weser-Kurier am Sonntag, 5. September 2010, S. 27.

¹²³ Vgl. Stefan Luft, Sarrazin inszeniert sich als Ritter im Kampf, Weser-Kurier am Sonntag, 5. September 2010, S. 27.

¹²⁴ Vgl. Volker Kronenberg, Patriotismus 2.0. Gemeinwohl und Bürgersinn in der Bundesrepublik Deutschland, München 2010;

¹²⁵ Vgl. Undine Ruge / Daniel Morat (Hrsg.), Deutschland denken. Beiträge für die reflektierte Republik, Wiesbaden 2005; Norbert Lammert (Hrsg.), Verfassung, Patriotismus, Leitkultur. Was unsere Gesellschaft zusammenhält, Hamburg 2006.

aller inzwischen vorherrschenden überparteilichen Einsicht in die Fragwürdigkeit eines ideologisch verstandenen Multikulturalismus, bestimmte *Lösungsvorschläge*, welche bei Sarrazin im Mittelpunkt stehen, durchaus nicht selbstverständlich sind im deutschen Parteienwettbewerb. Damit sind insbesondere die vier folgenden Lösungsvorschläge Sarrazins gemeint¹²⁶:

1. Die Kappung der Grundsicherung bei (wiederholter) Integrationsunwilligkeit (nach zwischenzuschaltenden Hilfsangeboten) und ggf. Ausweisung
2. Kulturelle Differenzierung in der gesamten Migrationspolitik
3. Kopftuchverbote auch für Schülerinnen
4. Vorgabe „gewisser“ herkunftsbezogener Mindestmischungen an allen Schulen durch den Staat zur Verhinderung von Segregationserscheinungen

Insbesondere der letzte, stärker etatistische Vorschlag ist in der ganzen Sarrazin-Debatte völlig untergegangen und hätte wohl viel mehr Beachtung verdient. Die Ausweisungsperspektive indes bettet sogar Sarrazin in die Begrifflichkeit einer Kultur der „klaren Erwartungshaltung“ ein. Der sozialstaatliche Sanktionsmechanismus und die kulturelle Differenzierung kommen hingegen viel deutlicher zur Sprache. Demnach müsse die „klare Erwartungshaltung“ folgenden Tenor beinhalten [Kursivbetonung von LM]:

„Wer *Türke* oder *Araber* bleiben will und dies auch für seine Kinder möchte, der ist in seinem Herkunftsland besser aufgehoben. Und wer vor allem an den Segnungen des Sozialstaates interessiert ist, der ist bei uns schon gar nicht willkommen.“¹²⁷

Aus dem letzten Satz leitet Sarrazin die sozialstaatlichen Sanktionsmechanismen ab, konkret:

- Kürzungen von Sozialtransfers vorzunehmen bei Nichtteilnahme an Sprachkursen oder gemeinnütziger Arbeit oder bei unentschuldigtem Fehlen der Kinder im Kindergarten, in der Schule oder in verpflichtenden Hausaufgabenbetreuungen
- den Anspruch auf Grundsicherung für zuziehende Ehegatten auf zehn Jahre vollends zu kappen
- die Unterrichtsbefreiungen aus religiösen Gründen zu streichen
- das Kopftuch sowohl für Lehrerinnen wie Schülerinnen zu verbieten.

In punkto Ausweisungsperspektive, kulturelle Differenzierung von Gruppenmigration, Abbruch der Sozialtransfers, allgemeines Kopftuchverbot und gruppenorientierte wie stadtteilbezogene Einschulungspolitik mit staatlichen Zwangsmitteln könnte Sarrazin also in der Tat einen „auslösenden Effekt“ hervorrufen, wenn nämlich seine Forderungen von der Politik direkt übernommen würden. Erste Anzeichen dafür sind zu erkennen: Der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel fordert inzwischen die Ausweisung von Integrationsunwilligen und Hasspredigern. In dieser Deutlichkeit wäre dies ohne die Sarrazin-Debatte wahrscheinlich nicht erfolgt. Doch müsste sich Gabriel später auch an seinen Worten messen lassen. Andererseits fragt man sich, warum die Sozialdemokraten nicht die Vorschläge zur Einschulungspolitik übernehmen, welche doch am ehesten auch einem sozialdemokratischen Selbstverständnis entsprächen. Sie sind den SPD-Oberen wahrscheinlich zu unpopulär.

Der Vorschlag, die bereits in Deutschland lebenden Gruppen nach kultureller Herkunft unterschiedlich streng zu behandeln (also von den integrationspolitisch rückständigen und demographisch relativ stark wachsenden arabischen wie türkischen Muslimen mehr als von

¹²⁶ Vgl. im folgenden Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, 4. Aufl., München 2010, S. 253 und 326-330.

¹²⁷ Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, 4. Aufl., München 2010, S. 326.

den anderen Gruppen einzufordern) wurde zudem vom bayerischen Ministerpräsident und CSU-Vorsitzenden Horst Seehofer aufgenommen, wenn auch auf eine Weise, die dem Ansatz Sarrazins letztlich widerspricht. Während Sarrazin explizit zum Ausdruck bringt, dass hochqualifizierte Zuwanderer, sobald sie „äußerst restriktive Bedingungen, die im Prinzip nur noch Spezialisten am obersten Ende der Qualifikationsskala erfüllen [...] selbstverständlich auch aus einem muslimischen Land kommen“ können¹²⁸, seinen differenzierenden Ansatz also auf die bereits in Deutschland lebenden Migranten mit geringerem Qualifikationsniveau angewandt wissen möchte, weitet Seehofer im FOCUS-Interview vom 11. Oktober 2010 die Differenzierung aus, indem er behauptet, dass Deutschland ganz generell „keine zusätzliche Zuwanderung aus anderen Kulturkreisen“ brauche, zudem auf Nachfrage wie selbstverständlich die Türkei als fremden Kulturkreis ansieht und sich in diesem Punkte wiederum mit Thilo Sarrazin einig weiß.¹²⁹

Eine plötzlich deutliche Sprache der CSU- und auch eines Großteils der CDU-Führung (unter Einschluss der Bundeskanzlerin) ist zudem in der allseits artikulierten Abgrenzung gegen jene Schwammigkeiten in der Rede des Bundespräsidenten zum Tag der Deutschen Einheit am 3. Oktober 2010 zu konstatieren, in denen der Islam „wie das Juden- und Christentum“ als zu Deutschland gehörig umschrieben wurde, das Staatsoberhaupt dabei vielsagend vor „falschen Konfrontationen“ warnte, mit dem Zusatz versehen: „Wir sind schon viel weiter, als es die derzeitige Debatte vermuten lässt.“ Am deutlichsten verwahrte sich in der CDU der neue hessische Ministerpräsident Volker Bouffier gegen jede (ohnehin völlig unsinnige) Interpretation der Rede in der Art, dass die Prägung der deutschen Gesellschaft und des deutschen Staatsverständnisses in gleicher Weise islamisch wie christlich sei oder der Islam „zum Fundament unseres Landes“ gehöre.¹³⁰

Aber wie wahrscheinlich ist es nach der Sarrazin-Debatte, dass man sich migrationspolitisch zudem zu einer strengeren Bekämpfung von Parallelgesellschaft entschließt? Wird man sich etwa am niederländischen Beispiel orientieren, also Sozialleistungen bei Fehlverhalten kürzen statt nur wirkungslose Bußgelder verhängen, Familien (etwa libanesischer Abstammung in Berliner Problembezirken) bei sozial unzumutbarem Verhalten in andere Stadtteile umsiedeln oder Datenverbünde zwischen verschiedenen Ämtern und Polizeistellen bilden können? Wird man Gerichtsverfahren beschleunigen und aggressive Bettelorganisationen ausländischer Gruppen wirksam unterbinden können? Oder wie in der Schweiz Vorschläge unterbreiten, die darauf hinauslaufen, bei schweren Straftaten und im Falle missbräuchlicher Verwendungen von Sozialversicherungsleistungen konsequent Aufenthaltstitel zu entziehen? Nur wenn an diesen Stellen Ergebnisse geliefert werden, wird die Sarrazin-Aufregung am Ende mehr geleistet haben als nur kalkulierte Rhetorik. Allzu viel sollte man sich jedoch nicht erwarten.

¹²⁸ Thilo Sarrazin, *Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen*, 4. Aufl., München 2010, S. 329.

¹²⁹ Vgl. „Strenge und Strafe: CSU-Chef Seehofer kündigt härtere Sanktionen gegen Arbeits- und Integrationsverweigerer an“, in: FOCUS, 11. Oktober 2010, S. 46-49.

¹³⁰ Vgl. „Islam gehört nicht zum Fundament unseres Landes“, Interview mit der Welt am Sonntag, 10. Oktober 2010

Deutsche Migrationspolitik – Hintergründe und Perspektiven **Wolfgang Gieler**

Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen“, thematisiert die „Gefährdungen und Fäulnisprozesse im Inneren der Gesellschaft“¹³¹ und deren Überwindung. Von angeblich existierenden „genetisch bedingten Unterschieden in Intelligenz und Temperament“¹³² beim Menschen wird ausgegangen. Seine Schlussfolgerung, dass, „in Deutschland überdurchschnittlich viele Kinder in sogenannten bildungsfernen Schichten mit häufig unterdurchschnittlicher Intelligenz aufwachsen, lässt uns schon aus rein demographischen Gründen durchschnittlich dümmer werden.“¹³³ Der Misserfolg vom überwiegenden Teil der Kinder aus bildungsfernen Familien sei mit ihrer

¹³¹ Thilo Sarrazin. Deutschland schafft sich ab. Wie wir uns Land aufs Spiel setzen. München 2010

¹³² Ebd., S.24.

¹³³ Ebd., S.100.

Geburt bereits vorprogrammiert, da einerseits „Intelligenz (...) zu 50 bis 80 Prozent erblich“¹³⁴ sei und darüber hinaus sie entsprechend „den Mendelschen Gesetzen die intellektuelle Ausstattung ihrer Eltern erben“.¹³⁵

Mit Pauschalisierungen hetzt Sarrazin gegen eine nicht näher definierte „Unterschicht“, die in einer „Wohlfahrtsdiktatur“¹³⁶ auf die Befriedigung kurzfristiger Bedürfnisse wie „Alkohol, Zigaretten, Medienkonsum und Fastfood“¹³⁷ konzentriert sei. Die angeblich üppigen Sozialleistungen sind die Ursache dafür, dass „Leistungsferne und mangelhafter Wille zur Selbsthilfe teilweise belohnt und damit zur Verfestigung einer transferabhängigen Unterschicht beiträgt.“¹³⁸ Diffamierend wird von einer „Armut im Geiste“ zahlreicher Vertreter dieser „Unterschicht“ gesprochen. Dies sei eine „Kombination aus Bildungsferne, Sozialisationsdefiziten sowie Mangel an Gestaltungsehrgeiz und Lebensenergie.“¹³⁹ Lösungsvorschläge Sarrazins laufen auf eine Reduzierung staatlicher Leistungen hinaus, „um mehr Anreize zur Arbeitsaufnahme zu schaffen“.¹⁴⁰

Der Debatte um die deutsche Migrationspolitik begegnet Sarrazin mit rassistischen Stereotypen. „Die deutsche Einwanderungspolitik der letzten Jahrzehnte hat nicht die Leistungsträger fremder Völker angelockt, sondern vornehmlich Landbewohner aus eher archaischen Gesellschaften, die in ihren Heimatländern am unteren Ende der Rangskala wie auch der Bildungsskala angesiedelt sind.“¹⁴¹ Angeblich homogene Zuwanderungsgruppen werden ohne jeden Hinweis auf eine verwertbare Quelle mit dem Stigma des Sündenbocks belegt. „Belastbare empirisch-statistische Analysen, ob die Gastarbeiter und deren Familien überhaupt einen Beitrag zum Wohlstand erbracht haben oder erbringen werden, gibt es nicht. (...) Für Türken und Marokkaner wird man sie sicher verneinen können.“¹⁴² Sarrazin plädiert dafür, die weitere Zuwanderung nach Deutschland mit Ausnahme „hoch qualifizierter Experten“ generell zu beenden. Dabei bleibt die Tatsache unberücksichtigt, dass in der Bundesrepublik seit dem Jahre 2001 eine höhere Abwanderungs- als Zuwanderungsrate ausländischer Staatsangehöriger gegeben ist.¹⁴³

„Eine Zuwanderungs- und Integrationsproblematik (...) gibt es heute in Deutschland ausschließlich mit Migrantinnen aus der Türkei, Nah- und Mittelost, die zu mehr als 95% muslimischen Glaubens sind.“ Diese „mangelnde Integration“ sei den „Attitüden“ der muslimischen Zuwanderer geschuldet. „Sie haben als Einzige zu großen Teilen Sprachprobleme, sie bilden zugleich einen wesentlichen Teil der Unterschicht und Transferbevölkerung in Deutschland, und ihre Kinder haben die größten Schwierigkeiten im deutschen Bildungssystem.“¹⁴⁴ Sarrazin sieht in den muslimischen Migrantinnen zum überwiegenden Teil „Sozialschmarotzer“. Ohne die Grundsicherung hätten zumindest Türken und Araber in Deutschland ein anderes generatives Verhalten gezeigt. Insbesondere unter den in Deutschland lebenden Arabern ist die Neigung weit verbreitet, Kinder zu zeugen, um mehr Sozialtransfers zu bekommen, und die in der Familie oft eingesperrten Frauen haben im Grunde ja kaum etwas anderes zu tun.“¹⁴⁵

Diese rechtspopulistische, medienwirksame sowie eindimensionale Betrachtung Sarrazins muss anhand der zeitgeschichtlichen Entwicklung deutscher Migrationspolitik versachlicht und durch Fakten ergänzt werden. Neben Großbritannien, Irland und Italien gehörte Deutschland bis zu den 1940er Jahren zu den größten Auswanderungsländern Westeuropas. Lediglich das Ruhrgebiet erlebte bereits Ende des neunzehnten Jahrhunderts

¹³⁴ Ebd., S.91f.

¹³⁵ Ebd., S.174.

¹³⁶ Ebd., S.138.

¹³⁷ Ebd., S.148.

¹³⁸ Ebd., S.134.

¹³⁹ Ebd., S.132.

¹⁴⁰ Ebd., S.133

¹⁴¹ Ebd., S.58.

¹⁴² Ebd., S.260.

¹⁴³ Vgl. dazu ausführlich Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ausländerzahlen 2009. Nürnberg 2010. S. 6

¹⁴⁴ Ebd., S.235.

¹⁴⁵ Ebd., S.150.

Arbeitsimmigration in einem größeren zahlenmäßigen Umfang aus Italien und den osteuropäischen Staaten. Der Wandel Deutschlands zu einem Einwanderungsland vollzog sich erst nach dem Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg. Seit den neunziger Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts kann nun die Bundesrepublik im Vergleich zu den anderen westeuropäischen Ländern als das bedeutendste Einwanderungsland bezeichnet werden. Seit der Jahrtausendwende reduziert sich jedoch der jährliche Wanderungssaldo. Eine wesentliche Ursache sind stark zurückgehenden Flüchtlingszahlen und eine zunehmende Bereitschaft deutscher Staatsangehöriger, auszuwandern. Die deutsche Struktur der Migration setzt sich bis heute primär aus Gruppen zusammen, die aus anderen Teilen Europas, vornehmlich aus süd-, südost- und osteuropäischen Staaten sowie aus der Türkei stammen. Seit Beginn der achtziger Jahre ist eine leichte Verschiebung hin zu Zuwanderungsgruppen vom afrikanischen und vor allem asiatischen Kontinent zu beobachten. Dadurch wird die Migrationsstruktur insgesamt heterogener.

Ende 2009 lebten 7.146.600 Millionen Ausländer in der Bundesrepublik. Das entspricht einem Anteil von 8,7 % bezogen auf die Gesamtbevölkerung im wiedervereinigten Deutschland.¹⁴⁶ Etwa jeder vierte Ausländer stammte aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union. Der Anteil der EU - Ausländer ist im Zeitraum von 1989 bis Ende 1994 von 27,4 % auf 22,3 % zurückgegangen. Nach dem Beitritt von Finnland, Österreich und Schweden am 01.01.1995 beträgt der EU - Ausländeranteil 25,3 % und ist seit dem – trotz der EU-Osterweiterung - weitgehend konstant geblieben. Die Anzahl der ausländischen ArbeitnehmerInnen aus den ehemaligen Anwerbestaaten ist im gleichen Zeitraum gesunken. Gestiegen sind hingegen die Anteile der aus dem ehemaligen Jugoslawien und den osteuropäischen Staaten stammenden Menschen. Bürgerkriege sowie politische und ökonomische Veränderungen vor allem in Ost- und Südosteuropa wirken sich nachhaltig auf die anteilmäßige Zusammensetzung der ausländischen Wohnbevölkerung im Bundesgebiet aus.¹⁴⁷

Der Begriff Ausländer - bzw. seit Mitte der 1990er der zumeist synonym verwendete Begriff Migrant, verbindet im deutschen Sprachgebrauch mehrere oft sehr unterschiedliche Gruppen und umfasst sogar solche, die im juristischen Sinne gar keine Ausländer mehr sind. Wie die ehemals als Gastarbeiter oder Fremdarbeiter bezeichneten Wanderarbeitnehmer, oder Flüchtlingen und die in abwertender Absicht genannten Asylanten, d.h. Asylbewerber und Asylberechtigte.¹⁴⁸ Als Ausländer werden in der Bundesrepublik lebende US - Amerikaner, Österreicher, Schweizer, Niederländer oder Botschaftsangehörige von der deutschen Bevölkerung in der Regel nicht aufgefasst. Ausländer fasst seit 1995 in nicht korrekter, aber nichts desto weniger Wahlentscheidender Weise auch Aus- und Übersiedler mit ein, obwohl diese deutsche Staatsbürger sind.¹⁴⁹

Diese unzutreffende und unlogische Zusammenfassung verschiedener Bedeutungen zeigt die Problematik der deutschen Migrationspolitik recht deutlich. Wer oder was ist ein Ausländer? Die Frage ist juristisch einfach zu beantworten: Ausländer ist jeder, der nicht die Staatsangehörigkeit des Landes besitzt in dem er oder sie sich im Augenblick aufhält. Daraus folgt weiter, dass für diese Personen andere Vorschriften gelten, sie also nicht in vollem Umfang die gleichen Rechte und Pflichten wie deutsche Staatsangehörige haben. So zu definieren und staatlich zu handeln entspricht historischer Tradition und anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen. Ausländer sein heißt aber nicht nur formal eine Person mit anderer Staatsangehörigkeit zu sein. Es bedeutet auch sozial ein Ausländer - ein Fremder zu

¹⁴⁶ Vgl. dazu ausführlich Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Ausländerzahlen 2009. Nürnberg 2010. S. 6.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S.6-18 und Statistisches Bundesamt. Im Blickpunkt ausländische Bevölkerung. Wiesbaden. 1995.

¹⁴⁸ Der diskriminierende und abwertende Begriff „Asylant“ stellt keine rechtliche Kategorie dar, sondern ist eine Kreation der Bild-Zeitung die den Begriff erstmals im November 1983 benutzte. Hintergrund war, dass der ehemalige Staatsratvorsitzende der DDR, Erich Honecker, im November 1983 11.000 Tamilen aus Sri Lanka die Landung auf den Flughafen Berlin-Schönefeld gestattete, damit sie nach Berlin-West einreisen konnten. Das Ergebnis - die Bild-Zeitung erschien am darauffolgenden Tag mit der Schlagzeile: „Die Asylanten kommen!“.

¹⁴⁹ Die Gruppe der Aussiedler wurde erstmals im saarländischen Landtagswahlkampf 1995 vom damaligen Ministerpräsidenten des

Saarlands Oscar Lafontaine politisch instrumentalisiert.

sein - dem allein deshalb schon mit Misstrauen begegnet wird. Dieser Aspekt bleibt sowohl in der öffentlichen Auseinandersetzung als auch in der wissenschaftlichen Diskussion um Zuwanderungskonzepte in Deutschland weitgehend unberücksichtigt.

Die Rechts- und Sozialgeschichte zeigt, dass seit jeher der Fremde als bedrohlich oder gar gefährlich empfunden wurde. Man verschloss seine Grenzen vor ihm oder duldeten ihn nur mit einem minderen Rechtsstatus. Misstrauen und Abwehrhaltung sind und waren aus religiösen, kulturellen und ökonomischen Gründen tief verwurzelt.¹⁵⁰ Andererseits wissen wir heute ebenso gut, dass kein Volk, kein Staat oder keine Kultur autonom bestehen konnte und kann. Wechselseitige wirtschaftliche Interdependenzen und kulturelle Einwirkungen erfolgten und waren notwendig, wenn nicht materielle und geistige Verarmung die Folge sein sollten. Ist der Fremde nun Gegner oder gleichberechtigter Partner? Ist er Ausländer oder Mitbürger? Kann es sich ein Staat in einer Zeit internationaler Verflechtungen und Zusammenschlüsse sowie gemeinsamer globaler Probleme, wie Friedenssicherung, Umweltschutz und des Gegensatzes von Arm und Reich überhaupt noch leisten, Bürger anderer Staaten rechtlich und sozial auszugrenzen? Gut gemeinte Versuche dem Problem durch sprachliche Mittel zu begegnen, wenn etwa von Mitbürgern, Gästen, interkulturellen Beziehungen usw. die Rede ist verdecken die Realität, beschönigen die bestehende Situation, ohne an ihr etwas zu ändern.

Ausländer sind nun einmal - nicht nur in Deutschland - durch ihren minderen Rechtsstatus gekennzeichnet und vielfältigen sozialen und gesellschaftlichen Vorbehalten und Diskriminierungen ausgesetzt.¹⁵¹ Jeder der sich mit der Situation von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt, muss wissen dass er es dabei auch mit einem allgemeinen, tief verwurzelten Misstrauen gegenüber Fremden zu tun hat. Die Schlagworte der Angst vor „Überfremdung“ oder des „Verlusts der nationalen Identität“ spiegeln die Vorbehalte und Sorgen wider. In der Diskussion um die Situation von Ausländern werden nicht selten je nach Interessenlage einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt - Sei es, dass formuliert wird, dass die deutsche Migrationspolitik im Grunde ein „Türken-Problem“ sei, die Frage also auf die Angehörigen einer bestimmten Nation reduziert wird. Zugleich wird suggeriert, dass wenn es keine türkische Nationalitätengruppe in der Bundesrepublik gäbe, auch kein Ausländer-Problem gegeben wäre. Ähnlich verhält es sich mit der aktuellen Diskussion um die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht. Gemeinsam ist diesen Denkansätzen die fehlende Differenzierung, das bedeutet das Subsumieren heterogener Strukturen zu einer angeblichen Homogenität.

Kein Kenner der Materie wird ernsthaft behaupten können und wollen dass diese Simplifizierung korrekt sei. Richtig ist lediglich, dass unterschiedliche Volks- und Religionszugehörigkeit und unterschiedliche soziale Herkunft in Art und Gewichtung unterschiedliche Schwierigkeiten in einer Gesellschaft bewirken. Zum anderen wird in der öffentlichen Diskussion oft verallgemeinernd vom Ausländer-Problem gesprochen. Damit sind zumeist aber ausschließlich die Gruppe der Asylbewerber, die Gruppe der Aussiedler oder neuerdings religiös auch die Gruppe der Islamangehörigen gemeint. Diese Segmentierungen, d.h. die Konzentration auf einzelne Gruppen, Nationalitäten oder Religionen sind vor allem bei einer zeitgeschichtlichen Betrachtung der deutschen politischen Auseinandersetzung mit dem Thema recht deutlich erkennbar. Besonders zum Tragen kommt dies in der Zeit unmittelbar nach der deutschen Wiedervereinigung bis zur Änderung des Grundgesetz § 16 im Juli 1993. Es geht nicht um eine rationale Entscheidung über die besten Lösungsstrategien, es geht in der öffentlichen Diskussion um die Bewältigung irrationaler Vorurteile.

¹⁵⁰ Vgl. B.- O. Bryde (Hrsg.). Das Recht und die Fremden. Baden-Baden 1997. H. Albers. Minderheiten in der Rechtsprechung. Beispiel Schule. In: K. Barwig. Vom Ausländer zum Bürger. Problemanzeigen im Ausländer-, Asyl- und Staatsangehörigkeitsrecht. Festschrift für F. Franz und G. Müller. Baden-Baden 1994. H. Alexy. Minderheitenschutz und Grundgesetz. Zur Rechtsstellung von Zuwanderern. In: K. Barwig. Baden-Baden 1994. a.a.O. S.181-194. K. Aurnhammer. Spezielles Ausländerstrafrecht. Die Straftatbestände des Ausländergesetzes und des Asylverfahrensgesetzes. Eine vergleichende Untersuchung. Baden-Baden 1996 und: H. W. Alberts. Die schwierige Toleranz. In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Nr.12.1992. S. 1164- 1166.

¹⁵¹ Vgl. B. Engelmann. Du deutsch? Geschichte der Ausländer in unserem Land. München 1984. S. 25- 45. M.J.Delgado. Die Gastarbeiter in der Presse. Opladen 1972 und: G. Matzouranes. Man nennt uns Gastarbeiter. Frankfurt 1985.

Wie und warum kam es in der Bundesrepublik Deutschland zu größeren Zuwanderungsbewegungen? Welche geschichtlichen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte sind in diesem Zusammenhang von herausragender Bedeutung? Wie stellt sich die Reaktion der deutschen Bevölkerung in der Anfangsphase deutscher Migrationspolitik gegenüber diesen Personen dar? Die gegenwärtige Situation von ausländischen Bevölkerungsteilen kann ohne deren spezifischen zeitgeschichtlichen Kontext nicht verstanden werden. Die Migrationpolitik in der Bundesrepublik Deutschland ist durch verschiedene zeitlich aufeinanderfolgende Phasen gekennzeichnet.

Die erste Phase von der Gründung der Bundesrepublik 1949 bis 1973 weist eine zunächst niedrige Zahl von erwerbstätigen Ausländern auf. Bis zum Jahre 1960, hat sich die Anzahl aber nach der wirtschaftlichen Rezession in den Jahren 1966/67 kontinuierlich vergrößert. Es ist die Phase der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte schwerpunktmäßig in süd- und südosteuropäischen Ländern sowie in der Türkei. Hintergrund der Anwerbepolitik war ein steigender Bedarf primär an billigen Arbeitskräften im un- und angelernten Arbeitsmarktsegment der Industrie. 1955 kam es zur Unterzeichnung des ersten Anwerbeabkommens zwischen Deutschland und Italien. Dieses Abkommen stellt ein direktes arbeitsmarktpolitisches Reagieren der Bundesregierung unter Kanzler Adenauer dar. Insbesondere deshalb, da der Aufbau der Bundeswehr 1955 dem (west-)deutschen Arbeitsmarkt über 700.000 Personen entzog. Das einsetzende deutsche Wirtschaftswunder war damit im Kern gefährdet. 1 Millionen offener Stellen standen Anfang 1956 170.000 Arbeitssuchende entgegen.¹⁵² Die Bundesregierung vereinbarte weitere Anwerbeabkommen mit Griechenland und Spanien (1960), der Türkei (1961), Marokko (1963), Portugal 1964, Tunesien (1965) und dem ehemaligen Jugoslawien (1968). Bis zum Anwerbestopp 1973 hatte sich die Zahl der AusländerInnen in die Nähe der Vier-Millionen-Marke heranbewegt, wovon mehr als 2,5 Mio. sozialversicherungspflichtig beschäftigt wurden.

Die sich anschließende zweite Phase von 1973 bis 1983 ist besonders durch Zugangs-Beschränkungen, dem sog. Anwerbestopp gekennzeichnet. Die erhofften Ergebnisse - eine Reduzierung der Ausländerzahl - wurden jedoch nicht erreicht. Zum weiteren ist diese Zeit durch Integrationsbemühungen gegenüber den in der Bundesrepublik verweilenden ausländischen ArbeitnehmerInnen charakterisierbar. Die Frage was bzw. wie eine aktive Integrationspolitik gestaltet sein soll blieb weitestgehend ungeklärt. Integration war und ist ein äußerst nebulöser Begriff - der je nach politischer Akzentuierung unterschiedliche Schwerpunkte beinhaltete. Gesellschaftspolitisch entstand die Idee der Gestaltung einer Multikulturellen Gesellschaft - einem „seid nett zueinander“ formulierten Gedanken des nebeneinander lebenden kulturellen Spektrums. Dies waren insbesondere ein Ergebnis des Familiennachzugs und der damit begonnen Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft, dass Nicht-Deutsche in Wohngebieten, Schulen, Kindergärten, Supermärkten wahrgenommen wurden. Im Unterschied zur ersten Phase erfolgte nun die Unterbringung der ausländischen ArbeitnehmerInnen nicht mehr auf betriebseigenem Gelände.¹⁵³

Der Anwerbestopp von 1973 markiert den Zeitpunkt, an dem sich die Bundesrepublik endgültig zu einem Einwanderungsland wandelte. Denn für die Mehrheit der angeworbenen Arbeitskräfte und ihrer Familien stand die Entscheidung an, entweder in das Herkunftsland zurückzuwandern oder dauerhaft in der Bundesrepublik zu bleiben. Viele entschieden sich zu einem endgültigen Wechsel des Lebensmittelpunktes in die Bundesrepublik und ließen Familienangehörige über das völkerrechtlich verbrieftete Recht auf Familie (Familienzusammenführung) nachkommen. Der Familiennachzug dominierte dann auch die Zuwanderung nach Deutschland und konnte die Abwanderung zumindest kompensieren. Hintergrund dieser Entwicklung war, dass Zugewanderte aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) einem Wiedereinreiseverbot unterlagen, sobald sie das Bundesgebiet verlassen hatten. Dieses Verbot traf insbesondere Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. Italien war von Beginn an Mitglied der EG, Griechenland, Spanien und Portugal traten der Gemeinschaft im Zuge der Süderweiterung 1981 und 1986 bei und waren zuvor schon über Beitrittsabkommen nicht mehr dem Wiedereinreiseverbot in ein EG-Land unterworfen. Dem Trend zum

¹⁵² Vgl. W. Gieler/ T.Ehlers. Von der Anwerbung zur Abschottung oder zur gesteuerten Zuwanderung? Grundlagen deutscher Ausländerpolitik, Ulm 2001, S.43-69.

¹⁵³ Vgl. ebd., S.62-77 und B. Engelmann, München 1984, S. 25- 45.

Daueraufenthalt versuchte die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt ab 1980 mit verschiedenen politischen Maßnahmen gegenzusteuern. Die Maßnahmen kamen aber zeitlich zu spät, weil die Entscheidung gegen Remigration bei zahlreichen Zugewanderten bereits gefallen war. Bei Angehörigen aus EG-Staaten setzte im Verlauf der achtziger Jahre demgegenüber eine spürbare Fluktuation und Pendelbewegung zwischen den Herkunftsländern und der Bundesrepublik als Zielland ein, die im Grunde bis heute anhält. Hintergrund sind die Reise- und Niederlassungsfreiheit sowie sich angleichende Lebensverhältnisse innerhalb der EG/EU.

Insgesamt stieg die Anzahl der AusländerInnen trotz Anwerbstopps und Maßnahmen zur Rückwanderung leicht an. Kurz vor der deutschen Einheit im Oktober 1990 hielten sich in den westlichen Bundesländern etwas über 5,2 Mio. ausländische Staatsangehörige auf, was einem Bevölkerungsanteil von 8,2 Prozent entsprach. Die größte Zuwanderungsgruppe stellten türkische Staatsangehörige mit einem Anteil von 38 Prozent an allen AusländerInnen. Ihr Anteil sank jedoch ab Beginn der neunziger Jahre kontinuierlich und stagniert seit Beginn des Jahrtausends bei knapp 26 Prozent

In der dritten Phase - der Zeitraum 1983 bis 1998 - werden neben wirtschaftlichen Aspekten erstmals auch politische angeführt. Die Auseinandersetzung um die Asylgesetzgebung kennzeichnet die deutsche Migrationspolitik bis zum Parteien-Kompromiss im Jahre 1993 entscheidend. Danach nehmen wiederum einzelne Gruppen eine verstärkte Position in der Diskussion um Zuwanderung ein. In diesem Kontext kann von einer zunehmenden Segmentierung insbesondere in der politischen Auseinandersetzung gesprochen werden.

Die vierte Phase der Migration nach Deutschland begann 1998 zunächst mit einem Perspektivenwechsel in der Politik. Bis zum Jahre 1998 galt in der Politik das Primat, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Der Perspektivenwechsel wurde von der im September 1998 neu ins Amt gewählten Bundesregierung Unter Gerhard Schröder eingeleitet. Sie legte ein Bekenntnis ab, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei. Danach folgten drei politische Weichenstellungen, die diesem Bekenntnis Rechnung tragen sollten: (1) Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts mit der eingeschränkten Option einer doppelten Staatsangehörigkeit, (2) Einführung der sogenannten „Green Card“ zur Anwerbung von hochqualifizierten Arbeitskräften für die IT-Branche und (3) Initiative für das erste Zuwanderungsgesetz in der Geschichte der Bundesrepublik.

Der 1973 verhängte Anwerbestopp wurde mit der „Green Card“ weiter gelockert, jedoch nicht aufgehoben. Der Anwerbestart verlief schleppend. Zum einen fanden sich weniger AnwärterInnen auf die „Green Card“ als erhofft. Zum anderen begann es in der IT-Branche zu kriseln, so dass die Nachfrage nach Fachkräften wesentlich geringer ausfiel als intendiert. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit (seit 1. Januar 2004: Bundesagentur für Arbeit), die für die Vergabe zuständig ist, erhielten in der Startphase von August 2000 bis Ende Oktober 2001 lediglich knapp 10.000 ausländische, überwiegend männliche IT-Spezialisten eine „Green Card“. 20.000 Fachkräfte waren pro Jahr geplant. Die Arbeitsimmigration über die Green-Card-Regelung war zunächst bis zum 31. Juli 2003 begrenzt, wurde dann verlängert und zum 1. Januar 2005 im Zuwanderungsgesetz neu geregelt. Zu dem Zeitpunkt verfügten rund 17.000 IT-Fachkräfte über die „Green Card“. Knapp 30 Prozent kommen aus Indien und mehr als ein Drittel stammt aus ost- und mitteleuropäischen Staaten sowie der Türkei.

Mit Blick auf den Umfang der Migration lässt sich festhalten, dass seit Ende des Zweiten Weltkrieges rund 16 Millionen. (Spät-)Aussiedler nach Deutschland eingewandert bzw. geflüchtet sind. Diese sehr hohe Anzahl von Personen wird häufig aufgrund der Sprache, Familienstruktur und sozio-kultureller Hintergründe seitens der deutschen Bevölkerung als Ausländer wahrgenommen - juristisch betrachtet sind Aussiedler deutsche Staatsbürger. Ingesamt umfasst die ausländische Bevölkerung 2009 einen Anteil von 8,7 Prozent an der Gesamtbevölkerung Deutschlands. Hinsichtlich der geographischen Verteilung ist jedoch ein drastischer West-Ost-Antagonismus feststellbar: Nur knapp 4,4 Prozent aller AusländerInnen leben in den fünf neuen Bundesländern und 95,6 Prozent in den alten Ländern einschließlich Berlin-West. Das bedeutet, dass der Anteil an AusländerInnen im Westen bei 10,6 Prozent und im Osten bei nur 2,4 Prozent liegt.

Die deutsche Migrationspolitik ist grundsätzlich arbeitsmarktorientiert und bis auf die kurze Phase der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte bis 1973 im Wesentlichen auf Steuerung im Sinn von Begrenzung der Zuwanderung gerichtet. Seit spätestens Mitte der achtziger Jahre muss sie im Kontext des europäischen Integrationsprozesses bewertet werden. Im Hintergrund deutscher Migrationspolitik stand bis 1998/1999 das Primat, die Bundesrepublik sei kein Einwanderungsland. Das galt selbst für die Anwerbephase. Denn damals war man davon ausgegangen, dass die Arbeitsimmigrantinnen nur als sogenannte „GastarbeiterInnen“ in die Bundesrepublik einreisen und bei abnehmendem Bedarf in der Wirtschaft wieder ausreisen würden. Die hatte unter anderem auch zur Konsequenz, dass beispielsweise das Erlernen der deutschen Sprache als nicht bedeutend seitens der Wirtschaft und Politik erachtet wurde. Als diese Rechnung nicht aufging, viele der „GastarbeiterInnen“ nach dem Anwerbestopp ihren Lebensmittelpunkt in die Bundesrepublik verlegten, versuchte die Bundesregierung, vor allem Zugewanderte aus der Türkei zur Remigration zu bewegen.

Nach über 50 Jahren, in denen Ausländer in der Bundesrepublik leben und arbeiten, in denen die sog. Dritte/Vierte Generation in der Bundesrepublik geboren ist und aufwächst, ist es endgültig an der Zeit, vom zumeist unausgesprochenen Gedanken Abschied zu nehmen, der Aufenthalt der Ausländer stünde doch noch zur Disposition. Jedoch nicht nur die deutsche Gesellschaft hat sich durch den Aufenthalt von Ausländern in den vergangenen Jahrzehnten gewandelt, auch die „Ausländergesellschaft“ hat sich verändert. Die Ausländer der Anwerbestaaten sind nicht mehr unter sich. Andere Nationalitäten sind hinzugekommen. Das prägende Kennzeichen dieser „Ausländergesellschaft“ ist, dass es *die* Ausländer nicht gibt. Nicht einmal unter Angehörigen derselben Nationalität oder Altersgruppe. So ist in den vergangenen Jahren eine komplexe, für den einzelnen Bürger oftmals nur noch schwer durchschaubare Zuwanderungssituation entstanden. Angehörige eines hier weitgehend unbekanntes Kulturkreises treffen auf einheimische Deutsche und „einheimische“ Ausländer, die seit geraumer Zeit im Bundesgebiet leben, und es kommen Fremde aus dem Ausland, die als „Deutsche unter Deutschen“ leben wollen.

Die Thesen Sarrazins sind durch einen Dualismus zwischen „Deutschen“ und „Migranten“ gekennzeichnet. Hierbei werden Migranten als Gefahr für die Homogenität der „deutschen Nation“ betrachtet. Gegen diese „Fehlentwicklungen“ spricht sich Sarrazin für „einen gesunden Selbstbehauptungswillen als Nation“ aus, ohne den „unsere gesellschaftlichen Probleme“ nicht gelöst werden könnten.¹⁵⁴ Untergangsszenarien, wie in rechtsextremen Kreisen, sind ebenfalls Bestandteil der Argumentationsstruktur Sarrazins. „Deutschland ist, wirtschaftlich gesehen, in der Spätphase eines goldenen Zeitalters, das um 1950 begann und langsam zu Ende geht.“¹⁵⁵ In wesentlichen Teilen besteht das Buch aus nicht wissenschaftlich belegten Thesen, Halbwahrheiten, Pauschalisierungen und rassistischen Stereotypen, eine sachliche und kritische Auseinandersetzung findet nicht statt. In den Bereichen der Migrationspolitik wird undifferenziert gegen Zuwanderer pauschalisiert, was die sachliche Diskussion und den sozialen Frieden in Deutschland beeinträchtigt. Sarrazin huldigt anthropologisch einem radikalen Utilitarismus, die Differenzierung von Menschen in „nützlich“ und „unnützlich“ für die deutsche Gesellschaft - ein Fingerzeig für sein zweckrationales menschenverachtendes Weltbild.

Zuwanderung bleibt in der Öffentlichkeit ein Thema, dem mit Vorbehalten und Ressentiments begegnet wird. Bedeutend um die Realität auch aufzugreifen ist jedoch festzustellen, dass die deutsche Migrationspolitik lange Zeit zu wenig auf Integration der zugewanderten Menschen ausgerichtet war. Hier muss insbesondere auf politischer Seite eine konzeptionelle Neuorientierung angesetzt werden um eine gesellschaftliche Polarisierung zu entgegenen.

Literatur

¹⁵⁴ Ebd., S.18.

¹⁵⁵ Ebd., S.11.

Bade, Klaus J., 1992: Fremde Deutsche: ‚Republikflüchtige‘-Übersiedler-Aussiedler, in: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, hrsg. v. Klaus J. Bade, München, S. 401-410.

BAMF, 2008: Migrationsbericht 2005, hrsg. v. Bundesministerium des Inneren, Berlin.

BAMF, 2010: Migration, Asyl und Integration in Zahlen, Nürnberg.

Benz, Wolfgang, 1992: Fremde in der Heimat: Flucht-Vertreibung-Integration, in: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart, hrsg. v. Klaus J. Bade, München, S. 374-386.

Birsl, Ursula, 2005: Migration und Migrationspolitik im Prozess der europäischen Integration?, Opladen.

Birsl, Ursula/ Bitzan, Renate/ Solé, Carlota/ Parella, Sònia/ Alarcón, Amado/ Schmidt, Juliane/ French, Stephen, 2003: Migration und Interkulturalität in Großbritannien, Deutschland und Spanien. Fallstudien aus der Arbeitswelt, Opladen.

Birsl, Ursula/ Ottens, Svenja/ Sturhan, Katrin, 1999: Männlich – Weiblich, Türkisch – Deutsch. Lebensverhältnisse und Orientierungen von Industriebeschäftigten, Opladen.

Birsl, Ursula, 2003: „Deutschland“, in: Handbuch der Ausländer- und Zuwanderungspolitik. Von Afghanistan bis Zypern, hrsg. v. Wolfgang Gieler, Münster/Hamburg, S. 129-147.

Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, 2004: Zuzug nach Deutschland von 1990 bis 2001, <http://www.bafl.de/template/> v. 14. Januar 2004, Nürnberg.

Bundesamt für Verfassungsschutz, 2009: Verfassungsschutzbericht, hrsg. v. Bundesministerium des Inneren, Bonn/Berlin.

Bundesverwaltungsamt, 2007: Aussiedler und deren Angehörige. Registrierung und Antragsgänge im Vergleich zu den Vorjahren (2003 bis November 2007), http://www.bva.bund.de/cdn_046/nn_376892/sid_57027EF680B15739B897B53BE6A830D2/nsc_true/DE/Aufgaben/Abt_III/Spaetaussiedler/statistik/07RegundAntrVergleich.html v. 27. Dezember 2007

Decker, Oliver/Brähler, Elmar, 2006: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und Einflussfaktoren in Deutschland (unter Mitarbeit v. Norman Geißler), hrsg. v. der Friedrichbert-Stiftung, Bonn.

EUROSTAT-Bevölkerungsstatistik, 2006: Daten 1960-2005, hrsg. v. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg.

Gieler, Wolfgang/Torben Ehlers 2001: Von der Anwerbung zur Abschottung oder zur gesteuerten Zuwanderung? Grundlagen deutscher Ausländerpolitik, Ulm.

Gieler, Wolfgang (Hrsg.), 2003: Handbuch der Ausländer- und Zuwanderungspolitik, Münster/Hamburg.

Gieler, Wolfgang; Fricke, Dietmar (Hrsg.), 2005: Handbuch Europäischer Migrationspolitiken. Die EU-Länder und die Beitrittskandidaten, Münster/Hamburg.

Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2008: Deutsche Zustände, Folge 6, Frankfurt a.M.

Heß, Barbara/Sauer, Leonore, 2007: Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland, Working Paper 9 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flucht, Nürnberg.

Mintzel, Alf, 1997: Multikulturelle Gesellschaften in Europa und Nordamerika. Konzepte, Streitfragen, Analysen, Befunde, Passau.

Seifert, Wolfgang, 2000: Geschlossene Grenzen – offene Gesellschaften? Migrations- und Integrationsprozesse in westlichen Industrienationen, Frankfurt/New York.

Normatives Schlusswort:

Dürfen Völker sterben?

Zu Sarrazins These des Niedergangs Deutschlands durch Vergreisung¹⁵⁶

Jürgen Bellers

Dass Staaten sterben können, vor allem kommunistische und faschistische, haben wir freudig erfahren können. Dass auch ein Volk, d.h. die sprachlich homogene Bevölkerung auf einem bestimmten Territorium, sterben kann, ist deshalb nicht so präsent, weil das Untergegangene schlecht erinnert ist und von den siegreichen Völkern auch gerne verdrängt wird. Aber man denke nur an die Etrusker oder die Meder oder die Inkas usw. – z.T. durchaus große und erfolgreiche Völker, die verschwanden. Nun wird unbestritten von allen, pessimistischen und optimistischen Bevölkerungsprognosen für Deutschland für das Jahr 2100 vorausgesagt, dass die deutsche Bevölkerung abnimmt, irgendwo zwischen 40 – und 60 Millionen wird die Zahl dann liegen – ohne Zuwanderung. Aber bei dieser kann es ja gerade zu Problemen kommen, entweder seitens der Zuwanderer oder seitens der Mehrheit der Deutschen, die das nicht wollen. Diesen z.T. sogar gewaltsamen Widerstand hatten wir ja schon einmal 1990 - 1994, mit der Folge, dass dann Art. 16 GG geändert und die (angebliche) Asylzuwanderung eingeschränkt wurde. Sieht man den weiterhin bestehenden Widerstand, so scheinen Aufklärung und politische Bildung nicht viel zu bewirken (so wie ja auch 20% der Deutschen weiterhin antisemitisch sind). Allein wegen der Arbeitsmarktprobleme wird der 1973 von Kanzler Brandt eingeführte Zuzugsstopp für Nicht-EU-Bürger weiter bestehen – dann ist die Perspektive eines „Aussterbens“ der Deutschen nicht ganz unrealistisch, sind die Geburtsraten weiter so niedrig.

Man kann sich nun fragen, ob dieses tendenziell irgendwann mal eintretende Aussterben schlimm ist. Die Kantianer (und Linken und Liberalen) gehen dabei davon ausgehen, dass der Mensch als weltweite Menschheit einheitlich und derart gleich sei, es ginge also nichts verloren, wenn sich ein Volk eliminiert oder eliminiert wird. Schon Herder hat seinerzeit Kant widersprochen und gesagt, dass jedes Volk eine spezifische und in sich vollkommene Ausprägung des in sich unendlichen Geistes Gottes und der Weltgeschichte sei. Die Vielfalt der menschlichen Gesellungsweisen sei das, was das Leben reizvoll mache und die Zukunft offen halte. Ich halte auch die Deutschen und die deutsche Geschichte mit ihren vielen auch guten Aspekten als derart erhaltenswert, und sei es nur wegen der 12 Jahre, die als Mahnung an die Menschheit dienen können. Das muss man auch bewahren, durch Leben der Tradition, durch Stolz auf das, was gut ist. Wer meint, dass könne man auch mit 10 Millionen Deutschen, macht sich was vor, da ein derart schrumpfendes Volk wohl den Lebenswillen endgültig aufgegeben hat und in Richtung Null geht. Das sei vorab geklärt.

Betrachtet man die Geschichte, so gehen Völker und Staaten unter, wenn ihre innere und seelische Kraft erlahmt. Das kann man statistisch und analytisch mit sozialwissenschaftlichen Indikatoren nur schwer erfassen, zumal es sich um große (Zeit-)Räume handelt. Das, was man Seele, innere Bewegtheit, elan vital, Wille, Mut, Innovation nennt und was die Menschen offensichtlich antreibt, ist ohnehin schwer zu greifen, aber da. Wer es aus wissenschaftlichen Gründen leugnet, neigt dazu, es – wie gegenwärtig – auch tatsächlich zum Verschwinden zu bringen.

Warum ging das Römische Reich zugrunde? Ich will hier nicht die endlose Diskussion aufnehmen, aber wenn man phänomenologisch vorgeht, vom Evidenten und von seinen Menschenkenntnissen, so ist klar, dass keiner gerne in den Krieg zieht und das jeder gerne vom Reichtum anderer lebt, ohne groß arbeiten zu müssen. So lebten die Römer zunehmend vom

¹⁵⁶ Ich will hier nur einen Aspekt dieser These betrachten, nämlich den normativen.

importierten Getreide, und kämpfen tat man nur noch als Zuschauer bei den Gladiatorenkämpfen und feinsinniger Theaterbesucher. Dass da die muskelbepackten und großen und stolzen germanischen Barbaren und andere Migrationsvölker der sog. Völkerwanderung leichtes Spiel hatten, ist nur deshalb verwunderlich, weil sie erst seit 400 n. Chr. damit Erfolg hatten. Lange Zeit waren die Germanen nämlich selbst – durch Integration - dem römischen Luxus und der römischen Kultur erlegen. Das wissen auch die radikalen Al-Kaida-Leute. Leider ist ihre Parole: „Wir fürchten den Tod nicht, aber der Westen!“ nur allzu wahr und bedrohlich. Sie sind zwar nur eine minimale Minderheit, aber Geschichte wird nur von Wenigen, evt. nur von Promillen gemacht, zuweilen sogar nur von Einzelnen. Die Nazi-Völkermorde wurden nur von rd. 200.000 Deutschen durchgeführt. Auch die gegenwärtigen Proteste gegen Sarrazin werden nur von Minderheiten geäußert – die Mehrheit der Bevölkerung, die im Alltag steht, stimmt ihm zu.

Das kommunistische Reich der UdSSR kollabierte vor 20 Jahren, weil die Planung aller Lebensbereiche und der starre Herrschaftswille der Kommunistischen Partei als Minderheit alles zu ersticken drohte, was an Risikobereitschaft und Änderungswillen in der russischen Gesellschaft vorhanden war – alles Faktoren, die auch für die ökonomische Entwicklung zentral sind. So verschlief die Elite Sowjetrusslands z.B. weitgehend die elektronische und digitale Gegenwart, bzw. konnte sie – auch wenn sie die Technologie im Ausland klaute – technologisch im Innern nicht umsetzen, weil die digital-dezentrale Technologie die eigene politische Herrschaft gefährdet hätte. Die Sicherung des Status quo war primär, und als Gorbatschow dann 1985 Neues wagte, war der vernagelte Laden zu dessen Absorption nicht fähig – und brannte ab.

Um es umgekehrt zu formulieren: Historischer politischer und wirtschaftlicher Erfolg von Staaten und Völkern hängt von der Bereitschaft zum Risiko und zu Erneuerungen, von einer Mentalität des Mutigen und der Zukunftsorientierung ab. Die USA waren das lange Zeit, auch noch heute, denkt man nur an Google oder Kalifornien, aber es lässt nach. Innovativ war sicherlich das Deutschland seit 1870, aus dem viele große Erfindungen der Moderne kamen (Chemie, PKW, usw.). Großbritannien war so noch mal 100 Jahre davor. Heute ist es insbesondere China, wo junge Menschen konfuzianisch hoch diszipliniert zu Millionen die technischen Universitäten besuchen, sich krumm legen, auch unter schwierigen, z.T. elenden Bedingungen, aber an ihre Zukunft glauben und ein Wirtschaftswachstum von durchweg 10% inszenieren, das nur so funkelt. Alles stabilisiert von einer durchaus funktionierenden, jahrtausende alten, stabilen Staatlichkeit, die die Stabilität schafft, in deren Rahmen man nur Risiko einzugehen bereit ist. Wer investiert schon, wenn ein Bürgerkrieg morgen meine Bildungs- oder Kapital-Investitionen zerstört.

Autorenverzeichnis

Prof. Dr. Jürgen Bellers, Internationale Politik, Universität Siegen

Dr. Daniel Bogner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Exzellenzcluster "Religion und Politik in den Kulturen der Vormoderne und der Moderne", Universität Münster

[Prof. Dr. Egon Flaig](#), Universität Greifswald, Institut für Altertumswissenschaften

Dr. Kyra Garnetzke, Biologin, Heidenau

Prof. Dr. Wolfgang Gieler, Bad Neuenahr

Prof. Dr. em. Wolfgang Hinrichs, Erziehungswissenschaft, Universität Siegen

Hartmut Krauss, Publizist

Prof. Dr. Markus Porsche-Ludwig, Professor am Institute of Public Administration der National Dong Hwa Universität, Hualien, Taiwan

Dr. Lazaros Miliopoulos, Graduiertenkolleg „Die christlichen Kirchen vor der Herausforderung »Europa«“, Universität Mainz

Ümithan Yağmur, Sozialwissenschaftler, Universität Siegen